

# **Politische Opposition in autoritären Systemen: Belarus und die Ukraine im Vergleich**

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Fakultät für Philosophie, Kunst-,  
Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Regensburg

vorgelegt von

Maryia Schasnaya

aus Minsk (Belarus)

Regensburg 2022

Gutachter (Betreuer): Prof. Dr. Jerzy Maćków (Universität Regensburg)

Gutachter: Prof. Dr. Alexander Straßner (Universität Regensburg)

<b>I.</b>	<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>4</b>
1.1.	HINFÜHRUNG ZUR PROBLEMSTELLUNG .....	4
1.2.	FRAGESTELLUNG, GEGENSTAND UND METHODE DER UNTERSUCHUNG .....	11
1.3.	AUFBAU DER UNTERSUCHUNG .....	14
1.4.	QUELLEN UND LITERATUR .....	18
<b>II.</b>	<b>AUTORITARISMUS .....</b>	<b>22</b>
2.1.	AUTORITARISMUS „ZWISCHEN“ TOTALITARISMUS UND DEMOKRATIE .....	22
2.2.	„DEMOKRATIEN MIT ADJEKTIVEN“ UND „HYBRIDE REGIME“ .....	25
2.3.	RECHTSSTAATLICHE UND NICHT-RECHTSSTAATLICHE AUTORITARISMEN .....	29
2.4.	WETTBEWERBSAUTORITARISMUS.....	33
2.5.	ALTERNATIVLOSE AUTORITARISMEN .....	36
<b>III.</b>	<b>POLITISCHE OPPOSITION .....</b>	<b>37</b>
3.1.	HISTORISCHE HINTERGRÜNDE .....	37
3.2.	OPPOSITION <i>SENSU LARGO</i> UND <i>SENSU STRICTO</i> .....	39
3.3.	PARLAMENTARISCHE UND AUßERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION .....	41
3.4.	STATUS UND AGIEREN IN DEMOKRATIE .....	43
<b>IV.</b>	<b>OPPOSITION IM AUTORITARISMUS.....</b>	<b>46</b>
4.1.	THEORIEANSÄTZE .....	46
4.2.	FUNKTIONEN UND TYPEN DER OPPOSITION .....	49
4.1.	OPPOSITION ODER WIDERSTAND? .....	52
4.2.	STRATEGIEN DER REGIERUNG IM UMGANG MIT OPPOSITION.....	53
	<i>Manipulative und präventive Unterdrückung</i> .....	53
	<i>Kooptation in die Elite</i> .....	55
	<i>Manipulierung der Wahlen</i> .....	56
4.3.	HANDLUNGSWEISEN DER OPPOSITION .....	58
	<i>Wahlteilnahme, Zusammenschluss und Fragmentierung</i> .....	58
	<i>Kommunikation mit Regierung durch Proteste</i> .....	60
4.4.	AUSLÄNDISCHE FÖRDERUNG DER OPPOSITION.....	62
<b>V.</b>	<b>AUTORITARISMUS IN BELARUS UND DER UKRAINE .....</b>	<b>65</b>
5.1.	BELARUS: AUTOKRATISCHER ALTERNATIVLOSER AUTORITARISMUS .....	65
5.2.	UKRAINE: OLIGARCHISCHER WETTBEWERBSAUTORITARISMUS .....	73
<b>VI.</b>	<b>PARTEIEN IN BELARUS UND DER UKRAINE .....</b>	<b>78</b>
6.1.	ZUR POSTSOWJETISCHEN PARTEIENBILDUNG .....	78
6.2.	PARTEIENLANDSCHAFT.....	81
	<i>Kommunistische Parteien</i> .....	81
	<i>Nationaldemokratische Parteien</i> .....	83
	<i>Rechtsextreme Parteien</i> .....	86
	<i>Sozialdemokratische Parteien</i> .....	87
	<i>Liberale Parteien</i> .....	92
	<i>Grüne Parteien</i> .....	94
6.3.	STRUKTURPROBLEME DER PARTEIENENTWICKLUNG .....	95
	<i>Personenbezogenheit</i> .....	95
	<i>Mitglieder und Verankerung in Gesellschaft</i> .....	97
	<i>Parteienrecht und -Finanzierung</i> .....	100

<b>VII. OPPOSITION UND REGIERUNG IM WAHLKAMPF .....</b>	<b>106</b>
7.1. KOMMUNALWAHLEN IN BELARUS (MÄRZ 2003) UND IN DER UKRAINE (OKTOBER 2010).....	106
<i>Kräfteverhältnis und Ziele .....</i>	<i>106</i>
<i>Strategien und Handeln der Opposition .....</i>	<i>111</i>
<i>Präventiver Druck und Manipulation der Regierung .....</i>	<i>114</i>
<i>Ergebnis und Folgen der Wahlen .....</i>	<i>117</i>
7.2. PARLAMENTSWAHLEN IN BELARUS (OKTOBER 2004) UND IN DER UKRAINE (OKTOBER 2012) .....	123
<i>Ausgangslage und Ziele der Regierung und Opposition .....</i>	<i>123</i>
<i>Strategien der Opposition .....</i>	<i>127</i>
<i>Druck auf Opposition und Wahlmanipulation .....</i>	<i>133</i>
<i>Ergebnis und Folgen der Wahlen .....</i>	<i>136</i>
7.3. PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN BELARUS 2006 .....	138
<i>Zusammenschluss der Opposition .....</i>	<i>138</i>
<i>Wahlkampf der Oppositionskandidaten .....</i>	<i>141</i>
<i>Regime gegen die Oppositionskandidaten .....</i>	<i>143</i>
<i>Wahlergebnis .....</i>	<i>145</i>
<b>VIII. PROTESTE GEGEN DAS REGIME.....</b>	<b>146</b>
8.1. URSACHEN.....	146
8.2. GEOGRAFIE, TEILNEHMER UND FORMEN DER PROTESTE .....	148
8.3. OPPOSITION IN PROTESTEN.....	152
8.4. REAKTIONEN DES REGIMES .....	154
8.5. PLOSCHTSCHA 2006 UND EUROMAJDAN 2013-14 IM VERGLEICH.....	156
<b>IX. REGIERUNG VS. OPPOSITION <i>SENSU LARGO</i> .....</b>	<b>166</b>
9.1. ZIVILGESELLSCHAFT.....	166
9.2. MEDIEN .....	171
9.3. WIRTSCHAFT .....	176
9.4. BILDUNG, KULTUR, RELIGION .....	181
<b>X. AUSLÄNDISCHE OPPOSITIONSFÖRDERUNG .....</b>	<b>184</b>
10.1. STRATEGIEN DER WESTLICHEN <i>DONORS</i> IN BELARUS .....	184
10.2. NEGATIVE FOLGEN DER OPPOSITIONSFÖRDERUNG .....	189
10.3. WESTEN UND DIE OPPOSITION IN DER UKRAINE .....	193
<b>XI. BEANTWORTUNG DER FRAGESTELLUNG .....</b>	<b>199</b>
<b>PARTEIENVERZEICHNIS .....</b>	<b>206</b>
<b>ANHANG .....</b>	<b>208</b>
<b>BIBLIOGRAFIE .....</b>	<b>212</b>
LITERATUR .....	212
QUELLEN .....	229

## I. EINLEITUNG

### 1.1. Hinführung zur Problemstellung

Während sich die Sowjetunion Ende 1991 in Auflösung befand, war die Hoffnung verbreitet, dass die demokratische Transformation der Nachfolgestaaten der totalitären Weltmacht erfolgreich werden könnte. Alle postkommunistischen Regierungen erklärten den Aufbau der Demokratie zu ihrem Ziel.<sup>1</sup> Bereits nach wenigen Jahren wich aber der Optimismus der Skepsis aus. In den ehemaligen Republiken der Sowjetunion erschütterten die dramatischen sozialen Folgen des angestrebten Übergangs zur Marktwirtschaft den Glauben an den Sinn des Systemwechsels. Von den 15 ehemaligen Sowjetrepubliken entwickelten sich lediglich die baltischen Staaten in Richtung Demokratie. Alle anderen scheiterten auf dem Weg dahin. Die postsowjetische Transformation brachte vorwiegend autoritäre Systeme hervor.

Die ostslawischen Länder Belarus und die Ukraine kamen scheinbar mit guten Voraussetzungen in die Systemtransformation: starke Industrie, hohes Bildungsniveau, geographische Nähe zum Westen. Das Erbe der zaristischen und der sowjetischen Herrschaft versperrte jedoch auch hier den Weg zum demokratischen Aufbau.

Beide Länder liegen von jeher „*in between*“: zwischen Russland und dem Westen. Diese Lage wirkte sich nicht zuletzt im Zwiespalt der politischen Kultur und – für alle sichtbar – in der Spaltung der Eliten aus. Ein Teil des Establishments strebte die „Rückkehr nach Europa“ an, während der Rest seine Leitbilder mit Russland teilte.<sup>2</sup> Diese Spaltung bewirkte nicht nur die Unsicherheit hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung, sondern auch den Mangel an Stabilität der 1991 unabhängig gewordenen Staaten.

Der russländische Politologe Wladimir Pastuchow prophezeite im Jahre 1992 richtig, dass die postkommunistische Zukunft aus der vorkommunistischen Vergangenheit „kommen“ werde.<sup>3</sup> Das bestätigte sich nicht zuletzt in Belarus und in der Ukraine, deren politische Entwicklung nicht ausschließlich der kommunistischen Vergangenheit angelastet werden darf.

Das älteste politische Erbe beider Staaten stellen die altrussischen Fürstentümer dar, die vom IX. bis zum XII. Jahrhundert einer losen Staatsstruktur angehörten, die wegen ihres

---

<sup>1</sup> Jerzy Maćków schreibt in diesem Zusammenhang vom „posttotalitären Voluntarismus“. Siehe ders.: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden: Nomos 2005, S. 90.

<sup>2</sup> Der von Russland 2014 ausgelöste Krieg gegen die Ukraine hat den russlandorientierten Teil der ukrainischen Bevölkerung zwar stark reduziert, jedoch nicht ganz verschwinden lassen.

<sup>3</sup> Vladimir Pastuchov: Buduščee Rossii vyrastaet iz prošlogo. Postkommunizm kak logičeskaja faza razvitija evrazijskoj civilizacii, in: „Polis“ Nr. 5-6/1992, S. 59-74.

Zentrums in der heutigen ukrainischen Hauptstadt „Kyjiwer Rus“<sup>4</sup> genannt wird. Bis auf den orthodoxen Glauben unterschieden sich diese Fürstentümer in Bezug auf soziale und politische Strukturen nicht stark vom Rest Europas. Die Herrschaft der Mongolen („Tataren“) über die Rus’ in XII.- XIV. Jahrhundert veränderte dies aber gravierend.

Während die westlichen Territorien der alten Rus’, die heute die Ukraine und Belarus bilden, von der Tatarenherrschaft weniger stark als das im Nordosten gelegene Fürstentum Moskau geprägt waren, und im XIV. Jahrhundert dem Großfürstentum Litauen angeschlossen wurden, fügten sich die Moskowiter Gebiete in das Mongolenreich ein. In diesem Reich wurde Moskau, das eine sakrale Despotie war, zum Zentrum der nordöstlichen Rus’-Gebiete.

Hingegen schloss sich im XIV. Jahrhundert das Großfürstentum Litauen mit dem Königreich Polen zu einer Föderation zusammen, die seit dem Ende des XV. Jahrhunderts Parlamentarismus und seit 1572 Wahlmonarchie kannte. Auch die rechtlich verbürgte Freiheit des Adels sowie religiöse und ethnische Toleranz unterschieden die föderierten Gliedstaaten von Russland. Die im XVI. Jahrhundert auf Altbelarusisch verfassten Litauischen Statuten dürfen als die älteste geschriebene Verfassung Europas gelten.

Die linksufrige Ukraine samt Kyjiw war Mitte des XVII. Jahrhunderts unter die Herrschaft des Moskauer Zaren gekommen.<sup>5</sup> Die rechtsufrige Ukraine und die heute belarusischen<sup>6</sup> Gebiete verblieben noch 120 Jahre in der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik, in der der russische Adel zwar seine regionale Identität und den orthodoxen Glauben beibehielt, aber immer mehr der Prägung durch Polen ausgesetzt waren.

Die Teilungen des polnisch-litauischen Staates durch seine Nachbarn im XVIII. Jahrhundert bewirkten die Eingliederung der heute belarusischen und ukrainischen Territorien in das Russländische Zarenreich, was sie vom europäischen Entwicklungspfad wegbrachte. Nur in dem an Österreich-Ungarn angegliederten Galizien konnten sich die ukrainische Sprache und Kultur entfalten.

Die Volksrepubliken Belarus und Ukraine, die nach dem Untergang des Zarenreiches und des Habsburger Imperiums im Jahre 1918 ausgerufen wurden, hatten keine festen Grenzen und behaupteten sich nur einige Monate lang. Parallel dazu entstand November 1918 nach 123

---

<sup>4</sup> Als „Russen“ werden die aus dem heutigen Schweden gekommenen Normannen bezeichnet, die laut Chroniken im Jahre 862 die besagten slawisch bewohnten Territorien besetzten. Ihr Anführer Rjurik herrschte im neuen Staatsgebilde. Auf sein historisches Erbe berufen sich heute sowohl Belarus und die Ukraine als auch Russland.

<sup>5</sup> Zur Geschichte der Ukraine siehe u.a. Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, 4. Auflage, München: C.H. Beck 2014.

<sup>6</sup> Die Belarussisch-Deutsche Geschichtskommission schlägt vor, das Wort „belarusisch“ (analog zur Schreibweise im Belarusischen) mit einem „s“ zu schreiben, um die Gleichsetzung mit Russland zu vermeiden. Vgl. Empfehlungen zur Schreibweise von Belarus in deutschsprachigen Texten, abrufbar unter: Anlage\_200715\_PRESSEMITTEILUNG\_Geschichtskommission\_BY\_DE, zuletzt geprüft am 10.11.2022.

Jahren der polnische Staat wieder, der den in den Jahren 1919-1921 geführten Krieg gegen das bolschewistische Russland gewann. Die besonders in den Städten ethnisch von Polen und Juden dominierten Gebiete der heutigen Westukraine und West-Belarus wurden im März 1921 durch den Frieden von Riga, den Polen mit den Bolschewiki schloss, der Republik Polen angeschlossen. Die östlichen Territorien der heutigen Ukraine und Belarus wiederum wurden zu den „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ der 1922 gegründeten Sowjetunion. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, infolgedessen Polen im September des gleichen Jahres vom nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion überfallen und geteilt wurde, wurden ihnen die besagten polnischen Ostgebiete zugeschlagen.

Der komplette Umbau der politischen und gesellschaftlichen Ordnung war im Sowjetreich ohne massive Repressionen gegen die nationalen Eliten nicht möglich. Die Vernichtungswut der Kommunisten<sup>7</sup> zielte darauf ab, das belarusische und ukrainische Volk an Russland und die Sowjetunion fest zu binden. Das ideologische Konstrukt der ostslawischen Einheit, das die Ukrainer („Kleinrussen“) und Belarusen als Teile des russischen Staatsvolkes betrachtete, das von den Russländern angeführt wird, gehört seit dem späten XVIII. Jahrhundert zum Kernbestand der russländischen Identität. Es untermauert bis heute die imperiale Politik Russlands gegenüber seinen westlichen Nachbarn.<sup>8</sup>

Trotz der langjährigen Politik der Russifizierung und der ideologischen Indoktrinierung im Inneren sowie der Abkoppelung von Europa konnte in Belarus und der Ukraine der Wille zur nationalen Selbstbestimmung nicht komplett ausgelöscht werden. Er manifestierte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend in den Bewegungen für Perestrojka, die vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ins Leben gerufen und offiziell „Volksfronten“ genannt wurden. In den Volksfronten wurden Menschen unterschiedlicher Ansichten, von Reformkommunisten bis zu Rechtsextremisten, aktiv. Dort trafen auch nationaldemokratische Milieus zusammen, von denen man hoffte, dass sie zum Motor der Demokratisierung in den nach der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 unabhängigen Republiken werden würden.

Obwohl politisch durchaus bedeutsam, waren in Belarus und der Ukraine die nationaldemokratisch geprägten Volksfronten politisch schwächer als die postkommunistische Nomenklatura, die sich auf Autoritarismus und Russland orientierte. Unter den Bedingungen der daraus erwachsenen starken Konflikte konnte in der Demokratie unverzichtbare

---

<sup>7</sup> Zu den größten Säuberungen im XX. Jahrhundert siehe Timothy Snyder: Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin, London: Vintage 2015, S. 59-119.

<sup>8</sup> Dazu etwa Alexander Dugin: Last war of the World Island. The Geopolitics of Contemporary Russia, London: Arkos 2015.

Verfahrenskonsens<sup>9</sup> nicht erzielt werden. Die ehemaligen Kommunisten behielten ihre Macht bei und sie lenkten den Reformprozess zu ihren Gunsten.

Die postkommunistische Systemtransformation verlief in beiden Ländern unter unterschiedlichen Vorzeichen. In Belarus nutzte der politische Außenseiter Aljaksandr Lukaschenka die Konfrontation von Nomenklatura und Nationaldemokraten aus und gewann im Jahre 1994 unerwartet die demokratischen Präsidentschaftswahlen. In den Jahren 1995 und 1996 setzte er per Referendum grundlegende Verfassungsnovellen durch, mit denen er in seinen Händen die Macht in einem autoritären System monopolisierte, das in der westlichen Publizistik als die „letzte Diktatur Europas“ und in der Politikwissenschaft als alternativloser<sup>10</sup>, hegemonialer (*hegemonic*)<sup>11</sup> bzw. vollständiger (*full scale*)<sup>12</sup> Autoritarismus apostrophiert wurde.

In der Ukraine wiederum passte sich die postkommunistische Nomenklatura an die sich schnell ändernden Bedingungen an, sie ging darüber hinaus – wenn nötig – Kompromisse mit anderen politischen Akteuren ein und verhinderte so einen nennenswerten Elitenaustausch. Unter diesen Umständen wurde der Demokratieaufbau lediglich vorgetäuscht, während der Großteil der überkommenen politischen Elite die Reformzeit zur Selbstbereicherung und zur Festigung der eigenen Position im neuen System nutzte. Es entstand keine Demokratie, sondern ein kompetitiver Autoritarismus.<sup>13</sup>

Diese zwei Typen autoritärer Systeme, für die Belarus und die Ukraine exemplarisch stehen, haben ein gemeinsames Merkmal: Der politische Pluralismus wird dort weder wie im Vorgängersystem abgeschafft noch wie in Demokratie zum tragenden Systemprinzip erhoben, sondern er wird von Regierenden zum Zweck des Machterhalts eingeschränkt.<sup>14</sup> Der große Unterschied zwischen beiden Systemvarianten besteht allerdings im Grad der Einschränkung

---

<sup>9</sup> Giovanni Sartori: Demokratietheorie, 3. Auflage, Darmstadt 2006, S.99.

<sup>10</sup> Jerzy Maćków: Die posttotalitären Autoritarismen: Die Entwicklungen und Varianten, in: ders. (Hrsg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden 2009, S. 325-350, hier S.346.

<sup>11</sup> Giovanni Sartori: The theory of democracy revisited, Chatham House Publ. 1987; Andreas Schedler: Elections without democracy. The menu of manipulation, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2(13)/2002, S. 36-50.

<sup>12</sup> Steven Levitsky/Lucan A. Way: The rise of competitive authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2/2002, S. 51-65, hier S.53.

<sup>13</sup> Zum Begriff siehe ebd. S.52 ff.; Maćków 2009b, S.346. Obwohl die Ukraine sogar in Fachliteratur oft als Demokratie bezeichnet wird, bezieht sich diese Zuordnung auf den vorhandenen politischen Wettbewerb und die freien (aber nicht fairen) Wahlen, jedoch nicht auf die Rechtsstaatlichkeit, die eine genauso unabdingbare Voraussetzung der Demokratie im Sinne des liberalen Konstitutionalismus darstellt. Im Index der Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law Index) von World Justice Project nahm die Ukraine im Jahre 2022 den 76. Platz von insgesamt 140 (Belarus stand auf dem 99. Platz). Vgl. <https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/>, zuletzt geprüft am 07.09.2022

<sup>14</sup> Siehe die Definition von Autoritarismus bei Juan J. Linz: Totalitäre und autoritäre Regime, herausgegeben von Raimund Krämer, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2003, S. 129, sowie ihre reduzierte Version mit dem eingeschränkten Pluralismus als Hauptmerkmal bei Jerzy Maćków: Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus, in: ders. (Hrsg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden 2009, S. 17-43, hier S.30.



des Pluralismus, d.h. im Ausmaß der Autonomie der politischen Akteure. Dieses Ausmaß wird primär an der Stellung und Bedeutung der politischen Opposition gemessen, deren starke Position im System den starken Wettbewerb anzeigt.<sup>15</sup>

In Belarus wurde die Opposition aus dem politischen System verdrängt und ihr Einfluss minimiert, so dass sie keine Gefahr für die Machthaber darstellte.<sup>16</sup> In der Ukraine dagegen verfügte sie über eine starke Vertretung im Parlament, sie bildete Regionalregierungen und stellte ihre Fähigkeit zur Machtübernahme mehrfach unter Beweis. Die Einschränkung des politischen Pluralismus äußerte sich dort in der dauerhaft ausbleibenden Rechtsstaatlichkeit, der ebenso nicht vorhandenen Autonomie von Wirtschaft und Politik, der ausufernden Korruption sowie im Unwillen der Regierenden, die Opposition als den gleichberechtigten politischen Spieler zu behandeln. Daraus resultierten zahlreiche Defizite des politischen Wettbewerbs, welche der Demokratie dauerhaft im Wege standen.

Der Aufbau beider Systeme wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre abgeschlossen, wobei der ukrainische Autoritarismus später vielfach einem Wandel unterlag. Auf den Versuch des zweiten ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, die Macht in seinen Händen zu konzentrieren und sie nach dem Ablauf seiner zweiten Amtszeit im Winter 2004 mithilfe gefälschter Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen an seinen Nachfolger Wiktor Janukowytsch zu übergeben, reagierten die Ukrainer mit Massenprotesten, die als „Orange Revolution“ in die Geschichte eingingen. Angeführt von einer geeinten Opposition erzwangen die Demonstranten die Wiederholung der Wahlen im Januar 2005, aus denen der Oppositionsführer Wiktor Juschtschenko als Sieger hervorging.

Die Hoffnungen, die auf die neue, sich als nationaldemokratisch und prowestlich positionierende Regierung gesetzt worden waren, wurden jedoch nicht erfüllt. Zwar hat das „orange“ Lager das politische System liberalisiert, die ukrainische Sprache und Kultur gefördert und einige demokratische Reformen eingeleitet, der Reformprozess verlief aber nur langsam und lückenhaft. Es kam hinzu, dass sich die „orange“ Regierung durch Streitigkeiten und Ineffektivität, die sich besonders vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise des Jahres 2008 als verhängnisvoll erwiesen, diskreditierte.

Die im März 2010 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen gewann sodann der frühere Wahlfälscher Wiktor Janukowytsch, der seine Zeit in der Opposition effektiv genutzt hatte. Nach dem Amtsantritt stärkte er sofort seine Macht, indem er die Reformen des orangen Lagers

---

<sup>15</sup> Maćków 2009b, S.346.

<sup>16</sup> Neben Belarus gehören im postsowjetischen Raum Russland, Aserbaidshan, Turkmenistan und Tadschikistan (bis vor kurzem auch Kasachstan) zu den sogenannten alternativlosen Autoritarismen.

rückgängig machte, mit der Opposition abrechnete und mit seiner „Partei der Regionen“ das Parlament kontrollierte. Trotz einer wirtschaftlichen Stabilisierung breitete sich dennoch die Unzufriedenheit mit seiner Politik aus.

Ende November 2013 begannen in Kyjiw erneut Unruhen, die den Namen „Euromajdan“ erhielten, weil ihren unmittelbaren Anlass die Absage des Präsidenten darstellte, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Der gesellschaftliche Ungehorsam und der tollpatschige Umgang mit den Protesten, der im Februar 2014 in einem Massaker auf dem Kyjiwer Platz der Unabhängigkeit gipfelte, kosteten Wiktor Janukowytsch die Macht. Der auf ihn folgende Präsident Petro Poroschenko, der westlich orientierte Oligarch, kehrte teilweise zum demokratischen Reformkurs zurück, war aber zeitgleich mit dem von Russland im Februar 2014 durch die Annexion von der Krim und den Überfall auf die Ostukraine ausgelösten Krieg konfrontiert, der den Demokratisierungsprozess bremsen musste.

Vor 2014 bildeten in der Ukraine abwechselnd pro-russländische und prowestliche Kräfte die Regierung, die ihre Hochburgen entsprechend der oben erwähnten, historisch gewachsenen Spaltung des Landes im Osten und Süden oder im Westen hatten. Mit diesen politischen Kurswechseln ging immer die Umkehrung der bisherigen außenpolitischen Ausrichtung einher. Das Bild des tief gespaltenen Landes, das zu keinem gesellschaftspolitischen Konsens finden konnte, zerbrach erst dann, als Wolodymyr Selens'kyj bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2019 sowohl in der Ost- als auch in der Westukraine die Mehrheit der Stimmen holte.<sup>17</sup>

Der russländische Krieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 die furchterliche Dimension des blanken Überfalls durch einen Verbrecherstaat annahm, formte die politische Landschaft neu: pro-russländische Parteien und Organisationen verloren nicht nur die Unterstützung in der Gesellschaft, sondern wurden auch verboten.<sup>18</sup> Damit ist jedoch die Opposition mitnichten als ein wichtiger politischer Faktor verschwunden. Sobald der Krieg vorbei sein wird, wird ihre Stimme sicherlich noch laut werden, hoffentlich aber auch stärker als zuvor auf das Gemeinwohl und die Demokratie gerichtet.

In Belarus hingegen regiert seit gut drei Jahrzehnten der gleiche Mensch, weshalb das System nicht nur autoritär, sondern auch durch Alleinherrschaft geprägt war. Die Unterstützung derjenigen im Rücken, die auf die populistischen Parolen und das eigenartige Charisma des

---

<sup>17</sup> Die Wahlergebnisse nach Regionen siehe in Ukraine-Analysen Nr. 216 vom 10.04.2019, S.2.

<sup>18</sup> Vgl. „Ukraine verbietet prorussische Parteien“ unter <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-sicherheitsrat-verbietet-arbeit-prorussischer-parteien-a-e1591b8e-da89-48fb-9db4-a9b5aa39d188>, zuletzt geprüft am 08.09.2022.

Autokraten hereinfließen, baute Aljaksandr Lukaschenka die präsidiale „Machtvertikale“ auf und machte Justiz sowie den Gewaltapparat der Sicherung seiner Macht dienstbar. Schritt für Schritt wurden alle politisch relevanten Bereiche der Gesellschaft – von den Medien bis hin zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen – der Kontrolle des Regimes unterworfen. Dagegen fanden zwar Demonstrationen statt, weshalb die zweite Hälfte der neunziger Jahre zu den protestaktivsten Perioden in der Geschichte des unabhängigen Belarus zählt. Aber das Ausmaß der Protestaktivitäten war dennoch wesentlich kleiner in der Zeit vor und nach den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2020.

Im Jahre 2004 wurde mittels eines Referendums die Amtszeitbeschränkung des Präsidenten aufgehoben. Den Belarusen „verkaufte“ der Präsident seine Alleinherrschaft als den einzigen Weg zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Ordnung und ökonomischer Sicherheit, sodass die Monopolisierung der Macht nur bei einer Minderheit auf Widerstand stieß.

Die Opposition war nicht imstande, Lukaschenkas Machtausbau in den Jahren 1994-96 zu verhindern, obwohl sie in dieser Zeit noch recht stark war. Der präsidialen Mehrheit im Parlament zahlenmäßig unterlegen, blieb sie außerhalb des Parlaments meistens zersplittert und von Repressionen geschwächt. Von den Massenmedien durch das Regime abgeschnitten, konnte sie die breite Bevölkerung nicht erreichen. Es kam hinzu, dass unter Boris Jelzin Russland Lukaschenka samt dem von ihm institutionalisierten System unterstützte.

Keine einzige Wahl in Belarus seit 1994 wurde von der OSZE als den demokratischen Standards entsprechend bewertet.<sup>19</sup> Die Opposition durfte zwar an den Wahlen teilnehmen, dies aber nur, damit das Regime den vorgetäuschten Wettbewerb für seine Legitimation nutzen konnte. Um die Glaubwürdigkeit des offiziell verkündeten Wahlergebnisses<sup>20</sup> kümmerte sich Aljaksandr Lukaschenka kaum. So rief er sogar bei den Wahlen im August 2020, die er zum ersten Mal nachgewiesenermaßen kläglich verloren hatte, seinen Sieg aus, indem er sich selbst 80 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen zuschreiben ließ.

Die Proteste nach den Wahlen fanden zwar statt, aber selbst monatelange Demonstrationen von hunderttausenden Menschen im August und September 2020 vermochten es nicht, Lukaschenka, der seinen umfangreichen Gewaltapparat einsetzte und Russlands Hilfe in Anspruch nahm, zum Rücktritt zu zwingen. Repression ist zu der Hauptmethode des

---

<sup>19</sup> Siehe Wahlberichte der OSZE unter <https://www.osce.org/elections/Belarus>, zuletzt geprüft am 11.09.2022

<sup>20</sup> Siehe die Ergebnisse der parallelen Stimmenaushölung unter <https://belarus2020.org/home>, zuletzt geprüft am 11.09.2022.

Umgangs mit seinen politischen Widersachern geworden, begleitet von der Staatspropaganda, die die Opposition in Öffentlichkeit diffamiert.

Die Legitimität des „volksnahen“ Präsidenten beruhte über viele Jahre hinweg auf dem ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag: Der Staat sorgte für das Minimum an Wohlstand und Sicherheit (worunter geringe Kriminalität und – seit Februar 2022 besonders wichtig – Nichtbeteiligung am Krieg), während die meisten Bürger den *status quo* unterstützten bzw. stillschweigend hinnahmen. Die Opposition wurde unter diesen Bedingungen zum einzigen Akteur, der sich gegen diesen Vertrag stellte. Aus der offiziellen Politik verbannt, diffamiert und verfolgt, scheiterte sie jedoch.

## **1.2. Fragestellung, Gegenstand und Methode der Untersuchung**

Unterschiedliche Stellung der politischen Opposition in Belarus und der Ukraine wird oft auf die gesellschaftlichen *cleavages*, die den unterschiedlichen Entwicklungen in der Moderne entspringen würden, zurückgeführt. In diesem Zusammenhang wird oft auf die nationale Identität verwiesen,<sup>21</sup> die die Demokratisierung begünstigte. Folgerichtig bedingte das schwach ausgeprägte Nationalbewusstsein der Belarusen die Schwäche der demokratischen Opposition, die ihre Ursprünge in der Nationalbewegung hätte. Demgegenüber sei die gesplittete Identität der Ukrainer zwar hinderlich für die Institutionalisierung der Demokratie, jedoch durchaus dem politischen Wettbewerb förderlich.<sup>22</sup> Die nationale Frage spielte sicherlich eine wichtige Rolle bei der Festigung unterschiedlicher Formen des Autoritarismus. Allerdings reichte das nationale Erwachen der Belarusen, das sich in der Protestbewegung von Sommer und Herbst 2020 eindrucksvoll manifestierte, nicht aus, um das von Lukaschenka aufgebaute System loszuwerden bzw. kompetitiver zu machen.

Was andere gesellschaftliche Faktoren angeht, so stellen soziologische Studien keine gravierenden Unterschiede in den politisch relevanten Charakteristika beider Gesellschaften fest: Sie weisen in ähnlichem Ausmaß typische postsowjetische Eigenschaften wie etwa die Schwäche des Bürgertums, den Paternalismus, das niedrige Vertrauen in Institutionen und das hohe Vertrauen in Personen auf.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Lucan A. Way: Identity and Autocracy: Belarus and Ukraine compared, Paper presented at the Workshop, University of Ottawa (Canada), 12-14 October 2006.

<sup>22</sup> Ebd. S. 2. Beide Varianten seien dabei für die gescheiterte Transformation in diesen Ländern verantwortlich. Vgl. Taras Kuzio: National identity and democratic transition in post-soviet Ukraine and Belarus, in: „East European Perspectives“ Nr. 15(4)/24. July 2002.

<sup>23</sup> Vgl. Lucan A. Way 2006; Christian W Haerpfer/Kseniya Kizilova: Political Involvement of Citizens in Belarus and Ukraine: A Comparison with Russia, Moldova and Caucasus, in: „International Relations and Diplomacy“ Nr. 6(2)/2014.

In der vorliegenden Arbeit wird der Fokus auf das Handeln der politischen Akteure – der Regierung und der Opposition – gelegt. Dabei wird nach der Hauptursache für den Erfolg bzw. Misserfolg der Opposition in ihrem Streben nach Macht gefragt. Diese kann sowohl im Verhalten der Opposition als auch im Agieren der Regierenden liegen. Die Opposition kann unpopuläre Ideologien vertreten bzw. falsche Strategien verfolgen und die Regierenden können ihr mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln mehr oder weniger erfolgreich den Weg zur Macht versperren. Das autoritäre System, mit jeweils mehr oder weniger Pluralismus, stellt dabei die Rahmenbedingungen für das Handeln der politischen Widersacher dar. Diese Rahmenbedingungen können von den Regierenden zwar verändert werden, aber dies nur innerhalb des bereits institutionalisierten Systems. Das heißt beispielsweise, dass im alternativlosen Autoritarismus in Belarus die Opposition keine nennenswerte parlamentarische Vertretung bekommen darf. Wenn sie aber außerparlamentarisch agiert, dann werden ihre unterschiedlichen Milieus je nach Einschätzung der von ihnen ausgehenden Gefahren durch die Regierung unterschiedlich behandelt. In der Ukraine mit ihrem Wettbewerbsautoritarismus kann die Opposition dagegen aus den Institutionen des politischen Systems nicht verbannt werden, was allerdings nicht bedeutet, dass sie fair bzw. immer gemäß den Erfordernissen des Rechtsstaats behandelt wird.

In der Literatur werden drei zentrale Bedingungen für den Erfolg der politischen Opposition bei ihrem Streben nach Macht genannt: Die Verfügbarkeit von Ressourcen, eine Identität, die auf der Gegnerschaft zur Regierung basiert und förderliche Opportunitätsstrukturen.<sup>24</sup> Aus diesen drei Variablen kann eine Kausalkette gebildet werden. Den Ausgangspunkt stellen die Opportunitätsstrukturen eines politischen Systems dar: Offenheit (Möglichkeiten der Teilnahme am formalen Willensbildungsprozess) und Wahrscheinlichkeit der Repressions (das Konfliktbearbeitungsmuster des Regimes). Von diesen strukturellen Gegebenheiten sind die Chancen der Opposition abhängig, ihre Organisation aufzubauen, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen sowie Allianzen zu schließen. Entsprechend braucht die Opposition folgende Ressourcen: Geld, Expertise und Kommunikationskanäle für die Organisation, Nationalbewusstsein, unmissverständliche West- oder Ostorientierung und attraktive Ideologie für den Diskurs sowie ausreichende Größe und Kohäsion für Allianzen. Dieses oppositionelle Potenzial wird politisch wirksam, wenn es der

---

<sup>24</sup> Vgl. Jean Blondel: Political Opposition in the Contemporary World, in: „Government and Opposition“ Nr. 4(32)/1997, S. 462-486; V. Bunce/S.L. Wolchik: Defeating authoritarian leaders in postcommunist countries, Cambridge University Press 2011; Andreas Schedler: The politics of uncertainty: sustaining and subverting electoral authoritarianism, Oxford University Press 2015; Steven Levitsky/Lucan A. Way: Competitive authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War, Cambridge University Press 2010; J. Gandhi/E. Lust-Okar: Elections under authoritarianism, in: „Annual Review of Political Science“ Nr. 12/2009, S. 403-422.

Opposition gelingt, die Bevölkerung von der Illegitimität der Regierung zu überzeugen und sich als eine Alternative darzustellen. In der Regel geschieht es an der Wahlurne, sobald das starke Wahlergebnis der Opposition die Regierung entweder zur Anerkennung ihres Sieges oder zu Wahlfälschung verleitet. Werden die Wahlergebnisse gefälscht, dann kommt es zu Massenprotesten.

Die Proteste können aber auch einen anderen Auslöser haben und zum Sturz der Regierung führen, wenn kein Kompromiss gefunden wird und die Regierenden nicht imstande bzw. willens sind, diese zu unterdrücken. Je offener und weniger repressiv das Regime, desto niedriger sind für die Opposition die Kosten des Ressourcenaufbaus und desto größer die Wahrscheinlichkeit des Machtwechsels.

In diesem Sinne lautet die zentrale Hypothese dieser Untersuchung: Es ist das Agieren der Regierenden, das die Chancen der Opposition bestimmt, ihre Ressourcen aufzubauen und politischen Erfolg zu haben, d.h. – bestenfalls – die Macht zu übernehmen. Die Regierung kreiert im jeweiligen System Bedingungen für die Aktivitäten der Opposition. Wenn sie es schafft, den Handlungsrahmen des politischen Gegners ausreichend einzuschränken, werden selbst die richtige Strategiewahl und deren konsequente Verfolgung durch die Opposition nicht helfen, an die Macht zu kommen. Sie wird bestenfalls mehr Unterstützung aus der Gesellschaft generieren, auf die die Herrschenden mit neuen Maßnahmen reagieren werden.

Kurz gesagt: Das oppositionelle Handeln wird nur dann effektiv, wenn ihm das Regime neue Spielräume öffnet. Ob und wie diese Freiheiten von der Opposition genutzt werden, hängt von ihr ab. Werden diese Freiräume für die erfolgreiche Beschaffung von Ressourcen genutzt, die in politischer Auseinandersetzung notwendig sind, dann wird neben dem Handeln der Regierenden auch das Agieren der Opposition den politischen Prozess zuweilen entscheidend bestimmen. Infolgedessen wird sich das autoritäre System in Richtung von mehr Wettbewerb bewegen.

Den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie stellt die politische Opposition in Belarus und in der Ukraine dar. Der Untersuchungszeitraum sind die Jahre 2001-2006 für Belarus und 2010-2014 für die Ukraine. Die Zeitverschiebung ist dem Umstand geschuldet, dass Perioden ausgesucht wurden, in denen beide Regime die meisten Ähnlichkeiten, nicht zuletzt hinsichtlich des Drucks auf und die Repression gegen die Opposition, aufwiesen. Vor dem Hintergrund dieser Affinitäten werden die Vorgehensweisen der Regierung und der Opposition analysiert, die Aufschlüsse über die Erfolgschancen der Opposition in unterschiedlich beschaffenen autoritären Systemen zu geben versprechen.

Die zentrale Methode zur Überprüfung der Hypothese stellt der Vergleich zweier Fallbeispiele mittels Prozessanalyse dar. Mit der Ukraine und Belarus wurden zwei Fälle gewählt, die viele ähnliche Kontextfaktoren (Kontrollvariablen) aufweisen. Dazu zählen: Ort (Nachbarstaaten in Osteuropa), Staatlichkeit (Unabhängigkeit seit 1991), Geschichte (totalitäre Vergangenheit, fehlende Eigenstaatlichkeits- und Demokratieerfahrung), politische Entwicklung (gescheiterte Systemtransformation, Autoritarismus, fehlende Rechtsstaatlichkeit), grobe Zusammensetzung der Opposition (führende Rolle der Nationaldemokraten, Parteien als Hauptorganisationsform). In Bezug auf die abhängige Variable, nämlich auf den Erfolg/Misserfolg der Opposition, unterscheiden sich die Fälle jedoch. Es gilt, jene Abweichungen unter den unabhängigen Variablen (dem Handeln der Regierenden und der Opposition) aufzuspüren, die für die Varianz in der abhängigen Variable verantwortlich sind (Kausalität).

Die Vergleichsanalyse konzentriert sich auf zwei Hauptfelder des Zusammentreffens der Regierung und der Opposition, die für ihr Verhältnis entscheidend sind: Wahlen und Proteste. Hinzu kommt der Vergleich des Umgangs der Regierenden mit der Opposition *sensu largo* (mit den nicht direkt politischen, aber mit Politik verbundenen Akteuren), die eine Basis für die Opposition *sensu stricto* (dem nichtregierenden Teil der politischen Elite) bildet. Außerdem wird die Rolle der ausländischen Finanzierung der Opposition als ein Außenfaktor, der sich auf den Erfolg der Opposition in autoritären Systemen auswirkt, untersucht.

### **1.3. Aufbau der Untersuchung**

Die vorliegende Untersuchung ist in folgende Teile gegliedert:

- In der Einleitung werden die Problematik und die Fragestellung vor dem historischen Hintergrund der untersuchten Länder erörtert.
- Im zweiten Kapitel wird auf den Autoritarismus-Begriff und die Typologie der autoritären Systeme eingegangen. Im Mittelpunkt steht dabei das von Juan Linz ausgearbeitete Verständnis des Autoritarismus als des Systems des eingeschränkten politischen Pluralismus.

Bei den postkommunistischen Autoritarismen geht es um ihre posttotalitären Spezifika, welche die Gestaltung politischer Institutionen und Akteure in den betroffenen Ländern stark beeinflussen. Im Anschluss daran wird die Rechtsstaatlichkeit in den Fokus gerückt, die bei der Analyse von Autoritarismen und Demokratien oft vernachlässigt wird, deren Bedeutung aber nicht nur für die korrekte Einordnung politischer Systeme, sondern auch für die Stellung der Opposition bestimmend ist. Die von Jerzy Maćków

ausgearbeiteten Eigenarten des alternativlosen und des kompetitiven Autoritarismus werden als die Basis für die empirische Analyse herangezogen.

- Im dritten Kapitel wird das begriffliche Gerüst der Oppositionsproblematik erörtert. Es wird u.a. gezeigt, dass der Begriff der Opposition in der Demokratieforschung eingebettet ist, weil diese die meisten Ansätze der Oppositionsforschung liefert. Daraus ergeben sich die Defizite der theoretischen Erfassung von Opposition in autoritären Systemen.
- Deshalb wird im vierten, ebenfalls der Theorie gewidmeten Kapitel – erstens – versucht, die Erkenntnisse über die Opposition in Demokratien für die Analyse des politischen Widerspruchs in autoritären Systemen anwendbar zu machen. In diesem Zusammenhang wird am Beispiel der zentralen Oppositionsfunktionen (Kritik, Kontrolle und Alternative)<sup>25</sup> gezeigt, dass diese in autoritären Systemen nur begrenzt oder gar nicht ausgeführt werden können. Für den gleichen Zweck wird – zweitens – die immer noch knappe Literatur über Opposition in Autoritarismus-Forschung ausgewertet. Schließlich wird – drittens – vorgeschlagen, wie einige Theorie-Lücken geschlossen werden können. In diesem Zusammenhang wird die Typologie der Opposition auf den Untersuchungsgegenstand (der Opposition in autoritären Systemen) angepasst, damit im empirischen Untersuchungsteil die Handlungen der oppositionellen Milieus systematisch in die Analyse einbezogen werden können.

Dem gleichen Zweck dient die darauffolgende Erörterung der Strategien der Machthaber, mit der Opposition umzugehen. Dabei wird grundsätzlich zwischen dem manipulativen und dem präventiven Vorgehen unterschieden, wobei das erste im kompetitiven und das zweite im alternativlosen Autoritarismus überwiegt. Beide Vorgehensweisen ergeben sich aus der relativen Schwäche bzw. Stärke des Regimes und sie bestimmen die Reaktion der Opposition.

Es werden die in der Literatur diskutierten Bedingungen genannt, unter denen die Opposition zur Fragmentierung bzw. zum Zusammenschluss neigt. Des Weiteren wird die Zweckmäßigkeit der Oppositionsteilnahme an manipulierten Wahlen erörtert und auf Proteste als die Form der von der Opposition initiierten Kommunikation mit Regierung eingegangen. Mit der Erörterung der kontroversen Frage nach den Folgen der ausländischen Finanzierung der Opposition wird dieses für die vorliegende Untersuchung zentrale Theoriekapitel abgeschlossen.

---

<sup>25</sup> M. G. Schmidt: Opposition, in: ders./D. Nohlen (Hrsg.): Lexikon der Politik, München: C.H. Beck 1992, S. 283–288.



Aus den in den Kapiteln drei und vier zusammengefassten theoretischen Überlegungen ergeben sich methodische Forderungen, die Struktur und Vorgehensweise der empirisch orientierten Kapitel bestimmen.

- Im Kapitel fünf werden Charakteristika der Autoritarismen in Belarus und der Ukraine ausgearbeitet, damit diese politischen Systeme typologisch zugeordnet und somit „reif“ für den Vergleich gemacht werden können.
- Im sechsten Kapitel wird ein Einblick in Parteiensysteme der untersuchten Länder mit dem besonderen Fokus auf Oppositionsparteien gewährt. Da Parteien die wichtigste Organisationsstruktur der Opposition (in der Ukraine auch der Regierung) darstellten, ist es wichtig, sowohl die Besonderheiten ihrer Entstehung und programmatisch-ideologischen Ausrichtung als auch auf die Hauptprobleme, die zur Herausbildung von spezifisch postkommunistischen Parteiensystemen geführt haben, zu unterstreichen.
- Im siebenten Kapitel wird die vergleichende Analyse des Oppositions- und Regierungsverhaltens eingeleitet, die im kommenden Abschnitt fortgesetzt wird. Begonnen wird mit den Wahlen auf verschiedenen Ebenen, die insgesamt einen Zyklus bilden (ausgelassen wird allerdings die wegen der Flucht des Präsidenten Janukowytsch vorgezogene Präsidentschaftswahl in der Ukraine im Mai 2014). Jede Wahlanalyse setzt sich aus der Untersuchung der Kräfteverhältnisse, der Ziele der Regierung und der Opposition, der Wahlstrategien und des Vorgehens beider Akteure sowie der Wahlergebnisse zusammen. Mit der Untersuchung der Wahlstrategien wird gezeigt, inwiefern diese das Erreichen der Wahlziele beförderten, d.h. wie gut sie ausgearbeitet und wie konsequent sie verfolgt wurden. Die Wahlergebnisse geben auch die Auskunft über die Wirksamkeit der eingesetzten Strategien sowie über das Ausmaß der Wahlmanipulationen. Sie markieren die Beibehaltung oder die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse und bestimmen weitere Handlungsweisen der Kontrahenten.

Insgesamt zeigt die vergleichende Wahlanalyse sowohl die Breite und Systematik des Missbrauchs der Wahlverfahren durch die Regierung als auch die Möglichkeiten der Opposition, diesen Manipulationen entgegenzuwirken. Insofern verdeutlicht der Wahlvergleich die Unterschiede zwischen beiden Regimen und die unterschiedlichen Spielräume der Opposition.

- Im Mittelpunkt des achten Kapitels stehen die Proteste als das zweite zentrale Feld der Auseinandersetzung der Opposition mit der Regierung. Ihre Formen, Ausrichtung und Teilnehmer werden vergleichend erkundet. Daraus werden ihr jeweiliger Politisierungs-

und Radikalisierungsgrad, ihre thematische und geografische Reichweite, ihr Ausmaß, ihre Frequenz, ihre Dauer und ihre zumindest potenzielle Wirkung ersichtlich. Die jeweilige Rolle der Opposition in Protestaktivitäten wird gesondert untersucht. In diesem Zusammenhang wird den folgenden Fragen nachgegangen: Inwiefern konnten die Regimegegner die Proteststimmung erzeugen und politisch nutzen? Welche Ziele verfolgten sie dabei und mit welchem Ergebnis? Welcher Anteil der Protestierenden wurde von Oppositionskräften organisiert und angeführt bzw. mitbegleitet? War die Opposition imstande, das Vorgehen der Protestierenden zu koordinieren? In Bezug auf Nachwahlproteste wird gefragt, welche Wirkung sie auf die spätere Entwicklung der Opposition hatten.

Was das Handeln der Regierenden angeht, so steht die Effektivität von Strategien zur Vorbeugung bzw. Stilllegung der Proteste im Mittelpunkt der Analyse. Aus dem Umgang der Regierung mit den Forderungen, den Organisatoren und den Teilnehmern der Proteste werden darüber hinaus Schlussfolgerungen über den Responsivitätsgrad der Regierung abgeleitet. Es wird darüber hinaus der Frage nachgegangen, ob sich die Proteste auf die Stabilität und den Charakter des jeweiligen Regimes ausgewirkt haben. Das Kapitel wird mit dem Vergleich der größten Proteste der untersuchten Zeiträume – der belarussischen *Ploschtscha* vom März 2006 und des ukrainischen *Euromajdans* von 2013/14 – abgeschlossen, wobei nach den Ursachen für ihre unterschiedliche Effektivität gefragt wird. Mit anderen Worten: Warum hat der Majdan, von dem die Opposition überrascht wurde, den friedlichen Machtwechsel herbeigeführt, während die von der Opposition initiierte belarussische „Revolution“ gescheitert ist.

- Im neunten Kapitel werden der Umgang der Regierung mit der Opposition *sensu largo* und die Einschränkungen des gesellschaftlichen Pluralismus analysiert. Die Zivilgesellschaft samt Vertretern der Medien, Wirtschaft, Kultur und Religion gilt dabei als jene Kontextvariable, die auf die Opposition *sensu stricto* einwirkte. Da der Grad der Einschränkung des gesellschaftlichen Pluralismus die Effektivität der Kontrolle des Regimes über die Gesellschaft anzeigt, gilt er auch als wichtiger Indikator von Aussichten der Opposition auf Machtübernahme. Dieser Zusammenhang wird besonders mit der Analyse des Euromajdans ausgearbeitet. Es wird also in diesem Kapitel gezeigt, wie die Mobilisierungsfähigkeit der Gesellschaft in politische Stärke umschlagen kann. Bei der Analyse von Belarus wiederum wird die ausbleibende Autonomie der gesellschaftlichen Akteure im Mittelpunkt stehen, die entscheidend zur

Isolation der politischen Opposition beitrug, was ihre Chancen auf Machtübernahme minimierte.

- Im zehnten Kapitel wird die im Theorieteil angesprochene ausländische Unterstützung der Opposition analysiert. Es geht dabei um die Hilfen der EU und der USA im Rahmen der Demokratieförderung. Die zentrale Frage des Kapitels ist, ob sie tatsächlich zur Stärkung der sich als demokratisch verstehenden Opposition geführt hat. In Bezug auf Belarus wird ihrer beinahe vollständigen Abhängigkeit von den westlichen Finanziers und der daraus resultierenden Entfremdung der Opposition nachgegangen, die zuweilen stärker die Geldgeber als die eigene Gesellschaft im Auge behalten hat. Schwache und unpopuläre Regimegegner legitimierten dabei die autoritäre Macht wesentlich besser als gar keine. Diesem Finanzierungsmodell wird die interne Finanzierung der Opposition in der Ukraine gegenübergestellt, die um die externe Förderung lediglich ergänzt wurde.
- Im elften Kapitel wird die in dieser Einleitung formulierte Fragestellung beantwortet. Das geschieht in kritischer Auseinandersetzung mit der Hypothese, die oben von den Theorie-Ansätzen der politologischen Literatur über Opposition im Autoritarismus abgeleitet wurde. Dabei wird knapp auf die Proteste des Jahres 2020 und ihre Zerschlagung in Belarus eingegangen, obwohl diese Problematik aus dem Zeitrahmen der Untersuchung fällt. Sie musste trotzdem erwähnt werden, um den Prozess des „Untergangs“ der alten Opposition in Belarus zu vervollständigen.

#### **1.4. Quellen und Literatur**

Die theoretische Grundlage verdankt diese Untersuchung der Theoriebildung von Juan Linz, Jerzy Maćków, Andreas Schedler, Steven Levitsky und Lucan Way. Diese Autoren vermitteln das notwendige Wissen über die Entstehung, Struktur und Funktionslogik moderner Autoritarismen und machen ihre Typologisierungen möglich. Die Beziehung von Regierung und Opposition steht meistens im Mittelpunkt ihrer Überlegungen, was sich für die in der vorliegenden Studie durchgeführte empirische Analyse als besonders ergiebig erwiesen hat.

Schwieriger verhält es sich mit dem Zugriff auf die Theorie der Opposition, die neben der Autoritarismus-Theorie die zweite theoretische Säule der Arbeit darstellt. Sie entstammt der Oppositionsforschung, in der man den klassischen, aus den sechziger und den siebziger Jahren stammenden und den modernen, seit den neunziger Jahren entwickelten „Block“ identifizieren kann. Die Klassiker wie Robert Dahl, Otto Kirchheimer, Winfried Steffani, Giovanni Sartori, Ghiță Ionescu u.a. liefern eine solide Basis zum Verständnis der Opposition

als politischer Institution mit ihrer Entwicklung, ihrer Bedeutung, ihren Typen, ihren Handlungsstrategien und ihren Funktionen im politischen System. Den Grundstein für diese Forschungsfelder legte im Jahre 1966 Robert Dahl mit seiner wegweisenden Arbeit „Political Opposition in Western Democracies“.

Die Oppositionsforschung wurde jedoch von Anfang an in der Demokratieforschung verortet, was ihre Operationalisierung für die Untersuchung des Autoritarismus sehr erschwerte. Besonders die Fokussierung auf die parlamentarische Opposition erlaubt nur ansatzweise die Anwendung der vorhandenen Theorien auf den alternativlosen Autoritarismus, in dem die Opposition fast ausschließlich außerparlamentarisch agiert.

Die späteren Untersuchungen, wie der aus dem Jahre 1997 stammende Aufsatz von Jean Blondel „Political opposition in the contemporary world“ (1997),<sup>26</sup> leisteten zwar in diesem Zusammenhang etwas Abhilfe, aber aus ihnen entstand doch letztendlich keine schlüssige Theorie der politischen Opposition in autoritären Systemen. Die meisten Beiträge zu diesem Thema stellen vielmehr empirische Fallstudien dar, die keinen universellen Geltungsanspruch haben.<sup>27</sup>

Nichtsdestotrotz erwiesen sich die Beiträge von Holger Albrecht über die Opposition in Ägypten, von Ellen Lust-Okar über den Umgang mit Regimegegnern im Nahen Osten oder von Wladimir Gel'man über den Wandel der demokratischen Oppositionsparteien in Russland als wertvoll für die vorliegende Untersuchung, weil sie zur Aufschlüsselung systemspezifischer Zusammenhänge verhalfen. Hilfreich waren diesbezüglich auch beitragsartige Analysen der Opposition, die in Monografien und Sammelbänden über postkommunistische Autoritarismen enthalten sind, die Valerie Bunce, Sharon Wolchik, Jerzy Maćków, Karen Dawisha, Bruce Parrott, Steven Levitsky, Lucan Way, David Lane und Mikhail Minakov verfasst haben.

Für den empirischen Teil wurden in erster Linie Quellen und Literatur in den Muttersprachen der untersuchten Länder (Ukrainisch, Belarusisch, Russisch) benutzt, womit versucht wurde, ein Defizit besonders der deutschsprachigen Literatur anzugehen. Für ihre Beschaffung waren Forschungsreisen nach Kyjiw und Minsk notwendig. Der von Waler Bulhakau herausgegebene Sammelband „Politische Geschichte des unabhängigen Belarus“<sup>28</sup> bietet auf über 1200 Seiten eine detaillierte Darstellung des politischen Prozesses in Belarus

---

<sup>26</sup> Blondel 1997.

<sup>27</sup> Dazu gehört auch die theoretische Auseinandersetzung mit der Opposition von Juan Linz, deren verallgemeinernden Auslegungen zur Opposition in autoritären Systemen auf dem Beispiel von Francos Spanien basieren. Vgl. Linz, Juan J.: *Opposition in and under an authoritarian Regime: the case of Spain*, in: Robert A. Dahl (Hrsg.): *Regimes and oppositions*, New Haven and London: Yale University Press 1973.

<sup>28</sup> Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskac gistoryčnae tavarystva 2011.

von 1991 bis 2006. Auch die ebenfalls von Bulhakau in Zusammenarbeit mit Andrej Dyn'ko herausgegebene, ähnlich umfangreiche Dokumentation der in den Jahren 1988-2009<sup>29</sup> stattgefundenen Massenproteste stellte für diese Analyse einen soliden Wissensfund dar.

Der Sammelband „Die Ukraine: politische Geschichte des XX. – Anfang des XXI. Jahrhunderts“<sup>30</sup>, der von der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde, hat sich hingegen als weniger hilfreich erwiesen, weil in ihm einerseits die in der vorliegenden Arbeit untersuchte Periode nicht behandelt wurde, und andererseits die Interpretationen stark politisch voreingenommen sind. Eine fundierte Darstellung der gesellschafts- und politikhistorischen Entwicklung der Ukraine seit der Unabhängigkeit bietet dagegen der auf Englisch erschienene Sammelband „From “the Ukraine” to Ukraine. A Contemporary History, 1991–2021“, der Beiträge zahlreicher renommierter Autorinnen und Autoren vereint. Einen guten Überblick über die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine verschafft auch das Buch „Politische Macht und Opposition in der Ukraine: Ein Vergleich mit dem Ausland“, das Felix Ruditsch herausgegeben hat.<sup>31</sup> Auch die Beiträge der ukrainischen Oppositionsforscher wie Iryna Saienko, Galyna Selen'ko, Oksana Komisarchuk, Valerij Koljuch, Larysa Kochubei und Antonina Kolodii gewähren eine gute Übersicht über die Oppositionsentwicklung und verschiedene Aspekte oppositioneller Aktivitäten und in der unabhängigen Ukraine.

In der belarusischen Forschung wird der Opposition indes weniger Aufmerksamkeit geschenkt, was gewiss aus ihrer geringeren politischen Bedeutung resultiert. Die Schwäche der Opposition wird meistens als ein Beleg für die Stärke des autoritären Regimes verstanden und aus dieser Perspektive analysiert.<sup>32</sup>

Die Liste der ukrainischen und belarusischen Forscher, die auf Englisch publizieren, ist nicht lang. Ihre hauptsächlich in Fachzeitschriften veröffentlichten Beiträge haben aber für die vorliegenden Untersuchung einen besonderen Stellenwert, weil sie sowohl den Qualitätsstandards der westlichen Forschung entsprechen als auch die im belarusisch-ukrainischen Ausland seltene, gute Landexpertise aufweisen. Die Beiträge von Vital' Silitski stellen in diesem Zusammenhang tiefeschürfende Analysen des belarusischen Autoritarismus

---

<sup>29</sup> Valer Bulhakau/Andrej Dyn'ko (Hrsg.): Chryšćenne naccii. Masavyja akcii 1988-2009, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011.

<sup>30</sup> V. A. Smolij u.a. (Hrsg.): Ukrajina: Politična istorija XX – počatok XXI stolittja, Instytut istorij Ukrainy 2007.

<sup>31</sup> F.M. Rudyč u.a.: Polityčna vlada i opozycja v Ukrajinі: Porivnjaľnyj analiz iz zarubizhnymi krajinami, Kyjiv: IPIEND NAN Ukrajinu 2016.

<sup>32</sup> Die bis heute einzigen Monografien über die Opposition in Belarus betreffen die parlamentarische Opposition der 1990-1995 Jahre. Siehe dazu A.V. Kur'janovič: Apazycja BNF u Vjarhounym Savece XII sklikannja, Smalensk: Inbelkult 2015; S. Navumčyk: Sem gadou adradzennja, al'bo fragmenty najnoušaj belaruskaj gistoryi (1988-1995), Wařawa/Praha: 2006.

dar, und zwar mit dem Fokus auf die Funktionen und politische Chancen der Opposition.<sup>33</sup> Andrej Kasakewitsch, Jury Tschawusau, Iryna Ekadumawa analysieren den Zustand belarusischer Opposition und ihre Wahlstrategien. Alena Karasteljowa, Wolha Tscharnysch, Tatsiana Kulakewitsch und Ales' Pjatkewitsch beschäftigen sich wiederum mit belarusischen Parteien- und Wahlsystemen. Kiryl Ignazick, Andrej Jahorau und Tazjana Tschyschowa setzen sich mit dem politischen Protest in Belarus auseinander, während Alena Gapawa und Aljaksej Pikulik über Strukturen und Funktionen der Zivilgesellschaft und Medien forschen.

Von den ukrainischen Experten, die auf Englisch publizieren und in ihren Studien auf die Problematik der Opposition zumindest eingehen, sind Taras Kuzio, Mykola Rjabtschuk, Serhiy Kudelia, Mykhailo Minakow, Volodymyr Kulyk, Olga Onuch, Iryna Solonenko, Andrij Portnov und Volodymyr Ischtschenko zu nennen. Für die vorliegende Untersuchung waren außerdem noch die Beiträge über die ukrainischen Parteien und politischen Organisationen, die Kostiantyn Fedorenko und seine Co-Autoren verfasst haben, von Bedeutung.

Als wichtige Literaturbasis gelten auch Publikationen von führenden ausländischen Belarus- und Ukraine-Experten wie Hans Timmermann, Stephen White, Gerhard Simon, Andrew Wilson, David Marples, Grigory Ioffe, Gwendolyn Sasse, Hans-Georg Wieck, Konstantin Ash, Michael McFaul, Matthew Frear und Andreas Umland.

Was die Periodika anbetrifft, so sind in erster Linie die Zeitschriften „East European Perspectives“, „Journal of Democracy“, „Democratization“, „Communist and Post-Communist Studies“, „World Politics“, „Osteuropa“, „New Eastern Europe“, deutschsprachige „Länder-Analysen“, belarusische „Arche“ und „Palitytschnaja Sfera“, sowie ukrainische „Tyzhden“ und „Krytyka“ zu nennen.

Meinungsumfragen, die die hier untersuchten Zeiträume betreffen, und auch ihre soziologische Auswertung bieten für Belarus das „Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies“ ([www.iiseps.org](http://www.iiseps.org)) und für die Ukraine das „Razumkov Center“ (<https://razumkov.org.ua/en/>) sowie das „National Institute for Strategic Studies“ (<https://niss.gov.ua/en>).

Als schwierig erwies sich die Internet-Recherche nach Quellen wie Wahlprogramme, Gesetzestexte, Stenogramme von Auftritten im Parlament, Reden von Politikern sowie Presseberichte. Viel sind im Internet nicht auffindbar. Entsprechende Drucke mussten deshalb vor Ort gesucht werden.

---

<sup>33</sup> Seine Bücher sind im Unterschied zu den zahlreichen Aufsätzen leider nur auf Belarusisch zugänglich. Das zweite – betitelt „Der lange Weg aus der Tyrannei: postkommunistischer Autoritarismus und der Kampf um Demokratie in Serbien und Belarus“ – wurde ursprünglich auf Englisch verfasst, jedoch *post mortem* übersetzt und nur auf Belarusisch publiziert.

## II. AUTORITARISMUS

### 2.1. Autoritarismus „zwischen“ Totalitarismus und Demokratie

In der modernen Herrschaftsformenlehre wird zwischen Demokratie, Autoritarismus und Totalitarismus als Grundtypen politischer Systeme unterschieden<sup>34</sup>. Weder der Herrschaftsträger, der für Aristoteles das Kriterium der Herrschaftstypologie darstellt, noch der Legitimationsglaube, der nach Max Weber die Zuordnung in Herrschaftstypen ermöglicht, sondern der Aufbau und die Funktionsweise von staatlichen Institutionen sind in der heutigen Politikwissenschaft für die systematische Einordnung der Herrschaftssysteme zentral.

Die Trias der Herrschaftsformenlehre Totalitarismus-Autoritarismus-Demokratie setzte sich in der Politologie in einer langen Auseinandersetzung durch. Bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts dominierten noch dichotomische Klassifikationen, in denen Demokratien von Nicht-Demokratien unterschieden wurden. Für letztere wurden die Begriffe „Diktatur“ oder „Autokratie“ am häufigsten verwendet.<sup>35</sup> Erst der spanische Politologe Juan Linz hat in den sechziger Jahren das Konzept von Autoritarismus als Herrschaftstypus *sui generis* entwickelt und damit die qualitativen Differenzen innerhalb der Nicht-Demokratien herausgearbeitet. In den Vordergrund der systemischen Dreiteilung stellte er den Begriff „Pluralismus“.<sup>36</sup>

Laut Linz existiert Pluralismus „solange es auch politische Gruppen gibt, die nicht durch den Staat geschaffen wurden bzw. von ihm abhängig sind.“<sup>37</sup> Ernst Fraenkel betonte noch in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die herausragende Bedeutung vom Pluralismus für die Analyse von Herrschaftssystemen.<sup>38</sup> Maćków geht noch weiter und erhebt den Pluralismus nicht zum Haupt-, sondern zum einzigen Unterscheidungskriterium der Herrschaftstypen. Den Pluralismus definiert er in Anlehnung an Winfried Steffani<sup>39</sup> als

---

<sup>34</sup> Unter politischen Systemen werden in dieser Arbeit in Anlehnung an Maćków „in sich geschlossene Strukturen von politischen Institutionen begriffen [...], die im bestimmten gesellschaftlichen und internationalen Umfeld angesiedelt sind.“ Maćków 2009, S. 18f.

<sup>35</sup> Zwar fanden bereits in diesem Zusammenhang die Adjektive "autoritär" und "totalitär" Verwendung. Sie dienten aber nicht dazu, eigenständige politische Systemtypen zu kennzeichnen, sondern um Untertypen der Autokratie bzw. Diktatur zu beschreiben. Vgl. Karl Loewenstein: Verfassungslehre, 4. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck 2000.

<sup>36</sup> Linz stellte 1975 drei Kriterien zur Unterscheidung der Herrschaftsformen auf: den Grad der politischen Mobilisierung der Massen, die Herrschaftslegitimierung und den Umgang der Herrschenden mit dem politischen Pluralismus. Dabei sieht Linz den Umgang mit dem Pluralismus als das wichtigste Merkmal seiner Typologie an. Linz 2003, S. 131.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Ernst Fraenkel: Pluralismus, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd.5. Demokratie und Pluralismus, herausgegeben von Alexander v. Brünneck, Baden-Baden 2007, S. 383-385.

<sup>39</sup> Steffani versteht unter Pluralismus autonom handelnde gesellschaftliche und politische Akteure, die eigenständig ihre Interessen definieren und miteinander um wirtschaftlichen und politischen Einfluss konkurrieren. Vgl. Winfried Steffani: Pluralistische Demokratie. Studien zur Theorie und Praxis, Opladen 1980, S. 92ff.

Anerkennung und Befürwortung des autonomen Handelns von politischen *und* gesellschaftlichen Akteuren und des dadurch entstandenen Wettbewerbs.<sup>40</sup> Er warnt vor der verbreiteten, aber falschen Gleichsetzung des Pluralismus mit der Pluralität. Letzte bedeutet bloß die Vielfalt, die unabhängig von der politischen Ordnung jeder Gesellschaft eigen ist. Der Pluralismus ist hingegen die *bejahte* Vielfalt und „stellt ein Prinzip dar, das von politischen und gesellschaftlichen Akteuren akzeptiert oder abgelehnt werden kann.“<sup>41</sup>

Der Totalitarismus wird als ein System verstanden, der die Eliminierung des politischen *und* des gesellschaftlichen Pluralismus anstrebt. Jeder totalitäre Staat bedient sich einer Ideologie, die den politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Monismus mit dem Streben nach einem utopischen Idealzustand einer gleichgeschalteten Gesellschaft zu rechtfertigen sucht. Mit der totalitären Ideologie ausgestattet, lenkt und kontrolliert der Staat seine Untertanen möglichst lückenlos über die Partei, deren Strukturen jede Sphäre des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Die Partei verschmilzt so mit dem Staat.<sup>42</sup> Dadurch entsteht ein ideologischer Parteistaat mit dem absoluten Herrschaftsanspruch. Die Unterbindung des autonomen Handelns setzt die Abschaffung politischer Opposition voraus. Jeder Versuch des politischen Widerspruchs wird als systemsubversiver Widerstand wahrgenommen und bestraft. Darüber hinaus gibt es weder autonome gesellschaftliche Organisationen (die oft „Zivilgesellschaft“ genannt werden) noch autonome gesellschaftliche Subsysteme wie Wirtschaft und Politik.

Der Sowjetsozialismus stellte ein totalitäres System dar, in dem die Regierenden erst am Ende der Perestrojka-Politik, mit der Michail Gorbatschow versuchte, die Sowjetunion zu reformieren, der absolute Herrschaftsanspruch der kommunistischen Partei in Frage gestellt wurde. Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts begann in den sowjetsozialistischen Ländern die Ära des politischen Pluralismus, die zur Entstehung von demokratischen und autoritären Systemen führte.<sup>43</sup>

Den Gegenpol zum Totalitarismus stellt die Demokratie dar, in der der Pluralismus zum Systemprinzip erhoben wird. Laut Ernst Fraenkel beruht der Pluralismus in einer freiheitlich-rechtlichen Demokratie auf der folgenden Annahme:

„[...] in einer differenzierten Gesellschaft könne im Bereich der Politik das Gemeinwohl a posteriori als das Ergebnis eines delikaten Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien

---

<sup>40</sup> Maćków 2009, S. 25.

<sup>41</sup> Ebd., S. 27.

<sup>42</sup> Zu Totalitarismus-Konzepten siehe etwa Carl J. Friedrich/ Zbigniew Brzeziński: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.): Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968; Raymond Aron: Demokratie und Totalitarismus, Hamburg 1970; Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 6. Auflage, München 1986; Linz, 2003.

<sup>43</sup> Siehe dazu Maćków 2005.



erreicht werden, stets vorausgesetzt, daß ... bei deren Zusammen- und Widerspiel die generell akzeptierten, mehr oder weniger abstrakten regulativen Ideen sozialen Verhaltens respektiert und die rechtlich normierten Verfahrensvorschriften und die gesellschaftlich sanktionierten Regeln eines fair play ausreichend beachtet werden“<sup>44</sup>.

Der Pluralismus findet also auch in Demokratie seine Grenzen. Die Autonomie der gesellschaftlichen und politischen Akteure bleibt solange unverletzt, so lange sie sich nicht gegen den demokratischen Minimalkonsens (im Sinne des Lock'schen Gesellschaftsvertrags) richtet. Sollte es notwendig sein, wird auch die Demokratie mit politischer Gewalt verteidigt. Im Gegensatz zum Totalitarismus ist die Repression in der Demokratie aber nicht gegen den Pluralismus als solchen gerichtet, sondern gegen diejenigen, deren Selbstbestimmung zur Unterminierung der vereinbarten Grundprinzipien des demokratischen Systems führt. Es gilt die Regel: „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!“<sup>45</sup> Es kommt hinzu, dass Repression unter Einhaltung rechtlicher Normen eingesetzt wird, die von der unabhängigen Justiz umgesetzt werden.

Neben dem Pluralismus gehören Wettbewerb, Konstitutionalismus, Volkssouveränität, politische Gleichheit und Repräsentation zu den Systemprinzipien der Demokratie. Infolge einer langen und Diskussion über das prozedurale Demokratieminimum gilt der liberale Konstitutionalismus als das *root concept* der modernen Demokratie. Ein politisches System ist erst dann demokratisch, wenn es neben der Gewährleistung von politischem Wettbewerb und Partizipation, wozu freie, faire Wahlen gehören, auch die Realisierung rechts- und verfassungsstaatlicher Prinzipien sichert. Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit stellen in der Demokratie zwei Seiten einer Medaille dar.<sup>46</sup>

Im Autoritarismus wird der Pluralismus nicht abgeschafft, sondern stärker als in der Demokratie eingeschränkt. Linz nennt in seiner Definition neben der massiven Einschränkung des politischen Pluralismus auch weitere Merkmale dieses Systems: die ausgeprägten Mentalitäten statt der leitenden Ideologie, fehlende politische Mobilisierung, die für den Totalitarismus typisch sei, Machtmonopolisierung und informelle Herrschaftsstrukturen.<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, 6. Aufl., Kohlhammer 1974, S. 199f.

<sup>45</sup> Der Schlachtruf der „wehrhaften Demokratie“ aus den Zeiten der Französischen Revolution.

<sup>46</sup> Siehe dazu etwa David Collier/Steven Levitsky: Democracy with adjectives. Conceptual innovation in comparative research, in: „World Politics“ Nr. 3(49)/1997, S. 430-451, S. 434; Michael Krennerich: Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsprobleme zwischen Diktatur und Demokratie, in: Petra Bendel u.a. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen 2002, S. 55-70, hier S. 58.

<sup>47</sup> Er definiert Autoritarismen als „politische Systeme, die einen begrenzten, nicht verantwortlichen politischen Pluralismus haben; die keine ausgearbeitete und leitende Ideologie, dafür aber ausgeprägte Mentalitäten besitzen und in denen keine extensive oder intensive politische Mobilisierung, von einigen Momenten in ihrer Entwicklung abgesehen, stattfindet und in denen ein Führer oder manchmal eine kleine Gruppe die Macht innerhalb formal kaum definierter, aber tatsächlich recht vorhersagbarer Grenzen ausübt“, Linz 2003, S. 129.

Maćków plädiert hingegen für ein breites Autoritarismus-Verständnis mit dem eingeschränkten Pluralismus als dem Einzelmerkmal.<sup>48</sup> So definiert, würde „Autoritarismus“ zum Konnotat der Systeme, die zwischen dem Totalitarismus und der Demokratie angesiedelt sind. Diese Definition macht es möglich, auf die Einführung weiterer Herrschaftstypen *sui generis* zu verzichten, was selbstverständlich nicht die Bildung autoritärer Subtypen ausschließt. Denn Autoritarismus hat viele Gesichter.

Folgerichtig wird in diesem Konzept der Repressionsgrad, der für die meisten Menschen als das herausragende Merkmal des Autoritarismus betrachtet wird, nicht zum zentralen Kriterium. Demnach kann die Anwendung staatlicher Gewalt zur Absicherung der Herrschaft unterschiedliche Formen und Intensität annehmen, in einigen Fällen durchaus vergleichbar mit der „milden Repression“ in demokratischen Systemen (und mit der „harten Repression“, die aus dem Totalitarismus bekannt ist). Auch auf anderen Feldern können Autoritarismen große Schnittmengen mit Demokratien aufweisen.

Nach Maćków schränkt autoritäres System grundsätzlich den politischen Pluralismus stärker als den gesellschaftlichen ein. Einige Autoritarismen können aber auch gegen die Autonomie der gesellschaftlichen Akteure umfassend vorgehen. Der qualitative Unterschied zum Totalitarismus besteht diesbezüglich darin, dass im Letztgenannten nicht die Einschränkung, sondern die Abschaffung des Pluralismus sowohl in Politik als auch in Gesellschaft angestrebt wird.

Die Einschränkung des politischen Pluralismus im autoritären System äußert sich hauptsächlich im Umgang der Regierenden mit der politischen Opposition. Diese wird zwar anders als in totalitären Systemen nicht eliminiert, aber auch nicht wie in Demokratie als gleichberechtigter politischer Akteur und der Herausforderer der Regierung akzeptiert. Vielmehr wird erschwert, ihre grundlegenden Funktionen – Kritik an der Regierung, Alternative zur Regierung und Kontrolle der Regierung – auszuführen. Die partielle Aussetzung des Wettbewerbs wird somit zum wesentlichen Merkmal aller Autoritarismen.

## **2.2. „Demokratien mit Adjektiven“ und „hybride Regime“**

Da entgegen den Erwartungen die postkommunistische Systemtransformation in den ehemaligen Sowjetrepubliken – mit der Ausnahme der baltischen Staaten – nicht zur Institutionalisierung von Demokratien geführt hat, etablierten sich dort „Systeme der

---

<sup>48</sup> Maćków 2009, S. 23-27.

gescheiterten Demokratisierung.“<sup>49</sup> Da die so genannte „dritte Demokratisierungswelle“<sup>50</sup> ihrem Namen nicht gerecht geworden ist,<sup>51</sup> erlebt die Autoritarismus-Forschung einen neuen Aufschwung.<sup>52</sup> Einige Forscher ignorieren allerdings die gescheiterte Demokratisierung einiger postkommunistischer Länder, denen sie doch einen demokratischen Charakter attestieren, indem sie von „defekten“, „gelenkten“ u.ä. Demokratien sprechen.<sup>53</sup>

Einer der Gründe, weshalb Konzepte der „Demokratien mit Adjektiven“ entworfen worden sind, ist das verkürzte Verständnis des Demokratieminimums, das auf die regelmäßig durchgeführten Wahlen reduziert wird. Dieses Verständnis genügt jedoch dem der Politikwissenschaft in Jahrzehnten erarbeiteten Konzept der liberalen Demokratie nicht, die ohne den konstitutionell eingetragenen Rechts- und Verfassungsstaat nicht vorstellbar ist. Obwohl bekannt ist, „dass eine mangelnde Rechtsstaatlichkeit und fehlende *horizontal accountability*“<sup>54</sup> ein Einfallstor für die schleichende Umkehrung demokratischer Transformationsprozesse sind,<sup>55</sup> werden die Konzepte der „Demokratien mit Adjektiven“ immer noch verwendet.

Die vielleicht wichtigste Ursache für das beharrliche Festhalten an ihnen stellt allerdings der Umstand dar, dass in der postkommunistischen Transformationsforschung lange das teleologische Paradigma der *transition to democracy* vorherrschte, das auch im obigen Zitat nachklingt. Es handelt sich dabei um die deterministische Annahme, dass sich die ehemals kommunistischen Länder zwar mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, aber dennoch unausweichlich in Richtung Demokratie entwickeln würden. Um diese Spekulation überzeugend erscheinen zu lassen, werden „verminderte Subtypen“ (*diminished subtypes*)<sup>56</sup> der

---

<sup>49</sup> Jerzy Maćków: Autoritarismen oder „Demokratien mit Adjektiven“? Systeme der gescheiterten Demokratisierung, in: „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ Nr. 10-4/2000, S.1471–1499.

<sup>50</sup> Samuel P.H. Huntington: Democracy's third wave, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2(2)/1991, S. 12- 34. Francis Fukuyama vertrat dabei die These, dass Demokratie und Marktwirtschaft sich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems überall durchsetzen würden. Vgl. Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, 1. Auflage, München: Kindler 1992.

<sup>51</sup> Holger Albrecht u.a.: Einleitung: Autoritäre Regime nach der „Dritten Welle“ der Demokratisierung, in: dies. (Hrsg.): Autoritäre Regime. Herrschaftsformen. Legitimationsstrategien. Persistenz und Wandel, Schwalbach: Wochenschau Verlag 2001, S. 7-17, hier insb. S.7f.

<sup>52</sup> Siehe hierzu Patrick Köllner: Autoritäre Regime. Ein Überblick über die jüngere Literatur, in: „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“ Nr. 2(2)/2008, S. 351-368; Steffen Kailitz/Patrick Köllner (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47, Baden-Baden: Nomos 2003.

<sup>53</sup> Siehe hierzu z.B. Aurel Croissant/Peter Thiery: Von defekten und anderen Demokratien, in: „WeltTrends“ Nr. 29/2000, S. 9–33.; Collier/Levitsky, 1997, S. 430-451; Hans-Joachim Lauth: Drei Dimensionen der Demokratie und das Konzept einer defekten Demokratie, in: Gert Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hrsg.): Erscheinungsformen und Entwicklung von Demokratien im interkulturellen Vergleich, Bamberg 1997, S. 33–54.

<sup>54</sup> Die gegenseitige Kontrolle autonomer politischer Institutionen, die dem demokratischen Prinzip der *checks and balances* zugrunde liegt. Siehe dazu Guillermo O'Donnell: Delegative democracy, in: Counterpoints: Selected essays on authoritarianism and democratization, Notre Dame: University of Notre Dame Press 1999, S 159–174.

<sup>55</sup> Aurel Croissant: Analyse defekter Demokratien, in: K.H. Schrenk, M. Soldner (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme, VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S.107.

<sup>56</sup> Collier/Levitsky 1997, S. 437ff.

Demokratie gebildet. Logisch betrachtet, verstoßen jedoch diese angeblichen Subtypen der vollwertigen Demokratie das erwähnte *root concept* des liberalen Konstitutionalismus. Wird daran festgehalten, produziert Politikwissenschaft unausweichlich Oxymora wie „illiberale“ oder „autoritäre“ Demokratie.<sup>57</sup> Die Zahl der auf diesem Wege erfundenen „Demokratien mit Adjektiven“ ist kaum überschaubar.<sup>58</sup>

Auch das im deutschsprachigen Raum wohl bekannteste, von Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle und Aurel Croissant entwickelte Konzept der „defekten Demokratie“ soll in ihrer Absicht den politischen Systeme gerecht sein, die zwar wegen der regelmäßig stattfindenden Wahlen grundsätzlich Demokratien darstellen, die jedoch gemessen an den normativen Grundlagen liberaler Demokratien (Teilhaberechte, Freiheitsrechte, Gewaltenkontrolle etc.) verschiedene „Defekte“ aufweisen.<sup>59</sup> Auch diesem Konzept liegt die letztlich im Geschichtsoptimismus der Aufklärung fest verankerte Sicht zugrunde, dass derartige Defizite sich im Laufe der angeblich noch nicht vollbrachten „Systemkonsolidierung“ (Institutionalisierung) auflösen könnten. Dabei wird übersehen, dass „defekte Demokratien“ sich im Laufe der Zeit weitere Einschränkungen des Pluralismus zulegen, statt liberale Demokratie zu gebären.

Die Konzepte der „verminderten Subtypen“ verwässern den Demokratiebegriff und verhindern eine saubere Unterscheidung zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Systemen. Dies ist nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht problematisch, sondern zieht auch politische Konsequenzen nach sich. Die Herrschenden in „defekten Demokratien“ haben es leicht, den autoritären Charakter ihrer Systeme zu verschleiern. In diesem Zusammenhang verwundert nicht, dass Wladimir Putin das politische System seines Landes als „kontrollierte Demokratie“ (*upravljajmaja demokratija*) apostrophiert.

Die Systeme der gescheiterten Demokratisierung werden oft auch als „hybride Systeme“ verstanden,

---

<sup>57</sup> Siehe hierzu etwa Croissant/Thiery 2000; Collier/Levitsky 1997; Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Claudia Eicher/Peter Thiery: Defekte Demokratien, Band 1 Theorie, Opladen: Leske + Budrich 2003.

<sup>58</sup> Collier und Levitsky sprechen von Hunderten solcher „verminderter Subtypen“. Siehe Collier/Levitsky 1997, S. 431.

<sup>59</sup> Die Theorie der defekten Demokratie baut auf dem ebenfalls von Wolfgang Merkel und seinen Koautoren entwickelten Konzept der „eingebetteten Demokratie“ auf. Dieses theoretische Modell begreift weit entwickelte, stabil funktionierende Demokratien als Herrschaftssysteme, die aus einem Gefüge von fünf ineinander verzahnten Teilregimen bestehen: a) ein demokratisches Wahlregime, b) das Regime politischer Partizipationsrechte, c) das Regime bürgerlicher Freiheitsrechte, d) die institutionelle Sicherung der Gewaltenkontrolle sowie e) die Garantie, dass die effektive Regierungsgewalt den demokratisch gewählten Repräsentanten obliegt. Von diesem Konzept abweichend, werden auch Systeme als Demokratie bezeichnet, in denen zwar demokratische Wahlen stattfinden, die anderen Teilregime aber verletzt werden. Je nachdem, welches Teilregime verletzt wird, unterscheidet man zwischen der „exklusiven“, der „illiberalen“, der „delegativen“ und der „Enklavendemokratie“. Vgl. Merkel et al. 2003.

„die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur notwendigen Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“<sup>60</sup>

Es bleibt unklar, warum diese Systeme „Demokratien“ heißen sollten, wenn bekannt ist, dass Autoritarismen von jeher Demokratien vortäuschen, indem sie wesentliche Merkmale der Letztgenannten – etwa freie und faire Wahlen – pervertieren. Es werden auch keine empirischen Belege dafür vorgelegt, dass das komplexe „demokratische Wahlregime“ im Umfeld der „gestörten Funktionslogik“ anderer Segmente des politischen Systems „weitgehend funktioniert“.

Es wäre allerdings ein Fehler, den Konzepten der „hybriden Regime“ (hybrider Systeme) jeglichen heuristischen Mehrwert abzusprechen. Denn sie sollen durchaus zur Charakterisierung der *in Entstehung begriffenen* Systeme, d.h. der Übergangssysteme, gebraucht werden. Maćków weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass während der postkommunistischen Systemtransformation zuerst ein hybrides System entstehen muss, das sich entweder zur institutionalisierten Demokratie oder zum Autoritarismus entwickelt. Er spricht in diesem Zusammenhang von Übergangsautoritarismus. Dieses Übergangssystem ist unausweichlich autoritär, weil es aus einem antidemokratischen Vorgänger hervorgeht und die Demokratie zumindest solange nicht aufgebaut ist, bis freie und demokratische Wahlen abgehalten werden. Aber, wie ausgeführt, die Durchführung freier Wahlen stellt mitnichten den Indikator der gelungenen Demokratisierung dar.<sup>61</sup> Damit Demokratie institutionalisiert werden kann, bedarf es nämlich u.a. einer Elite, die hinsichtlich der Ziele des Systemwechsels geeint ist.<sup>62</sup>

Die Behauptung, dass es institutionalisierte hybride Herrschaftstypen gibt, sprengt die Trias Totalitarismus-Autoritarismus-Demokratie, ohne eine sinnvolle (d.h. den Gesetzen der Logik folgende) alternative Typologie dazu zu bieten. Deshalb gilt die Banalität: Ist ein System nicht-demokratisch und institutionalisiert, dann kann es weder als „Demokratie mit Adjektiven“ noch als „hybrides System“ betrachtet werden. Vielmehr muss es dem Typus des Autoritarismus zugeordnet werden.

Erfreulicherweise geht man im neuen Jahrtausend von der Konzeptualisierung der Systeme der gescheiterten Demokratisierung als „Demokratien mit Adjektiven“ zunehmend ab. Stattdessen werden sie immer häufiger als Autoritarismen definiert. Auch diese werden

---

<sup>60</sup> Ebenda, S.66.

<sup>61</sup> Maćków 2009, S. 38ff.

<sup>62</sup> Ebd.

allerdings mit der Idee der „hybriden Systeme“ in Verbindung gebracht, so dass oft von „Autoritarismen mit Adjektiven“ gesprochen wird. Die Zahl der neu konzeptualisierten Autoritarismen-Typen ist inzwischen groß. So wird vom „kompetitiven Autoritarismus“,<sup>63</sup> „elektoralen Autoritarismus“,<sup>64</sup> „isolationären Autoritarismus“,<sup>65</sup> „bürokratischen Autoritarismus“<sup>66</sup> usw. gesprochen. Levitsky und Way sind zurecht damit zufrieden, dass auf diese Art und Weise der Demokratie-Begriff nicht mehr diskreditiert wird.<sup>67</sup> Es soll trotzdem darauf hingewiesen werden, dass „Autoritarismen mit Adjektiven“ meistens fälschlicherweise als Typen *sui generis* und nicht als Subtypen (Varianten) des Autoritarismus verstanden werden.<sup>68</sup> Die offensive Vermehrung von angeblich eigenartigen Autoritarismus-Typen ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass sie oft nach der Analyse politischer Systeme einzelner Länder entworfen werden. Dabei wird die Mühe gescheut, den Entwurf mit einer systematischen Typologie der politischen Systeme zu konfrontieren.

Die auffälligste Gemeinsamkeit der postkommunistischen Autoritarismen ist, dass sie von ihrem totalitären Vorgänger nicht zuletzt durch pathologische Modernisierung und Ineffizienz geprägt sind.<sup>69</sup> Um das Erbe dieser Modernisierung zu bewältigen, muss der postkommunistische Staat imstande sein, die Allgemeinverbindlichkeit seiner Entscheidungen unter den neuen Bedingungen der freigegebenen gesellschaftlichen Autonomie und Spontanität durchzusetzen. Gelingt es nicht, wird er schwach und als solcher lässt er sich von den mächtigen gesellschaftlichen Akteuren vereinnahmen (*state capture*).<sup>70</sup> Seine Funktionsfähigkeit und Effizienz kann er (seinem Vorgänger durchaus ähnlich) mit verstärkter Repressivität steigern.

### 2.3. Rechtsstaatliche und nicht-rechtsstaatliche Autoritarismen

Der Umgang mit dem Pluralismus in verschiedenen politischen Systemen spiegelt sich im Umgang mit der Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit wider. Karl Löwenstein hat im Jahre 1969 drei „ontologische“ Kategorien von Verfassungen genannt, mit denen das Verhältnis des Verfassungstextes zu dessen Umsetzung in Realität erfasst werden kann.<sup>71</sup> Ein funktionierender

---

<sup>63</sup> Levitsky/Way 2002.

<sup>64</sup> Andreas Schedler: Electoral authoritarianism: the dynamics of unfree competition, Boulder: Rienner 2006.

<sup>65</sup> Astrid Sahn: Isolationärer Autoritarismus. Die innere Entwicklung in der Republik Belarus, in: Dieter Bingen/Kazimierz Wóycicki (Hrsg.): Deutschland - Polen - Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union, Wiesbaden 2002, S. 179-195.

<sup>66</sup> Lilia Shevtsova: Bürokratischer Autoritarismus - Fallen und Herausforderungen, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Nr. 11/2006, S. 6-13.

<sup>67</sup> Siehe z.B. Levitsky/Way 2010.

<sup>68</sup> Vgl. Levitsky/Way 2010.

<sup>69</sup> Siehe Maćków 2005.

<sup>70</sup> Siehe z.B. z.B. Michal Klíma: Informal Politics in Post-Communist Europe: Political Parties, Clientelism and State Capture, Routledge 2021.

<sup>71</sup> Loewenstein 2000, S. 151–155.

Verfassungs- und Rechtsstaat weist dementsprechend eine *normative*, d.h. eine uneingeschränkte (wirksame) Geltung der Verfassung (und somit des Rechts überhaupt) auf. Die nicht-rechtsstaatlichen Systeme haben hingegen entweder eine *nominalistische* Verfassung, d.h. eine, deren Normen Mal beachtet und Mal missachtet werden, oder eine *semantische* Verfassung, die nach Löwenstein eine „Maskerade“ der konstitutionellen Herrschaft darstellt. Während normative Verfassungen für Demokratien charakteristisch sind, kennen Totalitarismen semantische Verfassungen.

Was die autoritären Systeme angeht, so sind hier sowohl eine normative als auch eine nominalistische Verfassung möglich. Das bedeutet, dass Autoritarismen sowohl rechtsstaatlichen als auch nicht-rechtsstaatlichen Charakter aufweisen können. In den rechtsstaatlichen Autoritarismen werden die Einschränkungen der Autonomie und Rechte von politischen und gesellschaftlichen Akteuren rechtlich festgelegt.

Die Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit hat eine wesentlich längere Geschichte als die moderne Demokratie. Diese „Nachrangigkeit“ der Demokratie kommt nicht zuletzt im juristischen Sprachgebrauch in der Wortverbindung „demokratischer Verfassungs- und Rechtsstaat“ zum Ausdruck.<sup>72</sup> Liberale Demokratien entwickelten sich in Europa aus *konstitutionellen* Monarchien des XIX. Jahrhunderts. Dazu war die Fusion von Konstitutionalismus und demokratischen Freiheitsprinzipien notwendig.<sup>73</sup>

Obwohl alle postkommunistischen Autoritarismen nicht-rechtsstaatlicher Natur sind, bemühen sich ihre Regierungen darum, Rechtsstaatlichkeit vorzutäuschen. Formell betrachtet, baut die autoritäre Herrschaft nicht auf Personen, sondern auf verfassungsmäßige Verfahren, zu denen Wahlen sowie Arbeitsprozeduren der Rechtsorgane und Parlamente gehören. In Praxis werden jedoch Staatsinstitutionen zur Fassade, weil diese Prozeduren lediglich „nominalistische“ Geltung aufweisen:

„An authoritarian state is one in which state officials are widely used to manipulate regime procedures to preserve incumbent power. The ability or inability of state leaders to control subordinates in such states has a direct impact on the success or failure of authoritarian consolidation“.<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Claus Offe, Claus: Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung. Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa, Halle 2007, S. 5.

<sup>73</sup> Im Gegensatz zu europäischen Nationalstaaten stellt die Europäische Union jedoch bis heute das System des rechtsstaatlichen Autoritarismus dar. Dazu Maćków, Jerzy: Europäismus. Warum die Europäische Union demokratisiert werden muss und eine gemeinschaftliche Außenpolitik braucht, in: Frank Decker/Markus Höreth (Hrsg.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden 2009, S. 295-318, hier insb. S. 299 ff.

<sup>74</sup> Lucan A. Way: Authoritarian failure: how does state weakness strengthen electoral competition?, in: Andreas Schedler (Hrsg.): Electoral authoritarianism: the dynamics of unfree competition, Boulder 2006, S. 167-180, hier insb. S. 179.

Das widerspricht dem liberalen Konstitutionalismus. Dieser gleicht einem

„commitment to limitations on ordinary political power; it revolves around a political process, one that overlaps with democracy in seeking to balance state power and individual and collective rights; it draws on particular cultural and historical contexts from which it emanates; and it resides in public consciousness“.<sup>75</sup>

Der liberale Konstitutionalismus stellt ein die Gesamtheit politischer Strukturen und Prozesse durchdringendes Prinzip dar, das unabhängig von politischer Führung die Hoheit und Kontinuität des Rechts garantiert. Er manifestiert sich in einer Reihe rechts- und verfassungsstaatlicher Prinzipien, deren zentrale Komponenten die Gewaltenteilung, die Bindung der Herrschaftsorgane an das Gesetz, die politische Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung, die Gewährleistung und der Schutz individueller Rechte sowie Garantien der lokalen Selbstverwaltung umfassen.<sup>76</sup>

Alle Verfassungen sind geschriebene Texte, die sich aus ähnlichen Bestandteilen zusammensetzen.<sup>77</sup> Als solche sind sie selbstverständlich nicht imstande, den praktizierten Konstitutionalismus zu garantieren. Trotzdem spielen sie bereits während der postkommunistischen Systembildung eine große Rolle, indem sie feste Referenzen für bestimmte Normen und Funktionsprinzipien schaffen, politische Struktur und Verfahren festlegen sowie ergebnisoffene Entscheidungsprozesse berechenbarer machen. Dazu tragen der Rechtsvorrang von Verfassungsbestimmungen innerhalb der Normenhierarchie sowie schwer erfüllbare Voraussetzungen für die Verfassungsänderungen bei. Die Verfassung ist somit ein wichtiges Instrument bei der Institutionalisierung einer politischen Ordnung: „Verfassungen entwerfen eine neue Ordnung und versuchen in der Folge, diese neue Ordnung zu bewahren und gegen ihre Widersacher und die Zeitläufe zu behaupten“.<sup>78</sup>

Autoritäre Herrscher dagegen betrachten die Verfassung vor allem als eine Quelle politischer Legitimation. Statt die Konstitution systematisch zu verletzen, setzen sie lieber ihr politisches Gewicht ein, um eigene Machtansprüche verfassungsrechtlich abzusichern. Besonders die Präsidenten nutzen die Schwäche der Legislative und der Judikative, um die Übermacht der Exekutive in der Verfassung festzulegen. Derartige Verfassungen bzw.

---

<sup>75</sup> Stanley N. Katz: Constitutionalism in East Central Europe: some negative lessons from the American experience, Washington 1994, S. 4 f.

<sup>76</sup> Ulrich K. Preus: Einleitung: Der Begriff der Verfassung und ihre Beziehung zur Politik, in: ders. (Hrsg.): Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen, Frankfurt a. M. 1994, S. 7–33, hier S.26.

<sup>77</sup> Sie enthalten Garantien von Grund - und Menschenrechten, Bestimmungen zu Staatsorganisation und des Regierungssystems, Regeln über die Zuständigkeiten der Verfassungsorgane, Verfahren zur Änderung von Verfassungen. Vgl. Edward Schreier: Crafting constitutional democracies: the politics of institutional design, Lanham 2006, S. 2–5. Der Konstitutionalismus kann bekanntlich auch ohne eine geschriebene Verfassung auskommen wie z.B. in England.

<sup>78</sup> Hans Vorländer: Die Verfassung: Idee und Geschichte. 3. Auflage, München 2009, S. 9.



Verfassungsnovellen werden in Plebisziten „abgesegnet“, deren oft gefälschte Ergebnisse als der „Wille des Volkes“ ausgegeben werden. Auf diese Weise wird die Unterscheidung von verfassungskonstituierender Gewalt (*pouvoir constituant*) und konstituierter Gewalt (*pouvoir constitué*) faktisch aufgehoben.<sup>79</sup> Die Exekutive – meistens der Präsident – wird zur Hauptgewalt, der die unterwanderte Justiz und die Legislative untergeordnet wurden.

Die mögliche Verfassungskonformität von Regierungshandeln ändert allerdings nichts am antikonstitutionellen Charakter der so entstandenen Systeme, in denen es um das „*commitment to the idea of the constitution and rejection of the classical notation of constitutionalism*“<sup>80</sup> geht. Das Verfassungsverständnis wird rein instrumentell. Es wird nicht *nach* den Regeln der Verfassung, sondern *mit* diesen Regeln gespielt.<sup>81</sup>

Aber nicht nur die Rechtsnorm als solche wird missbraucht, sondern auch ihre Anwendung zweckentfremdet. Durch die in den nicht-rechtsstaatlichen Autoritarismen fehlende Unabhängigkeit des Rechts- und Justizwesens, seine Politisierung und Unterwerfung unter die Exekutive, kommt es zur selektiven Anwendung des Rechts (*selective law enforcement*<sup>82</sup>), wodurch der Grundsatz der Gleichheit vor Gesetz und Verfassung chronisch verletzt wird. In solchen Systemen unterliegen alle politischen Institutionen dem Prinzip der selektiven Rechtsumsetzung, unabhängig davon, dass man beim genaueren Hinsehen zahlreiche Diskrepanzen in Intensität der Normenverletzung in verschiedenen Ländern feststellt. In der Praxis des Rechtssystems werden also Gesetze je nach politischer Bedarfslage angewandt, gedeutet oder ausgesetzt, was der Regierung Vorteile in Bekämpfung der politischen Gegner verschafft.

Es kommt hinzu, dass in den nicht-rechtsstaatlichen Autoritarismen die von der Verfassung nicht vorgesehenen institutionellen Körperschaften (zahlreiche Exekutiv- und Sicherheitsorgane) errichtet werden, und zwar mit dem Ziel, den Machtapparat zu stützen und

---

<sup>79</sup> Zahlreiche postkommunistische Verfassungen weisen den Staatspräsidenten die Rolle des „Verfassungshüters“ oder deren „Garanten“ zu. Tatsächlich aber bewahren die Staatsoberhäupter nicht nur den Fortbestand von Verfassungsordnungen, sondern sind auch deren zentrale Gestalter.

<sup>80</sup> H.W.O. Okoth – Ogendo: *Constitutions without Constitutionalism*. In: Douglas Greenberg u. a. (Hrsg.): *Constitutionalism and democracy: transitions in the contemporary world*, New York 1993, S. 65–82, hier S. 67.

<sup>81</sup> Ellen Bos: Leonid Kutschma: „Spieler“ mit demokratischen Institutionen, in: dies. /Antje Helmerich (Hrsg.): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa*, Berlin 2006, S. 79–116, hier insb. S. 81.

<sup>82</sup> In der Rechtssprache versteht man unter „selective law enforcement“ die Möglichkeit von Polizeibeamten, Staatsanwälten und Richtern, unabhängig von Rechtsvorschriften zu bestimmen, ob bzw. wie eine Person bestraft werden soll, die gegen das Gesetz verstoßen hat. Die Politikwissenschaft hat diesen Begriff übernommen, aber auch auf die Personen ausgeweitet, die zwar nicht gegen das Gesetz verstoßen haben, jedoch aus politischen Gründen bestraft werden. Vgl. Levitsky/Way 2010, S. 83.

Kontrolle über die Gesellschaft zu verstärken. Sie sind keinem Gesetz, sondern dem Präsidenten verpflichtet und genießen als solche einen besonderen Status innerhalb der Machtvertikale.<sup>83</sup>

#### 2.4. Wettbewerbsautoritarismus

Neben der Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit gibt es noch zahlreiche Kriterien, die sich zur Identifizierung von Untertypen des Autoritarismus eignen, weil sie die tatsächlich variierenden Systemqualitäten, -funktionsweisen und -entwicklungen aufzeigen. Einige davon sind: der Herrschaftsumfang (er lässt den Grad der Autonomie von politischen und gesellschaftlichen Akteuren erkennen), die Machtkonzentration (sie markiert die Unterschiede zwischen den autokratischen und oligarchischen Autoritarismen), der Repressivitätsgrad (er lässt auf die Bedeutung der staatlichen Gewalt für das Bestehen des Systems schließen), der Grad der gesellschaftlichen Modernisierung (er zeigt nicht zuletzt die internationale Konkurrenzfähigkeit des Systems an und deutet die Bereitschaft der Machthaber für die Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren an).<sup>84</sup>

Nach Maćków besagt aber der Status der Opposition am meisten über den Charakter des autoritären Systems, was bereits im Übergangsautoritarismus offensichtlich wird. Die „Echtheit“ und Stärke der Opposition entscheiden maßgeblich darüber, ob die Systemübergangsphase konsensualen Charakter hat. Entsprechend unterscheidet Maćków zwischen dem *Konsens*- und dem *konsenslosen* Übergangsautoritarismus, und erinnert daran, dass ohne den demokratischen Minimalkonsens der Eliten keine Demokratie aufgebaut werden kann.<sup>85</sup> Der Konsens der politischen Eliten trägt entscheidend zum regelorientierten Umgang miteinander bei, womit die konstitutionelle Dimension des neuen Systems gestärkt wird.<sup>86</sup> Wo es ihn nicht gibt, äußert sich der Dauerkonflikt zwischen Regierung und Opposition oft in der Konfrontation von Exekutive und Legislative. Gelingt es der Exekutive, einen verfassungswidrigen Sieg über das Parlament zu erringen, bedeutet es nicht nur den Bruch mit dem Konstitutionalismus, sondern auch die Ausgrenzung der Opposition und somit jene Einschränkung des politischen Pluralismus, die direkt zum Autoritarismus führt.<sup>87</sup>

---

<sup>83</sup> Siehe dazu z.B. Rachel E. Finnell: Constitutional compliance in authoritarian regimes in the post-Cold War era, University of Kansas ProQuest Publishing 2021.

<sup>84</sup> Siehe dazu Maćków 2009, S. 34-35.

<sup>85</sup> Maćków 2009b, S. 345.

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Unter der Institutionalisierung wird manchmal nur die Errichtung von Institutionen verstanden, worauf angeblich die Phase der Konsolidierung (Verinnerlichung von neuen Spielregeln) folgt. Maćków geht in Anlehnung an Berger und Luckmann davon aus, dass Institutionalisierung neben dem Aufbau von Institutionen die *zeitgleiche* Verinnerlichung der neuen Spielregeln miteinschließt. Vgl. Peter L. Berger/ Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 10. Auflage, Frankfurt a. M. 1993, S. 56ff.

Scheitert die Demokratisierung, dann institutionalisiert sich entweder der Wettbewerbs- oder der alternativlose Autoritarismus. Im kompetitiven Autoritarismus ist die Opposition „echt“ („real“) und als solche strebt sie nach Macht. Dieses System ist anders aufgebaut, legitimiert und es funktioniert anders als der Autoritarismus, der die „gelenkte“ bzw. „virtuelle“ Opposition kennt, die von der Regierung geschaffen wird, um ihr die Funktion zuzuweisen, den Schein des kaum eingeschränkten politischen Pluralismus und des fairen Wettbewerbs zu erwecken.<sup>88</sup>

Im Wettbewerbsautoritarismus ist die Opposition im Parlament präsent; sie kann sich relativ frei in Parteien, Bewegungen und Vereinen organisieren, hat den Zugang zu Medien und wird von der Regierung als politischer Herausforderer durchaus ernst genommen. Anders als in Demokratien wird die Opposition jedoch von der autoritären Führung nicht als gleichberechtigter politischer Akteur behandelt. Die Regierung nutzt den Umstand, dass posttotalitäre Autoritarismen immer nicht-rechtsstaatlichen Charakter haben, indem sie die Chancen der Machtübernahme durch ihren Widersacher mit offen-rechtswidrigen Mitteln minimiert.

Das willkürliche Zuschneiden der Räume für die Entfaltung der Opposition erfolgt einerseits über den unfairen Wahlkampf (wobei Wahlergebnisse Wettbewerbsautoritarismen nicht unbedingt gefälscht werden). Andererseits wird auch in den Perioden zwischen den Wahlkämpfen der politische Pluralismus eingeschränkt und der faire Wettbewerb ausgesetzt. Das wird auf unterschiedlichen Wegen getan: mit der Verabschiedung von Gesetzen, die bei Bedarf gegen politische Gegner eingesetzt werden; mit der selektiven Umsetzung des Rechts durch die abhängige Justiz; mit der Entmachtung des Parlaments und der Parteien zugunsten der exekutiven Macht; mit dem Einsatz von administrativen Ressourcen gegen die Opposition; mit der Beschränkung von Medienfreiheit; mit der Verfolgung und Erpressung von Oppositionsmitgliedern u.v.m.

Die formal-demokratischen Institutionen werden im kompetitiven Autoritarismus grundsätzlich als Instrumente der Machtgewinnung und Machtsicherung betrachtet.<sup>89</sup> Die vier wichtigen Arenen der demokratischen Auseinandersetzung – Wahlen, Gesetzgebung, Justiz und Medien – werden unterminiert. Levitsky and Way erklären es folgendermaßen:

---

<sup>88</sup> Vgl. Maćków 2009b, S. 346.

<sup>89</sup> Steven Levitsky/Lucan A. Way: Elections without democracy. The rise of competitive authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2/2002, S. 52. Die Autoren betrachten „competitive authoritarianism“ zwar als „hybrides Regime“ und positionieren ihn zwischen der Demokratie und dem „full scale authoritarianism“, den anderen Merkmalen nach ist dieses System aber der in dieser Arbeit benutzten Definition vom Wettbewerbsautoritarismus ähnlich.

„Although elections are regularly held and are generally free of massive fraud, incumbents routinely abuse state resources, deny the opposition adequate media coverage, harass opposition candidates and their supporters, and in some cases manipulate electoral results. Journalists, opposition politicians, and other government critics may be spied on, threatened, harassed, or arrested. Members of the opposition may be jailed, exiled, or—less frequently—even assaulted or murdered.“<sup>90</sup>

Der politische Pluralismus kann in diesem System „aus Versehen“ (*pluralism by default*) – etwa durch Nachlässigkeit der Machthaber – an Bedeutung gewinnen.<sup>91</sup> Er mag aber auch der starken Polarisierung der Gesellschaft und der daraus resultierenden stabilen Oppositionswählerschaft entspringen. Schließlich kann eine gewisse Selbstbeschränkung der Machthaber nicht ausgeschlossen werden, für die nicht jedes Mittel des Machterhalts akzeptabel ist. Levitsky and Way bringen es auf den Punkt: *„even though formal democratic rules are not systematically enforced or adhered to, they are nevertheless taken seriously and may be used by opposition groups to contest for power.“*<sup>92</sup>

Im Wettbewerbsautoritarismus hat die Opposition reale Chancen, Macht zu übernehmen, wenn sie geschlossen agiert, ihre Ressourcen und Freiräume im vollen Umfang nutzt, die Regierung nicht nur kritisiert, sondern auch Alternativen bietet, mit der Öffentlichkeit kommuniziert u.Ä. – also mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln tatsächlich ihre grundlegenden Funktionen ausführt.

Die Machtübernahme durch die Opposition führt jedoch nur selten zur Demokratie. Da sie Opposition in der Regel selbst aus dem System kommt, d.h. als System-Opposition agiert,<sup>93</sup> ist sie an der Machtübernahme, aber kaum am Systemwechsel interessiert. Einige Studien zeigen, dass je länger die Opposition einen Teil des bestehenden Systems darstellt, desto systemkonformer agiert sie.<sup>94</sup> Damit ein Systemwechsel stattfinden kann, muss die systemsubversive Opposition – die Nicht-System-Opposition – an die Macht kommen.<sup>95</sup>

---

<sup>90</sup> Ebd., S. 53.

<sup>91</sup> Vgl. Lucan A. Way: Kuchma's failed authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2/2005, S. 131-145.

<sup>92</sup> Steven Levitsky/ Lucan A. Way: Competitive authoritarianism: hybrid regime change in Peru and Ukraine in comparative perspective, in: „Studies in Public Policy“ Nr. 355/2001, S. 3.

<sup>93</sup> Die Begriffe „System-Opposition“ (*sistemnaja opozicija*) bzw. „Nicht-System-Opposition“ (*nesistemnaja opozicija*) kommen ursprünglich aus dem russischen Sprachgebrauch und bezeichnen politische Kräfte, die innerhalb bzw. außerhalb des politischen Establishments agieren. Vgl. Ivan Bolshakov: The nonsystemic opposition, in: „Russian Politics and Law“ Nr. 3(50)/2012, S.82–92; Grigori Golosov: Russian opposition: inside or outside the system?, in: Open Democracy 2011, abrufbar unter <https://www.opendemocracy.net/od-russia/grigori-golosov/russian-opposition-inside-or-outside-system>, zuletzt geprüft am 15.09.2022.

<sup>94</sup> Siehe hierzu Holger Albrecht: How can opposition support authoritarianism?, in: „Democratization“ Nr. 3(12)/2005, S. 378-397, hier insb. S. 386ff.; Ellen Lust-Okar: Ellen Lust-Okar: Divided they rule. The management and manipulation of political opposition, in: „Comparative Politics“ Nr. 2(36)/2004, S.159-179, hier insb. S. 167f; Schedler 2002.

<sup>95</sup> Wie Silitski in seiner Studie zeigt, war gerade der hohe Anteil der systemsubversiven Opposition in der System-Opposition von Milošević-Regime für den Systemwechsel in Serbien von Bedeutung, weil sie über die notwendige Erfahrung, Fachwissen und andere Ressourcen verfügte. Siehe Vital' Silitski: Dougaja daroga ad tyranii. Postkamunistyčny autarytarysm i baračba za demakratyju u Serbii i Belarusi, Smalensk: Inbelkult 2015.

Die posttotalitären kompetitiven Autoritarismen haben sich weit von ihren Vorgängersystemen sehr weit entfernt. Die Erfolge dieser Systeme – sei es hinsichtlich der wirtschaftlichen Modernisierung oder der schrittweisen Überwindung der Untertanenkultur bzw. der Minderung der Abhängigkeit von Russland auf außenpolitischem Gebiet – können nicht geleugnet werden. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass sich die Wettbewerbsautoritarismen hin zum alternativlosen Autoritarismus entwickeln könnten.

## **2.5. Alternativlose Autoritarismen**

In den Systemen des alternativlosen Autoritarismus wird die echte politische Opposition insofern durch den Staat verdrängt und marginalisiert, als sie normalerweise nur außerhalb der offiziellen Politik, d.h. als die Nicht-System-Opposition agiert. Es kommt hinzu, dass während der Wahlen nicht nur der Wahlkampf manipuliert wird, sondern auch die Wahlergebnisse gefälscht werden. Selbst wenn einzelne Vertreter der echten Opposition ins Parlament kommen oder als Parteien bzw. Bewegungen registriert und somit formell am politischen Kampf teilnehmen dürfen, wird dafür gesorgt, dass sie für die politische Führung keine Gefahr darstellen. Die vereinzelt Fälle der Systemöffnung auf die reale Opposition dienen eigens dazu, der Regierung Legitimität zu verschaffen bzw. Erwartungen ausländischer Akteure, von denen das Regime Entgegenkommen erwartet, zu erfüllen.

Der Staat lässt ggf. zu, dass die *gelenkte* Opposition am System partizipiert, indem er es gewährleistet, dass nur „die mit dem exekutiven Zentrum verbundene >Partei der Macht< und die (virtuellen) Parteien der gelenkten Opposition ins Parlament kommen.“<sup>96</sup> Die echte Opposition wird nicht nur aus dem System verdrängt, sondern auch ständig Repressionen ausgesetzt, damit sie keine Chancen hat, politisch bedeutsam zu werden. Das Ziel der Regierung ist, sie dermaßen zu marginalisieren, dass selbst bei der Unzufriedenheit mit der Regierung die Wähler in ihr keine politische Alternative erkennen würden.

Die Regierung betrachtet die oppositionellen Kräfte nicht als gleichberechtigte politische Akteure, sondern als Feinde. Die Angst vor Machtverlust wird bei den Autoritäten durch das Bewusstsein gestärkt, dass ihre Macht kriminellen Charakter hat,<sup>97</sup> und dass sie im Fall ihres Verlusts bestenfalls mit juristischen Verfahren rechnen müssten. Die ungezügelte Rache des Volkes erscheint wahrscheinlicher.

Neben den Repressionen stellt in den alternativlosen Autoritarismen die Verunglimpfung des Gegners eine wichtige Strategie der Machtsicherung dar. Das Feindbild

---

<sup>96</sup> Maćków 2009b, S. 346.

<sup>97</sup> Alleine schon aus dem Grund, dass Herrscher im alternativlosen Autoritarismus vor politischem Mord und Diebstahl nicht scheuen.

der Opposition wird in der Öffentlichkeit aktiv vermittelt, indem sie als „Auslandsagenten“, „Saboteure“, „Faschisten“, „Nazis“, „Verräter“ etc. beschimpft werden. Es wird in den staatlich kontrollierten Medien behauptet, dass die Opposition keine Unterstützer in der Bevölkerung findet und dass sie samt ihren Unterstützern aus dem Ausland bezahlt ist. Dieser Typus des Autoritarismus weist auf diesem Feld viele Ähnlichkeiten mit seinem totalitären Vorgänger auf und wird deshalb von Maćków als „genuin posttotalitär“ bezeichnet.<sup>98</sup>

Die hohe Machtkonzentration und der große Herrschaftsumfang wirken sich nicht nur auf die Politik aus, sondern zeitigen auch wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Folgen. Die Konservierung der vom totalitären System geerbten pathologischen Zustände der umfassenden staatlichen Kontrolle über Gesellschaft erschwert die Modernisierung. So gehört z.B. der Großteil der Wirtschaft entweder dem Staat oder den mit ihm eng verbundenen Oligarchen an, die von der Politik abhängig sind. Die Marktmechanismen kommen nicht zur Entfaltung, wodurch eine gesunde Wirtschaftsentwicklung verhindert wird. Da die liberalen Wirtschaftsreformen ausbleiben, entwickelt sich die Mittelklasse, die bekanntlich den Hauptträger der partizipatorisch-bürgerlichen Kultur darstellt, nur langsam. Die Gesellschaft weist deshalb lange starke Züge der Untertanenkultur auf, die aus dem Totalitarismus bekannt sind. Wenn es um politische Eliten geht, so basieren Karrierewege auf Loyalität, die höher als Kompetenz geschätzt wird.

Nur durch eine massive Stärkung realer Opposition kann der alternativlose Autoritarismus kompetitive Züge bekommen.

### III. POLITISCHE OPPOSITION

#### 3.1. Historische Hintergründe

Der Begriff „Opposition“ reicht in der politischen Terminologie Jahrhunderte zurück. Zu Beginn des XVI. Jahrhunderts beschrieb Machiavelli in seinem Werk „Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung“ den politischen Alltag des antiken Roms, in dem er unter anderem den politischen Widerstreit von Volk und Adel analysierte. Anstatt in diesem Konflikt ausschließlich eine Gefahr für die Sicherheit des Staates zu erkennen (wie es etwa Hobbes tat), betonte Machiavelli die Produktivität der Auseinandersetzung, welche letztendlich die Institution der Volkstribune hervorbrachte.<sup>99</sup> Die Einsprüche der Volkstribune gegen

---

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Niccolò Machiavelli: Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung, 2. Auflage, Stuttgart: Kröner 1977, S. 18ff.

Senatsbeschlüsse bezeichnet Bodin bereits im ausgehenden XVI. Jahrhundert als „*opposition*.“<sup>100</sup>

Die moderne Vorstellung von politischer Opposition stammt allerdings aus dem Vaterland des Parlamentarismus. Anfänglich, als das englische Parlament noch eine untergeordnete Stellung gegenüber dem Königshaus hatte, wurden die „sich entgegensetzenden“ Parlamentsmitglieder als etwas in der bestehenden Ordnung Fremdes und sogar Gefährliches angesehen. Ihr Verhalten galt als „faktiös und mit dem Makel der mangelnden Königstreue behaftet.“<sup>101</sup>

Mit der Stärkung des Parlaments infolge der *Glorious Revolution* im späten XVII. Jahrhundert änderte sich auch die Rolle der Opposition im Parlament. Die politische Führung wurde dem *prime minister* überlassen, der auf die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit im Unterhaus angewiesen war. Das Unterhaus wiederum wurde zunehmend von den Parteien organisiert.<sup>102</sup> Die *Whigs* stellten zu dieser Zeit die stärkste Kraft dar und setzten sich der der Krone nahen Partei der *Tories* entgegen. Letztere nahmen im Unterhaus ihren Platz gegenüber – *opposite* – dem Regierungslager ein, was sinnbildlich zu der seitdem etablierten Bezeichnung führt. Lord Henry Bolingbroke hat 1736 in seiner bekannten Schrift „Über den Geist des Patriotismus“ der *Whigs*-Regierung die Verfolgung von Partikularinteressen vorgeworfen und die Bedeutung der Opposition als das willkommene Gegengewicht zu diesem Trend hervorgehoben.

Fortan wird die Arbeit der Opposition im englischen Parlament als legitim statt als unpatriotisch angesehen. Die Opposition wird in gleicher Weise wie die Regierung mit dem Titel „Ihrer Majestät“ gewürdigt. Der Oppositionsführer wird mit einem Gehalt aus der Staatskasse bezahlt und erfüllt in der Öffentlichkeit die Aufgabe, die Maßnahmen der Regierung zu kritisieren.<sup>103</sup>

In anderen europäischen Ländern hielt eine ähnliche Praxis erst später Einzug,<sup>104</sup> obwohl ausgerechnet auf den Gebieten der heutigen Ukraine und Belarus zwischen dem XVI. und dem XVIII. Jahrhundert (also in der polnisch-litauischen Föderation) im Parlament die Stimme des einzelnen Abgeordneten ausreichte, um einen Beschluss zu vereiteln (*liberum veto*). Erst nach

---

<sup>100</sup> Walter Euchner: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung, in: ders. (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S.8.

<sup>101</sup> Karl Loewenstein: Der britische Parlamentarismus. Entstehung und Gestalt, Reinbek bei Hamburg 1964, S.72.

<sup>102</sup> Trotz der verbreiteten Meinung, die Bildung der politischen Parteien sei der Bildung der Parlamente vorangegangen, sind die Parteien erst im ausgehenden XVII. Jahrhundert in England entstanden (die Geschichte des englischen Parlamentarismus reicht hingegen bekanntlich bis in das XII. Jahrhundert zurück).

<sup>103</sup> Euchner 1993, S. 9f; Gita Ionescu/Isabel de Madariaga: Die Opposition. Ihre politische Funktion in Vergangenheit und Gegenwart, München 1971, S.3.

<sup>104</sup> Zu den unterschiedlichen Entwicklungen in Frankreich und Deutschland vgl. Euchner 1993, S. 10ff.

dem Zweiten Weltkrieg wird jedoch auf dem europäischen Kontinent der Opposition der Status der für das demokratische System unabdingbaren politischen Institution zugeschrieben.<sup>105</sup> Seitdem wird sie immer mehr zum populären Gegenstand der politikwissenschaftlichen Demokratieforschung.

### 3.2. Opposition *sensu largo* und *sensu stricto*

Der Begriff „Opposition“ leitet sich vom Lateinischen *oppositio* ab, welches mit „Entgegensetzung“ übersetzt werden kann, also als jene Größe verstanden wurde, die sich in einer politischen Gemeinschaft den Machthabern entgegensetzte. Dazu passt die Beschreibung von Robert Dahl:

“Suppose that A determines the conduct of some aspect of the government of a particular political system during some interval [...] Suppose that during this interval B cannot determine the conduct of the government, and that B is opposed to the conduct of the government by A. Then B is what we mean by ‘an opposition’.”<sup>106</sup>

In diesem breiten Verständnis umfasst „Opposition“ jeden Ausdruck des Nichteinverstanden-Seins mit den Regierenden, der sowohl Meinung als auch Haltung wie auch Handeln bedeuten kann. Ghita Ionescu fasst es folgendermaßen zusammen:

„Opposition in its broadest sense applies to all positions or actions; planned, spontaneous (unrestrained), or intentional, isolated or continual, coming from formal or informal groups or individuals, carried out under any set of circumstances and through any means, aimed at the existing body in power.“<sup>107</sup>

Man wird also automatisch zur Opposition, wenn man etwa in der Frage der Steuerreform anderer Meinung als die Regierung ist. Die Opposition *sensu largo* wird sogar manchmal als „Opposition der Meinung“ bezeichnet,<sup>108</sup> was sowohl ihre Verbreitung als auch schwere konzeptionelle Erfassbarkeit andeutet. Gordon Smith stellt fest, dass die Opposition unter anderem die Form des „ziellosten Protests“ („*anomic protest*“) annehmen kann, der weder eine Struktur, noch feste Identität, noch klares Ziel hat, und eben als solche einen Ausdruck des politischen Willens darstellt.<sup>109</sup>

---

<sup>105</sup> Siehe etwa Otto Kirchheimer: Gesammelte Schriften, Band 5: Politische Systeme im Nachkriegseuropa, herausgegeben von Hubertus Buchstein und Moritz Langfeldt, Baden-Baden 2020.

<sup>106</sup> R. Dahl: Preface, in: ders. (Hrsg.): Political oppositions in western democracies, New Haven: Yale University Press 1966, S.XVIII.

<sup>107</sup> Ghita Ionescu: The politics of the European communist states, London 1967, S. 2-3.

<sup>108</sup> Vgl. Michal Kubát: Political opposition in theory and Central European practice, Frankfurt a. M. 2010, S.17.

<sup>109</sup> Gordon Smith: Party and protest: the two faces of opposition in Western Europe, in: Eva Kolinsky (Hrsg.): Opposition in Western Europe, London-Sydney 1991, S. 52-76, hier S. 67.



Arnhelm Neusüss bezeichnet die unstrukturierten, aus Subkulturen kommenden „*drop outs*“ als „Ausweich- und Weigerungsproteste“ und rechnet sie den vorpolitischen Protesten zu. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer „vor- und semipolitischen systemoppositionellen Haltung“.<sup>110</sup> Neben diesen nicht-institutionalisierten und schwer fassbaren Ausdrucksformen der Unzufriedenheit mit der Politik schließt die breit verstandene Opposition auch die nicht-politischen Institutionen ein, die aber – wie Medien, NGOs, Interessensverbände u.a. – manchmal sogar beträchtlichen politischen Einfluss haben können.

In der vorliegenden Studie wird die Opposition *sensu largo* in Anlehnung an Ionescu, Smith und Neusüss als jedes nicht-institutionalisierte Handeln und jede Haltung, die gegen die Herrschenden gerichtet sind, die von nicht genuin politischen Akteuren ausgeführt bzw. eingenommen werden. Diese Akteure werden häufig der „Zivilgesellschaft“ (*civil society*) zugerechnet. In diesem Zusammenhang ist es hilfreich, auf den gängigen (engen) Begriff der Zivilgesellschaft zurückzugreifen, mit dem in Anlehnung an Hegel Akteure gemeint sind, die im Raum zwischen dem Privaten und dem Politischen agieren. Heute spricht man in diesem Zusammenhang oft von „Nicht-Regierungsorganisationen“ (NGOs) oder vom „dritten Sektor“. Beide Termini werden hier mit „Zivilgesellschaft“ synonym verwendet.

Eine der auffallenden Eigenschaften des Autoritarismus in seiner alternativlosen Version besteht darin, dass die politische Opposition in einen Zustand gebracht wird, in dem sie ihr Dasein am Rande der Gesellschaft fristet und *de facto* außerhalb der Institutionen des politischen Systems funktioniert. Die zivilgesellschaftlichen Akteure (Organisationen, Institutionen, Persönlichkeiten u.a.) müssen dann mit einem ähnlichen Status rechnen, wenn sie sich autonom, d.h. nicht im Auftrag des Regimes, in Politik einmischen. Für die Regierung bedeutet es, dass sie die Zivilgesellschaft unter ihre Kontrolle bringen muss, wenn sie jedweden politischen Widerspruch marginalisieren will.

Die Folge ist die drastische Einschränkung des gesellschaftlichen Pluralismus, die besonders dort greift, wo er sich mit dem politischen Pluralismus überschneidet. Sie macht die präventive Verfolgung der Opposition erst richtig möglich. Wenn sich demgegenüber die *civil society* autonom entfalten kann, besteht für autoritäre Herrscher die Gefahr des Machtverlusts, und zwar unabhängig von der augenblicklichen Stärke des Machtapparats bzw. der genuin politischen Opposition (der Opposition im engeren Sinne – *sensu stricto*). Das ist im kompetitiven Autoritarismus der Fall.

---

<sup>110</sup> Arnhelm Neusüss: Außerparlamentarische Opposition, in: Schoeps/Dannenmann (Hrsg.): Die rebellischen Studenten - Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?, München: Bechtle 1968.

Die Opposition *sensu stricto* ist immer eine institutionalisierte Größe. Als solche nimmt sie eine mehr oder weniger feste Form bzw. Organisationsstruktur an. Sie begnügt sich nicht allein mit Bekanntgeben ihrer Meinung oder Haltung bzw. mit der gelegentlichen kritischen Äußerung, sondern verbindet dauerhaftes Handeln mit politischer Zielsetzung. Als Produkt der politischen Willensbildung wird sie in der Regel nicht von einzelnen Menschen, sondern von Gruppen repräsentiert, durch die der politische Wille vieler Einzelner konstruktiv werden kann.<sup>111</sup>

Die meistverbreitete Form des Zusammenschlusses der Opposition stellt politische Partei dar. Außer Parteien zählen zur Opposition *sensu stricto* alle Gruppen und Individuen, die politisch tätig sind und sich den Regierenden bzw. ihrer Politik entgegenstellen.<sup>112</sup> Die Opposition im engen Sinne kann demgemäß als nicht-regierender Teil politischer Elite verstanden werden.<sup>113</sup> Sie agiert dabei legal bzw. alegal<sup>114</sup> und hauptsächlich offen.<sup>115</sup>

Im Parlament versteht man unter Opposition diejenigen Abgeordneten, die gegenüber der regierenden Mehrheit die unterlegene Minderheit ausmachen. Heute sind die Abgeordneten meistens Mitglieder von Parteien, die in der Volksvertretung ihre Fraktionen bilden. Die Parteien, die nicht einen Teil der Regierung darstellen, sind dann Oppositionsparteien. Der Bezugspunkt für diese Kennzeichnung ist das Parlament. Ob eine Partei „in der Opposition“ ist, wird nicht durch ihr Programm, sondern durch ihre Position in der Volksvertretung bestimmt.<sup>116</sup>

### **3.3. Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition**

Neben der Zweiteilung von Opposition in jene *sensu largo* und die *sensu stricto* wird in der Demokratieforschung auch noch zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition unterschieden. Das Schlagwort „außerparlamentarische Opposition“ kam Mitte der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts auf, als in den westlichen Demokratien bisherige „Passivbürger“ unerwartet politisch aktiv wurden, und zwar außerhalb der etablierten Parteien. Ursprünglich in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entladen, wurde der neue Aktivismus im ganzen Europa vor allem von Studenten fortgeführt.<sup>117</sup> Die in der Bevölkerung

---

<sup>111</sup> Vgl. Hannah Vogt: Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, Opladen 1972, S. 12.

<sup>112</sup> Kubat 2010, S.17f.

<sup>113</sup> Unter politischer Elite werden die Personen verstanden, die als „politisch“ eingestufte Posten und Ämter innehaben oder einen politischen Einfluss ausüben können. Siehe Maćków 2005, S. 131.

<sup>114</sup> Darauf wird hier später noch eingegangen (4.1).

<sup>115</sup> Deshalb ist ihre Existenz in totalitären Systemen nicht möglich. Vgl. Maćków 2017, 341f.

<sup>116</sup> Vgl. Dahl 1966.

<sup>117</sup> Allerdings verfolgten studentische Proteste in den kommunistisch beherrschten Ländern (Polen und Tschechoslowakei) andere Ziele als im Westen. Sie zielten auf Liberalisierung des Systems ab. Da sie von

aufgekommenen Zweifel an der Handlungsfähigkeit und Handlungswillen des Parlaments sowie die von der Bürgerrechtsbewegung und den Studenten angewandten neuen Methoden des politischen Kampfes haben die Wortprägung „außerparlamentarische Opposition“ hervorgerufen. Ähnlich der parlamentarischen Opposition in England einige Jahrhunderte zuvor wurde diese neue Form des politischen Widerspruchs zuerst negativ wahrgenommen, was mit der Ablehnung ihrer vermeintlich systemsubversiven Aktivitäten einherging. Erst mit der Institutionalisierung der außerparlamentarischen Interessenvertretung und der Etablierung von Kommunikationskanälen mit Parlament bzw. Regierung wurden die neuen Akteure zu einem selbstverständlichen Bestandteil der westlichen Demokratie.

Allein schon ihr Name deutet an, dass die „außerparlamentarische Opposition“ keinen eindeutigen Bezug hat, zumal die sie bildenden Kräfte nicht unbedingt eine Verlängerung der parlamentarischen Opposition darstellen. Vielmehr unterstützen sie nur einzelne Initiativen und nicht das gesamte Programm oppositioneller Parlamentsfraktionen. Innerhalb der außerparlamentarischen Opposition soll man generell zwischen zwei Gruppen unterscheiden. Die erste setzt sich aus den Akteuren zusammen, die den Einzug ins Parlament anstreben und der Opposition im engeren Sinne zuzuordnen sind, d.h. aus politischen Parteien, Bewegungen, Zusammenschlüssen und einzelnen Politikern. Die zweite Gruppe strebt die Macht nicht an und setzt sich aus dem institutionalisierten Teil der breit verstandenen Opposition zusammen. Dazu gehören die NGOs, die Menschenrechtsorganisationen, Interessensverbände, Medien, aber auch Organisationen, die ausgesprochen apolitisch sind, aber dennoch gelegentlich auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen können (Kirchen, kulturelle Verbände, Sportclubs etc.). Außerdem gibt es noch Initiativen, Kampagnen und Aktionen von besonderem Umfang und Dauer, deren Träger politische Zielsetzungen haben.

Das Ziel jeder politischen Partei ist es, mit möglichst vielen Abgeordneten ins Parlament zu ziehen. Dafür muss sie ein breites Spektrum von Interessen vertreten und Wähler mobilisieren. Die oft beklagte Farblosigkeit und der opportunistische Populismus von politischen Parteien sind dann die Folgen. Die Opposition, die nicht um Wählerstimmen kämpfen muss, ist primär an „der Sache“ interessiert.<sup>118</sup> Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass sie keine Unterstützer braucht. Ihre Funktionslogik unterscheidet sich jedoch von der der Parteien.<sup>119</sup>

---

totalitären Herrschern automatisch als systemsubversiver Widerstand gedeutet wurden, wurden sie brutal unterdrückt.

<sup>118</sup> Vgl. Vogt 1972, S.14, S.78.

<sup>119</sup> Hannah Vogt schließt daher in ihrer grundlegenden Analyse der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition nur die zweite Gruppe in die außerparlamentarische Opposition ein, weil unterschiedliche Zielsetzungen beider Gruppen ihr Handeln und ihr Wesen stark voneinander trennen. Vgl. Ebd., S. 10-17.

### 3.4. Status und Agieren in Demokratie

Wie erwähnt, stellte die Oppositionsforschung lange Zeit einen Teil der Demokratieforschung dar. Das Wesen, die Typologien, die Funktionen und die Strategien der Opposition wurden folglich aus dem demokratischen Umfeld heraus definiert und analysiert.

Auf dem europäischen Festland gilt Otto Kirchheimers Aufsatz „Vom Wandel der politischen Opposition“ (1957) als der „Auftakt zur modernen Oppositionsforschung“.<sup>120</sup> Der Autor konstatiert darin einen Wandel der politischen Opposition und die schwindende Bedeutung der „Opposition aus Prinzip“. Er erinnert zuerst daran, dass in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts unter der Opposition eben primär die „fundamentale“ Opposition verstanden wurde. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mit der Konsolidierung der westlichen Demokratien hätte sich aber die politische und soziale Situation der wichtigen europäischen Länder dermaßen verbessert, dass die großen politischen Parteien ihr politisches System nicht mehr in Frage stellten. Vielmehr setzten sie auf wirtschaftliche und sozialpolitische Besserungen.<sup>121</sup> Seitdem wurde die rechtsstaatliche Verfassung der Opposition, die als „loyal“ bzw. „systemimmanent“ bezeichnet wird, als eine Grundlage des politischen Gemeinwesens anerkannt.

Für die moderne Oppositionsforschung stellt Robert Dahls Sammelband „Political Opposition in Western Democracies“ (1966) den vielleicht zentralen Referenzpunkt dar. Darin nennt er die folgenden Grundmuster von Opposition (*patterns of opposition*): organisatorische Kohäsion (bzw. Konzentration), Wettbewerbsfähigkeit, Ort oder Rahmen (*site or setting*) für Begegnungen mit Regierung, Identifizierbarkeit sowie Ziele und Strategien.<sup>122</sup> Für die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Grundmuster in Realität sind gemäß Dahl fünf „Primärbedingungen“ (*primary conditions*) und zwei „intervenierende Faktoren“ (*intervening factors*) von Bedeutung. Zu den Hauptbedingungen zählen verfassungsrechtliche Struktur samt dem Wahlsystem, kulturelle Grundvoraussetzungen, spezifische Spannungen in der Gesellschaft, Ausmaß der Unzufriedenheit mit der Regierung sowie soziale und ökonomische Gegebenheiten. Als intervenierende Faktoren nennt Dahl die Struktur der *cleavages*, die Konflikte bzw. Übereinstimmungen in Politik und Gesellschaft sowie den Grad der Polarisierung der Gesellschaft.<sup>123</sup>

---

<sup>120</sup> Euchner 1993, S. 12.

<sup>121</sup> Otto Kirchheimer: Vom Wandel der politischen Opposition, in: Hans-Gerd Schumann (Hrsg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976, S. 485-508.

<sup>122</sup> Robert A. Dahl: Patterns of opposition, in: ders. (Hrsg.): Political oppositions in western democracies, New Haven: Yale University Press 1966, S. 332.

<sup>123</sup> Ebd., S.348.

Unter Bezugnahme auf Kirchheimer und Dahl analysiert Winfried Steffani die Opposition, indem er auf Systemintention, Wirkungsebene und Aktionskonsistenz eingeht. Unter Systemintention versteht er die „loyale“ („systemimmanente“) oder „fundamentale“ („systemkonträre“) Einstellung der Opposition zu den Grundprinzipien der politischen Ordnung. Die systemimmanente Opposition begreift den politischen Kontrahenten als Konkurrenten, während die systemkonträre Opposition andere Akteure in die Freund-Feind-Struktur einfügt.<sup>124</sup>

Wenn es um Wirkungsebene geht, so differenziert Steffani zwischen der parlamentarischen und der außer- bzw. vorparlamentarischen Opposition. Im Parlament ist sie in der Regel als Partei organisiert, deren Abgeordnete eine Fraktion bilden. Demgegenüber kann die außer- bzw. vorparlamentarische Opposition unterschiedliche Organisationsformen annehmen. Sie kann als Partei oder als strukturierte Interessengruppen, politische Vereinigungen oder Bewegungen (Bürgerinitiativen, Studentenverbände, Redaktionen in Medien) agieren.<sup>125</sup>

Schließlich in Bezug auf die Aktionskonsistenz handelt die Opposition entweder situationsorientiert oder systematisch. Die situationsorientierte, d.h. auf Verfolgung eines Ziels fokussierte Vorgehensweise ist nicht nur für Bürgerinitiativen, sondern auch für Parteien im Parlament, die gegen ausgewählte Programmpunkte und Vorlagen der Regierung opponieren, typisch. Die systematische Opposition wiederum richtet sich grundsätzlich gegen die Regierung und konzentriert sich auf deren Kritik und Kontrolle. Da sie die Ablösung der Regierung durch Misstrauensvotum oder Wahl anstrebt, entwickelt sie ein politisches Programm. Sie tendiert entweder zum kompetitiven Verhalten, indem sie laut Kritik an der Regierung ausübt, oder zur Kooperation. Im zweiten Fall geht sie nicht unbedingt in die Öffentlichkeit.<sup>126</sup>

Die Qualität der Opposition ist desto höher, je besser sie ihre Funktionen erfüllt. In der Oppositionsforschung werden immer wieder drei Funktionen genannt: Kritik, Kontrolle und Entwurf einer alternativen Politik („Alternativfunktion“). Da die Kritik an der Regierung auch von der Presse (Medien) geübt wird, kann Pressefreiheit selbst der zahlenmäßig überschaubaren Opposition zur Stärke verhelfen. Das gilt auch umgekehrt: Die Presse profitiert von einer starken parlamentarischen Opposition.<sup>127</sup> Wie Hannah Vogt es prägnant formuliert, agiert die Presse als das Instrument zur „Veröffentlichung der Politik“, indem sie politische Kontroversen

---

<sup>124</sup> Winfried Steffani: Opposition, in: Kurt Sontheimer/Hans H. Röhring (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München u.a.: Piper 1977, S. 428.

<sup>125</sup> Ebd.

<sup>126</sup> Ebd., S. 428ff.

<sup>127</sup> Selbst öffentliche Verhandlungen im Plenum können dann so geführt werden, dass die Streitpunkte (über die man sich „intern“ geeinigt hat) bei der fehlenden Stimme der Opposition nicht hervortreten.

in die Öffentlichkeit transportiert. Auch die außerparlamentarische Opposition wird durch den Widerspruch im Parlament gestärkt, obwohl sie nicht nur die Regierung, sondern zuweilen auch die parlamentarische Opposition kritisiert.

Was die von der parlamentarischen Opposition und den Medien ausgeübte Kontrolle anbetrifft, so ist sie der Sache nach von der Kritik nicht sehr weit entfernt. Die Handlungen der Regierung werden aufmerksam verfolgt und skeptisch beurteilt, und zwar mit dem Ziel, den Machtmissbrauch bzw. das Versagen der Regierung anzuprangern. Je größer die parlamentarische Opposition ist und je geschlossener sie auftritt, desto stärker übt sie die Kontrollfunktion aus. Eine derartige Minderheit ist durchaus imstande, die Parlamentsmehrheit zu „erschrecken.“<sup>128</sup> Die Kontrolle der Regierung kann allerdings kaum effektiv sein, weil die Opposition über keine Entscheidungsbefugnis verfügt.<sup>129</sup> Denn ihr steht ausschließlich die Öffentlichkeit als wirksames Druckmittel zur Verfügung, und dies nur dann, wenn es ihr gelingt, der Regierungsmehrheit die Unterstützung der Wähler zu entziehen.<sup>130</sup>

Der Entwurf einer alternativen Politik wird oft als die wichtigste Funktion der Opposition gesehen.<sup>131</sup> Diese Aufgabe liegt primär im Kompetenzbereich der oppositionellen Parteien. Wenn sie es versäumen, alternative Programme anzubieten, dann verpassen sie die Chance, die Unzufriedenheit mit der Regierung zu nutzen. Wenn in der Gesellschaft der Wunsch nach Veränderungen stark ist, werden sich allerdings die oppositionellen Parteien früher oder später dazu gezwungen sehen, in ihrem Programm diesem Wunsch gerecht zu werden, oder neue Parteien werden gegründet.

In den westlichen Demokratien der sechziger und siebziger Jahre hat der Wohlfahrtsstaat zur Überwindung der starken Polarisierung und zum Konsens darüber beigetragen, dass alle Bevölkerungsschichten vom sozialen Sicherheitssystem profitieren sollten. Diese Übereinstimmung erschwerte die Ausführung der Alternativfunktion durch die parlamentarische Opposition,<sup>132</sup> was zur Stärkung der Opposition außerhalb des Parlaments führte.<sup>133</sup>

---

<sup>128</sup> Vgl. Vogt 1972, S. 44.

<sup>129</sup> Um Kontrollmaßnahmen effektiv durchführen zu können, ist ein Mehrheitsentscheid nötig, den die Opposition eben gerade nicht herbeiführen kann. Vgl. Thomas Elwein: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1963, S.135.

<sup>130</sup> Vgl. Winfried Steffani: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979, S. 54.

<sup>131</sup> Vgl. Ebd.

<sup>132</sup> Siehe dazu Manfred Friedrich: Opposition ohne Alternative, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1962; Otto Kirchheimer: Vom Wandel der politischen Opposition, in: Hans-Georg Schuman (Hrsg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976, S.114-148; Kurt Kluxen: Das Problem der politischen Opposition, Freiburg 1965.

<sup>133</sup> So wie das Aufkommen und Stärkung „grüner“ Parteien in den siebziger Jahren oder der neuen populistischen Parteien im neuen Jahrtausend in Europa.

Da die parlamentarische Opposition vom gesellschaftlichen Rand aus nicht die zur Mehrheitsbildung notwendige integrative Kraft aufbringen konnte, musste sie sich Richtung Zentrum bewegen.<sup>134</sup> Einige Analytiker konstatierten deshalb, dass nicht mehr über den „Entwurf einer alternativen Politik“ durch die Opposition gesprochen werden sollte, sondern über die Opposition als die „alternative Regierung“.<sup>135</sup> Als solche sollte sie zumindest personelle Alternativen bieten, um schleichende Entstehung autoritärer Strukturen durch die andauernd an der Macht verbleibenden etablierten Parteien zu verhindern.

Das Ausbleiben des alternativen politischen Angebots zieht politische Stagnation mit anschließender Krise nach sich. Die demokratische Politik braucht Erneuerung, die nur mit offener Diskussion über kontroverse Themen und mit neuen Lösungsvorschlägen induziert werden kann. Die Aufgabe der politischen Opposition ist es deshalb, der Erneuerer der Politik zu sein.<sup>136</sup>

Die Oppositionsforschung schien seit den achtziger Jahren in eine Art Ruhepause getreten zu sein. Die Rückkehr zu dieser Problematik erfolgte erst am Vorabend des neuen Jahrtausends. Da in dieser Zeit auch die Autoritarismus-Forschung immer mehr an Bedeutung gewann, wurden autoritäre Systeme in die Oppositionsforschung einbezogen.

#### IV. OPPOSITION IM AUTORITARISMUS

##### 4.1. Theorieansätze

Die erste Systematisierung der Opposition in autoritären Systemen verdankt die Politikwissenschaft Juan Linz und seiner Fallstudie „Opposition in and under an authoritarian regime: the case of Spain“ aus dem Jahr 1973.<sup>137</sup> Der universelle Anspruch seines Beitrags leidet allerdings darunter, dass sie unter der starken Berücksichtigung von Francos Spanien entwickelt wurde.

Für den spanischen Politologen stellt die Kombination aus dem begrenzten Pluralismus und politischer Entfremdung der Bevölkerung den Rahmen für die Auseinandersetzung von Regierung und Opposition im Autoritarismus dar. Für dieses System sei die rechtlich nicht definierte Opposition charakteristisch, die Linz im Gegensatz zu den „alegalen“ (außerhalb der

---

<sup>134</sup> Vgl. Norbert Gehring: *Parlament-Regierung-Opposition*, München 1969, S. 140.

<sup>135</sup> „Als *alternative Regierung* ist Opposition ein Mittel zur friedlichen Änderung der Verwaltung, zum Sturz der Machthaber ohne Gewalt oder Revolution. In diesem Sinne stellt die(se) Institution eine praktische Lösung für ein jahrhundertealtes Problem dar, das der politischen Stabilität“. Archibald Foord: *His Majesty's opposition*, Oxford 1964, S. 3; Vgl. auch Vogt 1972, S. 46f.

<sup>136</sup> Das Fehlen einer von der Opposition angebotenen alternativen Politik wurde bereits von Kirchheimer nicht als Stabilisierungsfaktor, sondern als Hindernis für die Erneuerung von Demokratie gesehen. Vgl. Kirchheimer 1976.

<sup>137</sup> Juan J. Linz: *Opposition in and under an authoritarian regime: the case of Spain*, in: Robert A. Dahl (Hrsg.): *Regimes and oppositions*, New Haven and London: Yale University Press 1973, S. 171-259.

Gesetze handelnden, aber nicht direkt illegalen) und „illegalen“ Gruppen „Semiopposition“ nennt. Sie setzt sich aus den Milieus zusammen, die zwar weder politisch dominierend noch in der Regierung vertreten sind, aber dennoch eine Beteiligung an der Machtausübung anstreben.<sup>138</sup> Diese Milieus teilen bis zu einem gewissen Grad gemeinsame Standpunkte, Loyalitäten sowie Mentalitäten und Symbole. Obwohl die Semiopposition offen agiert, organisiert sie sich nicht in Parteien, die am Wahlwettbewerb teilnehmen.

Der wichtigste Theorieansatz zur Opposition in autoritären Systemen wurde 1997 von Jean Blondel im hier bereits erwähnten Beitrag<sup>139</sup> vorgestellt. Der Autor knüpft darin an Dahls Konzept der Opposition an, indem er feststellt, dass im Autoritarismus die Wettbewerbsfähigkeit und die Kohäsion der Opposition den Ort und den Rahmen beeinflussen, in denen die Regierung der Opposition begegnet. Der französische Analytiker stellt darüber hinaus fest, dass im autoritären System die Unterscheidung zwischen Zielen und Strategien der Opposition kaum möglich ist, da die Wahl der Strategie an das jeweilige Ziel geknüpft ist. Die Beantwortung folgender Fragen sei für die Bestimmung der Grundmuster der Opposition zentral: Ist sie geschlossen (*cohesive*) oder diffus? Was sind ihre Ziele bzw. wie sieht das Gemisch von Zielen mit Strategien aus? Welche Akteure sind in die oppositionelle Tätigkeit involviert?<sup>140</sup>

Mit den zwei ersten Fragen spricht Blondel ein zweidimensionales Bild der Opposition an. Einerseits gilt sie als kohäsiv, wenn ein Teil von ihr bei Wahlen bessere Ergebnisse erzielt und mehr Mitglieder als andere oppositionelle Milieus hat. Diffus wird sie, wenn zwei oder mehrere Milieus ungefähr die gleiche Stärke aufweisen. Andererseits gibt es die Kluft zwischen den Zielen der Opposition und den Zielen der Regierung, die von der Ablehnung der Regierung durch die Opposition hin zu den Meinungsunterschieden in Einzelfragen, die Opposition und Regierung trennen, reicht. Die Opposition im Autoritarismus positioniert sich zwischen diesen Polen, wenn sie die Politik der Regierung ablehnt, ohne das politische System in Frage zu stellen.<sup>141</sup>

Blondel betrachtet die von Dahl genannten Verfassung und Wahlsystem als institutionelle Bedingungen für die Herausbildung bestimmter Oppositionstypen. Er verweist darauf, dass im Autoritarismus die Einschränkungen des Wahlrechts und die Wahlmanipulationen auf Opposition einen größeren Einfluss nehmen als die Bestimmungen des Wahlrechts selbst. Der französische Politologe fügt den institutionellen Variablen von Dahl

---

<sup>138</sup> Ebd., S. 191.

<sup>139</sup> Blondel 1997.

<sup>140</sup> Ebd., S. 468f.

<sup>141</sup> Ebd., S. 470f.



noch Parteien und Parteiensysteme hinzu, die sowohl Ziele und Strategien als auch Stärke oppositioneller Akteure beeinflussen.<sup>142</sup>

Was die von Dahl angeführten Grundvoraussetzungen der oppositionellen Aktivitäten angeht, so versteht sie Blondel als die sozio-ökonomische Dimension, zu der auch die „strukturelle“ und die „kulturelle Variable“ gehören.<sup>143</sup> In den Ländern mit einer homogenen Gesellschaft und ausgeprägtem Zusammengehörigkeitsgefühl sei die Distanz zwischen politischen Zielen der Opposition und der Regierung nicht allzu groß, während die Opposition kohäsiv bleibt. In heterogenen Gesellschaften hingegen sei die Kohäsion der Opposition schwach ausgeprägt und die Entfernung von den Zielen der Regierung je nach dem oppositionellen Milieu und dem politischen Thema variabel.<sup>144</sup>

Für Blondel hängt die Erscheinungsform der Opposition von der Beschaffenheit des autoritären Systems ab. Selbst wenn die Regierung Oppositionsparteien verbietet, verschwindet die Opposition nicht. Infolge des Verbots werden allerdings ihre Ziele radikaler und die Methoden ihres politischen Kampfes unter Umständen gewalttätiger. Auch die Stärke der Opposition variiert im autoritären System, abhängig davon, ob sie von der Regierung akzeptiert oder unterdrückt wird.<sup>145</sup>

Die Regierung toleriert nur die Opposition, von der sie sich nicht bedroht fühlt. Die Stärke der Opposition ist allerdings nur schwer einzuschätzen, zumal ihr Wirken eine Mischung aus den Untergrunds- und den von der Regierung geduldeten offenen Aktivitäten darstellt. Die Opposition selbst neigt dazu, die eigene Stärke zu überschätzen.

Blondel hält das „optimistische“ Szenario, in dem die Opposition über die Jahre an Stärke gewinnt und sich von einer unbedeutenden Bedrohung zur ernsthaften Gefahr für die Regierung entwickelt, für wenig wahrscheinlich. Demgegenüber unterstreicht er die Durchsetzungschancen der Regierung, die im Autoritarismus über wesentlich mehr Ressourcen, Mobilisierungspotential und Ansehen als ihre Gegner verfügt.

Auch in Krisenzeiten stellt die Opposition nach Blondel grundsätzlich nicht die größte Gefahr für die Regierenden dar. Die Schwächung der Machthaber entspringt dann vielmehr ihren internen Streitigkeiten darüber, wie mit dem innenpolitischen oder außenpolitischen Druck umzugehen ist. *„Political opposition is thus more likely to be the spark or the detonator rather than the real cause of the collapse of the regime.“*<sup>146</sup>

---

<sup>142</sup> Ebd., S. 474f.

<sup>143</sup> Ebd., S. 475.

<sup>144</sup> Ebd., S. 477.

<sup>145</sup> Ebd., S. 482.

<sup>146</sup> Ebd., S. 485.

Blondel stellt fest, dass während der krisenbedingten Liberalisierung des autoritären Regimes die Probleme der Opposition erst richtig sichtbar werden, die ihrer gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit entspringen. Sie würde besonders in jenen Ländern kaum imstande sein, von der Schwäche der Regierung in Krisenzeiten zu profitieren, die keine Tradition der Oppositionsparteien hätten.

Der französische Autor analysiert nicht die postkommunistischen Systeme, aber er geht auf die notwendige „Repositionierung“ der Opposition im „liberalisierten Autoritarismus“ der kommunistischen Staaten nach 1956 ein.<sup>147</sup> Eine solche „Repositionierung“ begreift er als einen für Systemdemokratisierung notwendigen Prozess, dessen Reichweite er mit Nationsbildung vergleicht.<sup>148</sup>

#### **4.2. Funktionen und Typen der Opposition**

In autoritären Systemen können die aus der Demokratieforschung bekannten Funktionen der Opposition nur teilweise erfüllt werden. Denn die autoritären Herrscher schränken ein oder verbieten Kritik. Die Erfolgchance der Opposition besteht darin, dass sich die Regierung in einem System, in dem der Wahlprozess für ihre Legitimation wichtig ist, um Popularität bemühen muss. Die Opposition bekommt dann die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Da die autoritäre Regierung die Meinungsbildung der Gesellschaft mit ihrer zumindest teilweisen Kontrolle über Medien entscheidend bestimmen kann, tut sie alles, damit ihre Gegner keine Gelegenheit bekommen, die Machthaber öffentlich zu kritisieren. Ebenso bemüht sie sich darum, der von ihren Medienagenturen verunglimpften Opposition keine Gelegenheit zur positiven Selbstdarstellung zu geben.

Diese Ziele sind im alternativlosen Autoritarismus, der sich u.a. durch die Monopolisierung der Medien in den Händen der Machthaber auszeichnet, leicht zu erreichen. In diesem System kann die Kritik an der Regierung ausschließlich im Wahlkampf und während der Proteste in der Gesellschaft ankommen. Ansonsten kann die „abwesende“ Opposition weder mit Kritik, noch mit Kontrolle, noch mit einem alternativen politischen Programm punkten. Besser ist es um ihre Erfolgchancen im Wettbewerbsautoritarismus bestellt, und zwar auf allen Funktionsfeldern.

Wenngleich auf unterschiedliche Art und Weise, kennt jeder Autoritarismus den politischen Pluralismus, weshalb der Versuch lohnt, bei der Typologisierung der Opposition in

---

<sup>147</sup> Blondel hält das kommunistische System nach 1956 nicht für totalitär, sondern für autoritär.

<sup>148</sup> Ebd., S.485f.

diesem System die von der Demokratieforschung gewonnenen Erkenntnisse miteinzubeziehen. Aus nachvollziehbaren Gründen können dabei insbesondere die hier bereits erwähnten Konzepte der „prinzipiellen“, „fundamentalen“ oder „systemkonträren“ Opposition hilfreich sein, obwohl sie oft nicht systematischen Typologien entstammen, sondern Produkte der Analyse von einzelnen Ländern sind. Wenn sie wie z.B. jene von Robert Dahl<sup>149</sup> einen universalen Geltungsanspruch erheben, enthalten sie leider so viele Kriterien und Merkmale, dass sie sich für vergleichende Länderstudien kaum gebrauchen lassen.<sup>150</sup> Gleiches gilt für die in der Autoritarismus-Forschung entworfenen Typen.<sup>151</sup>

In der vorliegenden Untersuchung wird oft auf die Typologie der Opposition zurückgegriffen, die Wladimir Gel'man im Jahre 2005 anhand der Analyse der russländischen Opposition entworfen hat.<sup>152</sup> Sie baut auf den Analyse-Kategorien, die andere Autoren – darunter Dahl und Kirchheimer<sup>153</sup> – entwickelt hatten. Sie werden hier neu geordnet, damit sie den Besonderheiten der Opposition in den postkommunistischen autoritären Ländern gerecht werden.

Als Unterscheidungskriterien (Merkmale) der Typologie von Gel'man gelten zunächst Ziele und Mittel der Opposition.<sup>154</sup> Darüber hinaus wird das Kriterium der Legalität herangezogen, das den Status der Opposition im politischen System definiert. Mit diesen Merkmalen können folgende Oppositionstypen unterschieden werden:

Die von Gel'man so genannte „Quasi-Opposition“, die von den politischen Kräften gebildet wird, die an der Macht beteiligt sein möchten, ohne Anspruch auf Selbstständigkeit zu erheben oder den Regimewechsel bzw. die Veränderung der Politik anzustreben.<sup>155</sup> Sie stellt keine im Sinne von Maćków „echte“ („reale“) Opposition dar und wird von den Machthabern (die sie oft ins Leben rufen) benutzt, um politischen Pluralismus vorzutäuschen. Als solche genießt sie den legalen Status, die Anerkennung und sogar die Unterstützung der Regierung, unter deren Kontrolle sie steht. Sie kann deshalb nicht als selbstständiger, autonomer politischer Akteur betrachtet werden.

---

<sup>149</sup> Siehe Dahl 1966.

<sup>150</sup> Vgl. Blondel 1997, Gel'man, Vladimir: Political opposition in Russia: a dying species?, in: „Post-Soviet-Affairs“ Nr. 3(21)/2005, S. 226–246.

<sup>151</sup> Siehe z.B. Linz 1973; Albrecht 2005; Vogt 1972; Kubát 2010; Der Versuch einer universellen Typologie wurde von Raimund Krämer und seiner Forschungsgruppe unternommen, er ist allerdings nur als Forschungsskizze zugänglich. Siehe R. Krämer u.a.: Opposition in autoritären Regimen. Eine Forschungsskizze, Universitätsverlag Potsdam 2013.

<sup>152</sup> Siehe Gel'man 2005, S. 228f.

<sup>153</sup> Siehe Kirchheimer 1957; Dahl 1966.

<sup>154</sup> Diese Kriterien sind zentral für die meisten Oppositionstypologien. Vgl. z.B. Dahl 1966; Smith 1987.

<sup>155</sup> Andere Autoren benutzen in diesem Zusammenhang andere Bezeichnungen, wie z.B. „parteiinterne“ (*factional*) Opposition. Vgl. Frederick Barghoorn: Factional, sectoral, and subversive opposition in Soviet politics, in: Robert Dahl (Hrsg.): Regimes and Oppositions, New Haven: Yale University Press 1973.

Die – nach Dahl – „nicht-strukturelle Opposition“ (*non-structural opposition*)<sup>156</sup> umfasst wiederum Kräfte, die eine Veränderung einzelner Politikbereiche, jedoch keinen Regimewechsel anstreben. Die nicht-strukturelle Opposition strebt die Machtbeteiligung an und verfolgt entweder kooperative oder konkurrierende Strategie gegenüber der Regierung. Sie zeichnet sich durch Opportunismus aus und ist auf eigene Interessen bedacht, wozu die Partizipation an der Machtausübung gehört. Sie bietet sich dem Regime als zu kooptierendes Milieu an. Im Wettbewerbsautoritarismus ist sie legal, während sie in alternativlosen Systemen zur „alegalen“ (im Sinne von Linz) Opposition werden kann. Als solche wird sie freilich nicht verboten, jedoch aus dem politischen System verdrängt, falls die Machthaber in ihr Gefahr erkennen sollten.<sup>157</sup>

Den nächsten Typus stellt die „strukturelle Opposition“ (*structural opposition*)<sup>158</sup> dar, die auf den Regimewechsel abzielt. Sie strebt allerdings auch die Machtbeteiligung an und ist bereit, mit der Regierung Kompromisse zu schließen, sofern sie diese sinnvoll findet. Da sie trotz allem wenig Bereitschaft zur Kooperation mit der Regierung zeigt, konzentriert sie sich generell auf die Ausübung der Kritik- Kontroll- und Alternativfunktion. Im alternativlosen Autoritarismus wird sie nicht als legaler und legitimer Bestandteil des politischen Systems anerkannt, während sie im Wettbewerbsautoritarismus als die Hauptkonkurrenz der Regierung akzeptiert wird. Die Machthaber versuchen deshalb, ihren Einfluss zu mindern, obwohl sie ihre regimestabilisierende Funktion erkennen, die darin besteht, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu kanalisieren.<sup>159</sup>

Die – nach Kirchheimer – „prinzipielle Opposition“ (*principal opposition*)<sup>160</sup> verfolgt das Ziel, die Macht zu übernehmen und den radikalen Regimewechsel zu vollziehen. Sie lehnt jegliche Kooperation mit der Regierung ab und setzt auf Konfrontation. Anders als jene Teile der von Iwan Bolschakow<sup>161</sup> und Grigori Golosow<sup>162</sup> so genannten Nicht-System-Opposition, die sich als politische Akteure nicht legalisieren lassen wollen, weil sie die Beteiligung an bestehenden Institutionen als unzulässige Legitimierung des Herrschaftssystems betrachten, versucht sie, Legalität zu wahren, obwohl sie die vom Regime festgelegten Spielregeln nicht akzeptiert. In autoritären Systemen hat sie meistens den alegalen Status, wenngleich im

---

<sup>156</sup> Dahl 1966, S. 342.

<sup>157</sup> Siehe Linz 1972. Im alternativlosen Autoritarismus ändert der formell legale Status der Opposition nichts an ihrem de facto alegalen Status, denn sie wird sowohl vom Wettbewerb ausgeschlossen als auch rechtlich in ihren Aktivitäten eingeschränkt. Ihr kann darüber hinaus jederzeit die Registrierung entzogen werden.

<sup>158</sup> Dahl 1966, S. 342.

<sup>159</sup> Vgl. Krämer et al. 2013, S. 27.

<sup>160</sup> Wird von Kirchheimer „opposition of principle“ (Opposition aus Prinzip) genannt. Vgl. Kirchheimer 1957.

<sup>161</sup> Bolshakov 2012.

<sup>162</sup> Golosov 2011.

postkommunistischen Wettbewerbsautoritarismus ihre Legalität nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Beobachtung der oppositionellen Aktivitäten im Autoritarismus führt zur Erkenntnis, dass oppositionelle Akteure ihre Ziele und Strategien den aktuellen Umständen anpassen und von einem zum anderen Typus wechseln können.<sup>163</sup> Besonders in den nicht-rechtstaatlichen Autoritarismen (also in allen postkommunistischen autoritären Systemen), in denen die Regierenden die Rahmenbedingungen für das oppositionelle Handeln nach Belieben ändern, dieser Wechsel oft vorzufinden.

Im Autoritarismus ist die Machtübernahme durch die Opposition dann möglich, wenn die strukturelle und die prinzipielle Opposition die Landschaft des politischen Widerspruchs dominieren und die nicht-strukturelle Opposition keine Chancen auf Kooperation mit der Regierung sieht. Sollte dagegen das Oppositionsspektrum von der Quasi-Opposition dominiert werden und die nicht-strukturelle Opposition Möglichkeiten für Zusammenarbeit mit der Regierung erkennen, wird der Machtwechsel kaum möglich sein und das System stabil bleiben.

#### **4.1. Opposition oder Widerstand?**

Maćków subsumiert die Formen der „systemkonträren“ Opposition unter dem Begriff des „Widerstandes“. Zusammen mit „Opposition“ bildet Widerstand die Polen des Spektrums vom „politischen Widerspruch“.<sup>164</sup>

Der Widerstand stellt ein Produkt der politisch handelnden Menschen dar, die aus verschiedenen Motivationen heraus die freie Entscheidung treffen, sich nicht an das System anzupassen.<sup>165</sup> Im Gegensatz zur Opposition tendiert der Widerstand zur Konspiration, die er mit offenen Formen des politischen Protestes wie Demonstrationen, Straßenaktionen, Hungerstreik etc. zu verbinden sucht. Die Angehörigen der Widerstandsgruppen werden von Machthabern als Feinde wahrgenommen, weshalb sie unter ständiger Bedrohung durch die Staatsgewalt leben. Der Gang in den Widerstand ist deshalb nicht bloß das Ergebnis einer abweichenden politischen Überzeugung, sondern hat meistens moralische Gründe.

---

<sup>163</sup> Siehe z.B. Gel'man 2005.

<sup>164</sup> Vgl. Jerzy Maćków: Politischer Widerstand im autoritären Nationalsozialismus und im totalitären Kommunismus, in: Barbara Zehnpeffnig (Hrsg.): Politischer Widerstand. Allgemeine theoretische Grundlagen und praktische Erscheinungsformen in Nationalsozialismus und Kommunismus, Baden-Baden 2017, S.341-363.

<sup>165</sup> Ganz anders sieht Richard Löwenthal den Widerstand, der für ihn der Oberbegriff für „bewusste politische Opposition“, „gesellschaftliche Verweigerung“ und „weltanschauliche Dissidenz“ darstellt. Dabei legitimierten die Widerständler ihre aufmüpfige Haltung unter Berufung auf das positive Recht. Das Recht auf Widerstand wird „als eines der inhaltlichen Elemente des Begriffs der parlamentarischen Opposition“ gesehen. Vgl. Ingeborg Bode: Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition, Stuttgart 1962, S. 87.

Den Widerstand soll man nicht mit „Resistenz“ verwechseln. Der „resistierende“ Mensch verfolgt im Unterschied zu seinem „widerständigen“ Pendant nicht politische Ziele, sondern er wehrt sich gegen die existierende Ordnung, statt nach politischen Wegen zu ihrer Überwindung zu suchen. Mit seinem insofern apolitischen Protest schränkt er trotzdem den Herrschaftsumfang der Regierung ein und wird somit, wenn auch oft unbewusst, zum Verbündeten der Opposition.<sup>166</sup>

In der Demokratie wird der Widerstand auf rechtsstaatlichem Wege bestraft, weshalb die an ihm Beteiligten mit einer berechenbaren Behandlung durch die Staatsgewalt ausgehen können. Denn die Festlegung, wer und welche Aktivitäten als systemsubversiv und somit illegal eingestuft werde, nicht der Willkür der Herrschenden, sondern dem unabhängigen Gericht überlassen wird.

Anders verhält es sich im Totalitarismus und dem nicht-rechtsstaatlichen Autoritarismus. Im Erstgenannten wird der Widerstand zur einzigen Form des politischen Widerspruchs. Selbst Kräfte, die nicht für die Abschaffung der Ordnung, sondern lediglich für Reformen plädieren, werden von Machthabern, die für sich den uneingeschränkten Herrschaftsanspruch reklamieren, als systemsubversiv gesehen und gewaltsam unterdrückt.

Im Autoritarismus wird der Widerstand ebenfalls verfolgt. Er hat hier zwar einige Entfaltungsmöglichkeiten, wird aber trotzdem entschieden und meistens hart bekämpft. Politischer Mord, Folter, Erpressung und andere Formen des Umgangs mit dem Widerstand sind keine Seltenheit, wobei die Regierung im nicht-rechtsstaatlichen Autoritarismus willkürlich darüber entscheidet, wer zum Widerstand gehört und entsprechend behandelt wird, und wer als „harmloser“ bzw. „nützlicher“ Oppositioneller weiterhin „freilaufen“ darf. Wo die Grenze des geduldeten Widerspruchs liegt, bleibt den Gegnern des Systems und der Regierung unerschlossen.

## **4.2. Strategien der Regierung im Umgang mit Opposition**

### **Manipulative und präventive Unterdrückung**

Der Druck der Regierenden auf die Opposition kann entweder als Reaktion auf die reale Gefahr des Machtwechsels oder als voraussehende Prävention erfolgen. Entsprechend unterscheidet

---

<sup>166</sup> Zum Unterschied zwischen Opposition, Widerstand und Resistenz siehe Maćków 2017, S.342ff.

man zwischen der „manipulativen“ und der „präventiven“ Unterdrückung (Repression)<sup>167</sup> der Opposition.<sup>168</sup>

Das Ziel der manipulativen Repression ist es, die Opposition, die die Regierung herausfordert, zu schwächen. Sie überwiegt im Wettbewerbsautoritarismus, obwohl die Machthaber in diesem System auf präventive Repressionsmaßnahmen nicht ganz verzichten. Da die Opposition über wesentliche Ressourcen und systemische Vorteile – den Kontakt mit der Öffentlichkeit, die Unterstützung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung, die Teilhaberechte im Parlament, den Schutz durch die von der Regierung nicht völlig unterwanderte Justiz, das demokratische Image u.ä. – verfügt, kann sie sich dagegen wehren.

Die Herrschenden sind deshalb angehalten, den Druck auf die Opposition angemessen zu dosieren. Zu schwache Unterdrückung könnte ihre Entfaltung befördern, während massive Repression die Solidarität der Gesellschaft nach sich ziehen kann. Die Regierung muss darüber hinaus die Menschen davon überzeugen können, dass die Repression rechtlichen und nicht politischen Gründen entspringt. Schaffen die Regierenden es nicht, eine Balance zwischen dem Druck auf die und der Duldung der Opposition zu finden, kommt das ihr zugute.

Im alternativlosen Autoritarismus bleibt die präventive Unterdrückung („Druck“) auf die Opposition dauerhaft stark, damit sie konstant schwach bleibt und als solche keine Gefahr für die Regierenden darstellt. So werden politische Parteien, die ohnehin wenige Anhänger haben, in den Dauerzustand des Überlebenskampfes versetzt. Es wird dafür gesorgt, dass die Oppositionellen die politische Bühne des Systems nicht betreten können. Auch unabhängige Medien, zivilgesellschaftliche Strukturen und Subkulturen der Großstädte, die allesamt nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen, werden systematisch drangsaliert. Schließlich werden Wahlergebnisse stets „nach oben korrigiert“, obwohl die Machthaber diese ohnehin gewinnen.

---

<sup>167</sup> Die Begriffe „Unterdrückung“ und „Repression“ werden meist synonym benutzt. Dabei ist es doch ratsam, zwischen der sich auf große Gruppen bzw. die ganze Gesellschaft erstreckenden „Unterdrückung“ und der punktuellen, die Integrität der Personen bzw. von überschaubaren Milieus beeinträchtigenden „Repression“ zu unterscheiden. Dazu Jerzy Maćkó: Nationalsozialistische und kommunistische Gewalt im Vergleich – Ein Beitrag zur Repression und Unterdrückung in Ideokratien, in: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hrsg.): Ideokratien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, S. 339-382.

<sup>168</sup> Die hier präsentierten Erkenntnisse entstammen den Beiträgen von Steven Levitsky und Lucan A. Way über den kompetitiven Autoritarismus. Zur präventiven Repression im postsowjetischen Raum siehe Vitali Silitski: Contagion Deterred: Preemptive Authoritarianism in the Former Soviet Union (the Case of Belarus), CDDRL Working Papers, Nr. 6/2006. Onlinezugriff: [https://cddrl.fsi.stanford.edu/publications/contagion\\_deterred\\_preemptive\\_authoritarianism\\_in\\_the\\_former\\_soviet\\_union\\_the\\_case\\_of\\_belarus](https://cddrl.fsi.stanford.edu/publications/contagion_deterred_preemptive_authoritarianism_in_the_former_soviet_union_the_case_of_belarus), zuletzt geprüft am 22.10.2022. Silitski spricht sogar vom „präventiven Autoritarismus“ (*preemptive authoritarianism*) als einem Typus autoritärer Systeme. Alles in allem ist jedoch die manipulative Unterdrückung als Konzept in der Literatur nicht ausgearbeitet.

Um präventive Repression erfolgreich einsetzen zu können, muss die Regierung ausreichend abgesichert sein. Es ist einfacher, Opposition im Schach zu halten, wenn die Gewaltenteilung und -Verschränkung durch die Übermacht der Exekutive ausgehebelt ist, und die Gegner der Regierung keine Möglichkeit haben, die Bevölkerung zu mobilisieren. Deshalb baut die Regierungspropaganda auf den im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung vorhandenen Mythen und Vorurteilen auf und instrumentalisiert die Ängste der Gesellschaft.

Der belarusische Politologe Vital' Silitski unterscheidet zwischen dem taktischen, dem institutionellen und dem kulturellen Druck. Der taktische Druck kommt dem direkten Angriff auf die Opposition gleich. Der institutionelle Druck – etwa Verfassungs- und Wahlgesetzesänderungen, gesetzliche Einschränkung der Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit sowie der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten – stärkt dauerhaft die Exekutive zuungunsten der Opposition. Schließlich zielt der kulturelle Druck auf die Manipulation des kollektiven Bewusstseins und Gedächtnisses der Bevölkerung ab, um diese gegen die Ideologien und Narrative der Opposition immun zu machen.<sup>169</sup>

Die Dauer der autoritären Herrschaft spielt wichtige Rolle, weil die Kontrolle über die Opposition dann leichter zu behalten ist, wenn die Letztgenannte bereits lange der Repression ausgesetzt ist. Dabei hilft die in der langen Regierungszeit gewonnene Erfahrung, adäquate Maßnahmen gegen die Stärkung der Opposition zu ergreifen. Schließlich stellen politische Apathie und fehlendes Interesse an Politik, die sich in der Bevölkerung des alternativlosen Autoritarismus ausbreiten, das günstige Umfeld für die effektive Bekämpfung der Regimegegner dar.<sup>170</sup>

### **Kooptation in die Elite**

Einen weiteren Weg zur Schwächung politischer Widersacher stellt jene selektive Kooptation der Opposition in die Systemelite dar, die Karl Loewenstein als die „Selbstergänzung einer bereits bestehenden Amts- oder Funktionsgruppe“ beschreibt.<sup>171</sup> Für Steffen Kailitz und Dag Tanneberg stellt sie neben der Vortäuschung der demokratischen Legitimation und der Repression eine zentrale Stütze der politischen Stabilität dar.<sup>172</sup>

---

<sup>169</sup> Vitali Silitski: Preempting democracy: the case of Belarus, in: „Journal of Democracy“ Nr. 4(16)/2005, S. 83–97.

<sup>170</sup> Vgl. Ludger Helms: Introduction: The nature of political opposition in contemporary electoral democracies and autocracies, in: „European Political Science“ Nr. 20/2021, S. 569–579.

<sup>171</sup> Karl Loewenstein: Kooptation und Zuwahl. Über die autonome Bildung privilegierter Gruppen, Frankfurt a.M.: Alfred Metzner Verlag 1973, S. 14.

<sup>172</sup> Vgl. Steffen Kailitz/Dag Tanneberg: Legitimation, Kooptation, Repression und das Überleben von Autokratien „im Umfeld autokratischer Wahlen“. Eine Replik auf den Beitrag von Hans Lueders und Aurel Croissant, in: „Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft“ Nr. 9/2015, H. 1/2, S. 73–82, hier S.74.



Mittels der Kooptation versucht die politische Führung, der Opposition eine partielle Einflussnahme auf die Politikgestaltung zu geben und sie damit zu beschwichtigen.<sup>173</sup> Die Kooptation befriedigt zudem die Partikularinteressen der politischen Gegner des Regimes und absorbiert ihr Bedrohungspotential.<sup>174</sup> Darüber hinaus stellt sie ein wirksames Mittel zur langfristigen Unterbindung der echten Opposition dar, und zwar jenseits der kurzfristigen „Entschärfung“ der potentiellen Opponenten.<sup>175</sup> Schließlich diskreditieren personelle Vorteilsnahmen, die den in die Machtelite kooptierten Oppositionellen zuteil werden, in den Augen der Bevölkerung die Opposition und verwirken ihren Anspruch, sich im politischen Wettbewerb als die moralische Instanz und die Reformkraft zu gerieren.<sup>176</sup>

Die Kooptation stabilisiert autoritäre Systeme auch insofern, als sie für die Zirkulation der Systemelite sorgt und somit ihre Erosion verhindert. Durch die hohe Rotation bürokratischer und politischer Ämter wird ein ständiges Verschieben der Grenze zwischen der System- und Nicht-System-Elite ermöglicht. Die gezielte Verteilung der Aufstiegschancen durch das politische Zentrum bringt die Opposition dazu, bestehende Zugangskanäle zur Macht zu nutzen, statt für die Änderung der Regeln des Systems zu arbeiten.<sup>177</sup> Die systemischen Zugänge zu Ressourcen und Klientelnetzwerken werden so aufrechterhalten.<sup>178</sup>

*Last but not least:* Die Kooptation auserwählter Regimegegner steigert die Legitimität der Regierung und kanalisiert die gesellschaftliche Unzufriedenheit.<sup>179</sup>

## **Manipulierung der Wahlen**

Wahlen werden häufig als das wichtigste Kennzeichen der Demokratie gesehen, obwohl sie – manchmal sogar ohne Wahlfälschung – auch in den autoritären Systemen üblich sind.<sup>180</sup> Die moderne autoritäre Regierung ist auf die demokratische Legitimation angewiesen.<sup>181</sup>

---

<sup>173</sup> Courtenay R. Conrad: Constrained concessions: beneficent dictatorial responses to the domestic political opposition, in: „International Studies Quarterly“ Nr. 55/2011, S.1167–187; E. Malesky/P.Schuler: Nodding vs needling: analyzing delegate responsiveness in an authoritarian parliament, in: „American Political Science Review“ Nr. 3(104)/2010, S. 482–502.

<sup>174</sup> Siehe Jennifer Gandhi: Political institutions under dictatorship, New York: Cambridge University Press 2008; Milan W. Svolik: The politics of authoritarian rule, Cambridge University Press 2012.

<sup>175</sup> Siehe Barbara Christophe: Metamorphosen des Leviathans in einer postsozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht, Bielefeld: Transcript-Verlag 2005, S.212.

<sup>176</sup> Christian Timm: Jenseits von Demokratiehoffnung und Autoritarismusverdacht: Eine herrschaftssoziologische Analyse post-transformatorischer Regime, in: Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.): Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Nomos 2010, S. 110.

<sup>177</sup> Alina Mungui-Pippidi: Corruption: diagnosis and treatment, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(17)/2006, S. 86-99, hier S. 93.

<sup>178</sup> Timm 2010, S.110.

<sup>179</sup> Vgl. Albrecht 2005, S. 390-393.

<sup>180</sup> Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in etwa drei Viertel aller nichtmonarchischen Autoritarismen Wahlen durchgeführt, die nicht im Kontext vom Systemwechsel standen. Vgl. Barbara Geddes: Why parties and elections in authoritarian regimes?, in: How dictatorships work. Power, personalization, and collapse, Cambridge University Press 2018, S. 129-153, hier S. 135.

<sup>181</sup> Vgl. Maćków 2009, S.34.

Im Autoritarismus verkommen die Wahlen zum Instrument der Machthaber, mit dem die Chancen der Opposition auf die Machtübernahme gemindert bzw. vereitelt werden.<sup>182</sup> Im alternativlosen Autoritarismus verkünden die Regierenden ihren „Erdrutschsieg“ als das Ergebnis fairer Wahlen aus, um eben die politische Alternativlosigkeit zu unterstreichen. Die als (ur)demokratisch geltende Institution wird so zur wesentlichen Stütze des undemokratischen Systems.<sup>183</sup> In der vergleichenden Autoritarismus-Forschung werden deshalb Wahlen als ein wichtiges Instrument des Machterhalts der regierenden Eliten und der Elitenreproduktion gesehen.<sup>184</sup>

Im Wettbewerbsautoritarismus haben die regelmäßig abgehaltenen Wahlen kompetitiven Charakter.<sup>185</sup> Trotzdem ist auch in dieser Autoritarismus-Variante der Wahlprozess durch voreingenommene Berichterstattung, den Ausschluss der stärksten Oppositionsvertreter aus dem Wettbewerb (letzten Endes entscheidet die Regierung über die Zulassung der oppositionellen Kandidaten zu Wahlen),<sup>186</sup> selektive Rechtsanwendung zu Ungunsten der Opposition durch Gerichte<sup>187</sup> und Mangel an Transparenz gekennzeichnet.<sup>188</sup> Sogar die im alternativlosen Autoritarismus übliche Fälschung der Wahlergebnisse durch die Machthaber ist im Wettbewerbsautoritarismus möglich.<sup>189</sup>

Alles in allem kennen beide Typen der autoritären Systeme sowohl die präventive als auch die taktische Unterdrückung der Opposition (im Verständnis von Silitski), wenden diese jedoch unterschiedlich an. Die Machthaber im alternativlosen Autoritarismus betrachten die Opposition grundsätzlich als Widerstand (bzw. Nicht-Systemopposition) und haben deshalb kaum Hemmungen, sie als solchen zu behandeln. Im Wettbewerbsautoritarismus, in dem die Regierung den Wahlausgang grundsätzlich akzeptiert, kennt sie die Grenzen der Repression gegen die Opposition, weil diese doch an die Macht kommen und Rache üben könnte. Die Anwesenheit internationaler Beobachter, parallele Stimmauszählungsverfahren und – vor allem

---

<sup>182</sup> Siehe Y.L. Morse: The era of electoral authoritarianism, in: „World Politics“ Nr. 1(64)/2012, S.161–198. Zu den Wahlmanipulationen in Autoritarismen siehe z.B. B. Magaloni: Autocratic elections and the strategic game of fraud, Stanford University Typescript 2008; Schedler 2002.

<sup>183</sup> Siehe z.B. E. Lust-Okar: Structuring conflict in the Arab World: Incumbents, opponents, and institutions. New York: Cambridge University Press 2005; B. Magaloni: Voting for autocracy: Hegemonic party survival and its demise in Mexico, New York: Cambridge University Press 2006; Vitali Silitski: Survival of the fittest: Domestic and international dimensions of the authoritarian reaction in the former Soviet Union following the colored revolutions, in: „Communist and Post-Communist Studies“ Nr. 4(43)/2010, S.339–350.

<sup>184</sup> Vgl. Petra Stykow: Wahlen in autoritären Regimen: Die postsowjetischen Länder im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47/2012, S. 237–271, hier S.253.

<sup>185</sup> Vgl. Levitsky/Way 2010, S.8.

<sup>186</sup> Vgl. Sarah Birch: Electoral institutions and popular confidence in electoral processes. A cross-national analysis, in: „Electoral Studies“ Nr. 27/2008, S.305–320, hier S. 317.

<sup>187</sup> Vgl. Levitsky/Way 2002.

<sup>188</sup> Ebd., S.55.

<sup>189</sup> Ebd. Was die Parlamentswahlen angeht, so wird die Opposition entweder gar nicht „gewählt“ oder bekommt unter 10 Prozent der Mandate. Vgl. Stykow 2012, S.252.

– das Risiko der Proteste auf den Straßen, minimieren zusätzlich noch die Wahrscheinlichkeit der dreisten Wahlergebnisfälschung.<sup>190</sup>

Die Durchführung der Wahlen kreiert nicht nur den Anschein der demokratischen Legitimation. Sie aktiviert darüber hinaus die klientelistischen Beziehungen der Regierung und trägt zur Integration und Erweiterung der Regimeeliten bei. Im Wahlkampf erkennt die Macht jene Teile der Gegenelite, deren Kooptation dem Regime Nutzen bringen könnte.<sup>191</sup> Schließlich bieten die Wahlen der Regierung die Chance, in der Opposition die Unsicherheit und Streit über die Strategien des Umgangs mit dem Regime zu schüren.

### **4.3. Handlungsweisen der Opposition**

#### **Wahlteilnahme, Zusammenschluss und Fragmentierung**

Für die Opposition sind Wahlen insofern von Bedeutung, als sie ihr die Ebene der Konfrontation mit der Regierung bieten, auf der sie sich – wenn auch im unfairen Wettbewerb – versuchen kann. Während des Wahlkampfes kann sie selbst im alternativlosen Autoritarismus die Kritik- und Alternativfunktion ausüben, womit die Hoffnung einhergeht, dass ihre Wahlaktionen in die Unterstützung durch die Bevölkerung umschlagen würden. Zudem lernen die oppositionellen Akteure im Wahlkampf einander sowie die Arbeitsweise des Systems besser kennen, was allesamt wichtige Erfahrungen für weitere politische Arbeit sind. Im Wettbewerbsautoritarismus kann die Opposition die Wahlen sogar gewinnen.<sup>192</sup>

Der Wahlboykott bringt mit sich den Vorteil, dass sie Opposition den unfairen Wahlvorgang nicht legitimiert. Er kann sich allerdings im Sinne des Strebens nach Macht nur dann als zielführend erweisen, wenn sich ihm die gesamte Opposition anschließt.<sup>193</sup> Sie muss darüber hinaus imstande sein, Massen für Proteste zu mobilisieren, die den Machtwechsel bzw. die Durchführung fairer Wahlen erzwingen. Da diese Geschlossenheit und die starke Unterstützung durch die Bevölkerung äußerst selten Hand in Hand gehen, stellt Frankel trocken fest: *„electoral boycotts rarely work, and the boycotting party almost always ends up worse off than before.”*<sup>194</sup> Deshalb sieht die Opposition die Teilnahme an den manipulierten Wahlen für gewöhnlich als ihre Chance.

---

<sup>190</sup> Vgl. Ebd.

<sup>191</sup> Vgl. Gandhi/Lust-Okar 2009; Stykow 2012, S.259. Zu der Kooptation der Opposition siehe G.T. Buckles: *Internal opposition dynamics and restraints on authoritarian control*, Cambridge University Press 2017.

<sup>192</sup> Zur Rolle der Wahlen für die Opposition in autoritären Systemen siehe: Silitski 2005; Gandhi/Lust-Okar 2009; Magaloni 2010; Levitsky/Way 2010.

<sup>193</sup> Vgl. Helms 2021, S. 575.

<sup>194</sup> M. Frankel: *Threaten but participate: why election boycotts are a bad idea*, Policy Paper, Brookings 2010.

Selten setzen die oppositionellen Akteure auf die sich aus ihrer Fragmentierung ergebende Vielfalt. Sie entscheiden sich nur dann gegen den einheitlichen Wahlauftritt, wenn sie der Meinung sind, dass sie als ein einheitlicher Wahlblock Stimmen verlieren würden, was bei Parlamentswahlen im kompetitiven Autoritarismus manchmal der Fall ist. Aber auch im alternativlosen Autoritarismus können sich die oppositionellen Gruppierungen für Alleingänge entscheiden, wenn sie davon ausgehen, dass dies ihnen Vorteile verspricht: die Steigerung des Bekanntheitsgrades einzelner Parteien und Politiker, den konzentrierten Zufluss der Finanzierung, die Demonstration eines breiten Angebots der Opposition etc.

In der Literatur wird die starke Fragmentierung der Opposition meistens als das wesentliche Hindernis auf ihrem Weg zur Machtübernahme gesehen.<sup>195</sup> Die Geschlossenheit der Opposition erscheint so als die zentrale Voraussetzung für ihren Erfolg – auch jenseits des Wahlprozesses. Viele Politikwissenschaftler sind sich auch darüber einig, dass je geschlossener das Regierungslager auftritt, desto geschlossener die Opposition handeln sollte.<sup>196</sup> Diese Annahme kann grundsätzlich nur im alternativlosen Autoritarismus richtig sein. Aber in diesem System strebt die Opposition in den Wahlen sehr selten den Machtgewinn an, sondern will sich durch öffentliche Präsenz das eigene Überleben sichern. Die Aussichtslosigkeit bezüglich der Machtübernahme schwächt die Motivation, für geschlossenes Auftreten zu arbeiten. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen, dass ohne den Glauben an den Wahlerfolg das einheitliche Vorgehen nur vorgetäuscht<sup>197</sup> bzw. ihr von ausländischen Förderern erzwungen wird.<sup>198</sup>

Sollte der Zusammenschluss der Opposition dennoch erreicht werden, kann er nur dann von Dauer sein, wenn sich mit ihm die Perspektive des Machtgewinns öffnet.<sup>199</sup> Im Wettbewerbsautoritarismus wird das geschlossene Auftreten den heterogenen Regimegegnern sicherlich zum Erfolg verhelfen, wobei erfahrungsgemäß nach der Regierungsbildung das geschlossene Vorgehen ein Ende findet.<sup>200</sup>

---

<sup>195</sup> Vgl. Bunce, V./S.L. Wolchik: *Defeating authoritarian leaders in postcommunist countries*, Cambridge University Press 2011; Schedler 2015; Levitsky/Way 2010.

<sup>196</sup> Siehe Blondel 1997; Adam Przeworski: *The games of transition*, Notre Dame 1992; Lust-Okar 2004; Bunce/Wolchik 2011; Schedler 2015; Helms 2021, S. 575.

<sup>197</sup> Vgl. V. Bunce/S. Wolchik: *Defeating dictators. Electoral change and stability in competitive authoritarian regimes*, in: „World Politics“ Nr. 1(62)/2010, S. 43-86.

<sup>198</sup> Vgl. Sofie Bedford/Alexei Pikulik: *Aid paradox: strengthening Belarusian non-democracy through democracy promotion*, in: „East European Politics and Societies and Cultures“ Nr. 2(33)/2019.

<sup>199</sup> Vgl. Bunce/Wolchik 2011.

<sup>200</sup> Vgl. Ebd.; Schedler 2015; Levitsky/Way 2010.

Wenn die Machthaber das Wahlergebnis fälschen, setzt die Opposition auf die von den Massenprotesten erzwungene korrekte Stimmenauszählung oder auf Neuwahlen.<sup>201</sup> Im zweiten Fall muss sie imstande sein, den Wahlbetrug juristisch nachzuweisen, was im alternativlosen Autoritarismus schwer vorstellbar ist.

Im Wettbewerbsautoritarismus kann aber Justiz durch den Druck der Öffentlichkeit dazu gebracht werden, ihre Entscheidung zu treffen, ohne die Vorgaben der Exekutive zu berücksichtigen. Entscheidet sei jedoch im Interesse der Machthaber, dann kann die Opposition Menschen zu Protesten mobilisieren, um eine Wahlwiederholung bzw. einen Machtwechsel zu erzwingen. Bunce und Wolchik stellen fest, dass solche Proteste der Opposition meistens Erfolg bescheren.<sup>202</sup>

Beatriz Magaloni weist zu Recht darauf hin, dass sich der Zusammenschluss der oppositionellen Kräfte auch spontan einstellen kann. Die Spontanität, die der unerwartet veränderten politischen Lage folgt, kann eher als das geschlossene Auftreten, das hart erarbeitet worden ist, zum Erfolg führen, weil die Regierenden von der schlagartigen Mobilisierung der Opposition überrumpelt werden.<sup>203</sup>

### **Kommunikation mit Regierung durch Proteste**

In autoritären Systemen stellen die Wahlen selten ein funktionsfähiges Kommunikationsforum der Opposition und der Gesellschaft mit der Regierung dar. Deshalb kann die Unzufriedenheit mit den Machthabern oder mit der politischen Ordnung oft nur mittels der Proteste zum Ausdruck gebracht werden. Je repressiver das System, desto seltener brechen Unruhen aus, weil die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass sie gewaltsam unterdrückt werden. Die Unzufriedenheit verschwindet jedoch damit nicht, sondern sie steigert das Protestpotential.<sup>204</sup> Wenn sich dieses doch noch in einer Art Volksaufstand entlädt, führt das dann oft zum Sturz der Regierung.<sup>205</sup>

Zwar nennt Gordon Tullock richtigerweise zwei weitere Gefährdungen des autoritären Regimes: Spaltung der Regimeelite und ausländische Intervention.<sup>206</sup> Für die Macht ist jedoch das Ausbleiben der Proteste am wichtigsten, weil die Legitimität der Regierung mit dem

---

<sup>201</sup> Vgl. Jennifer Gandhi: Coordination among opposition parties in authoritarian elections, Princeton University Press 2008.

<sup>202</sup> Siehe Bunce/Wolchik 2010, S. 43–86; L. A. Mitchell: The color revolutions, University of Pennsylvania Press 2012.

<sup>203</sup> Vgl. Beatriz Magaloni: The game of electoral fraud and the ousting of authoritarian rule, in: „American Journal of Political Science“, Juni 2010.

<sup>204</sup> Siehe das Input-Konversion-Output Modell politischer Systeme von David Easton.

<sup>205</sup> Vgl. B. Magaloni/J. Wallace: Citizen Loyalty, Mass Protest and Authoritarian Survival, Princeton University 2008, S. 32.

<sup>206</sup> Vgl. Gordon Tullock: Public goods, redistribution and rent seeking, Cheltenham: Edward Elgar 2005.

latentem Makel der manipulierten Wahlen behaftet ist.<sup>207</sup> Es kommt hinzu, dass die politische Führung nicht allein auf Repression setzen kann. Je mehr sie sich auf den Sicherheitsapparat verlässt, desto stärker begibt sie sich in Abhängigkeit von diesem.<sup>208</sup> Es kommt hinzu, dass der staatliche Gewaltapparat kostspielig ist und sein Unterhalt auf Kosten des Wohlstands, d.h. letztlich der Zufriedenheit der Bevölkerung geht.

Solange Proteste keinen Massencharakter haben, können sie mit gezielter Repression oder partiellen Zugeständnissen kanalisiert werden. Massenunruhen dagegen müssen niedergeschlagen werden.<sup>209</sup> Gelingt es der Macht, die Proteste stillzulegen, verliert die Opposition ihre Mobilisierungskraft, was im Oppositionslager eine Krise auslöst, die den Personalwechsel, Auflösung von Koalitionen und Verlust des Rückhalts in der Bevölkerung nach sich ziehen kann. Jede weitere Niederlage der Opposition vertieft dann ihre Krise. Eine Erneuerung wird notwendig, die vor dem Hintergrund der schwindenden Hoffnung auf Erfolg schwer stattfinden kann.<sup>210</sup>

Die Ursachen für die Massenproteste liegen oft in der Krise des „Gesellschaftsvertrags“, der das Verhältnis der autoritären Herrschaft und der Bevölkerung regelt, begründet. Die Krise tritt zum Beispiel ein, wenn dem gesellschaftlichen Wandel nicht die politischen Reformen folgen.<sup>211</sup> Die ausbleibende Anpassung des politischen Systems an die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen gefährdet politische Stabilität. Die Macht sieht sich dann mit der Alternative konfrontiert: Entweder wird das Regime reformiert oder es muss mit Ablösung durch Proteste rechnen.

Zu solchen Überlegungen in der Literatur gaben spektakuläre Proteste Anlass, die sich im ersten Jahrzehnt des neuen Millenniums in einigen postkommunistischen Ländern des kompetitiven Autoritarismus<sup>212</sup> an die gefälschten Wahlen anschlossen und deshalb häufig „elektorale Revolutionen“ genannt wurden. Wegen ihrer bunten Symbolik erhielten sich auch den Namen „Farbrevolutionen.“<sup>213</sup> Auch sie offenbarten die gewachsene Diskrepanz zwischen

---

<sup>207</sup> Vgl. Magaloni/Wallace 2008, S. 2f.

<sup>208</sup> Vgl. R. Wintrobe: *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge University Press 1998.

<sup>209</sup> Vgl. E. Finkel/I.E. Brudny: No more colour! Authoritarian regimes and colour revolutions in Eurasia, in: „*Democratization*“ Nr. 1(19)/2012, S. 1–14.

<sup>210</sup> Vgl. Silitski 2015.

<sup>211</sup> Vgl. Cilja Harders: Neue Proteste, alte Krisen: Ende des autoritären Sozialvertrags, in: „*Aus Politik und Zeitgeschichte*“ Nr. 39/2011.

<sup>212</sup> Sowohl in Serbien als auch in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan gab es kompetitive Autoritarismen zur Zeit der dort stattfindenden „elektoralen Revolutionen“.

<sup>213</sup> Zu „Farbrevolutionen“ siehe z.B. Michael McFaul: Transitions from postcommunism, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 3/2005, S.5–19; Taras Kuzio: Democratic revolutions in post-communist states, in: „*Communist and Postcommunist Studies*“ Nr.3/2006, S. 365–386; V.J. Bunce/S. Wolchik: International diffusion and postcommunist electoral revolutions, in: „*Communist and Post-Communist Studies*“ Nr. 39/2006, S.283–304; J. Forbrig/ D. Pavol: *Reclaiming democracy. Civil society and electoral change in Central and Eastern Europe*, Bratislava: German Marshall Fund of the United States 2007.

der sich schnell modernisierenden Gesellschaft und dem steifen autoritären Regime.<sup>214</sup> Ihre häufigen Erfolge wurden in der Literatur mit der Legitimitätsschwäche und der Spaltung der Regimeelite einerseits und andererseits mit der Kohäsion und der klaren Zielsetzung der Opposition, die von der gewaltfreien Massenmobilisierung begleitet wurde, erklärt.<sup>215</sup>

Die „Farbrevolutionen“ leiteten Demokratisierungsprozesse ein, jedoch nicht unbedingt den gelungenen Übergang zur Demokratie.<sup>216</sup> Der Demokratisierung folgten nicht selten Restaurationsversuche der alten Ordnung, die wiederum drohten, zu erneuten Massenprotesten zu führen.<sup>217</sup> Nicht zuletzt der Euro-Majdan 2013/14, der auf die Orange Revolution 2004 folgte, schien die vom belarussischen Politologen Artjom Schreibman vertretene Meinung zu bestätigen, dass Proteste nicht dann ausbrechen, wenn die Erwartungen der Gesellschaft enttäuscht, sondern dann, wenn sie betrogen werden.<sup>218</sup>

Artjom Schreibman nennt drei Faktoren, die für den Erfolg der Proteste im Autoritarismus ausschlaggebend sind: der Glaube an den Sieg, die fehlende Angst vor Repressionen und ein starker Auslöser der Proteste.<sup>219</sup> Sie hängen alle mit der Kondition der politischen Opposition zusammen. Sie zeigt sich oft ausgerechnet dann als schwach, wenn sie die Unterstützung aus dem Ausland bekommt.

#### **4.4. Ausländische Förderung der Opposition**

Entgegen anderslautenden Verlautbarungen in Sonntagsreden haben Demokratien niemals auf die Zusammenarbeit mit autoritären Ländern verzichtet. Dieses Zugehen diene sehr oft der Armutsbekämpfung. In Francos Spanien der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde allerdings die Erfahrung gemacht, dass die Unterstützung der Opposition durch demokratische Länder die Demokratisierung der autoritären Systeme mitbefördern kann.<sup>220</sup>

---

<sup>214</sup> Zu den Ursachen der Farbrevolutionen siehe: Lucan A. Way: The real causes of the Color Revolutions, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3/2009, S.55–69; V.J. Bunce/S. Wolchik: Debating the Color Revolutions: Getting real about “real causes”, in: „Journal of Democracy“ Nr.1(20)/2009, S.69–73.

<sup>215</sup> Sieh z.B. Gerhard Simon: Der Wandel autoritärer Systeme. Postkommunistische Volksbewegungen für Demokratie, in: „Osteuropa“ Nr. 7/2006, S. 79-93; Mitchell 2012; Taras Kuzio (Hrsg.): Aspects of the Orange Revolution /6: Post-communist democratic revolutions in comparative perspective, Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007.

<sup>216</sup> Dazu siehe z.B. K. Kalandadze/M.A. Orenstein: Electoral protests and democratization. Beyond the Color Revolutions, in: „Comparative Political Studies“ Nr. 11(42)/2009, S. 1403-1425; Petra Stykow: Bunte Revolutionen – Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion?, in: Politische Vierteljahresschrift 51(1), S. 137-162; B. Geddes et al.: Autocratic breakdown and regime transitions: A new data set, Cambridge University Press 2014.

<sup>217</sup> Vgl. Julja Gerlach: Color Revolutions in Eurasia, Springer Cham 2014.

<sup>218</sup> Siehe Interview mit Artjom Schreibman <https://34mag.net/ru/post/artem-shraybman>, zuletzt geprüft am 12.10.2022

<sup>219</sup> <https://nachesy.country/news/shraybman-vyvel-formulu-po-kotoroy-kazhdyy-mozhet-rasschitat-povtoryatsya-li-massovyie-protesty-vesnoy>, zuletzt geprüft am 12.10.2022

<sup>220</sup> Vgl. Maier Lothar: Spaniens Weg zur Demokratie, Hain Meisenheim am Glan 1977.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis unterstützte der Westen im postsowjetischen Raum sowohl die demokratischen Kräfte in der Regierung als auch in der Opposition. Er tat es mittels eigens dazu geschaffener Förderstrukturen. Legitimiert wurde diese Vorgehensweise mit dem Hinweis auf Menschen- und Bürgerrechte, die über das Gebot der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten gestellt wurden. Während der ersten zwei Jahrzehnte des neuen Jahrtausends wurden politische Parteien, Jugendbewegungen, NGOs und Medien zuweilen massiv unterstützt.

Als Demokratieförderer fungierten hierbei nicht nur demokratische Staaten, sondern auch die NGOs, internationale Organisationen und Privatpersonen. Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion waren beispielsweise die amerikanische *National Endowment for Democracy* (NED) und die *United States Agency for International Development* (USAID), begleitet von der *Soros Foundation*, sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Europäische Kommission aktiv.<sup>221</sup>

Die öffentlichen Geldgeber, zu denen in der Regel ausländische Regierungen bzw. Regierungsorganisationen gehörten, werden *donors* genannt (es gab auch private *donors*). Zu den so genannten *implementers* gehörten wiederum die NGOs, internationale Organisationen und die Berater, die für die Verteilung der Mittel an die oppositionellen Empfänger und für die Kontrolle der Ausgaben zuständig waren. Beide Gruppen wurden als „Demokratieförderer“ bezeichnet.<sup>222</sup> Im Hinblick auf die Länder der späteren „Farbrevolutionen“ schienen diese Strukturen das gewünschte Ergebnis erzielt zu haben,<sup>223</sup> selbst wenn die Opposition es meistens nicht schaffte, nach der Machtübernahme eine stabile Demokratie zu errichten.

In den Ländern des alternativlosen Autoritarismus kam es jedoch trotz der externen Förderung nicht zu seriösen Demokratisierungsansätzen.<sup>224</sup> Dort konnte die ausländische Unterstützung den oppositionellen Milieus bestenfalls zum Überleben verhelfen. Paradoxerweise schienen dabei alle beteiligten Akteure zufrieden gewesen zu sein. Die Förderer konnten sich nämlich als respektwürdige *donors* bzw. *implementers* für die gute Sache (Demokratie) ausgeben, die dafür auch gut bezahlt wurden. Die Opposition erhielt beachtliche Ressourcen, ohne beachtliche Erfolge vorzeigen zu müssen. Und das autoritäre Regime konnte

---

<sup>221</sup> J. Bridoux/M. Kurki: *Democracy promotion: a critical introduction*, Routledge 2014.

<sup>222</sup> Dazu B. Martens: *The institutional economics of foreign aid*, Cambridge University Press 2002, S. 1-34.

<sup>223</sup> Die meisten Forscher sind sich darüber einig, dass die „Farbrevolutionen“ das Ergebnis des Zusammenspiels der günstigen innenpolitischen Faktoren und extensiver ausländischer Demokratieförderung waren. Siehe V. Bunce/S. Wolchik: *Favorable conditions and electoral revolutions*, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 17/2006, S. 5–18.; M. McFaul: *Ukraine imports democracy: External influences on the Orange Revolution*, in: „*International Security*“ Nr. 32/2007, S. 45–83; A. Wilson: *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven, CT: Yale University Press 2005; H. Hale: *Regime cycles: democracy, autocracy, and revolution in post-Soviet Eurasia*, in: „*World Politics*“ Nr.58/2006, S. 133–65.

<sup>224</sup> Siehe z.B. Mitchell 2012, Schedler 2015.



die schwache Opposition als „ausländische Agenten“ diffamieren und diese Erzählung für seine Legitimation nutzen.<sup>225</sup> Da alles beim Alten blieb, waren letzten Endes die autoritären Machthaber doch die größten Profiteure.

Daniel David Siegel und Jenny Yancey bemängeln die wegen der ungleichen Mittelverteilung und der mangelnden Kontrolle unzureichende Effizienz dieser Demokratieförderung.<sup>226</sup> Sie zeigen, dass bis zu 75 Prozent der Fördersummen bei den *implementers*, die meist keine Experten für das Land ihrer Aktivitäten waren,<sup>227</sup> verblieben.<sup>228</sup> Diese Dilettanten hätten Entscheidungen über die Distribution der Hilfe getroffen. Es hätte zudem keine von den *donors* gesetzten Regeln gegeben, wie die Fehler der Förderung korrigiert werden sollten. Nicht ohne Bedeutung wäre schließlich der Umstand gewesen, dass eine gemeinsame Strategie der Demokratieförderer fehlte, was oft zu Unstimmigkeiten und Mittelverschwendung führte.<sup>229</sup>

Sofie Bedford und Alexei Pikulik unterscheiden zwischen den Förderstrategien der EU und der USA. Die Herangehensweise der EU hätte auf dem sogenannten strukturalistischen Ansatz, in dessen Mittelpunkt gesellschaftliche, sozioökonomische, kulturelle und historische Voraussetzungen der politischen Entwicklung eines Landes stehen, basiert. Sie folgte der Annahme, dass kein Wandel vom Autoritarismus zur Demokratie ohne die Veränderung des systemisch-gesellschaftlichen Umfelds möglich sei. Die Demokratisierung würde folglich einen langen Prozess des schrittweisen Aufbaus der Zivilgesellschaft, Marktwirtschaft und der demokratischen Strukturen darstellen. Die Programme der EU bedienten sich somit der „indirekten Methode“ der Demokratieförderung.<sup>230</sup>

Diese Methode konnte sogar von Regimen des alternativlosen Autoritarismus wie in Belarus geduldet werden. Hans-Georg Wieck, der in den Jahren 1998-2001 in Minsk die OSZE-

---

<sup>225</sup> Zur Kritik am Konzept der ausländischen Demokratieförderung in Autoritarismen siehe: L.A. Mitchell: The democracy promotion paradox, Washington, DC: Brookings Press 2016; Rachel Vanderhill: Promoting authoritarianism abroad, London: Lynne Rienner 2013; Thomas Carothers: The backlash against democracy promotion, in: „Foreign Affairs“ Nr.2(85)/2006; S. Djankov et al.: The curse of aid, in: „Journal of Economic Growth“ Nr. 3(13)/2008. Die Diskussion über die Zweckmäßigkeit ausländischer Hilfe wurde bereits Ende der 1990er Jahren durch das Projekt „Do not harm“ ausgelöst. Gemäß seinen Ergebnissen könne diese Hilfe für das Zielland auch schädlich sein. Zum Projekt siehe Mary B. Anderson: Do no harm: how aid can support peace – or war, Boulder 1999.

<sup>226</sup> D. Siegel/J. Yancey: the rebirth of civil society: the development of the nonprofit sector in East Central Europe and the role of western assistance, New York: The Rockefeller Fund 1995. Siehe dazu auch Thomas Carothers: Confronting the weakest link: aiding political parties in new democracies, Carnegie Endowment for International Peace 2006.

<sup>227</sup> Die meisten Top-Managers der *Implementer*-Organisationen sprachen nicht mal die Sprachen der Länder, in die sie geschickt wurden. Vgl. Bedford/Pikulik 2019, S.389.

<sup>228</sup> D. Siegel/J. Yancey: the rebirth of civil society: the development of the nonprofit sector in East Central Europe and the role of western assistance, New York: The Rockefeller Fund 1995. Auch andere Studien zeigen, dass diese Zahl über die Hälfte liegt. Siehe Bedford/Pikulik 2019, S. 382.

<sup>229</sup> Vgl. Vanderhill 2013.

<sup>230</sup> Bedford/Pikulik 2019, S. 382ff.

Mission leitete, bestätigt dies. Die ausländische Demokratieförderung in Belarus begann anfangs durchaus im Einklang mit den proklamierten Zielen der Lukaschenka-Regierung, die sich in der Pariser Erklärung der KSZE im Jahre 1990 zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekannt und zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet hatte. Die europäische Förderung der Opposition spielte eine wichtige Rolle, bis Präsident Lukaschenka das Mandat der OSZE stark abgeschwächt hat.<sup>231</sup>

Nach Bedford und Pikulik orientieren sich dagegen die amerikanischen Förderer am Akteurs-Ansatz, der in erster Linie die Unterstützung der politischen Spieler wie Parteien, Politiker, Gewerkschaften, Jugendbewegungen, und NGOs vorsieht. Aus diesem Grund würden die USA als der Hauptfinanzier der Opposition gesehen sein, obwohl die EU in die Demokratisierung im postsowjetischen Raum insgesamt mehr Mittel investiert hätte.<sup>232</sup>

In der Forschung wird keine eindeutige Antwort auf die Frage gegeben, welche Art der externen Demokratieförderung zielführend ist.<sup>233</sup> Aber auch andere Fragen bleiben in diesem Zusammenhang unbeantwortet: Sollten die Demokratieförderer auf Zusammenarbeit mit dem Regime setzen in der Hoffnung, so seine Öffnung zu begünstigen? Oder soll man sich auf die „apolitische“ Unterstützung der Zivilgesellschaft beschränken? Wo liegen die Grenzen zwischen der regimestabilisierenden und der regimeschwächenden Förderung? Schließlich: Macht die Unterstützung der Opposition überhaupt Sinn, wenn ihre Chancen, die Macht zu übernehmen, gegen Null tendieren?

## V. AUTORITARISMUS IN BELARUS UND DER UKRAINE

### 5.1. Belarus: autokratischer alternativloser Autoritarismus

Die politische Karriere von Aljaksandr Lukaschenka begann im Jahre 1990, als er zum Abgeordneten im belarusischen Obersten Sowjet (*Werchownyj Sowjet* – Oberster Rat), wie damals das Parlament hieß, gewählt wurde. Im Werchownyj Sowjet wurde er, bis dato ein im Land unbekannter Leiter einer Sowchase im ostbelarusischen Gebiet Mahiljou, zum Vorsitzenden des parlamentarischen Antikorruptionsausschusses. Es war die gelungene Selbstdarstellung als unerschrockener Kämpfer gegen die korrupte Elite, mit der er Sympathien in der Bevölkerung

---

<sup>231</sup> Vgl. Wieck Hans-Georg: Demokratieförderung in der Sackgasse. Europa versagt in Belarus, in: „Osteuropa“, 9/2006, S.57-72.

<sup>232</sup> Bedford/Pikulik 2019, S. 382ff.

<sup>233</sup> Siehe dazu etwa Annette Jünemann/Michele Knodt: Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union, in: „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ Nr. 109/2006, S. 109-118; Bredies Ingmar: Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa, soFid Osteuropaforschung 2009/2; Annette Jünemann (Hrsg.): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: European external democracy promotion, Baden-Baden 2007.

gewann, die durch die sozialen Verwerfungen nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftssystems „erschlagen“ war. Waler Karbalewitsch stellte dazu fest:

„Lukaschenka machte den Menschen klar, dass am gesunkenen Lebensniveau [...] die demokratischen Reformen schuld waren. Seinen Wählern versprach er, ihnen die guten alten Zeiten zurückzugeben und die Schuldigen zu bestrafen.“<sup>234</sup>

Obwohl im Parlament die Demokraten in der Opposition waren und ihr Einfluss auf Entscheidungen der Regierung begrenzt war, wurden sie in Öffentlichkeit im Gegensatz zu den regierenden Vertretern der Nomenklatura für die Probleme des Landes verantwortlich gemacht.<sup>235</sup> Auf diese Stimmung setzte Lukaschenka. Noch als Abgeordnete schürte er die „Sowjetnostalgie“ und lobte Gleichheit, soziale Sicherheit, Wohlstand und Stabilität, die es in der Sowjetunion gegeben hätte. Es ist daran zu erinnern, dass im März 1991 die überwiegende Mehrheit (über 80 Prozent) der Belarusen im Referendum für den Erhalt der Sowjetunion gestimmt hatte.<sup>236</sup>

Als Lukaschenka 1994 zur Präsidentenwahl antrat, verkündete er stolz, dass er als der einzige Abgeordnete gegen die Auflösung der Sowjetunion gestimmt hatte (das stimmte gar nicht, weil er bei der Abstimmung nicht anwesend war). Mit dem Versprechen der Rückkehr in die „besseren Zeiten“ gewann er im Juni 1994 die Präsidentschaftswahlen. Im zweiten Wahlgang erhielt er ganze 80 Prozent der Stimmen.

Ausgestattet mit diesem überwältigenden demokratischen Mandat, machte er sich daran, die noch sehr schwachen demokratischen Institutionen zu zerschlagen. Gleich nach seinem Amtsantritt führte die von ihm bestellte Regierung die Zensur in den staatlichen Medien wieder ein und stärkte die Befugnisse der Sicherheitskräfte. Private Unternehmen, die im Verdacht standen, seine politischen Gegner zu finanzieren, wurden zerschlagen, womit der Opposition die wirtschaftliche Basis entzogen wurde. Während des Aufbaus des autoritären Systems tarnte der Präsident seine Verletzungen von demokratischen Normen und Prozeduren, damit „im Volk“ nicht der Eindruck entsteht, dass an ihm vorbei regiert werde.

Die Opposition leistete allerdings Widerstand. Bereits im Frühling 1995 wurde gegen das vom Präsidenten für den Mai des gleichen Jahres angekündigte Referendum über die Gleichstellung der russischen Sprache, die Einführung der neo-sowjetischen Staatssymbole, die

---

<sup>234</sup> <https://www.dw.com/de/belarus-erinnerung-an-umstrittenes-referendum/a-2246820>, zuletzt geprüft am 12.10.2022

<sup>235</sup> Zur Arbeit der BNF-Fraktion im XII. Obersten Sowjet (1990-1995) siehe Kur’janovič 2015. Der Verbreitung dieser Vorstellung diene darüber hinaus die in Belarus wohl bekannte Unzufriedenheit vieler Russen mit der Reformpolitik Jelzins, die für die Verarmung der Bevölkerung, den Aufstieg von Oligarchen und viele andere Probleme des Nachbarlands verantwortlich gemacht wurde.

<sup>236</sup> Das war auch in der Ukraine der Fall gewesen.

wirtschaftliche Integration mit Russland und das Recht des Präsidenten, das Parlament aufzulösen, demonstriert. Fraktionsmitglieder der oppositionellen Belarusischen Nationalfront (BNF) verließen aus Protest den Sitzungssaal des Parlaments und traten in Hungerstreik. Sie wurden dann von Sicherheitsdiensten zusammengeschlagen. Die Bekanntgabe der manipulierten Ergebnisse des Referendums und der parallel stattgefundenen Parlamentswahlen rief die nächste Protestwelle hervor. Ihren Höhepunkt erreichten die Demonstrationen im Frühling 1996, als in Minsk etwa 50 Tausend Menschen gegen die angestrebte Integration mit Russland auf die Straße gingen.<sup>237</sup>

Für den autoritären Umbaus des Staates stellte die im Jahre 1994 verabschiedete Verfassung ein Problem dar. Diese stattete zwar den Präsidenten mit zahlreichen Machtbefugnissen aus, war aber dennoch demokratisch. Um Legislative und Judikative als eigenständige Gewalten auszuschalten und seine Macht zu erweitern, setzte Lukaschenka auf verfassungswidrigem Weg – mit Referendum – die nächste Verfassungsnovelle durch. Die Fragen des Referendums waren unverständlich formuliert und die Stimmenaufzählung war vielerorts nicht korrekt. Obwohl die Ergebnisse der Volksbefragung keinen bindenden Charakter hatten, wurden sie von den Anhängern des Präsidenten im Parlament dennoch für rechtskräftig erklärt, was die Opposition nicht anerkannt hat.<sup>238</sup>

Die novellierte Verfassung garantierte dem Staatsoberhaupt die Kontrolle über alle Staatsorgane. Er bestellte und rief den Premierminister ab, bestimmte die Hälfte der Mitglieder des Verfassungsgerichts (einschließlich seines Vorsitzenden), den Vorsitzenden und die Richter des Obersten Gerichts und des Obersten Wirtschaftsgerichts, den Generalstaatsanwalt, den Vorsitzenden des Komitees für Staatskontrolle (KGB) und den Staatssekretär des Sicherheitsrats. Das Parlament verlor das Initiativrecht für Referenden, das jetzt alleine beim Präsidenten lag. Das Staatsoberhaupt hatte auch die Vollmacht, das Parlament beinahe nach Belieben aufzulösen sowie Verordnungen und Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen.

Der ein Jahr zuvor in umstrittenen Wahlen gewählte Oberste Sowjet, in dem die Opposition nur noch etwa fünf Prozent der Mandate besaß,<sup>239</sup> leistete Widerstand. Obwohl die Mehrheit der Abgeordneten (darunter die Kommunisten) in die Opposition zum Präsidenten ging, was eine Regierungskrise ausgelöst hat, und leitete das Impeachment-Verfahren gegen den Präsidenten ein, handelten die Abgeordneten unentschlossen. Als verhängnisvoll erwies

---

<sup>237</sup> Zu Protesten siehe Valer Bulhakau/Andrej Dyn'ko (Hrsg.): Chryščenne naci. Masavyja akcii 1988-2009, Belastok: Belaruskaj gistryčnaja tawarystva 2011.

<sup>238</sup> Vgl. Heinz Timmerman: Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas?, Bericht des BIOst Nr. 10/1997.

<sup>239</sup> Die oben erwähnte Belarussische Nationalfront (BNF) war im Parlament nicht mehr vertreten, während die anderen Oppositionsparteien nur einige wenige Sitze hatten.

sich dabei der Besuch der russländischen Delegation in Minsk, die vom damaligen Premierminister Wiktor Tschernomyrdin geleitet war. Eigentlich sollte er zwischen Lukaschenka und dem Parlament vermitteln, aber in Wirklichkeit hat er den Parlamentsvorsitzenden Sjamjon Scharezki dazu überredet, die Ergebnisse des Referendums zu akzeptieren.<sup>240</sup>

Darüber hinaus ist der Opposition nicht gelungen, die Straße zu mobilisieren. Zwar fanden Proteste statt, doch hatten sie nicht Massencharakter. Menschen zeigten sich als von den Demonstrationen, die seit Frühling 1995 immer wieder stattfanden, ermüdet. Die seit 1994 wirksame Einschränkung der Medienfreiheit bewirkte, dass die gewaltigen politischen Konsequenzen des Referendums nur selten erkannt wurden. Am wichtigsten war jedoch die andauernd große Popularität des Staatspräsidenten.

Das harte Vorgehen der Sicherheitsdienste gegen protestierende Politiker rief Angst vor Repression hervor. Man setzte darauf, dass die Krise auf institutionellem Wege und verfassungskonform, d.h. im Parlament oder im Verfassungsgericht beigelegt werden könnte. Diese Kalkulation ging nicht auf. Nach dem Referendum wurde der Oberste Sowjet aufgelöst und im Einklang mit der novellierten Verfassung in ein sich aus der „Repräsentantenkammer“ und dem „Rat der Republik“ zusammensetzendes Parlament – genannt „Nationalversammlung“ – umgewandelt. In die stark verkleinerte Repräsentantenkammer (die Zahl ihrer Abgeordneten ging von 260 auf 110 zurück) wurden aus dem alten Parlament ausschließlich regimeloyale „Volksvertreter“ mitgenommen.

Das Parlament als das Gegengewicht zur präsidentialen Exekutive gab es nicht mehr. Die Einführung der zweiten, dem Präsidenten untergeordneten Parlamentskammer (eben des Rates der Republik mit 64 Abgeordneten) diente der Absicherung der präsidentialen Kontrolle über die gewählte Repräsentantenkammer, deren Entscheidungen vom Rat bewilligt werden mussten. Das Verfassungsgericht, das das Referendum für verfassungswidrig erklärt hatte, wurde mit neuen, regimetreuen Richtern besetzt.

Die gesellschaftliche Unterstützung des Präsidenten und das harte Vorgehen gegen die Opposition bedingten einander. Indem Lukaschenka seine Widersacher aus dem Weg räumte, betätigte er in den Augen der Bevölkerung die eigene Alternativlosigkeit. Als seine Popularität ab 1999 zu schwächeln begann, scheute er vor politischem Auftragsmord nicht zurück. Damit sorgte er nicht nur für den gewünschten Ausgang der kommenden Wahlen vor, sondern sendete auch ein Warnzeichen an die Oppositionellen: Das Vorgehen gegen das Regime wäre lebensgefährlich. Im Unterschied zur Ukraine, wo die Veröffentlichung von

---

<sup>240</sup> Siehe dazu Silitski 2015, S.146-150.

Tonbandaufnahmen mit dem Mitschnitt des vermeintlichen Mordauftrags im Jahre 2000 die politische Karriere des Präsidenten Leonid Kutschma ruinierte, rief in Belarus das Verschwinden der Regimegegner kaum Aufruhr hervor. Die gesellschaftliche Toleranz für den Machtmissbrauch und die Verletzung politischer und bürgerlicher Rechte erwies sich als erstaunlich hoch – das politisch-kulturelle Erbe der totalitären Herrschaft wog schwer. Solange Lukaschenka ausschließlich die Opposition bekämpfte, so lange reagierte die breite Öffentlichkeit auf Verfassungs- und Rechtsbrüche mit Indifferenz.

Das nach den wirtschaftlich mageren Jahren seit 1996 verzeichnete Wachstum stieg in den Jahren 2003-2008 auf durchschnittlich zehn Prozent im Jahr. Das Durchschnittseinkommen verdreifachte sich, was dem Regime eine stetige Unterstützung (mit der kurzfristigen Ausnahme der Jahre 2001-2002) der breiten Bevölkerungskreise sicherte. Mit steigenden Staatseinnahmen konnte die Regierung das Auskommen jener Schichten garantieren, die ohnehin geneigt waren, den Status quo zu unterstützen: ältere Menschen, die Landbevölkerung und zu einem großen Teil auch die Arbeiter der großen Industrieunternehmen, die mit staatlicher Förderung am Leben gehalten wurden. Es wirkte der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag der Lukaschenka-Ära: für ein akzeptables Wohlstands- und Sicherheitsniveau, das der Präsident gewährleisten sollte, zog sich die Gesellschaft aus Politik zurück.

Viele Menschen aus den Milieus, die traditionell das Rückgrat der Opposition bildeten und unter anderen Bedingungen zu demokratischen Veränderungen hätten beitragen können, wurden in die Regimeelite kooptiert. Denn in der jungen Generation wuchs die Bereitschaft, im Tausch gegen höhere Einkommen und Karriere in Regierung, Medien, Wirtschaft oder im Bildungsbereich sich selbst in den Dienst der Staatsmacht zu stellen.

Die Zustimmung zum Regime basierte auf der Überzeugung, dass es keine Alternative hatte. Gleichgeschaltete Medien und internationale Isolation boten eine Art Schutz vor nicht willkommenen Einflüssen. Die Regierung zeigte wenig Interesse daran, das Land in den Europarat zurückzuführen oder im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) mit der EU zusammenzuarbeiten. 1992 hat Belarus den Gast-Status im Europarat erhalten, der ihm 1997 entzogen wurde. Somit wurde es zum einzigen Land Europas, das kein Mitglied des Europarats war. Zwar wurde die Republik Belarus im Rahmen der Östlichen Partnerschaft im Jahre 2009 in die Programme der Europäischen Nachbarschaftspolitik aufgenommen, doch blieb dieser Schritt folgenlos, bis im Juni 2021 seine Mitgliedschaft „vorläufig“ suspendiert worden ist.

Den politischen Entscheidungsträgern, Journalisten und Bürgerrechtlern aus der Europäischen Union verweigerten die belarusischen Behörden Einreise. Den Informationsaustausch sowie kulturelle und intellektuelle Kontakte unterdrückten sie. Den Bildungseinrichtungen, die sich an westlichen Modellen orientierten, wie die Europäische Humanistische Universität in Minsk, schlossen sie. Die Regierung war aber zugleich zur Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit den EU-Ländern bereit. Im Jahre 2006 gingen etwa 50 Prozent der Exporte in die EU, zum größten Teil waren es veredelte Erdölprodukte aus den staatlichen Raffinerien.

Dank der Unterdrückung unabhängiger Medien konnte das Regime die öffentliche Meinung formen. Es gelang ihm, in den Köpfen der Menschen ein Bild zu kreieren, in dem Belarus als eine Insel der Stabilität mitten im düsteren Umfeld des ökonomischen Niedergangs, der sozialen Entwurzelung und politischer Krisen jener Nachbarländer erschien, die sich auf Demokratie und Marktwirtschaft eingelassen hatten. Im Juni 2006 glaubten 31 Prozent der Belarusen, dass der Lebensstandard in ihrem Land höher liege als in der EU.<sup>241</sup>

Medien verbreiteten Horrorgeschichten über die inspirierten „Farbrevolutionen“, die gemäß der westlichen Eroberungsstrategie der „Versklavung Osteuropas“ dienen sollten, und über die Völker, die durch demokratische Regierungen in Armut getriebenen worden wären. Ebenso prangerten sie die Übermacht der Oligarchen in anderen postsowjetischen Staaten an.

Die Propaganda baute nicht nur auf Lügen auf, wenn es um Kritik der Zustände in der Ukraine und in Russland ging. Obwohl das Durchschnittseinkommen in Russland wesentlich höher als in Belarus war, waren die belarussischen Einkommen gerechter verteilt. Renten in Belarus waren im Durchschnitt höher als in Russland, auch die Arbeitslosigkeit war niedriger. Dadurch erklärte sich die Popularität Lukaschenkas in den sozial schwachen Bevölkerungsschichten und bei den Rentnern.<sup>242</sup>

Die Propaganda machte sich auch den Umstand zunutze, dass viele Menschen in den ehemaligen Sowjetrepubliken das belarusische Politik- und Gesellschaftsmodell gut fanden. Ihre Vorstellungen von Belarus fasste der Wirtschaftswissenschaftler Jaraslau Ramatschuk folgendermaßen zusammen:

---

<sup>241</sup> Vgl. IISEPS opinion poll, Winter 2006; [www.iiseeps.org/data06-02-61.html](http://www.iiseeps.org/data06-02-61.html), zuletzt geprüft am 12.10.2022

<sup>242</sup> Vgl. A. Dimitrova: Statehood, state capacity and limited access orders: comparing Belarus and Ukraine, in: „EU-STRAT“ Nr. 12/August 2018.

„Die Russen denken, in Belarus sei ein wirkliches soziales und ökonomisches Wunder geschaffen worden. Sie sind davon entzückt, dass es keine Korruption, keine Oligarchen und keine Verbrechen gibt, dass die Straßen in gutem Zustand sind und eine wunderbare Ordnung herrscht.“<sup>243</sup>

Die gesellschaftliche Zustimmung zu Lukaschenka wurde nicht nur mit ökonomischer Stabilität und Propaganda generiert, sondern auch mittels der Abhängigkeit eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung vom Staat. Die Regierung ließ für diesen Zweck Gesetze verabschieden, die die Beibehaltung des Arbeitsplatzes in Staatsunternehmen an politische Loyalität knüpften. Die Vernichtung der unabhängigen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien ließ Beamte und Arbeitnehmer in Staatsbetrieben, die insgesamt die Hälfte aller Beschäftigten ausmachten, ohne Schutz. Offen ausgedrückte Unzufriedenheit mit politischen Zuständen führte zum Arbeitsplatzverlust.

Im Staatsapparat sorgte ein System von Zuckerbrot und Peitsche für reibungsloses Funktionieren der zentralisierten Machtstruktur, in der absolute Loyalität gegenüber dem Präsidenten der Motor von Beförderungen darstellte. Angehörige der Regierungselite bekamen hohe Einkommen, die aus ihrer Teilhabe an Gewinnen der Schattenwirtschaft resultierten, und sie genossen andere Privilegien. So wurde beispielsweise der Generalstaatsanwalt Wiktar Scheiman, der sich an fruchtlosen Ermittlungen über die Entführung und Ermordung von Regimegegnern unmittelbar beteiligte, zum Leiter der Präsidialadministration und somit zur zweitwichtigsten Person im Staat ernannt. Politisch „unsichere“ Funktionäre oder Abweichler wurden dagegen überwacht und rechtzeitig eliminiert. Anders als bei Beamten und Arbeitern zog der Ungehorsam gerade bei hochgestellten Funktionären nicht nur die Entlassung, sondern auch den Vermögensverlust und ggf. Haftstrafe nach sich.

Die hohe Zirkulation von Leitfiguren des Herrschaftssystems nährte ihre Loyalität, die wiederum das Aufkommen der Konkurrenz zum Präsidenten verhinderte. Gleichzeitig wurde der Wettstreit zwischen einzelnen Institutionen des Staatsapparates (insbesondere innerhalb des immens ausgebauten Sicherheitsapparats) begünstigt, um die Vorherrschaft einer Organisationseinheit zu verhindern, die sich zum zweiten Machtzentrum entwickeln könnte. Es ist davon auszugehen, dass Lukaschenka gerade deshalb auf die Bildung einer Präsidentenpartei verzichtete. Somit war die Autokratie – die Herrschaft des Einzelnen – ein wesentliches Merkmal des belarusischen Autoritarismus. Die Kontrolle über das Parlament, die Regierung,

---

<sup>243</sup> Romančuk, Jaroslaw: Belorussija i Rossija posle Lukaschenko, in: „Nezavisimaja gazeta“ vom 18.10.2010, [http://www.ng.ru/courier/2010-10-18/11\\_belorussia.html](http://www.ng.ru/courier/2010-10-18/11_belorussia.html), zuletzt geprüft am 17.10.2022. Siehe auch Ruben Werchan: Belarus, Russland und der soziale Faktor, in: Rückkehr zum Autoritarismus? Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa: Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten, Sept. 2011.



die Gerichte, die Staatsbürokratie und die Sicherheitskräfte übte der Präsident persönlich bzw. durch seine Beauftragten aus.

So wie die Bildung von Fraktionen innerhalb der Elite verhindert wurde, so wurden auch die aus den Machtkreisen kommenden Reformvorhaben konsequent unterbunden. Funktionäre, die als Reformer galten, wurden ungeachtet ihrer Kompetenz entlassen oder zur Änderung ihrer Ansichten gezwungen. Der Premierminister der Jahre 2018-20 Sjarhej Rumas musste gehen, und Uladsimir Makej, der seit 2012 bis zu seinem Tod im Jahre 2022 Außenminister war, musste die harte innenpolitische Linie des Präsidenten und den faktischen Abbruch der Beziehungen zum Westen mittragen.

Die Verfolgung der Abgeordneten der Parlamentsfraktion *Respublika* im Jahre 2004 demonstrierte, dass sogar eine „milde“ Opposition nicht geduldet wurde. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass alle Versuche der oppositionellen Milieus, ehemalige Funktionäre des Regimes als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen oder zukunftssträchtige Kontakte mit der Staatsbürokratie zu knüpfen, scheiterten.

Eine wichtige Stütze des vom Regime angestrebten „korporatistischen“ Staates<sup>244</sup> stellte der Sicherheitsapparat dar, der ausschließlich der präsidentiellen Kontrolle unterlag. Dabei zählten das Innenministerium, der KGB und Lukaschenkas persönliche Wache im Jahre 1996 über 120 Tsd. Mann, während die personelle Stärke der Armee auf 70 Tsd. reduziert wurde.<sup>245</sup> Später wurde das Personal des Sicherheitsapparates noch ausgebaut. Parallel dazu wurden seine Einheiten, insbesondere der KGB, das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft, das Komitee der Staatskontrolle und der Sicherheitsrat gestärkt sowie von den potentiell illoyalen Mitarbeitern gesäubert.<sup>246</sup>

Im Staatsapparat wurden die meisten Führungspositionen durch die Funktionäre des Sicherheitsapparates (*silowiki*) übernommen, was den Wechsel im Umgang mit der Opposition markierte: An die Stelle der politischen Intrigen und Spiele, die erfahrene Nomenklaturisten beherrschten, traten Einschüchterung und Gummiknüppel. Die *Silowiki* verfügten über Zugänge zu Korruptionsketten und illegalen Geldflüssen. Ihre Teilnahme an der

---

<sup>244</sup> A Corporate Country, in: Telegraf news agency, 3.4. 2006, <https://publish.telegraf.by/blog/2006/04/03>, zuletzt geprüft am 17.10.2022.

<sup>245</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Politische Konfrontation in Belarus: Risiken und Chancen der weiteren Entwicklung, in: Aktuelle Analysen / BIOst Nr. 59/1996. Später wurde die Zahl der der Sicherheitskräfte nicht bekannt gegeben, die Experten gehen aber von ihrer deutlichen Überschreitung des europäischen Durchschnitts aus. Siehe die Analyse des belarusischen Nachrichtenportals Tut.by unter <https://express.by/rubrics/obshhestvo/2020/07/24/skolko-v-belarusi-milicionerov-a-skolko-chelovek-v-armii-tutby-poproboval-podschatit-chislo-silovikov>, zuletzt geprüft am 17.10.2022.

<sup>246</sup> Kubat 2017, S. 52-56.

Schattenwirtschaft sicherte nicht nur ihre hohen Einkommen, sondern machte sie auch erpressbar, was eine Garantie ihrer Loyalität darstellte.<sup>247</sup>

Die Oppositionellen befanden sich stets unter der Überwachung der Geheimdienste. Mit Androhung von Verhaftung oder Bestrafung ihrer Familie wurden sie oft erpresst, was in die Zusammenarbeit mit der Macht mündete. Auf diesem Weg gewannen die Geheimdienste das Wissen über die Angehörigen und Aktivitäten der oppositionellen Milieus, das notwendig war, um Konflikte innerhalb der Opposition zu schüren. Die Zerstrittenheit und das Unvermögen der Opposition, gemeinsame Strategie auszuarbeiten, die Schwächen ihrer Wahlkämpfe sowie die Ausschaltung starker Führungspersönlichkeiten gehen zum Teil auf die Aktivitäten des Sicherheitsdienstes (KGB) zurück.<sup>248</sup>

## **5.2. Ukraine: oligarchischer Wettbewerbsautoritarismus**

Im Gegensatz zu Belarus wurde in der Ukraine die Opposition niemals aus dem systemischen Politik-Mainstream verdrängt. Der unter Wiktor Janukowytsch in den Jahren 2010-2014 unternommene Versuch, ein alternativloses autoritäres System aufzubauen, das dem russländischen bzw. dem belarussischen ähneln könnte, in dem die echte Opposition marginalisiert und vom Regime kontrolliert wäre, scheiterte an den Besonderheiten des Landes. Diese Besonderheiten entsprangen der Geschichte der Ukraine und der Entwicklung sowie den konkreten politischen Entscheidungen nach 1991.

Erstens verhinderte die regionale, kulturelle und politische Heterogenität der Ukraine die Machtkonzentration in Händen eines Politikers, obwohl Lukaschenka mit seiner autokratischen Herrschaft in der ukrainischen Bevölkerung sehr populär war. Lange Zeit führte er sogar die Ratings der populärsten Politiker an. Zugleich lehnten aber mehr als die Hälfte der Ukrainer die Diktatur ab.<sup>249</sup>

---

<sup>247</sup> Siehe dazu etwa K. Kłysiński/A. Wierzbowska-Miazga: Changes in the political elite, economy and society of Belarus. Appearances and reality, in: OSW Studies Nr.30, Warschau 2010.

<sup>248</sup> Vgl. Kubat 2017, S. 52-56.

<sup>249</sup> Im Jahre 2019 betrug sein Rating in der Ukraine laut Razumkov Centre 67 Prozent. Vgl. <https://babel.ua/ru/texts/38638-ukraina-ne-lyubit-diktaturu-no-lyubit-lukashenko-pochemu-sociolog-mihail-mishchenko-rasskazyvaet-kakogo-prezidenta-ukraincy-hotyat-na-samom-dele>, zuletzt geprüft am 17.10.2022. Ähnliche Ergebnisse liefert die Studie des ukrainischen Meinungsforschungsinstituts „Rating“ [https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/dinamika\\_otnosheniya\\_ukraincev\\_k\\_mirovym\\_lideram.html](https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/dinamika_otnosheniya_ukraincev_k_mirovym_lideram.html), zuletzt geprüft am 17.10.2022.

Nach der Niederschlagung der Proteste im Jahre 2020 fiel seine Unterstützung in der Ukraine allerdings auf 36 Prozent und nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022, der teilweise aus dem belarusischen Territorium erfolgte, hatte er neben Wladimir Putin das höchste Anti-Rating von 96 Prozent. [https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/devyatyy\\_obschenacionalnyy\\_opros\\_ocenki\\_mezhdunarodnogo\\_partn\\_erstva\\_26\\_aprelya\\_2022.html](https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/devyatyy_obschenacionalnyy_opros_ocenki_mezhdunarodnogo_partn_erstva_26_aprelya_2022.html), zuletzt geprüft am 17.10.2022.

Selbst eine schwache, schlecht organisierte und unpopuläre Opposition fand immer genug Unterstützung in der Gesellschaft, wenn sie sich dem Aufbau eines Systems nach dem belarusischen oder russländischen Muster widersetzte. Die historisch gewachsene Zweiteilung des Landes in den Osten und Süden einerseits und den Westen andererseits erschwerte nicht nur die Institutionalisierung einer Demokratie, sondern auch eines stramm geführten autoritären Systems.

Zweitens stellten die europäische Geschichte und die stark ausgeprägte nationale Identität der Westukrainer eine zuverlässige ideelle Basis der sich als demokratisch verstehenden politischen Milieus dar. Ihre Demokratisierungs- und Unabhängigkeitsbestrebungen führten dazu, dass die ukrainische (wie auch die belarusische) Opposition stets demokratisch und nationalistisch zugleich gewesen ist.<sup>250</sup> Spätestens seit der Orangen Revolution der Jahre 2004-2005 fanden die Nationaldemokraten auch in der Zentralukraine und in der Hauptstadt großen Rückhalt. Um die Wahlen zu gewinnen, mussten sich die ukrainischen Politiker zumindest zum Teil der demokratischen, prowestlichen und nationalen Rhetorik bedienen. Die pro-russländische Programmatik fand zwar im Südosten des Landes Unterstützung, aber sie versprach keinen gesamtukrainischen Sieg.

Drittens wirkten sich die in den ersten Jahren der Unabhängigkeit getroffenen Entscheidungen auf die Gestaltung des politischen Systems positiv aus. Indem sich der erste ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen im postsowjetischen Raum dazu entschied, Wahlen nicht zu manipulieren und im Juli 1994 seine Niederlage im Präsidentschaftswahlkampf anzuerkennen, setzte er der ukrainischen Politik eine Norm auf, die sich als bestimmend für das System erweisen sollte: Die Wahlergebnisse wurden nicht dreist gefälscht.

Der Ausgang der Wahlen blieb sodann offen, ohne dass andere zentrale Dimensionen der Demokratie, allen voran der Rechtsstaat, zufriedenstellend funktionierten. Wenn die Regierenden die besagte Norm achten wollten, mussten sie auch von der drastischen Oppositionsverfolgung absehen und darüber hinaus starke wirtschaftliche Akteure akzeptieren.

Viertens waren die in etwa zwei Dutzend wirtschaftliche Akteure, die in den neunziger Jahren im nicht-rechtsstaatlichen und korrupten Umfeld des postsowjetischen Systems märchenhafte Vermögen anhäufen konnten, also die so genannten „Oligarchen“, politisch stark engagiert. Sie waren die Schlüsselpersonen der so genannten „Clans“, d.h. der korrupten

---

<sup>250</sup> Siehe hierzu etwa Stephen Shulman: National Identity and Public Support for Political and Economic Reform in Ukraine, in: „Slavic Review“ Nr.1/2005, S. 59. Der rechtsradikale Flügel der national gerichteten Kräfte ist zwar in der Westukraine ebenfalls fest verankert, wurde dort aber nur selten und nur in Einzelgebieten von der Mehrheit unterstützt.

Netzwerke, die von politischen Parteien, Medien und Staatsdienern gebildet wurden, die untereinander wirtschaftliche Profite und politische Macht verteilten. Sie bildeten eine informelle, heterogene Machtstruktur, eine Oligarchie eben, die sich um den Präsidenten scharte, der für die richtige Gewinn- und Machtbalance im politischen System zu sorgen hatte. Diese Oligarchie war an einer präsidentialen Autokratie grundsätzlich nicht interessiert. Das konnte sich nur dann für einige „Tycoons“ (Oligarchen) ändern, wenn sie dem Präsidenten nahestanden und von seiner autokratischen Erstarkung profitierten.

Die Clans traten im Parlament, in Öffentlichkeit und im Staat für ihre eigenen Interessen ein. Das hatte wichtige Folgen für andere autonome politische und gesellschaftliche Akteure. Auch sie konnten sich im ukrainischen Autoritarismus weitgehend frei entfalten und zu Spielern auf der kommunalen, regionalen oder nationalen Ebene werden.

Fünftens stärkte der in den neunziger Jahren praktizierte Pluralismus weder die demokratischen Institutionen noch die Zivilgesellschaft, aber er gewöhnte immerhin die Ukrainer an politische Freiheit. Das bekam Leonid Kutschma zu spüren, der in seiner zweiten Amtszeit (von 2000 bis 2005) die Macht an sich und sein oligarchisch-bürokratisches Netzwerk zu reißen versuchte und dabei auf den Widerstand des Volkes traf, das der grassierenden Korruption, der ausufernden Bereicherung der postkommunistischen Elite und der ausbleibenden Rechtsstaatlichkeit überdrüssig war. Spätestens nach der Orangen Revolution, die trotz der unerfüllten Erwartungen ihrer Protagonisten den demokratischen Wandel durchaus vorangetrieben hat, erschien es wenig wahrscheinlich, dass autoritäre Bestrebungen der Machthaber langfristig Erfolg haben könnten.

Wie erwähnt, bestand in diesem System die Rolle des Präsidenten darin, zwischen Interessen verschiedener Gruppen zu vermitteln, um die Machtelite möglichst stark und geschlossen zu halten. Sobald das Staatsoberhaupt seine Machtambitionen über seine Vermittlerrolle stellte, drohte ihm der Verlust der Loyalität der Oligarchen und folglich der Machtverlust. Die ukrainischen Präsidenten waren von den starken Einschränkungen ihrer Herrschaft frustriert und zeigten deshalb durchaus autokratische Bestrebungen, die sie mit ihrer quasi-demokratischen Politik tarnten. Zusammen mit dem offenen Wahlausgang bot dieser Demokratie-Schein der Opposition die Chance, die mit dem Präsidenten Unzufriedenen für sich zu gewinnen und an die Macht zu kommen.

Keine ukrainische Regierung hatte genug Stärke, um ein streng zentralistisches, autokratisches System zu errichten, in dem der gesellschaftliche und politische Pluralismus auf ein politisch belangloses Minimum reduziert worden wäre. Die Opposition hatte deshalb immer ausreichend Freiräume, um im politischen System mitzuspielen und in der Gesellschaft nicht

isoliert zu werden. Sie war in Parlamenten, Verwaltungen sowie Medien präsent, machte von der Versammlungsfreiheit Gebrauch, und konnte so ihren Funktionen nachgehen. Als legale Institution durfte sie auf die Umsetzung ihrer Rechte pochen und sich im Falle deren Verletzung an Justiz wenden sowie an die Öffentlichkeit appellieren. (Da Justiz aber korrupt war, war die Öffentlichkeit wichtiger.) Die aus dem Land bezogene Finanzierung erlaubte es den Oppositionsparteien und -politikern, sich auf die Interessen der einheimischen Akteure zu konzentrieren und die negativen Folgen der ausländischen Finanzierung zu reduzieren. Alles in allem verfügte die Opposition über viele Möglichkeiten, um eine ernstzunehmende Gefahr für die Regierung zu werden und selbst die tückischen, rechtswidrigen Angriffe der Machthaber abzuwehren.

Wiktor Janukowytsch hat nichtsdestotrotz nach seinem Sieg in Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 versucht, der längst institutionalisierten pluralistischen Ordnung autokratische und repressive Züge aufzudrängen. Den über das Scheitern der Orangen Regierung enttäuschten Ukrainern bot er sich als der Anführer des gut organisierten und disziplinierten politischen Lagers, der um soziale Gerechtigkeit und Verbesserung der Lebensverhältnisse bemüht wäre. Damit ähnelte er Lukaschenka und Putin.

Anders als seine Vorgänger im Amt setzte er auf die sogenannte „Partei der Macht“, wenn es um die Herstellung der fürs Regieren notwendigen parlamentarischen Basis ging. Es war die „Partei der Regionen“ (PR). Nach dem Sieg des orangen Lagers im Jahre 2005 wurde sie von Oligarchen der ostukrainischen Industriegebiete und von Staatsfunktionären, die vor einigen Jahren mit dem Präsidenten Kutschma eng zusammengearbeitet hatten, unterstützt. Die Partei der Regionen verfügte über enorme finanzielle Ressourcen, die es ihr möglich machten, zigtausende Mitglieder anzulocken, landesweit Wahlkämpfe zu führen und Wählerstimmen ebenso wie Politiker zu kaufen. Gleichzeitig standen der PR die Netzwerke der ehemals kommunistischen Nomenklatura zur Verfügung, die wichtige Posten in Politik und Wirtschaft bekleidete.<sup>251</sup>

Die Partei der Regionen dominierte die seit 2010 existierende Regierungskoalition, weshalb sie im Gegensatz zum orangen Lager in seiner Regierungszeit nicht auf Kompromisse und mit ihnen zusammenhängende Machtteilung angewiesen war.<sup>252</sup> Zum ersten Mal in der postsowjetischen Ukraine kamen sowohl Präsident und Premierminister als auch die Mehrheit der Minister aus einer Partei, was gute Basis sowohl für politische Stabilität und Regierbarkeit

---

<sup>251</sup> Siehe dazu K. Zimmer/O. Haran: Unfriendly takeover: successor parties in Ukraine, in: „Communist and Post-Communist Studies“ Nr. 41/2008; Fedorenko et al. 2016, S.625; Kudelia 2014, S. 23.

<sup>252</sup> Die Ukraine wurde bis 2019 die Koalitionen regiert, die jedoch niemals so stark von einer Partei wie im Zeitraum 2010-2014 dominiert wurden.

als auch für den Systemumbau darstellte. Die Schlüsselpositionen in der Regierung waren von Oligarchen oder ihnen nahestehenden Personen bekleidet. Da jeder Clan seinen Vertreter in der Regierung haben wollte, wurde die Anzahl der Ministerien (auf einem die prozeduralen Regeln verletzenden Wege) von 16 auf 29 erhöht.

Mit den geplanten Wirtschaftsreformen versprach die neue Regierung, die Interessen der Oligarchen zu wahren. Ihr Programm sah die staatliche Unterstützung ausgewählter Wirtschaftssektoren (z.B. Chemie- und Holzindustrie) vor und baute damit den Raum für Korruption aus. Das vorgeschlagene Steuergesetz hob den Steuersatz für kleine und mittlere Unternehmen erheblich an, während die Großunternehmen davon unberührt blieben.<sup>253</sup>

Janukowytsch versuchte also, den Systemumbaus durch den Zusammenschluss der Regierung, der Regierungspartei und der Oligarchen zu befördern. Der Unterschied zu Lukaschenka, der sich bei der Institutionalisierung des alternativlosen Autoritarismus weder auf eine Partei noch auf eine Gruppe der Superreichen, sondern vielmehr auf die Unterstützung des Volkes stützte, war auffallend.

Der Umbau des Systems erfolgte blitzschnell, weil sich der Präsident auf noch einen Verbündeten verlassen konnte: auf das Verfassungsgericht, das dem Druck der Regierung leicht nachgab. Das Verfassungsgericht segnete nicht nur die rechtswidrige Rückkehr zur alten Verfassung ab, die das Miteinander des übermächtigen Präsidenten mit dem schwachen Parlament vorsah. Es hob auch das Verbot der „Wanderung von Abgeordneten“, die gegen Geld eigene Parlamentsfraktion verließen, um sich der Regierungsmehrheit anzuschließen, ab. Das lief auf die alle sin allem willkommene Wiederherstellung des freien Abgeordnetenmandats hinaus. Dass sich das freie Abgeordnetenmandat mit käuflichen Abgeordneten nicht verbinden lässt, ändert nichts daran, dass es von derartigen „Volksvertretern“ in der *Werchowna Rada* zahlreiche gab. Sie machten es möglich, dass der Partei der Regionen ihre Regierungskoalition schmieden konnte.

Das Oberste Gericht, das seinerseits gegen die Abgeordnetenwanderung vorging, wurde entmachtet. Viele seiner Kompetenzen (darunter die Ernennung und Entlassung von Richtern) gingen an den dem Präsidenten untergeordneten und mit seinen Vertrauten besetzten Obersten Justizrat über. Die politisch nicht loyalen Richter verloren ihre Posten.<sup>254</sup>

Der Druck auf die Justiz zeigte schnell Wirkung. Einen Monat nach den Präsidentschaftswahlen vom Januar 2010 gestattete das Verfassungsgericht Koalitionsbildung

---

<sup>253</sup> Vgl. Oleh Havrylyshyn: Reforms and performance under Yanukovich: 2010–14, in: ders. (Hrsg.): The political economy of independent Ukraine. Slow starts, false starts, and a last chance?, Springer 2017, S. 141-165, hier S. 152f.

<sup>254</sup> Vgl. Caroline von Gall: Neues Justizgesetz - alte Probleme, in: Ukraine-Analysen, Nr.87 vom 22.02.2011.

aus einzelnen Abgeordneten, obwohl es vor eineinhalb Jahren noch entschieden hatte, dass sich an Regierungskoalitionen ausschließlich Fraktionen beteiligen durften. Etwas später erklärte es die nach der Orangen Revolution eingeführten Verfassungsänderungen, die es damals selber bewilligt hatte, für ungültig. Auch später kompromittierte sich das Verfassungsgericht mit seinen Entscheidungen, etwa mit seiner Zustimmung zum Gesetz, das dem Obersten Justizrat, der von der Regierung manipuliert wurde, das erwähnte Recht gab, Richter zu ernennen und zu entlassen.

Parallel zu dieser *de-facto*-Aufhebung der Gewaltenteilung fand die Abrechnung mit der von der orangen Regierung hinterlassenen Elite statt. Die neuen Regierenden brauchten „ganze“ drei Stunden, um 117 Entlassungen und Ernennungen in zentralen Staatsorganen durchzupeitschen und die Führung von 40 Behörden auszutauschen.<sup>255</sup> Die Führungspositionen in Ministerien, im Geheimdienst, bei der Zoll- und der Steuerverwaltung sowie bei fast allen Gouverneursposten wurden neu besetzt.

Die mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestatteten Steuerbehörden und die Steuerpolizei wurden wie in der Zeit vor der Orangen Revolution zu Instrumenten, mit denen ungehorsame Unternehmer diszipliniert werden sollten, während Geheimdienste erneut eingesetzt wurden, um politische Gegner zu kontrollieren. Wie der ukrainische Analytiker Mykola Rjabtschuk bemerkte, erfolgte damit die Rückkehr zu dem aus der Kutschma-Zeit bereits bekannten „Erpresser-Staat“, der auf drei Säulen ruhte: der allgegenwärtigen Korruption, der engmaschigen Überwachung und der selektiven Anwendung des Rechts.<sup>256</sup> Dieser Staat wurde von der zentralen Entscheidungsstelle, die der Präsident samt der Partei der Regionen bildete, geleitet.

## VI. PARTEIEN IN BELARUS UND DER UKRAINE

### 6.1. Zur postsowjetischen Parteienbildung

Die Ära der neuen Parteien und Parteiensysteme in den hier untersuchten Ländern hat ihre Ursprünge vor allem im Übergangsautoritarismus, der den kommunistischen Totalitarismus vom neu institutionalisierten „*something else*“ trennte. Als die ersten Parteien entstanden, waren die gesellschaftlichen Interessen noch sehr schwach ausdifferenziert. Denn der Umbau der „verstaatlichten Einheitsgesellschaft“ des sowjetischen Totalitarismus zum Pluralismus und Marktwirtschaft hat erst begonnen. Die fehlende Erfahrung mit dem Parlamentarismus, der Fortbestand der totalitären Staatsstrukturen, die Dominanz (post-)kommunistischer Eliten und

---

<sup>255</sup> Die Ämter wurden dabei oft „verkauft“. Vgl. Åslund 2014, S.67.

<sup>256</sup> Vgl. Rjabtschuk 2012, S. 38.

die Untertanenkultur der Bevölkerung erschwerten sowohl die Systemtransformation als auch die mit ihr einhergehende Parteienbildung.

In der Ukraine und in Belarus unter Leonid Kutschma (1994-2005) und Aljaksandr Lukaschenka (seit 1994) stand vor allem die vom alten System geerbte Übermacht der Exekutive der Entwicklung eines stabilen demokratischen Parteiensystems im Wege. Während das ukrainische Staatsoberhaupt das neue Parteiensystem durch die aus der kommunistischen Nomenklatura hervorgegangene neue Wirtschaftselite unterwandern ließ, hielt der belarusische Präsident die Entfaltung der neuen Parteien auf, indem er sie aus dem Parlament verdrängte.<sup>257</sup> Die systemische Schnittmenge beider Länder, die sich zum Wettbewerbsautoritarismus und zum alternativlosen Autoritarismus auseinanderentwickelt haben, stellte einerseits die Tatsache dar, dass sich weder in der Ukraine noch in Belarus Parteiensysteme westlicher Prägung haben. Andererseits wurden die Parteien zu den wichtigsten Organisationseinheiten der politischen Opposition.

Nach der Machtübernahme von Aljaksandr Lukaschenka im Jahre 1994 wurde die Rolle der Parteien systematisch marginalisiert, so dass sie entweder als Werkzeug der autoritären Staatsmaschine oder als überschaubare politische „Dissidentenklubs“ ihr Dasein fristeten. Lukaschenka hat auf den Aufbau seiner „Partei der Macht“ verzichtet. Wenn im Jahre 1995 noch 53 Prozent aller Abgeordneten Mitglieder von Parteien waren, so ging fünf Jahre ihr Anteil auf 16,5 Prozent zurück; im Jahre 2004 waren es elf und 2008 nur acht Prozent.

In der Ukraine sind indes Parteien zum unabdingbaren Bestandteil des politischen Systems geworden, obwohl die meisten von ihnen lediglich „Parteischilder“ darstellten, hinter denen sich die „Oligarchen“ versteckten. Die Parteien, deren Programme sowohl in den ideologischen Parteienfamilien Europas verankert waren als auch im eigenen Land längere Tradition hatten, die Maćków „ideologische Parteien“ nennt<sup>258</sup>, gab es kaum. Im Gegensatz zu Belarus erfüllten die Parteien immerhin ansatzweise die intermediäre Funktion, die wegen der starken Vertretung von Partikularinteressen der Oligarchen nur schwach ausgeprägt war. Immerhin mussten sie Wahlen gewinnen, weshalb sie um die Stimmen der Wähler werben mussten. Insofern durften sie die Interessen der Gesellschaft nicht ganz ignorieren.

---

<sup>257</sup> Vgl.: Pjotr Glavačėk: Političeskie partii i obščestvo v sovremennoj Belarusi, in: „Polis“ Nr. 2/2010, S.68. Die geringe Rolle der Parteien im politischen System des Landes führte dazu, dass der Fall Belarus in den meisten großen Studien zu Parteien- und Wahlsystemen nicht berücksichtigt wurde. Vgl. Sarah Birch: Electoral systems and party systems in Europe East and West, in: Pan-European Perspectives on Party Politics, Brill 2003, S.9-31; Terry D. Clark/Jill N. Wittrock: Presidentialism and the effect of electoral law in postcommunist systems: regime type matters, in: „Comparative Politics Studies“ Nr. 2(38)/2005.

<sup>258</sup> Zur Typologie und Problematik der Parteien und Parteiensysteme im Postkommunismus siehe Maćków 2005, S. 114-130.



Bevor hier zur Analyse der Opposition übergegangen wird, ist es notwendig, auf die Eigenarten der Parteien- und Parteiensysteme in beiden Ländern einzugehen. Denn das Verständnis der Beziehungen zwischen Regierung und Opposition erfordert die Kenntnis der Vorgeschichte und Kontinuitäten der Parteien sowie der oft vagen ideologischen Schwerpunkte beider Parteienlandschaften. Nur aus den ideologischen Parteien kann nämlich ein stabiles und funktionsfähiges Parteiensystem entstehen.<sup>259</sup> Dieses Verständnis ist ohne die Zuordnung der Parteien zu dem – verkürzt formuliert – System- oder Anti-System-Typus nicht möglich.

Die Parteienentwicklung in den letzten Jahren der Sowjetunion war von der Konfrontation zwischen der kommunistischen Partei und den Oppositionsgruppen bestimmt, die größtenteils aus den von Michail Gorbatschow geförderten „Volksfronten“ der Sowjetrepubliken hervorgingen. Ähnlich entstammten die wichtigsten Parteien der ersten neunziger Jahre entweder der kommunistischen Partei oder sie waren im neuen Spektrum der national-demokratischen Parteien angesiedelt, das sich noch in der Zeit der sowjetischen Volksfronten verselbstständigte. Nach dem im August 1991 in Moskau gescheiterten Putsch der reaktionären Kommunisten wurde die Kommunistische Partei der Sowjetunion suspendiert und ihre Mitglieder mussten sich neu organisieren. Interessanterweise votierten 1991 in den Parlamenten der Sowjetrepubliken Belarus und der Ukraine über 80 Prozent der kommunistischen Volksdeputierten für die Einstellung der Aktivitäten der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Obwohl später neue kommunistische Parteien entstanden, die in beiden Ländern die größten und am besten organisierten geworden sind, konnten sie nicht wenn auch nur annähernd ihren früheren Einfluss wiedergewinnen. Stattdessen bestimmte die aus der KPdSU hervorgegangene, inzwischen parteilos gewordene Nomenklatura den politischen Prozess.

Die Kommunisten waren also schwach. Gleiches galt aber auch für ihre nationaldemokratischen Gegner. Im letzten Jahr der Sowjetunion – 1991 – existierten deren Parteien noch gar nicht. Sie wurden erst in den ersten Jahren der Unabhängigkeit gegründet. Ihren Ursprung stellten die in den späten achtziger Jahren entstandenen außerparlamentarischen Bewegungen dar, die oft von Nationaldemokraten angeführt wurden. Auch andere, programmatisch nicht national orientierte Parteien gingen aus diesen Bewegungen hervor, was zur Spaltung der demokratischen Lager in den untersuchten Ländern führte. Während der ersten Unabhängigkeitsjahre bildeten die Nationaldemokraten in Parlamenten zwar die mit Abstand am besten organisierten Fraktionen dar, sie stellten dort nichtsdestotrotz kleine Minderheit dar.

---

<sup>259</sup> Maćków 2005, S. 121-130.

Sie gingen deshalb Allianzen mit anderen, meist parteilosen Abgeordneten ein und erreichten so die Stärke von zeitweilig einem Drittel der Abgeordneten.

## **6.2. Parteienlandschaft**

### **Kommunistische Parteien**

Während die im Jahre 1993 neugegründete „Kommunistische Partei der Ukraine“ (*Komunistytschna Partija Ukrajiny, KPU*) eine Zeit lang die stärkste ukrainische Partei blieb, die noch bei den Parlamentswahlen im Jahre 1998 knapp 25 Prozent der Wählerstimmen erhielt, spaltete sich die 1992 ins Leben gerufene „Partei der Kommunisten von Belarus“ (*Partyja Kamunistau Belarusi, PKB*). Die Trennung folgte auf den Zwist über die Haltung zum Staatspräsidenten. Der regimetreue Teil, der nach dem Austritt aus der PKB unter dem historischen Namen der „Kommunistischen Partei von Belarus“ (*Komunistytschnaja Partyja Belarusi, KPB*) im Jahre 1996 vom Staat registriert wurde, durfte im Parlament die Rolle der Quasi-Opposition spielen, wenn auch mit nur wenigen Abgeordneten.

Bei den Wahlen in den Obersten Rat der Republik Belarus im Jahre 1995 haben die Kommunisten noch knapp 20 Prozent der Parlamentssitze gewonnen. Nach der Verfassungsnovelle des Jahres 1996 konnten nur regierungstreue Abgeordnete der KPB im neuen Parlament (der Nationalversammlung) ihre Sitze behalten. Nach jeder weiteren Parlamentswahl verkleinerte sich ihre Fraktion.<sup>260</sup>

Die PKB wiederum ging 1996 in die Opposition. Ideologisch wies sie trotzdem Nähe zu Lukaschenka auf, der sich selbst als der Nachfolger und nicht als der Gegner der sowjetischen Kommunisten begriff. Die Partei trat aber für die Demokratisierung und europäische Integration von Belarus ein, was ihre zeitweiligen Zusammenschlüsse mit anderen oppositionellen Kräften ermöglichte, weshalb sie dem Typus der strukturellen Opposition zugeordnet werden kann. Im Jahre 2009 hat sie sich in die „Belarusische Partei der Linken Gerechte Welt“ (*Belaruskaja Partyja Lewych „Sprawjadliwy Swet“*) umbenannt.

In der Ukraine wiederum verlor die KPU schrittweise an Bedeutung, bis sie es bei den Parlamentswahlen des Jahres 2014 nicht mehr in den „Obersten Rat“ (*Werchowna Rada*) schaffte und im Folgejahr aufgrund der von der Regierung angeordneten „Entkommunisierung“ verboten wurde. Zu ihrer Schwächung haben wesentlich die parteilosen Präsidenten Leonid Krawtschuk und insbesondere Leonid Kutschma beigetragen, die Gründung von zahlreichen

---

<sup>260</sup> Vgl. Silitski 2015, S. 145ff.

Parteien förderten, die zwar linke Ausrichtung vortäuschten, aber in Realität den Neuaufstieg der Kommunisten zu verhindern halfen und stets hinter dem Präsidenten standen.<sup>261</sup>

Der nach der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 eingetretene Bedeutungsverlust der Kommunistischen Partei der Ukraine bedeutete nicht, dass ihre ehemaligen Funktionäre aus der Politik verschwanden bzw. Kontakte zur politischen Elite abbrachen. Einige traten aus der KPU aus, um neue Parteien zu gründen (die bald bedeutungslos geworden sind). Andere schlossen sich den regierungsnahen Parteien an, weshalb sie als „Zentristen“ abgestempelt wurden. Noch andere pflegten als „rote Direktoren“ der Staatsbetriebe und später als Privatunternehmer informelle Kontakte zu Politik.

Demgegenüber ist in Belarus die kommunistisch geprägte Nomenklatura parteilos geworden. Zwar gründete ein Teil ihrer Funktionäre nach der Suspendierung der sowjetischen KPB eigene Parteien; diese wurden jedoch von dem Schicksal ihrer Vorgängerin ereilt.<sup>262</sup> Der Großteil der Nomenklatura wurde zur Hauptstütze der Macht von Aljaksandr Lukaschenka, begleitet durch den Sicherheitsapparat und das Netzwerk der aus der Heimatregion des Präsidenten (Mahiljou) kommenden Funktionäre.

Die Kommunistische Partei der Ukraine gehörte im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit noch zum Präsidentenlager. Unter Leonid Kutschma wurde sie zur nicht-strukturellen Opposition, was die Folge der sogenannten Gongadse-Affäre dar. Nachdem im Jahre 2000 der Leichnam des enthaupteten investigativen Journalisten Heorhij Gongadse gefunden worden war, wurden die Aufnahmen des Staatspräsidenten veröffentlicht, der seinen Mitarbeitern die Beseitigung Gongadses nahelegte.

Nach dem Sieg der Orangen Revolution 2004-2005 spielte die KPU jahrelang die Rolle der prinzipiellen Opposition gegen die orange Regierung, um nach dem Wahlsieg vom Wiktor Jankowytsch im Jahre 2010 der Regierungskoalition beizutreten. Sie ging aber immer mehr auf Distanz zur „Partei der Regionen“, die die parlamentarische Machtbasis des Präsidenten darstellte.

Interessanterweise blieb im Parteiensystem der nach dem im Jahre 2015 verordneten Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine geräumte Platz vakant. Es entstand weder eine neue beständige linke Partei noch hat sich Sozialdemokratie etabliert. Dabei legten die Ukrainer

---

<sup>261</sup> Vgl. Wilson 2005; A. Kynev: Osobennosti sistemy političeskich partij Ukrainy: evoljucija i perspektivy, in: „Konstitucionnoe parvo: vostočnoevropejskoe obozrenie“ Nr. 3(40)/2002.

<sup>262</sup> So zum Beispiel die Agrarpartei (*Agrarnaja Partyja*, AP), die 1995 die größte Parlamentsfraktion bildete, sich aber während der Verfassungskrise 1996 der PKB ähnlich spaltete und seit 2000 im Parlament kaum Vertretung hatte.

laut Meinungsumfragen im Jahre 2018 mehr Wert auf soziale Gerechtigkeit als auf Demokratie und Marktwirtschaft.<sup>263</sup>

### **Nationaldemokratische Parteien**

Das politische Lager der Nationaldemokraten sorgte im unabhängigen Belarus dafür, dass staatliche Geschichts- und Kulturpolitik nationale Färbung erhielt. Es nahm zudem beträchtlichen Einfluss auf die Gestaltung der neuen Verfassung von 1994. Nach der Wahl von Aljaksandr Lukaschenka zum Präsidenten wurde dieses Lager zum wichtigsten Gegner seiner Politik.

Die stärkste Oppositionskraft stellte in diesem Zusammenhang die Belarusische Volksfront (*Belaruski Narodny Front, BNF*) dar, die 1995 von den Behörden als Partei registriert wurde und im gleichen Jahr ins Parlament einzog. Lukaschenka machte die von den Nationaldemokraten durchgesetzte Einführung der historischen Staatsymbole (Wappen und Flagge des Fürstentum Litauen) und des Belarusischen als Amtssprache rückgängig und erklärte die BNF zum Feind des Staates und des Volkes. Ihre Mitglieder wurden Verfolgungen ausgesetzt, so dass einige von ihnen, einschließlich des Parteivorsitzenden Sjanon Pasnjak, ins Ausland fliehen mussten.

Die Repressionen bewirkten die Spaltung der Belarusischen Volksfront im Jahre 1999. Pasnjak (bereits im Exil) und seine Anhänger agierten als prinzipielle Opposition mit Tendenz zum Widerstand. Diese politische Linie rief Unzufriedenheit einiger Parteimitglieder hervor, die ebenfalls das Regime entschieden ablehnten, aber gegen die radikalen Methoden des politischen Kampfes waren. Sie traten deshalb aus der BNF aus und gründeten die Christlich-Konservative Partei – BNF (*Chryszijanska-kanserwatyunaja Partyja-BNF, ChKP-BNF*). Nach Angaben des Justizministeriums aus dem Jahr 2002 hatten sowohl die ChKP-BNF als auch die Partei BNF rund 1260 Mitglieder. Mittelfristig konnte sich die ChKP-B jedoch nicht behaupten. Die Volksfront verkräftete die Spaltung zwar besser, aber büßte die Führung im Lager der Oppositionsparteien ein. Der interne Streit der BNF warf zudem einen dunklen Schatten auf ganze Opposition, weil er von laut vorgetragenen Anschuldigungen und Verratsvorwürfen begleitet war.

Nach den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001 wurde die BNF von einer neuen Krise erfasst. Sie entsprang dem Konflikt zwischen der Parteiführung und dem radikaleren Flügel „Junge Front“ (*Malady Front, MF*), der von Pawal Sewjarynets angeführt wurde. Die MF kritisierte die Führung der BNF für ihre Bereitschaft, mit Parteien zusammenzuarbeiten, die

---

<sup>263</sup> Vgl. die Umfrage des Razumkov Centre aus dem Jahr 2018 unter: <http://razumkov.org.ua/en/sociology/press-releases/electoral-sentiment-monitoring-in-ukraine>, zuletzt geprüft am 22.10.2022.

nicht für die Unabhängigkeit eintraten. Umgekehrt wurde dem Parteivorsitzenden Wintsuk Wjatschorka vorgeworfen, dass er die Macht in der Partei monopolisiert und die BNF den Interessen der ausländischen Förderer untergeordnet hat. Er soll sich zudem nicht stark genug für Sjamjon Domasch, den Kandidaten der BNF in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001, eingesetzt haben.

Auseinandersetzungen über die Strategie der Partei führten zu zahlreichen Austritten der Mitglieder und zur Abspaltung der Jungen Front von der BNF im Jahre 2003. Die Behörden verweigerten der MF die Registrierung, so dass sie im Untergrund und in Straßenprotesten agierte.

Im Jahre 2005 gründete Sewjarynets die vom Staat niemals registrierte „Belarusische Christliche Demokratie“ (*Belaruskaja Chryszijanskaja Demakratyja, BChD*). Da sie trotzdem politisch aktiv blieb, wurden ihre Mitglieder verfolgt. Sewjarynets selbst wurde mehrfach zu Geld- und kurzen Haftstrafen verurteilt. Unter Verweis auf seine Beteiligung an „Massenunruhen“ im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2020 verurteilte ihn das Gericht 2021 zu sieben Jahren Gefängnis (am 13. Dezember 2025 wurde er im Rahmen einer durch den US-Präsidenten Donald Trump initiierten Begnadigungswelle vorzeitig aus der Haft entlassen). Das Streben nach Legalität und die friedlichen Methoden des politischen Kampfes lassen trotzdem Belarusische Christliche Demokratie eher der prinzipiellen Opposition denn dem Widerstand zurechnen.

Was die BNF angeht, so bildete sie trotz der Verdrängung aus der offiziellen Politik auch noch im neuen Jahrtausend den Kern der prinzipiellen Opposition. Aber sie verlor immer mehr an Einfluss. Ihre aktive Rolle im Parlament der Jahre 1990-1995 und die von ihr einst angeführten Massendemonstrationen gerieten immer mehr in Vergessenheit. Der hohe Bekanntheitsgrad der BNF ist auf ihre Rolle in der Politik in den neunziger Jahren zurückzuführen und zeugt eher von der Schwäche der gesamten Opposition als von der Verankerung der Nationaldemokraten in der Gesellschaft. Ihre Mitgliederzahl ist im Vergleich zu den anfänglichen einhunderttausend drastisch nach unten gegangen.

Das ukrainische Pendant zur BNF stellte die *Ruch* (der volle Name: *Narodny Ruch Ukrainy* – die „Volksbewegung der Ukraine“) dar, die ebenso noch während der Perestrojka existierte. Nach den Gründungswahlen im März 1990 bildete sie den Kern der parlamentarischen Oppositionskoalition *Narodnaja Rada* („Volksrat“), die sich aus 211 der insgesamt 460 Abgeordneten zusammensetzte.

Auch ansonsten agierte die *Ruch* unter wesentlich günstigeren Bedingungen als die Belarusische Nationalfront, weil Die Regierung ihr im Gegensatz zur BNF niemals den Weg

ins Parlament versperrte. In den neunziger Jahren war sie nach der KPU stets die zweitstärkste Fraktion. Sie nahm auch an den ersten Präsidentschaftswahlen im Dezember 1991 teil, in denen ihr Kandidat, der *Ruch*-Vorsitzende Wjatscheslaw Tschornowil, mit 23,27 Prozent der Stimmen nur dem ehemaligen Kommunisten Leonid Krawtschuk unterlag, der mit 61,59 Prozent die Wahlen gewann. Zum Vergleich: Sjanon Pasnjak erzielte bei den ersten (und einzigen) freien Präsidentschaftswahlen in Belarus im Jahre 1994 mit 12,82 Prozent der Stimmen das drittbeste Ergebnis.

Die relative politische Stärke hat die *Ruch* nicht vor Fragmentierung gerettet. Es gab eine Reihe von Parteiaustritten und im Jahre 1999 kam es sogar zur Abspaltung von etwa der Hälfte der Parteimitglieder, die Tschornowils Führung nicht akzeptierten. Der Vorsitzende der neuen Partei UNR (*Ukrajinskyj Narodnyj Ruch*) wurde Juri Kostenko. Die verbliebene *Ruch* wurde im Januar 2003 in die „Ukrainische Volkspartei“ (*Ukrajins'ka Narodna Partija, UNP*) umbenannt.

Der fortschreitende Bedeutungsverlust der *Ruch* und die Tatsache, dass Juri Kostenko Umweltminister in der Kutschma-Regierung war, führten dazu, dass die Gongadse-Affäre die Neugruppierung der Nationaldemokraten bewirkte, die sich von nun an auf zwei konkurrierende Führungsfiguren orientierten: Wiktor Juschtschenko und Julja Tymoschenko. Vor den Parlamentswahlen des Jahres 2002 konnte aber doch noch ein Zusammenschluss der nationaldemokratischen Kräfte erreicht werden. Unter der Führung von Wiktor Juschtschenko wurde der Block „Unsere Ukraine“ (*Nascha Ukrajina, NU*) gebildet, der mit über 23 Prozent der Wählerstimmen als stärkste Kraft ins neue Parlament einzog.<sup>264</sup> Damit begann der Wiederaufstieg der Nationaldemokraten, der zwei Jahre später im Zuge der Orangen Revolution in der Machtübernahme gipfelte.

Der Zusammenschluss der Nationaldemokraten war jedoch von kurzer Dauer. Das Lager bröckelte schon wieder in den ersten Monaten seiner Regierung. Der Großteil der Anhänger des neuen Präsidenten Wiktor Juschtschenko (2005-2010) trat dem Verbündeten der Partei Unsere Ukraine, nämlich dem „Block Julja Tymoschenko“ (*Blok Julii Tymoschenko, BJUT*) bei.

Die aus dem östlichen Dnipropetrowsk (heute Dnipro) stammende neue Premierministerin Tymoschenko, die als „Gas-Prinzessin“ bekannt war, hatte noch im Jahre 1999 ihre Partei Vaterland (*Bat'kiwschtschyna*) gegründet. Sie war keine überzeugte

---

<sup>264</sup> Einige *Ruch*-Mitglieder verließen aber bald die Unsere Ukraine und gründeten den eigenen Parteienblock, was allerdings weniger auf ideologische Unstimmigkeiten als vielmehr auf Machtkämpfe innerhalb des Juschtschenko-Anhängerschaft zurückging. Durch unendliche Spaltungen verlor die *Ruch* als Partei endgültig an Bedeutung. Vgl. Kynev 2002.

Nationaldemokratin, sondern näherte sich diesem Lager in Folge ihres Konflikts mit dem Präsidenten Kutschma. Sie hat einige Parteien des „rechten“ Spektrums und einen Teil der Oligarchen auf ihre Seite gezogen und sparte nicht an Kritik am Präsidenten aus „ihrem“ Lager, in dem sie bald Führung übernahm. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2007 konnte der BJuT mit knapp einem Drittel der Wählerstimmen und doppelt so vielen Mandaten wie die Unsere Ukraine in die *Werchowna Rada* einziehen.

In der Zeit der Präsidentschaft von Wiktor Janukowytsch (2010-2014) stellte die *Bat'kiwschtschyna* die prinzipielle Opposition zu seinem Regime dar, obwohl sie zuvor eine Koalition mit seiner Partei angestrebt hatte.<sup>265</sup>

Dank den Protesten des Euro-Majdans 2013-2014 übernahm jedoch ein anderer Politiker der ehemaligen orangen Regierung, der Oligarch und in den Jahren 2014 bis 2019 Staatspräsident Petro Poroschenko, samt dem sich aus mehreren Parteien und Gruppierungen zusammensetzenden „Block Petro Poroschenko“ die Führung im nationaldemokratischen Lager.

Trotz der zweifachen Machtübernahme und der relativen personellen Beständigkeit ist es den nationaldemokratischen Parteien nicht gelungen, sich im Parteiensystem dauerhaft zu etablieren. Sie waren nur dann erfolgreich, wenn sie sich in kurzlebigen Wahlblocks organisierten. Weder ihre Erfahrung im Parlament und in Regierung noch vergleichsweise günstige Bedingungen des politischen Wettbewerbs resultierten in stabilen Parteienstrukturen. Als die einzige Ausnahme kann in diesem Zusammenhang Tymoschenkos Vaterland genannt werden, allerdings stellte die *Bat'kiwschtschyna* keine ideologische Partei dar. Es war schwer anzunehmen, dass sie den Verlust der Parteichefin überstehen könnte.

### **Rechtsextreme Parteien**

Die Existenz systemisch bedeutsamer rechtsextremer Parteien unterscheidet die ukrainische Parteienlandschaft von der belarusischen. Die rechtsextreme Tradition reicht in der Ukraine in die erste Hälfte des XX. Jahrhunderts zurück. Die „Organisation der Ukrainischen Nationalisten“ (*Organisazija Ukrajins'kyh Nazionalistiv, OUN*) und ihr bewaffneter Arm, die „Ukrainische Aufstandsarmee“ (*Ukrajins'ka Powstans'k Armija, UPA*), führten im Westen des Landes ihren bewaffneten Kampf mit dem Ziel, den ukrainischen Staat zu gründen. Dieser Kampf schloss die Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland und ethnische Säuberungen ein.

---

<sup>265</sup> Vgl. S. Whitmore: Political party development in Ukraine, Helpdesk Research Report , GSDRC 2014, S. 7.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die OUN ins Exil, wo sie jahrzehntelang als Sammelbecken für ukrainische Nationalisten fungierte. Nach dem Kommunismus wurde 1990 u.a. die Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Selbstverteidigung des Volkes (*Ukrajins'ka Nazional'na Asambleja - Ukrajins'ka Narodna Samooborona, UNA-UNSO*) gegründet, die vom späteren Abgeordneten Juri Schuchewitsch, dem Sohn des OUN-Vorsitzenden und UPA-Oberbefehlshabers Roman Schuchewitsch, geleitet wurde.

Obwohl die rechtsextremen Parteien niemals in der ukrainischen Politik die zentrale Rolle spielten, genauso fragmentiert wie andere Parteien und fast ausschließlich in der Westukraine verankert waren, nahmen sie im ukrainischen Parteiensystem eine besondere Stellung ein. Das geschah nicht nur deshalb, weil sie vor dem Hintergrund des Kriegs mit Russland einen relativ großen Einfluss auf das Bildungssystem und Verteidigung des Landes hatten,<sup>266</sup> sondern auch deswegen, weil sie beinahe als einzige den ideologischen Parteien zugeordnet werden konnten. Als solche verfügten sie über ihre Stammwählerschaft, waren in fast allen lokalen Räten der Westukraine vertreten und konnten unter Umständen auch auf nationaler Ebene Zuspruch gewinnen.

Die 1991 gegründete Partei „Freiheit“ (*Swoboda*)<sup>267</sup> hat auf der Welle der Enttäuschung über die Regierung des orangen Lagers bei den Parlamentswahlen des Jahres 2012 gut zehn Prozent der Stimmen erhalten, was das beste Ergebnis der Parteien mit rechtsextremem Hintergrund in der Geschichte der unabhängigen Ukraine war. Nach dem Einzug ins Parlament hat sie viel von ihrer Radikalität eingebüßt und im Sinne der prinzipiellen Opposition mit anderen Oppositionskräften in der *Werchowna Rada* zusammengearbeitet.

### **Sozialdemokratische Parteien**

Im Gegensatz zu mehreren postkommunistischen Ländern, in denen sich sozialdemokratische Parteien aus dem ehemals kommunistischen Lager heraus entwickelt haben, stammen sie in Belarus hauptsächlich aus der antikommunistischen Opposition. Das hing vor allem mit der schwach ausgeprägten nationalen Identität der belarusischen Nomenklatura zusammen. Die belarusischen Sozialdemokraten – die „Belarusische Sozialdemokratische Gemeinschaft“

---

<sup>266</sup> Siehe dazu Volodymyr Ishchenko: Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: an attempt of systematic estimation, in: „European Politics and Society“ Nr. 17/2016; Y. Zabyelina: Vigilante justice and informal policing in post-Euromaidan Ukraine, in: „Post-Sovjet Affairs“ Nr. 35/2019; N. Shapovalova/O. Burlyuk (Hrsg.): Civil society in post-Euromaidan Ukraine: From revolution to consolidation, Stuttgart: ibidem-Verlag 2018.

<sup>267</sup> Ihr ursprünglicher Name war die Sozial-Nationale Partei der Ukraine (*Sozial-Nazional'na Partija Ukrajiny, SNPU*), die Umbenennung erfolgte erst 2004 (sic!).



(*Belaruskaja Sazyjal-Demakratytschnaja Gramada, BSDG*) – waren demgegenüber als selbsternannte Nachfolger der vorkommunistischen *Gramada*<sup>268</sup> national orientiert.<sup>269</sup>

Die rasche Etablierung der unter der Leitung des allgemein respektierten Michail Tkatschou im März 1991 gegründeten BSDG schwächte das „Monopol“ der BNF in der demokratischen Bewegung. Die im Mai 1991 im Obersten Sowjet gebildete Parlamentsfraktion zählte zuweilen 15 Abgeordnete. Nach dem Tod von Tkatschou im Oktober 1992 übernahm Aleg Trusau den Parteivorsitz. Da der neue Vorsitzende zugleich Mitglied des Vorstands der BNF war, trat die BSDG nur noch als *junior partner* der BNF auf. Die Abwendung von der sozialdemokratischen Programmatik verursachte unter anderem die Einstellung der Zusammenarbeit mit den unabhängigen Gewerkschaften, die in den neunziger Jahren noch einen wichtigen politischen Spieler darstellten.

Es waren folglich die Probleme, im Parteiprogramm Nationalismus mit der sozialen Frage zu versöhnen, die immer wieder die Fragmentierung und das Misslingen von Koalitionsversuchen der BSDG mit anderen Parteien bewirkten. In der Partei stieß die Nähe ihrer Führung zur BNF auf Kritik, die im Jahre 1995 zur Abwahl des Vorstands führte. Der neue Vorsitzende Mikola Statkewitsch setzte sich die Bildung einer breiten sozialdemokratischen Koalition zum Ziel. Mit zwei kleinen Parteien der ehemaligen Kommunisten gründete er das „Sozialdemokratische Bündnis“, welches bei den Parlamentswahlen 1995 achtzehn Sitze gewinnen konnte.

Dieser Erfolg verhalf im Jahre 1996 zur Vereinigung der BSDG mit der „Partei der Volkseintracht“ (*Partyja Narodnaj Sgody, PNS*) in die „Belarusische Sozialdemokratische Partei (Volksgemeinschaft)“ (*Belaruskaja Sazyjal-Demakratytschnaja Partyja (Narodnaja Gramada), BSDP(NG)*).

Die PNS (samt einigen ähnlichen Kleinparteien) stammte aus der parlamentarischen Gruppe „Kommunisten für Demokratie“. Dieser hatte auch Aljaksandr Lukaschenka angehört, der nach ihrer Gründung sogar ihren Vorsitz innehatte. Er nahm aber am Gründungsparteitag Partei der Volkseintracht im April 1992 nicht mehr teil, auf dem Henadz’ Karpenka zum Parteivorsitzenden und Wiktar Hantschar zu seinem Stellvertreter gewählt wurden. Programmatisch bekannte sich die PNS zum Rechtsstaat, Demokratie, sozialer Marktwirtschaft

---

<sup>268</sup> Die 1902 entstandene Belarusische Sozialistische Gemeinschaft (*Belaruskaja Sazyjalistytschnaja Gramada, BSG*) wurde 1918 nach der Machtübernahme der Kommunisten verboten. Die Mehrheit ihrer Funktionäre wurde in den dreißiger Jahren erschossen oder in den Gulag verschleppt. 1918 gehörte sie zu den Begründern der Belarusischen Volksrepublik.

<sup>269</sup> Anfang des XX. Jahrhunderts war es üblich, dass linke Parteien des zerfallenden Russländischen Imperiums gleichzeitig nationalistisch waren.

und sozialem Schutz der Bürger. Im Gegensatz zur BSDG blieb die parlamentarische PNZ-Fraktion aber schwach und beteiligte sich kaum an der Gesetzgebung.

Bereits einige Monate nach der Gründung der BSDP(NG) trat die PNS jedoch aus der Volksgemeinschaft aus, weil ihre gegenüber der Regierung loyale Haltung von der Mehrheit der Partei nicht akzeptiert wurde, die sich als prinzipielle Opposition verstand. Die Abspaltung der PNS löste jedoch das Problem der ideologischen Streitigkeiten unter den Sozialdemokraten nicht. Jene Mitglieder, die sich gegen den Linksruck der Partei stellten, traten aus und gründeten im Jahre 1998 eine neue BSDG (ohne den Zusatz *NG* – „Volksgemeinschaft“ – im Namen), deren Vorsitz der erste Parlamentsvorsitzende im unabhängigen Belarus, Stanislaw Schuschekewitsch, übernahm.<sup>270</sup>

Ein noch größerer Konflikt brach aus, nachdem sich die BSDP(NG) dem von den Oppositionsparteien vereinbarten Boykott der Parlamentswahlen im Jahre 2000 nicht angeschlossen hatte. Die vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Aljaksiej Karol' angeführte Gruppe „Für die Einheit“ („*Saadsinstwa*“), die den Wahlboykott unterstützte, verließ Ende 2001 die Partei und kündigte zusammen mit der BSDG und der Frauenpartei *Nadseja*<sup>271</sup> die Gründung der „Vereinigten Sozial-Demokratischen Partei“ (*Ab'jadnanaja Sazyjal-Demakratytschnaja Partyja, ASDP*) an. Der Versuch, mit ihrer Hilfe ein Gegengewicht zur BSDP(NG) zu bilden, scheiterte jedoch an internen Machtkämpfen – die Partei existierte weder *de jure* noch *de facto*.

Die BSDP(NG) bemühte sich gleichzeitig um ein Bündnis mit der „Belarusischen Partei der Arbeit“ (*Belaruskaja Partyja Prazy, BPP*) und der im Parlament spontan gebildeten oppositionellen Fraktion „Republik“ (*Respublika*). Der Beitritt der Letztgenannten zur BSDP(NG) führte erneut zu Konflikten, die im Jahre 2005 in der Abwahl von Statkewitsch und der Neuregistrierung der Partei unter dem Namen „Belarusische Sozialdemokratische Partei (Gemeinschaft)“ (*Belaruskaja Sazyjal-Demakratytschnaja Partyja (Gramada), BSDP(G)*) endeten. Statkewitsch und seine Unterstützer verließen die Partei und agierten seitdem unter dem ursprünglichen Namen „BSDP(NG)“, allerdings ohne als Partei registriert worden zu sein.

Im Juli 2005 hat die BSDP(G) den ehemaligen Rektor der Belarusischen Staatlichen Universität Aljaksandr Kasulin zum neuen Vorsitzenden gewählt. Obwohl er sich im Jahre 2006 als Kandidat für das Amt des Präsidenten aufstellen ließ, blieb seine Partei unbedeutend.

---

<sup>270</sup> Stanislaw Schuschekewitsch war 1991-1994 der Vorsitzende des Obersten Sowjets und in dieser Funktion agierte er als das erste Staatsoberhaupt des unabhängigen Belarus (das Amt des Präsidenten wurde erst durch die Verfassung vom 1994 eingeführt). Zusammen mit Boris Jelzin und Leonid Krawtschuk hat Schuschekewitsch im westbelarusischen Belowescha Urwald die Vereinbarung über die Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 unterzeichnet.

<sup>271</sup> Es ist ein Frauenname, der „Hoffnung“ bedeutet.

Infolge der mehrfachen Spaltungen und des Scheiterns von zahlreichen Vereinigungsversuchen hat sich im sozialdemokratischen Lager keine dominierende, einheitliche Haltung gegenüber dem Regime etabliert. Die BSDP(G) kann der strukturellen Opposition zugerechnet werden, während die BSDG und die BSDP(NG) als prinzipielle Opposition oder gar Widerstand zu betrachten sind. Mikola Statkewitsch wurde mehrfach zu Haftstrafen, im Jahre 2021 sogar zu vierzehn Jahren Gefängnis für seine politische Tätigkeit verurteilt.<sup>272</sup>

Obwohl die Sozialdemokraten angesichts der ideologischen und politischen Präferenzen der Belarusen alle Chancen zu haben schienen, sich zur stärksten Oppositionskraft zu entwickeln, nutzten sie dieses Potential nicht. Vieles weist darauf hin, dass nicht nur ihre ideologischen bzw. strategischen Differenzen und Machtkämpfe, sondern auch die staatlichen Sicherheitsdienste samt ihren *agents provocateurs* dazu beigetragen haben.<sup>273</sup>

In der Ukraine hat die Sozialdemokratie ebenfalls nicht Fuß fassen können. Von ihnen sind nur die Namen der nicht mehr existenten Parteien geblieben. Die anfänglich noch ideologisch gefärbte „Sozialdemokratische Partei der Ukraine“ (*Sazial-Demokratytschna Partija Ukrajiny, SDPU*) wurde in der Kutschma-Zeit durch die Oligarchen des sogenannten Kyjiewer Clans (Wiktor Medwedtschuk, Ihor Surkis, Jewhen Martschuk u.a.) unterwandert, was mit dem Verlust programmatischen Grundsätze und Glaubwürdigkeit einherging. Nach der Umbenennung in die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei“ (*Sazial-Demokratytschna Partija Ukrajiny (objednana), SDPU(o)*) wurde sie zur Doppelgängerin der „Volksdemokratischen Partei“ (*Narodno-Demokratytschna Partija, NDP*), die dem Präsidenten Kutschma nahestand. Neben der „Partei der Regionen“ (*Partija Regioniw, PR*), der „Agrarpartei der Ukraine“ (*Agrarnaja Partija Ukrajiny, APU*) und einer Reihe kleinerer Strukturen gehörte sie zu den oben erwähnten oligarchischen Parteien des „Zentrums“, die die Hauptstütze des Präsidenten Kutschma im Parlament bildeten.

Kutschma wollte jedoch eine Verfassungsreform, die das Parlament samt den darin ansässigen Parteien des „Zentrums“ zugunsten des Präsidenten schwächen sollte. Mit diesem Wunsch hat er seine Rolle als der Vermittler zwischen den Interessen der Oligarchen verwirkt. Der Skandal um den ermordeten Gongadse und die Entstehung der Protestbewegung „Die Ukraine ohne Kutschma“ beschleunigten seinen politischen Niedergang. Ein Teil der

---

<sup>272</sup> Im November 2025 weigerte sich Statkewitsch, Belarus zu verlassen, obwohl er sich im Bus nach Wilna befand, in dem die politischen Gefangenen saßen, die Lukaschenka nach Verhandlungen mit der US-Administration amnestiert hatte. Daraufhin wurde Statkewitsch erneut ins Gefängnis gebracht.

<sup>273</sup> Vgl. Matthew Frear: Belarus under Lukashenka. Adaptive authoritarianism, Routledge 2020, S.95.

Oligarchen entschied sich dazu, dem Präsidenten die Unterstützung zu entziehen, und diese auf die Opposition (Juschtschenko und Tymoschenko) zu übertragen.

Die präsidial-oligarchische Machtpyramide verschwand allerdings nur für einige Jahre. Dazu hat wesentlich die oppositionelle „Partei der Regionen“ (PR) von Wiktor Janukowytsch beigetragen, die 2000 aus der Fusion der im Jahre 1997 gegründeten „Partei der Regionalen Wiedergeburt der Ukraine“ und vier weiteren Parteien entstanden war, zu denen übrigens auch Petro Poroschenkos „Solidarnost“ gehört hatte. Die Partei der Regionen versprach die russische Sprache zur zweiten Amtssprache der Ukraine zu erheben und sich außenpolitisch an Russland anzulehnen. Zwischen der Partei der Regionen und der russländischen Staatsführung gab es enge Kontakte, wozu eine vertraglich geregelte Partnerschaft mit der Putin-Partei „Einiges Russland“ gehörte. Ihr linkspopulistisches Programm, das sozialdemokratische Züge hatte, zielte auf die ehemaligen Anhänger der kommunistischen Partei ab.

Die Zerstrittenheit des nationaldemokratischen Lagers hat der Partei der Regionen geholfen, mit 32,1 Prozent der Stimmen, die sie bei den Parlamentswahlen des Jahres 2006 gewonnen hat, überraschend die größte Fraktion im Parlament zu werden. Während ihrer Oppositionsjahre verfolgte sie eine parlamentarische Blockadetaktik, mit der sie die Aktionsfähigkeit der orangen Regierung hinderte.

Seit 2006 gab es eine Kohabitation der von Janukowytsch geführten Regierung mit dem „orangenen Präsidenten“ Juschtschenko, die zu einer Krise führte, die im Jahre 2007 vorgezogene Parlamentswahlen zur Folge hatte. Mit 34,4 Prozent der gewonnenen Stimmen konnte die PR ihre Position als die stärkste Kraft im Parlament behaupten.

Nachdem Janukowytsch im Jahre 2010 Staatspräsident geworden war, übernahm Mykola Asarow den Vorsitz der Partei, die ihre Vormachtstellung im Parlament ausbaute. Sie wurde so zu der bis dato einzigen „Partei der Macht“<sup>274</sup> in der Ukraine. Als die parlamentarische Basis der Regierung in den Jahren 2010-2014 versuchte sie sich auch in der Europa-Politik. Innenpolitisch vertrat sie die Interessen der Oligarchen aus den ostukrainischen Industriegebieten.

Nach dem Euro-Majdan verschwand die Partei der Regionen aus der ukrainischen Politik. Ihre Funktionäre kandidierten in den Parlamentswahlen im Jahre 2014 oft für den sogenannten „Oppositionsblock“. Nach dem Einmarsch der russländischen Truppen in die Ukraine im Februar 2022 wurde dieser samt anderen Parteien und Organisationen, die eine Verbindung zu Russland aufwiesen, verboten.

---

<sup>274</sup> Die in den postsowjetischen Ländern zu genannte „Partei der Macht“ wird gegründet, um dem autokratischen Staatspräsidenten die Kontrolle über die Gesetzgebung zu sichern. Dazu Maćków 2005, S. 127.

## Liberaler Parteien

Im Gegensatz zur National- und Sozialdemokratie hat der Liberalismus weder in Belarus noch in der Ukraine historische Wurzeln. Die sich zum Liberalismus bekennenden Politiker tauchten erst während der Perestrojka auf. Die meisten „liberalen“ Parteien waren jedoch (in Begrifflichkeit von Maćków)<sup>275</sup> „virtuelle“ oder „Pseudoparteien“.<sup>276</sup>

Nichtsdestotrotz stellte im März 1991 die liberale „Vereinigte Demokratische Partei“ (*Ab'jadnanaja Demakratytschnaja Partyja, ADP*) die erste Gruppierung dar, die vom belarusischen Justizministerium offiziell als politische Partei registriert wurde. Der Versuch, alle sich als „liberal“ bezeichnenden Kräfte in einer Partei zu versammeln, misslang jedoch. Während die Mehrheit der Liberalen auf die Souveränität von Belarus setzte, traten einige von ihnen für die Integration mit Russland und für Russisch als die Amtssprache ein. An diesen Unterschieden scheiterte das Projekt.

Auch danach wurden mehrere liberale Parteien gegründet, von denen die größte die im August 1994 entstanden „Bürgerpartei“ (*Gramadsjanskaja Partyja, GP*) war. Sie positionierte sich zuerst als die Partei der jungen Nomenklaturisten. Nachdem sie die Parlamentswahlen des Jahres 1995 verloren hatte, schloss sie sich mit der ADP zur „Vereinigten Bürgerpartei“ (*Ab'jadnanaja Gramadsjanskaja Partyja, AGP*) zusammen. Sie wurde zur zweitgrößten Oppositionskraft (nach der BNF) und die einzige bekannte liberale Partei des Landes.

Zu ihrem ersten Vorsitzenden wurde der ehemalige Leiter der Nationalbank und entschlossener Anhänger der belarusischen Unabhängigkeit Stanislaw Bagdanekewitsch gewählt. Viele Liberale unterstützten aber im Jahre 1994 Aljaksandr Lukaschenka, weil sie hofften, seine Popularität für ihre Ziele instrumentalisieren zu können. Einige von ihnen gingen spätestens nach dem Staatsstreich des Jahres 1996 in die Opposition und schlossen sich der AGP an: der ehemalige Vorsitzende des Zentralen Wahlausschusses Wiktar Hantschar, der ehemalige Innenminister Juri Sacharanka, der ehemalige Premierminister Mihail Tschihir und der ehemalige Leiter der pro-präsidentialen Parlamentsfraktion „Bürgerintracht“ Anatol' Ljabez'ka. Im Jahre 1999 verschwanden Hantschar und Sacharanka spurlos, wobei es eindeutige Indizien dafür gibt, dass sie vom staatlichen Sicherheitsdienst entführt und ermordet

---

<sup>275</sup> Dazu Maćków 2005, S. 120-131.

<sup>276</sup> Unter „Pseudoparteien“ versteht Maćków Geschöpfe von Oligarchen, die ihnen ins Parlament verhelfen und reine Instrumente zur Manipulierung des Wählers darstellen. Vgl. ebd., S. 120. Einen ähnlichen Begriff der „technischen Partei“ definiert Andrew Wilson als „pseudo-organisation created *ad hoc* for manipulative purposes in order, for example, to take away votes from real parties with similar sounding names and public profiles“. Andrew Wilson: *Virtual politics: faking democracy in the post-Soviet world*, Yale University Press 2005, S. 175.

wurden.<sup>277</sup> Ein anderes prominentes Parteimitglied und der ehemalige Vorsitzende der PNS, Genadz' Karpenka, ist im gleichen Jahr unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

In der Vereinigten Bürgerpartei, deren Vorsitzender in den Jahren 2000-2018 Anatol' Ljabez'ka war, herrschte die für die belarussischen liberalen Parteien typische Unstimmigkeit hinsichtlich der Integration mit Russland. Die Nähe der Parteiführung zur nationaldemokratischen Volksfront (BNF) rief hin und wieder innenparteiliche Kritik hervor und führte zum Austritt einiger Mitglieder.

Die *AGP* kann der strukturellen Opposition zugeordnet werden, wenngleich sie in Zeiten der intensiven Repression eine gegenüber der Macht konfrontative Haltung an den Tag legte. Zugleich stellte sie die einzige oppositionelle Partei dar, deren Mitglied Hanna Kanapatskaja nach mehreren Jahren des „oppositionsfreien“ Parlaments im Jahre 2016 das Abgeordnetenmandat gewinnen konnte.

Paradoxerweise war die einzige belarusische Partei, die in ihrem Namen das Wort „liberal“ führte, der Quasi-Opposition zuzuordnen. Es handelte sich um die im Jahre 1994 gegründete „Liberale Demokratische Partei“ (*Liberal'naja Demakratytschnaja Partyja, LDP*), die eine Art Ableger der ebenfalls pseudooppositionellen Liberal-Demokratischen Partei Russlands (*Liberal'naja Demokratitscheskaja Partija Rossii, LDPR*) von Wladimir Schirinowskij bildete.

Wie es sich für die Quasi-Opposition gehört, hatte die LDP ihre Vertretung im Parlament. Ihr Vorsitzender Aleh Haidukewitsch trat seinem Vater Sjarhej ähnlich als Marionette des Regimes in Präsidentschaftswahlen an. Aljaksandr Lukaschenka nannte die LDP „konstruktive“ Opposition und setzte sie ein, wenn er den Schein des Pluralismus erwecken wollte, d.h. während der Wahlkämpfe. Die Partei genoss Privilegien wie staatliche Finanzierung, Zugang zu Medien etc.

Diese Quasi-Opposition bediente nicht nur das „demokratische“ Image des Regimes, sondern sollte auch die Partizipationschancen der echten Opposition minimieren. Ihre Existenz verhalf der Macht dabei, die echte Opposition in der Öffentlichkeit als „nicht-konstruktiv“ und ggf. verräterisch zu diffamieren.<sup>278</sup>

Im Gegensatz zu Belarus hat sich in der Ukraine keine liberale Partei etabliert. Die bereits im Oktober 1991 gegründete „Liberale Partei der Ukraine“ (*Liberal'na Partija Ukrajiny, LPU*) verfiel bereits nach ein paar Jahren in eine Krise, nachdem ihr Vorsitzender Ihor

---

<sup>277</sup> Siehe dazu Alkaew, Oleg: *Rasstrel'naja komanda*, Partisan 2006.

<sup>278</sup> Vgl. Lukašenko: *choču, čtoby oppozicija v strane suščestvovala i byla konstruktivnoj*, Belta, 11.09.2016, <https://www.belta.by/politics/view/lukashenko-hochu-chtoby-oppozitsija-v-strane-suschestvovala-i-byla-konstruktivnoj-209576-2016>, zuletzt geprüft am 22.10.2022.

Markulow, der angeblich in Bestechungsaffären und Machenschaften der Regierung verwickelt gewesen war, spurlos verschwand.<sup>279</sup>

Die meisten sich als „liberal“ bezeichneten Parteien stellten virtuelle Bildungen und Gehilfen der Präsidenten Krawtschuk, Kutschma und Janukowytsch dar. In der Regel stammten sie aus dem Osten des Landes, vertraten Interessen der Industrie-Clans und fügten sich in das Lager der „Zentristen“ ein, das stets in der Nähe der Regierung angesiedelt war.

Für den in der vorliegenden Untersuchung betrachteten Zeitraum ist noch die im Jahre 2010 vom bekannten ukrainischen Boxer und Politiker Vitali Klitschko gegründete „Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen“ (*Ukrajinskyj Demokratitschnyj Aljans sa Reformy*, UDAR<sup>280</sup>) wichtig, die unter ideologischen Gesichtspunkten bedingt als liberal gesehen werden kann. Wie die meisten ukrainischen Parteien war die UDAR keine wirklich ideologische Partei, sondern in erster Linie das politische Instrument ihres Vorsitzenden. Als solche verzichtete sie auf klare Programmatik, die sie von anderen Parteien abgrenzen würde. Wie die meisten Parteien bekannte sich die UDAR zur Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit sowie zu den bürgerlichen Rechten und Freiheiten und trat für die europäische Integration der Ukraine ein.

### **Grüne Parteien**

Eine dynamische Entwicklung der grünen Bewegung in den späten Achtzigern und am Anfang neunziger Jahre folgte sowohl auf die Atomkatastrophe in Tschernobyl im Jahre 1986 als auch auf die während der Perestrojka erlaubte Diskussion über die Umweltverschmutzung durch die sowjetische Schwerindustrie. Sowohl in der Ukraine als auch in Belarus zogen grüne Parteien erst wesentlich später ins Parlament ein.

Die ideologischen und programmatischen Grundlagen der Grünen wurden nicht aus dem Westen „importiert“, sondern entstammten den Erfahrungen ihrer Länder. Vor dem Hintergrund dieser „günstigen“ Entstehungsbedingungen schienen ihre Parteien eine gute politische Zukunft zu haben. Diese Erwartung erwies sich als falsch.

In Belarus gingen die Grünen nach dem Staatstreich des Jahres 1996 in Opposition, wofür sie mit der Verbannung aus dem politischen System bezahlt haben, so dass nur die wenig aktive „Belarusische Partei der Grünen“ (*Belaruskaja Partyja Sjaljonych*, BPS) als Partei registriert wurde. In der Ukraine stellte sich die „Partei der Grünen der Ukraine“ (*Partija Selenych Ukrajiny*, PSU) den Interessen der Oligarchen entgegen. In der Konfrontation mit mächtigen Gegnern war sie chancenlos und verschwand aus der *Werchowna Rada*.

---

<sup>279</sup> A. Ott: Die politischen Parteien der Ukraine. Bericht des BIOst Nr. 13/1995, S.34.

<sup>280</sup> Das Akronym UDAR bedeutet im Ukrainischen „Schlag“.

In beiden Ländern wurde die Umwelt-Problematik hauptsächlich von den NGOs thematisiert. In der Parteipolitik spielte sie keine große Rolle.

### **6.3. Strukturprobleme der Parteienentwicklung**

#### **Personenbezogenheit**

Die oben vorgenommene Zuordnung der ukrainischen und belarusischen Parteien zu den europäischen Parteienfamilien basiert auf der Analyse ihrer Programme. Die Programmatik besagt aber im postsowjetischen Raum recht wenig über die tatsächliche Ausrichtung der Parteien, von denen die meisten entweder Machtvehikel ihrer oligarchischen Schöpfer oder von Staatsdiensten am Aufstieg und Machtübernahme dauerhaft gehinderte politische Vereine darstellen. Es kommt hinzu, dass Parteien beider Länder in europäischen Ideologien nicht tief verwurzelt sein können. Im Zarenreich hatte das aus dem Westen kommende politische Gedankengut kaum Fuß fassen können. Im Kommunismus wurde es verboten. Erst am Ende der Sowjetunion kamen die ideologischen Hauptströmungen des Westens in die untersuchten Länder.

Im Gegensatz zu Mittel- und Nordosteuropa haben die Parteien in Belarus und in der Ukraine kaum Vorläufer (auch auf ideologischer Ebene) auf die sie sich hätten berufen können. Neben den kommunistischen Parteien stellt in diesem Zusammenhang die westukrainische OUN die Ausnahme dar, die in der Zwischenkriegszeit und während des Krieges neben dem Streben nach der nationalen Souveränität faschistische Vorstellungen vom Führerstaat und der ethnisch „reinen“ ukrainischen Nation vertreten hatte, dar. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass den Belarusen und Ukrainern nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sich die Ideologien der christlichen Demokratie, der Sozialdemokratie, des Konservatismus, des Liberalismus u.a. nur selten erschlossen. Die Parteien bedienten sich ihrer bloß als Stichworte, ohne dass sie sich mit ihnen ernsthaft beschäftigten.

Im Jahre 2003 hat das belarusische Regime ein wirres Gedankengut entwickelt, das „Staatsideologie“ genannt und vom Staat verbreitet wurden. Zwar brachten die staatlichen Bemühungen mitnichten beträchtliche Wirkung. Immerhin bot die Staatsideologie den Regierenden die Möglichkeit, die westlich orientierte Opposition „argumentativ“ zum Staatsfeind zu erklären.

Was die Ukraine angeht, so dienten dort die Parteien den Interessen der Oligarchen und waren deshalb keinerlei Ideologie verpflichtet. Vielmehr bestimmten das Verhältnis zum Regime, die jeweils verfolgten ökonomischen Interessen und – sehr wichtig – die



außenpolitische Orientierung auf Russland oder auf die EU<sup>281</sup> die politische Positionierung den Parteien. Aber selbst auf dem letztgenannten Feld fällt es schwer, von einer gedanklich seriös untermauerten Festlegung zu sprechen. In Wirklichkeit war die oberflächlich prowestliche, darunter besonders die EU-freundliche Rhetorik in der Gesellschaft recht populär, während die Führungen bzw. Sponsoren der Parteien enge Beziehungen zu Russland pflegten.

Die Kehrseite der ideologischen Schwäche stellte in beiden Ländern die autoritäre Machtstruktur der Parteien dar. Nicht vertretene Ideen, sondern Führungspersönlichkeiten machten sie in der Gesellschaft sichtbar. In den belarusischen Staatsmedien wurde über die Parteichefs sogar häufiger als über ihre Parteien berichtet.<sup>282</sup> In der Ukraine gaben im Jahre 2009 58 Prozent der Befragten an, sich bei ihrer Stimmenabgabe in Parlamentswahlen nach der Person des Parteichefs zu richten.<sup>283</sup> Es verwundert deshalb nicht, dass ukrainische Parteien und Wahlzusammenschlüsse die Namen ihrer Gründer trugen und als persönliche „Projekte“ einzelner Menschen mit politischen Ambitionen fungierten: „Block Julja Tymoschenko“, „Block Wiktor Juschtschenko“, „Block Petro Poroschenko“, „Partei UDAR von Vitali Klitschko“, „Radikale Partei von Oleh Ljaschko“ u.a. Als solche waren sie von Spaltungen und Verlust der Anhänger (und der Abgeordneten) an die Konkurrenz geplagt. Nach den Wahlen verschwanden sie oft ganz von der politischen Bühne.

In Belarus dagegen blieben die Anführer der politischen Vereine dem breiten Publikum unbekannt, was der geringen politischen Relevanz der Parteien und der Manipulierung der öffentlichen Meinung durch die Regierung geschuldet war.<sup>284</sup> Das öffentliche Image der mehr oder minder bekannten Parteiführer war für gewöhnlich schlecht, was sich auf das Ansehen ihrer Vereine negativ auswirkte.

Innerhalb der Parteien waren aber die Anführer mächtig. Das hing zum Teil damit zusammen, dass sie für die Kontakte zu den externen Förderern gewährleisteten, was die Existenz ihrer Parteien sicherte. Der Parteichef, der Geld besorgen konnte, neigte dann zum autoritären Führungsstil, was nicht nur oft beklagt wurde, sondern auch die potenziellen Parteianhänger abschreckte<sup>285</sup>. Das wiederum führte zum Verschleiß der Führung. Ein Drittel

---

<sup>281</sup> Dazu die Studie des Ukrainischen Instituts der Zukunft „The future of the Ukrainian oligarchs“, Kyjiw 2018 unter <https://uifuture.org/en/news-en/reportmaybutnieukrainskyholigarchiv/>, zuletzt geprüft am 25.10.2022.

<sup>282</sup> Siehe dazu die Untersuchung des Belarusian Institute for Strategic Studies (BISS) von 2014: <https://belinstitute.com/en/article/semi-annual-biss-trends-july-december-2014-issue>, zuletzt geprüft am 25.10.2022.

<sup>283</sup> Razumkov Centre public opinion polls 2009, <http://www.uceps.org/ukr/socpolls.php>, zuletzt geprüft am 25.10.2022.

<sup>284</sup> Laut einer Umfrage von IISEPS aus dem Jahr 2014 konnten nur 17 Prozent der Befragten zumindest einen Parteivorsitzenden nennen. Vgl. [http://www.iiseps.org/?page\\_id=1349](http://www.iiseps.org/?page_id=1349), zuletzt geprüft am 25.10.2022.

<sup>285</sup> Vgl. V. Charnysh/T. Kulakevich: Belarusian political parties: organizational structures and practices, in: K. Sobolewska-Myślik u.a. (Hrsg.): Organizational structures of political parties in Central and Eastern European

aller belarusischen Parteivorsitzenden war im Jahre 2017 seit mehr als 20 Jahre im Amt.<sup>286</sup> Im Staat des alternativlosen Autoritarismus war das nicht einfach zu verändern, weil es kaum Kandidaten gab, die das mit hohen persönlichen Risiken verbundene Amt übernehmen wollten.<sup>287</sup>

### **Mitglieder und Verankerung in Gesellschaft**

Die ideologische Schwäche schlug in programmatischen Opportunismus über, was das Misstrauen der ukrainischen Gesellschaft gegenüber den Parteien mitbewirkte. Laut Umfragen aus dem Jahre 2019 vertrauten ihnen nur 12 Prozent der Ukrainer.<sup>288</sup>

In Lukaschenkas Belarus haben die Parteien ihre gesellschaftliche Verankerung in den ersten Unabhängigkeitsjahren mit der Zeit fast ganz eingebüßt. Gemäß den Untersuchungen des Unabhängigen Instituts für sozioökonomische und politische Studien (IISEPS) von 2015 zählten 1991 noch ganze 80 Prozent der befragten Belarusen die politischen Parteien zu den wichtigsten politischen Institutionen. Dieser Anteil fiel drei Jahre später auf 51 Prozent und im Jahre 2015 auf 17 Prozent zurück. Die dramatische Marginalisierung der Parteien spiegelte sich darüber hinaus im Misstrauen wider, die den Oppositionsparteien entgegengebracht wurde. 2015 vertrauten ihnen nur noch 18,8 Prozent der Befragten.<sup>289</sup>

Den leidigen Trost für die Opposition stellte die Tatsache dar, dass die regierungsnahen Parteien noch schwächer in der Gesellschaft verankert waren. Im Gegensatz zur echten Opposition waren die Pseudoparteien außerhalb des Parlaments so gut wie gar nicht aktiv. Sie mobilisierten nur dann ihre vermeintlichen Mitglieder, wenn ihre Aktivität für die Besetzung der Wahlausschüsse unabkömmlich war.<sup>290</sup> So haben die regimetreue Agrarpartei und die ebenso vom Regime geförderte Republikanische Partei bei den Kommunalwahlen im Jahre 2014 keinen einzigen Kandidaten aufgestellt, dafür aber entsprechend 531 bzw. 327 Mitglieder in die Wahlausschüsse entsendet. Die von den Oppositionsparteien vorgeschlagenen Wahlausschusskandidaten wurden dabei fast immer abgelehnt. Bei den Parlamentswahlen im

---

Countries, Jagiellonian University Press 2017, S. 41-58; E. Korosteleva: Belarus: Building a House of Cards? In: White, Stephen & Korosteleva, Elena (Hrsg.): Postcommunist Belarus. Oxford: Rowman & Littlefield 2012, S. 70-79; Way, Lucan A.: Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave: The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine, in: World Politics, Vol. 57, No. 2, S. 245–253.

<sup>286</sup> Vgl. Charnysh/Kulakevich 2017.

<sup>287</sup> Vgl. Y. Čavusau: Jak pracujuc' belaruskija partyi, in: „Arche“, April 2009.

<sup>288</sup> Razumkov Centre 2019, zugänglich unter [http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2019\\_02\\_press.pdf](http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2019_02_press.pdf), zuletzt geprüft am 27.10.2022.

<sup>289</sup> Siehe dazu <https://www.iiseps.org/?p=3865&lang=en>, zuletzt geprüft am 27.10.2022.

<sup>290</sup> Gemäß dem Wahlgesetz mussten die Wahlausschüsse zu einem Drittel aus den Vertretern der Parteien gebildet werden.

Jahre 2012 fanden sich beispielweise unter insgesamt rund 69 Tsd. Mitgliedern der Wahlausschüsse nur 61 Vertreter der Opposition zusammen.<sup>291</sup>

Die winzige Mitgliederzahl stellte ein weiteres Problem der Parteien in beiden Ländern dar. Die Belarusen hatten wenig Anreiz, einer oppositionellen Partei beizutreten, weil Aktivisten der politischen Vereine häufig der Repression des Staates und dem Druck der Unternehmensleitungen ausgesetzt waren.

Die politischen Vereine mussten mindestens 1000 Mitglieder haben, um von Behörden als Parteien registriert zu werden. Das war schwer zu erreichen. Die meisten Mitglieder waren den Parteien noch auf der Welle des Antikommunismus der ersten neunziger Jahre beigetreten. Neue und jüngere Mitglieder kamen vorzugsweise vor den Wahlen hinzu, wenn die Opposition die Möglichkeit bekam, in der Öffentlichkeit Werbung zu betreiben. Die Rekrutierung der Mitglieder fand hauptsächlich über Freunde und berufliche Netzwerke statt, weshalb sie kaum über den Kreis der entschlossenen Regime-Gegner hinausging.

Nach den Wahlen sank das Interesse an politischer Partizipation rapide. Parteien unterhielten zwar ihre Regionalbüros, aber dies diente ausschließlich der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen. Da die Mitgliedsbeiträge sehr niedrig waren, waren die Parteiaktivisten nicht darauf aus, neue Mitglieder zu gewinnen, zumal außerhalb der Großstädte. Auch deshalb war die Bevölkerung über die Aktivitäten und sogar über die Existenz der Parteien, von denen die meisten auf gut dreißig Jahre Existenz zurückblicken konnten, nicht informiert.

Der demokratisch gesinnte Teil der Gesellschaft zeigte sich nach dem Sieg Lukaschenkas bei Präsidentschaftswahlen 2001 frustriert, was nicht nur die Abwendung vieler Wähler von der Opposition, sondern auch den Rückzug vieler Aktivisten aus der Politik nach sich zog.<sup>292</sup> Den Kern des in den späten neunziger Jahren entstandenen Parteiensystems bildeten vier ungefähr gleichgewichtige Parteien: die BNF, die AGP, die BSDP (NG) und die PKB.<sup>293</sup> Die BNF, die wegen ihrer Spaltung und der relativen Stärke der *AGP* an Bedeutung verloren hatte, profitierte nach der Abspaltung der Jungen Front (*MF*) Anfang 2003 und dem Verlust einiger Aktivisten von personeller und programmatischer Erneuerung.

Die Konsolidierung des autoritären Systems in der zweiten Amtszeit des Präsidenten (2001-2006) ging deshalb mit der Entpolitisierung der Gesellschaft und dem Niedergang der politischen Parteien einher. Laut dem Justizministerium hatten zu Beginn des Jahres 2002 18 offiziell registrierte Parteien insgesamt 62 Tausend Mitglieder. Die Hälfte davon stellten die

---

<sup>291</sup> Vgl. Charnysh/Kulakevich 2017.

<sup>292</sup> Silitski 2015, S.287.

<sup>293</sup> Siehe dazu Čavusau, Jury: *Organizacyjnye razvicio partyji BNF napjaredadni parlamenckih vybarau 2004 godu*, in: „Palityčnaja Sfera“ Nr.5/2005.

Oppositionsparteien mit insgesamt rund 16 Tausend Mitglieder dar, was weniger als 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Laut Experten soll die tatsächliche Mitgliederzahl noch niedriger gewesen sein.<sup>294</sup>

In der Ukraine wiederum wurde man oft automatisch zum Parteimitglied, wenn man in einem Unternehmen arbeitete, das dem Parteivorsitzenden oder seinen Verbündeten gehörte.<sup>295</sup> In solchen Unternehmen waren spezielle „Abteilungen für politische Arbeit“ für die Rekrutierung neuer Mitglieder zuständig, wobei sie vorgegebene Quoten erreichen mussten. Gegen Prämien traten auch Familienmitglieder, Verwandte und Freunde der Beschäftigten den Parteien bei. Verweigerung konnte Konsequenzen – bis zum Arbeitsverlust – nach sich ziehen.<sup>296</sup>

Dank diesem Rekrutierungsmodell erreichten ukrainische Parteien zuweilen beeindruckende Mitgliederzahlen. Die Partei der Regionen hatte zum Beispiel im Jahre 2013 gut anderthalb Millionen Mitglieder. Entsprechend schnell und einfach konnten diese aber auch verloren gehen. Im Jahre 2015 existierte die ukrainische „Partei der Macht“ nicht mehr.

Zugleich aber traten vor und während der Orangen Revolution Tausende den Oppositionsparteien bei, weil sie mit dem orangen Lager Werte und politische Zielrichtung teilten. Eine stabile Mitgliedschaft wiesen allerdings nur wenige, vorwiegend ideologische Parteien auf, zu denen, wie bereits erwähnt, vor allem nationalistische und rechtsextreme Parteien gehörten.

Eine Besonderheit des ukrainischen Parteiensystems stellte der Regionalismus dar. Die Hochburgen der „Zentristen“ und der Linken lagen traditionell im Osten und Süden, während im Westen und in der Zentralukraine die Nationaldemokraten und rechtsextreme Nationalisten besonders populär waren. Beispielsweise gewann die Partei der Regionen in den Parlamentswahlen des Jahres 2007 in einigen Gebieten im Osten gut 80 Prozent der abgegebenen Stimmen, während sie in einigen westlichen Wahlbezirken nur einstellige Zustimmungsraten erhielt. Umgekehrt: Die westukrainischen Parteien (zusammengenommen) kamen in ihren Hochburgen auch auf über 80 Prozent der Stimmen beim gleichzeitig schwachen Abschneiden im Osten des Landes. Obwohl der Regionalismus von der langjährigen Existenz zweier politischer Lager zeugte, gab es natürlich auch immer Parteien, die sich diesen

---

<sup>294</sup> Vgl. Charnysh/Kulakevich 2017; A.Kulik/S.Pshizova (Hrsg.): Political parties in post-Soviet space: Russia, Belarus, Ukraine, Moldova, and the Baltics (Political parties in context), Praeger 2005, S. 68; Silitski 2015.

<sup>295</sup> Vgl. Kynev 2002.

<sup>296</sup> [https://24tv.ua/ru/nazad\\_v\\_ssr\\_ne\\_vstupish\\_v\\_partiyu\\_u\\_tebya\\_ne\\_budet\\_raboti\\_n379840](https://24tv.ua/ru/nazad_v_ssr_ne_vstupish_v_partiyu_u_tebya_ne_budet_raboti_n379840), zuletzt geprüft am 27.10.2022.

Lagern nicht eindeutig zuordnen ließen (etwa die Sozialistische Partei, die Volkspartei, die Partei Starke Ukraine u.a.). Sie waren jedoch nicht dauerhaft stark.

Das pro-russländische, EU-skeptische und meist antiliberale Lager war lange Zeit stärker als die pro-westlichen, reformorientierten Nationaldemokraten. Dieses Kräfteverhältnis, das sich allein schon aus dem Bevölkerungsreichtum des ukrainischen Ostens ergab,<sup>297</sup> änderte sich aber, nachdem Russland im Jahre 2014 die Krim annektiert und in der Ostukraine den (zunächst hybriden) Krieg startete. Die „parteipolitische“ Kluft zwischen Ost und West schien fünf Jahre später überwunden, als die Partei des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj „Diener des Volkes“ (*Sluha Narodu, SN*) sowohl im Westen als auch im Osten des Landes<sup>298</sup> aus den Parlamentswahlen als Sieger hervorging. Als die erste Partei in der Geschichte der unabhängigen Ukraine erreichte sie die absolute Mehrheit im Parlament.

In Belarus waren die regionalen politischen Präferenzen wesentlich schwächer als in der Ukraine ausgeprägt, wenngleich die Opposition im Westen des Landes größere Unterstützung als im Osten genießt. Wichtiger war aber die Stadt-Land-*cleavage*: Während die Stammwählerschaft von Aljaksandr Lukaschenka mehrheitlich aus ländlichen Gebieten kam, gehörten die Großstädte, insbesondere die Hauptstadt, traditionell zu den Hochburgen der Opposition (ohne dass sie dort stärker als die Systemparteien waren).

### **Parteienrecht und -Finanzierung**

Der rechtliche Rahmen der Parteienaktivität unterschied sich in den untersuchten Ländern beträchtlich. Belarus hatte seit 1990 als einziges postkommunistisches Land das Mehrheitswahlrecht, das nach Sarah Birch die Verankerung von „*localized politics that focuses on individuals and relies on patronage networks*“ in Belarus (und Russland) begünstigte, weil die Einmannwahlkreise zur Wahl einer hohen Anzahl von parteilosen Kandidaten und als Folge zur Schwächung der Parteien führten.<sup>299</sup>

Dagegen änderte die unabhängige Ukraine ihr Wahlsystem mehrfach. Auch sie begann mit der Mehrheitswahl (Parlamentswahlen 1990 und 1994), aber ging dann über das gemischte Wahlsystem (Parlamentswahlen der Jahre 1998, 2002 und 2006) zur reinen Verhältniswahl (Parlamentswahlen von 2007) über, um im Jahre 2011 zum gemischten Wahlsystem zurückzukehren (Parlamentswahlen der Jahre 2012, 2014 und 2019).

---

<sup>297</sup> Die im Westen des Landes verankerten Parteien konnten nur zweimal die Mehrheit erringen. Jedes Mal geschah es nach den infolge Proteste (der Orangen Revolution und des Euromajdans) vorgezogenen Wahlen.

<sup>298</sup> Bis auf die von Russland besetzten Teile der Donetsk- und Luhansk-Bezirke.

<sup>299</sup> Sarah Birch: Elections and Voters, in: S.White u.a. (Hrsg.): Developments in Central- and East-European politics, Duke University Press 2013, S. 156-171, hier S.160.

In den neunziger Jahren blieb das ukrainische Parteiensystem stark fragmentiert und fluide, wobei die Parlamentswahlen keine pro-präsidentielle Mehrheit hervorbrachten. Nach der Orangen Revolution trug der Übergang zum Verhältniswahlrecht dazu bei, dass die Regierungsbildung zur Angelegenheit der Parteien wurde, weil es keine parteilosen Abgeordneten mehr gab. Daran hat sich nach der Rückkehr des Mischsystems eigentlich nichts geändert. Seitdem wurde die Regierung von der starken pro-präsidentiellen Partei gestützt, die für gewöhnlich eine Koalition bildete. Im Jahre 2014 wurde die Verfassung auf den Stand von 2006 zurückgebracht. Damit wurde es den im Parlament vertretenen Parteien möglich, die Regierung ohne den Auftrag des Präsidenten zu bilden.

In Belarus hat sich das Mehrheitswahlrecht für Parteiendemokratie als verhängnisvoll erwiesen. Zwar waren die Parteien zur Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen berechtigt, aber ihre Chancen, gewählt zu werden, wurden dann größer, wenn ihre Vertreter als unabhängige Kandidaten antraten. Indem sie diesen Weg gingen, trugen sie selbst dazu bei, dass sie keine nennenswerte Stammwählerschaft aufbauen konnten. Nicht nur die oppositionellen, sondern auch die regierungsnahen Parteien hatten in diesem System kaum Chancen, sich im Parlament zu etablieren. Seit den Parlamentswahlen des Jahres 2000 hatten sie in der Abgeordnetenkammer der Nationalversammlung kaum eine Vertretung.<sup>300</sup>

Die Verdrängung der Parteien aus dem Parlament bedeutete die institutionelle Prävention der Parteienkonsolidierung. Die Parteien verloren ihre Hauptfunktion, das Volk politisch zu repräsentieren, und erodierte allmählich in Richtung der von Behörden bedrängten Interessenklubs. Die Erosion des Parteiensystems untermauerte die kulturelle Repression, die darauf hinauslief, der Bevölkerung die Überzeugung aufzudrängen, dass Parteien überflüssig sind. Es kam hinzu, dass das Referendum des Jahres 1996 den belarusischen Präsidenten mit beinahe unbegrenzter Macht ausstattete, so dass es für die Parteien wenig Anreize gab, in das Repräsentantenhaus einzuziehen.

Ganz anders verhielt es sich in der Ukraine nach der Orangen Revolution. Die Verfassung von 2006 stärkte die *Werchowna Rada*, was mit der Hoffnung auf die Institutionalisierung eines stabilen Parteiensystems einherging. Allerdings wurde diese Verfassungsnovelle vier Jahre später außer Kraft gesetzt und erst im Jahre 2014 wiedereingeführt. Die (selten erfolgreiche) Tendenz, um das Staatsoberhaupt herum die „Partei der Macht“ zu bilden, wurde dadurch jedoch nicht getilgt.

---

<sup>300</sup> Selbst die nach offiziellen Angaben größte Partei des Landes – die Liberal-Demokratische Partei mit ihren angeblichen über 47 Tausend Mitgliedern (siehe ihre Homepage <https://ldpb.by/ru/>) – hatte keinen einzigen Abgeordneten im Parlament und war in Belarus weitgehend unbekannt.

Die ukrainische Parteiengesetzgebung wurde oft geändert. Im Gegensatz zu Belarus erleichterte das im Jahre 2001 verabschiedete „Gesetz über die politischen Parteien“ die Parteiengründung so sehr, dass die Registrierung von fiktiven politischen Vereinen möglich wurde. Für die Registrierung einer Partei waren weder ein ausgearbeitetes Statut noch ein Bericht über ihre Aktivitäten nötig. Die zur Registrierung einzureichenden Unterlagen wurden auch nicht auf ihre Echtheit geprüft.<sup>301</sup> Außerdem sah das Gesetz keine eindeutigen Sanktionen für Regelverletzungen vor, etwa für Bereitstellung falscher Informationen für die Behörden.

Die Überprüfung, ob die Parteien mit ihren Aktivitäten den vom Gesetz festgelegten Regeln Folge leisteten, fand kaum statt. Zum Beispiel verpflichtete das besagte Gesetz die Parteien dazu, zumindest einmal in zehn Jahren an Wahlen teilzunehmen. Die Überprüfung, ob sie sich an diese Regel hielten, wurde nur im Jahre 2003 durchgeführt, was die Suspendierung von ganzen 31 Vereinen nach sich zog. Zwischen 2003 und 2013 wurde im Durchschnitt einer Partei pro Jahr ihr Status entzogen.<sup>302</sup> Die schlechte Implementierung des schlechten Gesetzes führte dazu, dass immer neuen Parteien entstanden, so dass sie im Jahre 2019 auf die stolze Zahl von 354 Existenzen kamen.<sup>303</sup>

Das ukrainische Parteiensystem blieb höchst fragmentiert und instabil. Zwischen 1998 und 2006 stellte etwa ein Drittel von Parteien ihre Aktivität ein. Zugleich wiesen nicht mehr als fünf Prozent der existierenden politischen Vereine solche Merkmale echter Parteien wie Ideologie, Programmatik, Organisationsstrukturen, tatsächliche Mitglieder, Stammwähler etc. auf.<sup>304</sup>

Das belarusische Parteiengesetz wird dagegen grundsätzlich als den demokratischen Normen entsprechend bewertet.<sup>305</sup> Im Artikel 6 verbot es dem Staat, sich in die Aktivitäten der Parteien einzumischen. Der Artikel 21 garantierte den Parteien wiederum das Recht, Information über ihre Aktivitäten frei zu verbreiten sowie für ihre Ideen, Ziele und Lösungen zu werben. Dafür durften sie sowohl die öffentlich-rechtlichen Medien nutzen als auch ihre eigenen Multiplikatoren gründen. Im besagten Gesetz wurde ihnen darüber hinaus erlaubt, Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen, für ihre Rechte und Interessen einzutreten

---

<sup>301</sup> Kostyantyn Fedorenko et al.: The ukrainian party system before and after the 2013–2014 Euromaidan, in: „Europe-Asia Studies“ Nr. 4(68)/2016, S. 617.

<sup>302</sup> Vgl. Ebd.

<sup>303</sup> Stand Mai 2019. Aktualisierte Daten siehe unter <https://minjust.gov.ua/unitarylist> 2001 gab es 124 registrierte Parteien, 2014 – 252, 2019 – 354.

<sup>304</sup> Vgl. Sarah Whitmore: Political party development in Ukraine, GSDRC Helpdesk Research 2014.

<sup>305</sup> Vgl. Political Parties in Belarus: Legal and Political Frameworks, International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) Report, Stockholm 2005, S.7-9. Kritisiert werden bloß die Einschränkungen der Finanzierung und das Verbot einiger Parteiennamen. Es ist etwa verboten, einige Formulierungen wie z.B. „Volks-“ oder „National-“ in den Parteiennamen zu benutzen. So durfte die Belarusische Volksfront unter diesem Namen nicht registriert werden und heißt offiziell „Partei BNF“ (Partyja BNF). Vgl. Charnysh/Kulakevich 2017.

und an Wahlen teilzunehmen. Aus der Konfrontation dieser Normen mit der Realität der präventiven Unterdrückung ergab sich die für den nicht-rechtstaatlichen Autoritarismus typische Kluft zwischen dem Gesetzestext und seiner Implementation.

Im Juni 2003 wurde diese Kluft verringert, indem das Parteiengesetz verschärft wurde. Von nun an konnten Parteien wegen des einmaligen Verstoßes gegen das Gesetz über die Massenveranstaltungen verboten werden. Das Justizministerium bekam außerdem das Recht, die Aktivität einer Partei jederzeit suspendieren zu können. In diesem Sinne entzog im Jahre 2004 ein Gericht der Belarusischen Partei der Arbeit wegen eines „Gesetzesverstoßes“ die Registrierung.<sup>306</sup>

Die Aktivitäten der Parteien wurden auch durch andere Gesetze reguliert. Es handelte sich vor allem um das Wahlgesetz von 2000, das die Bildung von Wahlausschüssen ohne Beteiligung der Opposition erlaubte, die undurchsichtige Registrierung von Kandidaten zuließ und bei den Wahlen weitgehend unkontrollierte vorzeitige Stimmabgabe begünstigte sowie effektive Wahlbeobachtung verhinderte.<sup>307</sup>

Mit dem oben erwähnten Gesetz über die Massenveranstaltungen wurden die Rechte der politischen Parteien bei der Durchführung von Demonstrationen, Mahnwachen und Kundgebungen eingeschränkt. Das Gesetz wurde durch einen Verweis auf „die Rechtsakte über die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus“ ergänzt, welche für Aktivisten der als extremistisch oder terroristisch eingestuften Gruppierungen härtere Strafen vorsahen.

Anders als in der Ukraine, in der der Machtwechsel möglich war, diente die Anwendung dieser Gesetze der unverändert gleichen politischen Führung. Der präventive Druck auf oppositionelle Parteien reichte von Mahnungen, Schließungen regionaler Büros bis zur Verweigerung oder Rücknahme der Registrierung. Es ist nicht möglich, die Frage zu beantworten, ob im rechtsnihilistischen System der Rückgang der Zahl von staatlich zugelassenen Parteien von 41 im Jahre 2000 auf 15 (darunter sieben oppositionelle) im Jahre 2022<sup>308</sup> den oft einander widersprechenden Gesetzesnormen oder der selektiven Anwendung des Gesetzes geschuldet war.

Während der Quasi-Opposition die bürokratischen Hürden aus dem Weg geräumt wurden,<sup>309</sup> konnte bei echten Oppositionsparteien jede formale Unzulänglichkeit zur Verweigerung der Registrierung, Bestrafung oder Suspendierung führen. So wurde der Jungen

---

<sup>306</sup> Die Partei existierte nach ihrer Schließung unter dem neuen Namen „Gerechte Welt“.

<sup>307</sup> Mehr dazu in den folgenden Kapiteln.

<sup>308</sup> Vgl. Charnysh/Kulakevich 2017.

<sup>309</sup> Vier der acht regimeloyalen Parteien haben keine Homepage, einige haben sogar keine Büros, und sie üben gar keine Tätigkeit aus.



Front und der Belarusischen Christlichen Demokratie entsprechend sieben und vierzehn Mal die Registrierung verweigert,<sup>310</sup> obwohl beide Parteien über die notwendige Mitgliederzahl verfügten und alle übrigen gesetzlichen Bestimmungen erfüllten.

Seit Juli 2005 gingen die Behörden gegen die nicht-registrierten Organisationen vor, nachdem das Justizministerium an Parteien Mahnungen wegen Teilnahme an informellen Zusammenschlüssen<sup>311</sup> verschickt hatte. Es wurde mit Geldbußen und Haftstrafen bis zu zwei Jahren gedroht.<sup>312</sup> Daraufhin lösten sich die nicht registrierten Parteien und Bewegungen selbst auf.<sup>313</sup> Die Ausnahme stellten die Junge Front, die Belarusische Christliche Demokratie und die BSDP(NG) dar, die ohne Registrierung ihre politische Arbeit fortführten.<sup>314</sup>

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Gesetze, die den Status und die Aktivitäten der Parteien regulierten, der präventiven Unterdrückung der Opposition dienten. Die Macht verfolgte dabei das Ziel, ihren Gegnern die Organisation ihrer politischen Arbeit unmöglich zu machen. Vor diesem Hintergrund erscheint das qualitativ schwache und „lasch“ angewendete Parteiengesetz der Ukraine freiheitlich.

Ein großer Unterschied zwischen der Ukraine und Belarus bestand auch in der Einstellung des Regimes zu den Kontakten und Zusammenarbeit der belarusischen Parteien und Politiker mit ihren russländischen Kollegen. Während sie unter Lukaschenka unterbunden wurden, um die Bildung einer von Russland unterstützten Opposition zu verhindern, waren sie in der Ukraine für viele Parteien, sei es in der Regierung noch in der Opposition, selbstverständlich.

Schließlich unterschieden sich beide Ländern hinsichtlich der Finanzierung der politischen Vereine qualitativ. In der Ukraine wurden sie hauptsächlich von den sogenannten „Finanz-Industrie-Gruppen“ (FIG), Oligarchen und großem Business unterhalten. Dadurch entstand eine pathologische Bindung der Politik an die Interessen der Wirtschaftsgroßen. Parteien wurden von wirtschaftlichen Akteuren hauptsächlich als Vehikel, das sie in die politischen Vertretungsorgane bringt, gesehen.<sup>315</sup> Die Oligarchen kauften und verkauften

---

<sup>310</sup> Vgl. die Webseite des Organisationskomitees von BChD – <http://bchd.info/>, zuletzt geprüft am 27.10.2022.

<sup>311</sup> Eine solche Mahnung erhielt u.a. die Koalition der Demokratischen Parteien „Fünf Plus“ im Vorfeld der Parlamentswahlen 2004.

<sup>312</sup> Vgl. Artikel 193.1 des Strafgesetzes.

<sup>313</sup> Ende 2018 wurde er aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Stattdessen trat die verwaltungsrechtliche Haftung in Form von Geldstrafen in Kraft. In der Zeit der Geltung des Artikels wurden 17 Personen verurteilt, 5 von ihnen zu Haftstrafen, darunter der Vorsitzende der Jungen Front Smitser Daschkewitsch. <http://spring96.org/be/news/91681>, zuletzt geprüft am 27.10.2022.

<sup>314</sup> Ihre Aktivisten wurden jedoch besonders hartnäckig verfolgt. Sie mussten mehrfach Geldstrafen zahlen und Gefängnisstrafen absitzen.

<sup>315</sup> Dieser Zustand erinnert an den von Weber beschriebenen historischen Typus der Adelspartei, die ausschließlich die Interessen des Adels vertreten hat, sowie ansatzweise an den aus dem XIX. Jahrhundert stammenden Typus der Honoratiorenpartei (des Groß- und Bildungsbürgertums), der in Westeuropa dem Typus der Massenpartei

Parteien, unterwanderten sowohl etablierte als auch junge politische Vereine und gründeten eigene Pseudoparteien. Der *Werchowna Rada* wurde deshalb vorgeworfen, das „Taschenparlament“ der Oligarchen gewesen zu sein.<sup>316</sup>

Im Jahre 2019 trat das Gesetz „Über die Verhinderung und Bekämpfung der politischen Korruption“ in Kraft, das die Finanzierung der Parteien aus Steuergeldern einführte. Seitdem hatten alle Parteien, die bei den Wahlen zumindest zwei Prozent der Stimmen erhalten, Anspruch auf Finanzierung durch den Staat.<sup>317</sup> Andere Finanzierungsmöglichkeiten wurden eingeschränkt, wozu die Festlegung der maximalen Höhe der Spende seitens der privaten Personen oder Organisationen gehörte. Die Parteien wurden darüber hinaus verpflichtet, Jahresquartalsberichte über ihr Eigentum, Einkommen und Ausgaben zu veröffentlichen. Das Gesetz erhöhte zwar die Transparenz der Parteienförderung, aber seine Implementierung ließ zu wünschen übrig,<sup>318</sup> weil es weder ausreichende staatliche Kontrolle der Parteien noch Bestrafung für Regelverletzungen gab. Stattdessen wurde das Gesetz gegen die Opposition eingesetzt wie im Fall der Partei „*Ukrop*“ des ukrainischen Oligarchen Igor Kolomoiski. Da er sich auf den Weg der Konfrontation mit dem damaligen Präsidenten Poroschenko begeben hatte, war er der Einzige, der für die Verstöße gegen Parteienfinanzierungsgesetz eine hohe Strafe zahlen musste.

In Belarus wurden die Systemparteien durch den Staat finanziert, während die Opposition meistens aus dem Ausland unterstützt wurde. Interessanterweise war die Förderung durch den Staat ebenso illegal<sup>319</sup> wie private Finanzierung durch anonyme Spenden, religiöse und sonstige Organisationen, die kürzer als ein Jahr im Land registriert waren.<sup>320</sup> Für Wahlspenden wurden Limits von ca. 110 Euro pro Privatpersonen bzw. ca. 330 Euro für Organisationen gesetzt.<sup>321</sup> Politische Parteien durften ausschließlich die in Belarus registrierten

---

vorangegangen ist. Allerdings waren beide „Parteien“ elitär. Die heutigen Parteien bemühen sich hingegen um breitere gesellschaftliche Unterstützung und deswegen zieht man in der Fachliteratur eher Parallelen zu modernen westlichen Kartellparteien. Vgl. Richard S.Katz/Peter Mair: Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party, in: „Party Politics“ Nr. 1-1/1995; Frear 2020, S.109f; Max Bader: Understanding party politics in the former Soviet Union. Authoritarianism, volatility, and incentive structures, in: „Demokratizatsiya“ Nr. 2(17)/2009, S.112ff.

<sup>316</sup> Die Vertrauensraten des Parlaments weichen von denen in die Parteien kaum ab: knapp 13 Prozent der Ukrainer vertrauen der *Werchowna Rada*. Razumkov Centre [http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2019\\_02\\_press.pdf](http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2019_02_press.pdf).

<sup>317</sup> Im Jahre 2018 betrug die staatliche Finanzierung der Parteien knapp 18 Millionen Euro.

<sup>318</sup> Es gab weder ausreichende staatliche Kontrolle noch Bestrafung für die Regelverletzungen. Stattdessen wurde das Gesetz gegen die Opposition eingesetzt wie im Fall der Partei „*Ukrop*“, die der ukrainischen Oligarch Igor Kolomoiski geschaffen hatte. Er war der Einzige, der eine hohe Strafe für die Verletzungen des besagten Gesetzes zahlen musste, weil er sich auf den Weg der Konfrontation mit dem damaligen Präsidenten Poroschenko begab.

<sup>319</sup> Artikel 24 des Parteiengesetzes verbietet die Parteienfinanzierung aus dem Staatshaushalt. Den Parteien wurden nur kleine Summen für die Wahlkämpfe zuerkannt. Siehe OSZE-Berichte.

<sup>320</sup> Siehe Dekret des Präsidenten der Republik Belarus Nr.8 vom 12. März 2001 sowie das Gesetz über die Parteien der Republik Belarus unter <http://pravo.by/document/?guid=3871&p0=v19403266>, zuletzt geprüft am 27.10.2022.

<sup>321</sup> Vgl. den Bericht der Venedig-Kommission zu den Wahlen in Belarus aus dem Jahre 2010.

Banken für ihre Geldtransaktionen benutzen. Für das Verstecken verbotener Einnahmen wurde Konfiskation des Geldes und das Einleiten von Verfahren gegen die Parteiführung und andere Parteiaktivisten in Aussicht gestellt.

Ungeachtet dieser Rechtslage stellte in Belarus die externe Finanzierung die Existenzgrundlage der Oppositionsparteien dar.<sup>322</sup> Diese erfolgte illegal, häufig durch die NGOs, die oft eigens für diesen Zweck gegründet wurden. Gleichzeitig hinderte das Regime die Parteien daran, Geld im Inland zu beschaffen. Die Finanzierung durch die Wirtschaft fand kaum statt, weil die privaten Unternehmungen, die weniger als die Hälfte der Volkswirtschaft ausmachten, unter der sorgfältigen staatlichen Kontrolle standen. Die privaten Businessleute, die die Opposition unterstützten, wurden mit Schließung des Unternehmens, Beschlagnahmung von Wertgegenständen und Immobilien sowie Geld- und Gefängnisstrafen sanktioniert.

Mitgliederbeiträge spielten als Finanzierungsquelle eine geringe Rolle. Sie konnten nur einen kleinen Teil der Parteiausgaben decken, weil die Parteien nur wenige Mitglieder hatten. Diese waren nicht immer bereit, in die Partei zu investieren, von der sie annahmen, dass sie ihre Interessen sowieso nicht würde vertreten dürfen. Die meisten Parteien schufen deshalb die Mitgliederbeiträge ab.

## VII. OPPOSITION UND REGIERUNG IM WAHLKAMPF

### 7.1. Kommunalwahlen in Belarus (März 2003) und in der Ukraine (Oktober 2010)

#### Kräfteverhältnis und Ziele

Im Jahre 2001 ist Aljaksandr Lukaschenka wieder als Präsident gewählt worden. Nach offiziellen Angaben erhielt er 75 Prozent der Stimmen. Nach zwei Jahren verlor er Umfragen zufolge an Rückhalt in der Bevölkerung. Nur 26 Prozent der Belarusen unterstützten ihn noch.<sup>323</sup> Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen war das keine gute Ausgangslage. Lukaschenka wollte verhindern, dass Opposition in Vertretungsorgane einzieht. Die Menschen sollten den Eindruck gewinnen, dass seine Gegner im Wettbewerb keine Chancen haben. Die Wahlausschüsse erhielten Anweisungen, welche Wahlbeteiligung und welche Wahlergebnisse bekanntzugeben sind.

Die Lage der Opposition war schwierig. Sie hatte sich mit dem Boykott der vorangegangenen Kommunal- und Parlamentswahlen (jeweils 1999 und 2000) selbst

---

<sup>322</sup> Obwohl die Höhe dieser Finanzierung schwer einzuschätzen ist, weisen die häufigen Auslandsreisen der Oppositionspolitiker darauf hin. In den Staatsmedien wurde über diese Reisen ähnlich oft wie über die Treffen der Opposition mit den Wählern berichtet. Vgl. BISS Political Media Barometer Nr.10 (July – September 2014): Quality rather than quantities.

<sup>323</sup> Vitali Silitski: The fall of patriarch? In: RFE/RL Poland, Belarus and Ukraine Report, Mai 2003.

geschwächt, während die Regierung ihre Macht konsolidieren konnte. Diesen Fehler wollte sie im März 2003 nicht wiederholen. Aber die Niederlage des Oppositionskandidaten bei den Präsidentschaftswahlen im September 2001 war noch nicht vergessen, die ihre Anhänger enttäuscht und die Zusammenarbeit der oppositionellen Milieus beendet hatte. Den anstehenden Wahlkampf wollte die Opposition als Vorbereitung für die im nächsten Jahre stattfindenden Parlamentswahlen sehen.

Im Winter 2010 gewann in der Ukraine Wiktor Janukowytsch mit 49 Prozent der Wählerstimmen die Präsidentschaftswahlen. Seine Konkurrentin Julja Tymoschenko, die der Regierung in Kyjiw vorstand, verlor allerdings mit 45 Prozent nur knapp, weshalb der neue Präsident in einem Klima der Skepsis und Kritik das Amt antrat. Er war der erste ukrainische Präsident, der die Wahlen mit weniger als 50 Prozent der Wählerstimmen und dazu noch in lediglich zehn der insgesamt 27 großen Verwaltungsbezirke (*oblasti*) gewonnen hat.<sup>324</sup> Es kam erschwerend hinzu, dass die Parlamentsmehrheit für seine Regierung nur mithilfe der Überläufer aus Oppositionsfractionen geschmiedet werden konnte.

Janukowytsch überprüfte persönlich die Neubesetzung der Ämter der exekutiv-administrativen „Machtvertikale“, die von den Ministern bis hin zu den Leitern der regionalen und kommunalen Verwaltungen reichte.<sup>325</sup> In den Organen der kommunalen Selbstverwaltung dominierten aber Oppositionsparteien. Damit seine „Machtvertikale“ um eine „Machthorizontale“, die sich entlang der Gemeinderäte und der Bürgermeister bildete, ergänzt und das Herrschaftssystem „geschlossen“ werden konnte, brauchte das Staatsoberhaupt den Sieg gegen seinen Hauptgegner – die von Tymoschenko angeführte *Bat'kiwschtschyna*. Die Kommunalwahlen galten zugleich als Test für die Parlamentswahlen in zwei Jahren.

Die Opposition wollte ihre Macht auf der kommunalen Ebene verteidigen, was angesichts der breiten Kritik am autoritären Kurs von Janukowytsch möglich zu sein schien. Im Gegensatz zu Lukaschenka genoss Janukowytsch niemals die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen hatte er lediglich 35,32 Prozent der Stimmen erhalten, während die Politiker des früheren orangen Lagers fast 40 Prozent auf sich vereinen konnten. In den Kommunalwahlen im Oktober 2010 kam es deshalb darauf an, die Kräfte der Opposition zu bündeln. Denn im Gegensatz zur Partei der Regionen war keine Partei des einstigen orangen Lagers imstande, allein die Wahlen zu gewinnen. Der Verlust von Anhängern sowie die nach der verlorenen Präsidentschaftswahl eingetretene

---

<sup>324</sup> Vgl. Taras Kuzio: Political culture and democracy. Ukraine as an immobile state. In: „East European Politics and Societies“ Nr. 1(25)/2011, S.88-113, hier S. 88.

<sup>325</sup> Siehe: Yuriy Matsiyevsky: Jakyj režim budue W. Janukowyč i ščo z cjogo vyjde?, in: „Naukovi zapysky NaUOA“ Nr. 4/2010, S. 274-298, hier S. 281.

Demoralisierung sprachen aber gegen die Chancen des Zusammenschlusses der Oppositionsparteien.

Im Jahre 2002 setzte sich in Belarus die Opposition aus zwei Koalitionen zusammen, die sich 1999 herausgebildet hatten.<sup>326</sup> Der „Koordinationsrat der Demokratischen Kräfte“ (*Kaardynazyjnaja Rada Demakratytschnych Sil, KRDK*) war für das Abstimmen oppositioneller Aktivitäten zuständig, während der „Koordinationsrat der Oppositionellen Politischen Parteien“ (*Kaardynazyjnaja Rada Apasizyjnnych Palitytschnych Partyj, KRAPP*) ein Diskussionsforum darstellte, das die politischen Projekte der Opposition (etwa den Entwurf des neuen Wahlgesetzes) besprach.

Der KRDK zeigte Brüche, sobald sich die BSDP(NG) gegen den Boykott der Parlamentswahlen im Jahre 2000 ausgesprochen hat. Die Sozialdemokraten wurden aus dem Koordinationsrat ausgeschlossen, was der BNF und der AGP die Dominanz im KRDK verschaffte. Diese Stärke der Konservativen bewog wiederum die „linken“ Parteien (die *Nadzeja*, die BSDG und die BPP) zum Verlassen des Rates und zur Gründung eigener Koalition. Nach der Spaltung wurde der KRDK zeitweilig zur Kommunikationsplattform der „rechten“ Oppositionskräfte.

Der KRAPP war ideologisch breiter als der KRDK angelegt, wovon die Tatsache zeugte, dass er sowohl die quasi-oppositionelle LPD als auch die strukturelle Opposition der Kommunisten miteinschloss. Er kam auf Initiative und unter Patronage der westlichen Akteure (vor allem der OSZE) zustande, die die Zusammenarbeit der Oppositionsparteien zur Bedingung finanzieller Unterstützung gemacht hatten.<sup>327</sup> Nach der Niederlage der Opposition in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001 ließ das Engagement des Westens nach. Der KRAPP wurde von den Parteien allerdings für den Wiederaufbau der Kontakte mit dem Ausland weiter genutzt. Der Wettbewerb um externe Geldgeber unterminierte jedoch Bemühungen um den Zusammenschluss und lieferte der staatlichen Presse Schlagzeilen.<sup>328</sup> Das „Memorandum über die Koordination der Tätigkeit der politischen Parteien während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in die örtlichen Räte“, zu dem sich die Oppositionsparteien durchgerungen haben, blieb ein Papiertiger.

---

<sup>326</sup> Es gab noch die sogenannte „breite gesellschaftliche Koalition“ zur Unterstützung des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Hantscharyk, die sich aber nach seiner Wahlniederlage im Jahre 2001 auflöste.

<sup>327</sup> Vgl. Andrej Ljachowič: *Systema ulady i systema apasizii paslja alternatyunyh prezidentskih vybarau 1996 g.*, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezalezchnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S. 374-381.

<sup>328</sup> So endete die Teilnahme der Oppositionsparteien an der 11. PACE-Tagung in Berlin im Juli 2002 mit einem Skandal, weil sich der Vorsitzende der AGP Anatol' Ljabedz'ka als der Leiter vom KRAPP und der Vertreter der gesamten belarusischen Opposition ausgab. Besonders die LDP warf der AGP-Führung vor, die Kontakte mit PACE monopolisieren zu wollen, und zerrte die Streitigkeiten innerhalb der Koalition an die Öffentlichkeit. Vgl. *Belgazeta* Nr.27(343) von 15.07.2002.

Die Parteienführer riefen zur Einheit der Opposition auf, ohne diese in Praxis anzustreben. So hat etwa der Vorsitzende der BSDP(NG) Statkewitsch den Führungen der Vereinigten Bürgerpartei (*AGP*) und der BNF öffentlich den Unwillen zur Einigung vorgeworfen. Er forderte die lokalen Parteiengremien dazu auf, über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien selbst zu entscheiden.<sup>329</sup> Die ideologischen und programmatischen Unterschiede trugen zusätzlich zur Erfolglosigkeit des KRAPP bei. Die Teilnahme der Quasi-Opposition (LDP und *Nadzeja*) im Rat rief Unzufriedenheit in der BNF und anderen Parteien hervor. Es kam hinzu, dass auf Betreiben der Regierung die OSZE, die ihre Räumlichkeiten dem KRAPP zur Verfügung gestellt hatte, im Herbst 2002 ihr Büro in Minsk schließen musste.

Nach dem Verlassen des Koordinationsrates durch die BNF und die PKB im Dezember 2002 zerfiel der KRAPP endgültig. Die Volksfront und die Kommunisten beklagten seine Ineffizienz.<sup>330</sup> Die nach der Präsidentenwahl eingetretene Fragmentierung der Opposition wurde vor den Kommunalwahlen nicht überwunden.

In der Ukraine wurde nach dem Sieg von Wiktor Janukowytsch eine neue Regierungskoalition gebildet, die sich aus der Partei der Regionen, dem Block Lytwyn und der KPU sowie einzelnen Abgeordneten der Fraktionen des BJuT und der *Nascha Ukraina* zusammensetzte. Die Wanderung der Abgeordneten des orangen Lagers zum politischen Gegner folgte der oben erwähnten Gesetzesänderung, welche die Koalitionsbildung nicht nur aus den Parlamentsfraktionen, sondern auch aus einzelnen Abgeordneten ermöglichte. Über ein Drittel der ehemals 160 Köpfe zählenden Tymoschenko-Fraktion wechselte daraufhin zum Janukowytsch-Lager.<sup>331</sup> Der Verlust der Abgeordneten erschütterte das orange Lager, das nicht nur seine Mehrheit im Parlament verlor, sondern die Nationaldemokraten als ähnlich korrupt wie ihre nicht-demokratischen Widersacher erscheinen ließ. Der Preis für einen Seitenwechsel schwankte zwischen einer halben Million und einer Million USD.<sup>332</sup> Die Abgeordneten der *Werchowna Rada* waren zum beträchtlichen Teil Geschäftsleute, die sich mit ihren Wahlspenden parlamentarische Immunität und wirtschaftliche Kontakte erkaufen.

Die meisten Teilnehmer der Regierungskoalition haben sich allerdings vom orangen Lager früher schon getrennt. In den Jahren 2008-2009 brachen sechs Koalitionsparteien der

---

<sup>329</sup> Vgl. Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 17.05.2002.

<sup>330</sup> Iryna Ekadumava: Padryhtouka apazicyi da mjascovykh vybarau 2003g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaje tavarystva 2011, S. 827-836, hier S.828ff.

<sup>331</sup> Die Wählerwanderung war aber für die Parteien nicht neu. Bereits 2007 hat jeder fünfte Abgeordnete der Regierungskoalition, die von der Partei der Regionen dominiert war, in die vom BJuT angeführte Regierungskoalition gewechselt. Vgl. Serhiy Kudelia/Taras Kuzio: Nothing personal: explaining the rise and decline of political machines in Ukraine, in: „Post-Soviet Affairs“ Nr. (31)/2015, S.271.

<sup>332</sup> Mykola Rjabtschuk: Prekäre Autokratie. Stillstand und Wandel in der Ukraine. In: „Osteuropa“ Nr. 9(62)/2012, S. 37-51, hier S. 43.

*Nascha Ukraina* die Verbindungen zu Wiktor Juschtschenko ab. Auch der BJuT verlor Schritt für Schritt seine wichtigsten Partner.<sup>333</sup> Das ging nicht nur auf die Käuflichkeit von Politikern, sondern auch auf den autoritären Führungsstil von Tymoschenko und Juschtschenko zurück. Sie kümmerten sich weder um den Aufbau effizienter Strukturen noch um Demokratie, noch um ideologische und programmatische Ausrichtung der Parteien.<sup>334</sup> Die Koalitionen wurden auf Basis persönlicher Verbindungen geschlossen und blieben deshalb höchst heterogen und instabil.<sup>335</sup> Die Anführer der Koalition wurden so lange akzeptiert, solange sie den Koalitionspartner den Zugang zu Ressourcen und Privilegien gewährten. Sobald sich die Schwäche des „Patrons“ abzeichnete, verschwand die Loyalität.

Der Niedergang des nationaldemokratischen Lagers begann gleich nach seiner Machtübernahme im Jahre 2005. Die Orange Regierung wurde von mehreren Krisen erschüttert, die die Hoffnungen auf die schnelle Demokratisierung unterminierten. Im Mai 2010 fiel die Zustimmung zu Tymoschenko auf zwölf Prozent.<sup>336</sup> Juschtschenko war noch schwächer. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 erhielt er als amtierender Präsident nur 5,45 Prozent der abgegebenen Stimmen (fünf Jahre zuvor hatte er noch 40 Prozent erhalten). Der Untergang der orangenen Koalition schritt unausweichlich voran, weil der gemeinsame Nenner ihres Zusammenhalts – die Gegnerschaft zu Janukowytsch – nicht mehr tragfähig war.<sup>337</sup>

Auch bevorstehende Kommunalwahlen führten nicht zur Überwindung der Fragmentierung der Opposition, die im Klima der Politikverdrossenheit und Vertrauensverlusts agierte. Hinzu kam die Hetzkampagne der Macht gegen Julja Tymoschenko und andere Politiker der Nationaldemokraten. Der ehemaligen Premierministerin wurde vorgeworfen, an allen Problemen des Landes schuld zu sein. Sie selbst versuchte sich als eine Art Märtyrerin darzustellen und rief die Opposition zum Zusammengehen gegen das zunehmend repressive Regime auf. Da sie aber die Opposition anführen wollte und das orange Lager diskreditiert war, fand sie wenig Unterstützung.<sup>338</sup>

---

<sup>333</sup> Ebd.

<sup>334</sup> Dazu Kyryl Savin: „Kommunalwahlen in der Ukraine: Frei, demokratisch, transparent?“ unter <https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-kommunalwahlen-ukraine-10531.html>, zuletzt geprüft am 29.10.2022; Andreas Åslund: Oligarchs, corruption, and European integration, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 67f.

<sup>335</sup> Der BJuT vereinte sehr unterschiedliche Parteien - von der liberalen *Jabloko*-Partei bis zur rechtspopulistischen Konservativen Liberalen Partei.

<sup>336</sup> Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 17. Januar 2010 erhielt Tymoschenko noch immerhin 25 Prozent der Stimmen.

<sup>337</sup> Vgl. Kuzio 2011.

<sup>338</sup> Vgl. Sviatoslav Khomenko: United or lost? Opposition in Ukraine, in: „New Eastern Europe“ von 10.04.2012, S. 53f.

## Strategien und Handeln der Opposition

In Belarus boten die Kommunalwahlen des Jahres 2003 der Opposition die Möglichkeit, Kontakte zur Bevölkerung zu knüpfen. Gleichzeitig stellten sie für die oppositionellen Milieus, von denen die meisten zum letzten Mal vor ganzen acht Jahren zu Wahlen angetreten waren, eine Übung im Wahlkampf dar. Der Verzicht auf den gemeinsamen Wahlkampf war nicht unbedingt der Ausdruck der fehlenden Kooperationsbereitschaft, sondern entsprang vielmehr dem Wunsch, eigene Anhänger zu gewinnen. Für das einheitliche Auftreten fehlten den Oppositionsparteien zudem finanzielle und menschliche Ressourcen. Sie haben die Entscheidung über mögliche Wahlblockbildungen ihren regionalen Büros überlassen. Es zeigte sich später, dass dort, wo Koalitionen vor Ort gebildet werden konnten, die Opposition oft Erfolg hatte, was die Parteien zur weiteren Zusammenarbeit motivierte.

Die Kandidaten der Opposition erhielten von den Parteien auch Freiheit bei der Konzipierung ihrer Wahlprogramme. Viele richteten sich weniger nach ideologischen Grundsätzen als nach Bedürfnissen und Erwartungen der lokalen Wähler. Die Botschaft „Die Opposition kämpft gegen das autoritäre Regime“ wurde durch das Motto „Die Opposition kümmert sich um die Menschen“ ersetzt.

Die Verdrängung der echten Opposition aus der Systempolitik in den vorangegangenen Jahren hatte bewirkt, dass die Belarusen nicht nur über die Opposition schlecht informiert waren, sondern oft nicht wussten, dass sie existierte. Umgekehrt waren den Oppositionellen die realen Sorgen der Menschen oft unbekannt. Wie es der Vorsitzende der BNF Winzuck Wjatschorka anmerkte:

„In diesem Wahlkampf haben wir nicht nur über die Probleme von Gemeinden erfahren und unsere Vorschläge zu ihrer Lösung kommuniziert, sondern auch das Signal an die Wähler gesendet: >Die Opposition existiert und sie weiß, was zu tun ist.<“<sup>339</sup>.

Wo es gelang, mit den Wählern Kontakt zu knüpfen, war die Opposition erfolgreich. Denn die Menschen waren grundsätzlich bereit, für die Nicht-Regime-Kandidaten zu stimmen. Viele waren inzwischen von Lukaschenka enttäuscht.

Trotz der Versuche, auf Alltagsprobleme der Menschen einzugehen, sprachen jedoch die meisten Oppositionskandidaten immer noch vor allem über die großen Themen der Unabhängigkeit, Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechte etc. Damit konnten sie lediglich ihre Anhänger oder sehr kleine Gruppe der Protestwähler in den Großstädten ansprechen, wo die Ideen der Demokratie und Unabhängigkeit traditionell verbreitet waren.

---

<sup>339</sup> Zitiert nach Čavusau 2005, S. 20.



Ein großes Problem der Opposition stellte der Mangel an Kandidaten und Aktivisten dar, die von Tür zu Tür gehen, Unterschriften sammeln, Flugblätter verteilen und mit Wählern sprechen würden. Da die Entscheidungen der Machtvertikale in keinerlei Weise von örtlichen Organen abhängig waren, hatten sich die Oppositionsparteien in den vergangenen Jahren mit dem Ausbau ihrer Regionalbüros kaum beschäftigt und waren vor Ort schwach repräsentiert. Dabei waren ihre Chancen in kleineren Orten recht groß. Dort kämpften – statistisch gesehen – nur 1,2 Kandidaten um ein Mandat.<sup>340</sup> In Großstädten dagegen gab es manchmal den Wettbewerb unter verschiedenen Oppositionskandidaten.<sup>341</sup>

In der Provinz waren allerdings die Kandidaten der Opposition mehr als in den großen Städten von Repression bedroht. Fern der Hauptstadt konnten ihnen ihre Parteien kaum die Gewissheit vermitteln, dass ihnen im Fall des politisch motivierten Arbeitsplatzverlusts geholfen sein würde.<sup>342</sup> Es war trotzdem ein Fehler, dass die Opposition den Fokus auf die Großstädte gelegt hatte, wo das Regime den Wahlkampf sowie die Öffentlichkeit gut unter Kontrolle hatte. Hätte sie mehr Kandidaten in Kleinstädten und dörflichen Gemeinden aufgestellt, wären die Wahlergebnisse der Opposition besser ausgefallen. Das deutet der Erfolg des BNF-Kandidaten Ales' Michalewitsch an, der zum Abgeordneten des Landkreisesrates in Puchawitschi (Bezirk Minsk) gewählt wurde, nachdem er nach offiziellen Angaben mehr als 60 Prozent der Stimmen bekommen hatte.

Gegen das Misstrauen gegenüber den Parteien hätten diese mit der Aufstellung von nicht-parteilichen Kandidaten vorgehen können. Laut Umfragen wollten nämlich 38 Prozent der Wähler keine regierungsnahen Kandidaten unterstützen. Knapp vier Prozent äußerten aber die grundsätzliche Bereitschaft, für die Kandidaten der Oppositionsparteien zu stimmen.<sup>343</sup> In der Praxis konnte selbst dieser kleine Wähleranteil nicht mobilisiert werden, weil die Opposition für die 24 012 landesweit zu gewinnenden Mandate nur 654 Bewerber aufstellte, von denen lediglich 399 als Kandidaten registriert wurden.<sup>344</sup>

Auch in der Ukraine trug die Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen dazu bei, dass vor den Kommunalwahlen im Oktober 2010 keine effektive Neuaufstellung der Opposition erfolgte. Weder Julja Tymoschenko noch andere Anführer der Opposition wussten, wie sie ihre

---

<sup>340</sup> Vgl. Ekdumava 2011, S. 840.

<sup>341</sup> Das große Interesse der Opposition an den Wahlen in den Minsker Stadtrat kann damit erklärt werden, dass er acht Mitglieder für den Rat der Republik nominierte.

<sup>342</sup> Vgl. V. Silitski: Contagion Deterred: Preemptive Authoritarianism in Postcommunist Belarus, in: *Demokratizatsiya*, Vol. 11, No. 3, S. 401-403; Korosteleva 2012, S.77f; A. Wilson: *Belarus: The Last European Dictatorship*. New Haven: Yale University Press 2011, S.195ff.

<sup>343</sup> Vladimir Rovdo: Čerez urnu i pressing, in: *Naviny* von 03.04.2003, [https://naviny.media/rubrics/politic/2003/04/03/ic\\_articles\\_112\\_144131](https://naviny.media/rubrics/politic/2003/04/03/ic_articles_112_144131), zuletzt geprüft am 29.10.2022.

<sup>344</sup> Sjarhej Babaeu: Padrychtouka uladau da mjascovyh vybarau 2003g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: *Belaruskae gistoryčnae tavarystva* 2011, S. 816-827, hier S.821.

abgegangenen Wähler zurückgewinnen könnten. Obwohl Tymoschenko nach der Präsidentschaftswahl bis zur neuen Regierungsbildung als geschäftsführende Premierministerin im Amt hätte bleiben müssen, trat sie unerwartet zurück. Ihre parlamentarischen Mitstreiter waren aber wenig geneigt, vorgezogene Neuwahlen zu provozieren, weil sie um ihre Mandate fürchteten. Durch das Umschwenken um auf die Seite der Sieger schwächten sie das orange Lager im Parlament und entzogen ihm die Reste seiner Glaubwürdigkeit. All das erleichterte Wiktor Janukowytsch die Aufgabe, die neue Regierungsmehrheit zu bilden.<sup>345</sup>

Die Politiker, die in diversen orangenen Regierungen keinen sonderlich professionellen Eindruck gemacht hatten, stritten nun untereinander. Da sie nicht bereit waren, eigene Schuld für die Niederlage im Präsidentschaftswahlkampf einzugestehen, konnten sie nur mit der Unterstützung dieser Wähler rechnen, die sich ohnehin dezidiert gegen das „blaue Lager“<sup>346</sup> von Janukowytsch aussprachen.

Während in Belarus jede Wahlstrategie der Opposition dem Kampf gegen Windmühlen ähnelte, hatten die demokratischen Kräfte in der Ukraine beim koordinierten Wahlkampf reale Chancen, die Kommunalwahlen zu gewinnen, zumal die Unterstützung für die neue Regierung zurückging. Sie hatte unpopuläre Maßnahmen zu verantworten: die drastische Erhöhung der Gaspreise für private Haushalte und die umstrittene Wiedereinführung der alten Verfassung. Auch die Preise der Grundlebensmittel sind merklich gestiegen. Die Opposition blieb jedoch zerstritten, was beim gemischten Wahlsystem dem monolithisch auftretenden Gegner, der auf mafiaartiger Parteidisziplin aufbaute, in die Hände spielte. Statt gegen die Partei der Regionen, kämpften die Kandidaten der Opposition in Einmannwahlkreisen gegeneinander.

Auch die schwache Mitgliederbasis und kaum vorhandene regionale Infrastruktur der Oppositionsparteien sowie der Mangel an Aktivisten hinderten die Opposition daran, einen effektiven Machtkampf zu führen. Während sich die Partei der Regionen bei gleichen Schwächen auf klientelistische Beziehungen und die Macht des Erpresserstaates, den sie kontrollierte, verlassen konnte, kam die Opposition mit dem Wahlkampf nicht zurecht.

Tymoschenkos Block und Juschtschenkos Unsere Ukraine (*Nascha Ukraina*) wurden zwar von Geschäftsleuten und ihren wirtschaftlichen Interessen dominiert. In einem Staat, der keine Rechtsstaatlichkeit kannte, konnte sich dennoch der Großteil der Wirtschaftsleute nicht leisten, die Opposition offen zu unterstützen. Ihre Angst spielte den Kandidaten des

---

<sup>345</sup> Vgl. Rjabtchuk 2012, S. 43.

<sup>346</sup> Blau war die Farbe der Demonstranten, die während der Orangen Revolution Wiktor Janukowytsch unterstützten.

Regierungslagers, die darüber hinaus in den Medien, die größtenteils den regimenahen Oligarchen gehörten, stark vertreten waren, in die Hände.

In beiden Ländern folgten die fragmentierten Oppositionsparteien partikularen Interessen. Sie erlagen zudem den Schwächen ihrer Anführer: dem Geltungsdrang, der Unfähigkeit zum Kompromiss und dem Unwillen, sich dem Gemeinwohl zu unterordnen. Beides beeinträchtigte ihre Chancen, die trotz allem nicht so klein waren. Laut Umfragen vom Februar 2003 und vom Oktober 2010 konnten entsprechend sieben größte Oppositionsparteien in Belarus mit der Unterstützung von 27 Prozent der Bevölkerung und die Oppositionsparteien in der Ukraine mit der von etwa 40 Prozent der Wähler rechnen.<sup>347</sup>

### **Präventiver Druck und Manipulation der Regierung**

Die Regierungen beider Länder bedienten sich vor und während des Wahlkampfs vielseitiger Methoden der Manipulation, um ihre Ziele zu erreichen. Während in der Ukraine das Vorgehen des Regimes den fairen Wettbewerb stark beeinträchtigte, hebelte es in Belarus diesen aus. Dieser Unterschied entsprang nicht unterschiedlichen Intentionen der Regierenden, sondern ihren unterschiedlichen Möglichkeiten. In der Ukraine mussten sie die Gefahr des gesellschaftlichen Widerstands in Betracht ziehen, so dass sie sich manchmal sogar zu Kompromissen mit der Opposition gezwungen sahen. In Belarus brauchte hingegen die Macht weder Rücksicht auf Gesellschaft noch auf internationale Gemeinschaft zu nehmen, weil ohnehin nicht erwartet wurde, dass die Opposition die Wahlen gewinnen könnte.

Es fällt aber auf, dass die Regierungen in beiden Ländern gegen die Opposition präventiv vorgegangen waren. Das Wahlgesetz, das von der Nationalversammlung im Februar 2000 in Belarus angenommen wurde, sollte den Einzug der Opposition in die Volksvertretungsorgane verhindern, indem es mit dem Mehrheitswahlrecht regimetreue parteilose Kandidaten begünstigte. Die *de facto* ausbleibende Wahlbeobachtung ermöglichte wiederum die Fälschung der Wahlergebnisse. Auch in der Ukraine verabschiedete die von der Regierungskoalition dominierte *Werchowyna Rada* im Juli 2010 – also zwei Monate vor den Kommunalwahlen – ein neues Wahlgesetz, welches das Verhältniswahlrecht durch ein Mischwahlrecht ersetzte, wonach die Hälfte der Abgeordneten nach Parteilisten und die andere Hälfte in Einmannwahlkreisen gewählt werden sollte.

---

<sup>347</sup> Vgl. Andrej Ekdumau: *Dynamika hramadskaj dumki: verasen' 2001-ljuty 2003*, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tavarystva 2011, S.812; die Umfrage des ukrainischen Meinungsforschungsinstituts „Rating Group“ vom Oktober 2010 unter [https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/elektoralnye\\_nastroeniya\\_naseleniya\\_ukrainy\\_oktyabr\\_2010.html](https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/elektoralnye_nastroeniya_naseleniya_ukrainy_oktyabr_2010.html), zuletzt geprüft am 29.10.2022.

Eine weitere Änderung im ukrainischen Wahlgesetz richtete sich in erster Linie gegen Julja Tymoschenko und ihren Parteienblock. Das Gesetz ließ ausschließlich die Wahlteilnahme von Parteien zu und verbot Wahlbündnisse. Tymoschenkos Partei musste deshalb unter dem wenig bekannten Namen *Bat'kiwschtschyna* antreten. Infolgedessen erreichte sie nicht nur weniger Wähler, sondern reduzierte sich auch die Zahl ihrer Kandidaten. Die Mitglieder anderer am Wahlblock BJuT beteiligten Parteien mussten nämlich aus ihren Listen gestrichen werden mussten.

Da im novellierten Wahlgesetz das für die Arbeit der Wahlausschüsse erforderliche Quorum auf drei (von insgesamt 18) Mitglieder gesenkt wurde, wurde die Fälschung der Wahlergebnisse bei Stimmenauszählung leicht gemacht. Infolge der Kritik aus dem Westen und der ukrainischen Öffentlichkeit wurde das Wahlgesetz zwar nachgebessert, jedoch nur unwesentlich. Zurückgenommen wurde lediglich die Bestimmung, wonach Parteien ihre Kandidaten nur in denjenigen Wahlkreisen aufstellen durften, in denen ihre örtlichen Organisationen mindestens ein Jahr vor der Wahl offiziell registriert worden waren.

Diese Gesetzesänderung richtete sich zum einen gegen die – nicht im Parlament vertretene – Partei „Starke Ukraine“ (*Syl'na Ukraïna, SU*), die im Osten und Süden des Landes die einzige ernsthafte Konkurrenz zur Partei der Regionen darstellte. Ihr Vorsitzender, der Vizepremierminister Tihipko, hatte als Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 rund 13 Prozent der Stimmen gewonnen, dies größtenteils auf Kosten von Wiktor Janukowytsch. Zum anderen benachteiligte die Gesetzesänderung die Partei „Front für Veränderungen“ (*Front Smin, FS*) von Arsenij Jazenjuk, der im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen knapp sieben Prozent der Stimmen erhalten hatte. Wäre es bei der alten Regelung geblieben, hätten diese beiden neuen Parteien – grob geschätzt – in der Hälfte aller Wahlkreise antreten können.

Sowohl in Belarus als auch in der Ukraine wurden administrative Ressourcen zugunsten regierungsnaher Kandidaten eingesetzt. Dadurch wurden kommunale Verwaltungen in „lokale Wahlkampfstäbe“ der Partei der Regionen und der belarusischen Präsidentialadministration umgewandelt.

In der Ukraine protestierten die Kommunisten gegen Fälschungsabsichten ihres Koalitionspartners in Donezk und auf der Krim. Auch die „Starke Ukraine“ Tihipkos beklagte „administrative Interferenzen“ in ihrem Wahlkampf, und zwar überall dort, wo sie laut Meinungsumfragen stark war.<sup>348</sup>

---

<sup>348</sup> Interfax-Ukraine, Kiew, 13.09.2010.

In Belarus wurde etwa ein Viertel der Oppositionskandidaten nicht zur Wahl zugelassen. Offiziell wurden dafür formale Gründe genannt. In Wirklichkeit ging es aber darum, Kandidaten mit guten Chancen auszusortieren.<sup>349</sup> Zum Beispiel dem stellvertretenden Vorsitzenden der BNF Jury Hadyka wurde wegen (umgerechnet) fünfzehn Euro, die er in seiner Steuererklärung nicht angegeben hat, die Registrierung verweigert. Da die Opposition nur wenige Kandidaten aufstellen konnte, wurden die Wahlen *de facto* alternativlos.

Die zur Wahl zugelassenen Oppositionskandidaten wurden von den Behörden bei der Durchführung ihres Wahlkampfes gestört. Sie erhielten keine Räumlichkeiten für Treffen mit Wählern, ihre Plakate konnten nicht gedruckt werden, ihre Wahlprogramme wurden in den lokalen Zeitungen nicht veröffentlicht, ihre Auftritte im Radio und Fernsehen wurden zensiert usw. Auch systemloyale unabhängige Kandidaten wurden der Opposition ähnlich behandelt. Das Regime hatte aus der Erfahrung mit der Parlamentsfraktion *Respublika* Lehren gezogen, deren Mitglieder sich als eine System-Partei ausgaben, um im Jahre 2004 in der Nationalversammlung wie strukturelle Opposition zu agieren. Das Einhalten des Prinzips „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ sollte jegliche Destabilisierung des Systems durch echte Opposition verhindern.

In der Ukraine wurden unabhängige Kandidaten oft genötigt, der Partei der Regionen beizutreten. Die Weigerung wurde von Drohungen mit Amtsverlust bzw. mit Gerichtsverfahren wegen angeblichen Amtsmissbrauchs begleitet. Den Unternehmern, die Kandidaten der Opposition unterstützten, wurde mit dem Entzug von Aufträgen und der Kündigung von Mietverträgen gedroht.<sup>350</sup> Diffamierung in Medien, Schließung von regionalen Parteienbüros und Strafverfahren gegen einzelne Oppositionspolitiker kamen hinzu.

Zahlreiche Kandidaten der Opposition und der Regierungskoalition wurden nicht zur Wahl zugelassen. Die selektive Anwendung des Wahlgesetzes durch territoriale Wahlausschüsse richtete sich jedoch gegen die Oppositionskandidaten. In einigen Wahlkreisen wurde die *Bat'kiwschtschyna* auf besonders tückische Art von der Wahl ausgeschlossen: nicht sie selbst, sondern die Pseudoparteien, die ihren Namen trugen, wurden zur Wahl zugelassen. In Kyjiw und Lwiw, wo die Vaterland-Partei bei den Präsidentschaftswahlen zwischen 60 und 70 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte, konnte sie nicht antreten.<sup>351</sup> Die ehemaligen

---

<sup>349</sup> Siehe Babaeu 2011, S.821f.

<sup>350</sup> OPORA-Bericht zu Kommunalwahlen 2010 auf <https://www.oporaua.org/>, zuletzt geprüft am 29.10.2022.

<sup>351</sup> Die ehemaligen Funktionäre der *Bat'kiwschtschyna*, die in Wirklichkeit nichts mit der Partei von Julja Tymoschenko zu tun hatten, wurden per Gerichtsentscheid wieder in ihre Parteiämter eingesetzt. Dann haben sie Parteilisten eingereicht. Nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse hat die *Bat'kiwschtschyna* im Parlament die Einberufung eines Untersuchungsausschusses zu den Wahlen beantragt. Die Parlamentsmehrheit hat ihren Antrag abgelehnt.

Funktionäre der *Bat'kiwschtschyna*, die in Wirklichkeit nichts mit der Partei von Julja Tymoschenko zu tun hatten, wurden per Gerichtsentscheid wieder in ihre Parteiämter eingesetzt. Dann haben sie Parteilisten eingereicht. Nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse hat die *Bat'kiwschtschyna* im Parlament die Einberufung eines Untersuchungsausschusses zu den Wahlen beantragt. Die Parlamentsmehrheit hat ihren Antrag abgelehnt.

In den ukrainischen Wahlausschüssen war die Opposition mit nur einem Drittel der Mitglieder und mit 16 Prozent der aus ihren Reihen kommenden Vorsitzenden stark unterrepräsentiert.<sup>352</sup> Diese von der Regierung bestimmte Zusammensetzung der Wahlausschüsse wirkte sich oft auf Ergebnisse der Wahlen aus. Neben der blanken Fälschung beim Stimmenzählen wurde der Einsatz überzähliger oder gefälschter Stimmzettel, die vorzeitige Stimmabgabe, die Verhinderung der internationalen Wahlbeobachtung<sup>353</sup> und die Erpressung von Mitgliedern der Wahlausschüsse praktiziert. Es gab aber noch den Stimmenkauf, das Streichen von Parteien und Kandidaten auf den Stimmzetteln, die mehrfache Stimmabgabe durch die Wähler, die von einem Wahllokal ins andere transportiert wurden (die so genannte Karussell-Wahl), die „Hilfe“ bei der Stimmabgabe in der Wahlkabine, die „Anleitung“ zur öffentlichen Stimmabgabe u.Ä.<sup>354</sup>

### **Ergebnis und Folgen der Wahlen**

In der Ukraine dauerte die Stimmenauszählung zwei Wochen nach der Wahl immer noch an, was auf „Nachbesserungen“ der Wahlprotokolle schließen ließ. In Belarus war das nicht notwendig. Das Gewicht der – geschätzt – zehn Prozent der auf die oppositionsnahen Kandidaten abgegebenen Wählerstimmen vermochte nicht, die vollständige Kontrolle des Regimes über den Wahlvorgang wettzumachen. Die Wahlbeteiligung wurde offiziell mit 73 Prozent angegeben. Unabhängige Schätzungen gingen von immerhin 65 Prozent aus, was nicht mit dem starken Partizipationswunsch der Wähler, sondern mit dem Druck zusammenhing, der auf sie ausgeübt wurde, zu Wahllokalen zu gehen.<sup>355</sup>

Die Macht in Belarus ließ keine internationale Wahlbeobachtung zu, weshalb sich der Westen auf die an die Regierung gerichteten Forderungen beschränkte, das Wahlgesetz den demokratischen Standards anzupassen und Wahlen nach den Prinzipien der OSZE

---

<sup>352</sup> Winfried Schneider-Deters: Die Lokal- und Regionalwahlen vom 31. Oktober 2010 – die Landnahme der „Partei der Regionen“, 18. November 2010, [https://ukraine-nachrichten.de/ukraine-dem-einparteienstaat\\_2888](https://ukraine-nachrichten.de/ukraine-dem-einparteienstaat_2888), zuletzt geprüft am 29.10.2022.

<sup>353</sup> Die ukrainische Seite hatte die internationalen Organisationen sehr spät eingeladen, so dass eine Mission der OSZE und andere große Beobachtergruppen nicht mehr zustande kamen.

<sup>354</sup> Schneider-Deters 2010.

<sup>355</sup> Vgl. Silitski 2011, S.852.

durchzuführen.<sup>356</sup> Während Janukowytsch einen Spagat zwischen Machtsicherung und Akzeptanz der Wahlergebnisse durch den Westen versuchte, ignorierte Lukaschenka die Forderungen der internationalen Gemeinschaft. Die Besetzung der Wahlausschüsse mit regimetreuen Mitgliedern ermöglichte Fälschungen bei Stimmenauszählung. Der landesweite Sieg der regimetreuen Kandidaten konnte verkündet werden.

Obwohl in Belarus lediglich ein Drittel der Wähler die Bereitschaft deklarierte, für regierungsnahe Kandidaten zu stimmen,<sup>357</sup> erhielten diese offiziell 97 Prozent der Stimmen. Die belarusische Opposition bekam nur ein Prozent der Sitze in den städtischen und örtlichen Räten.

Damit nahm die Wahlfälschung eine bislang unbekannte Dimension an. Während Experten bei den vorangegangenen Wahlen den Anteil der gefälschten Stimmen am offiziellen Wahlergebnis mit 15-20 Prozent angaben, gingen einige von ihnen im Jahre 2003 von einer doppelt so hohen Zahl aus.<sup>358</sup> Gleichzeitig sagten nur 19 Prozent der befragten Belarusen, dass die offiziellen Wahlergebnisse ihrer Meinung nach gefälscht wurden, was auf die weit verbreitete Überzeugung schließen lässt, dass es für das Regime keine Alternative gab.<sup>359</sup>

Geschlagen, gedemütigt und marginalisiert, verfehlte die Opposition ihr strategisches Ziel, durch die schrittweise Rückkehr in die Systempolitik die Veränderung der Machtbalance im Land zu bewirken. Die unzureichende Mobilisierung eigener Kräfte, die auf die Unterschätzung der Bedeutung von Kommunalwahlen, die Ressourcenknappheit und die organisatorischen Schwächen folgte, begleitet vom unfairen Wettbewerb, ließen keinen Erfolg zu.

Trotzdem profitierte die Opposition von der Teilnahme an den Wahlen. Erstens kam sie aus der Isolation heraus. Zweitens konnte sie feststellen, dass die Unterstützung für das Regime sinkt, was Hoffnungen auf künftige Erfolge nährte. Drittens sammelte sie Erfahrungen, die für die kommenden Parlamentswahlen wichtig waren. Viertens erzielten einige wenige Kandidaten, die einen guten Wahlkampf geführt hatten, auch gute Ergebnisse.

Vereinzelt konnten die Oppositionskandidaten in der Provinz, die als die Hochburg der Lukaschenka-Anhänger galt, siegen. In der Kleinstadt Belaasjorsk in Westbelarus gewann die Opposition sogar die Mehrheit im Stadtrat. Derartige Erfolge stützten die Meinung, dass der

---

<sup>356</sup> Siehe OSZE-Bericht Belarus 2003.

<sup>357</sup> Ekadumau 2011, S. 811.

<sup>358</sup> Andere schätzten die Fälschung doch auf etwa 15 Prozent ein. Das Ausmaß der Fälschung variierte territorial. Vgl. Vital' Silitski: Zmjanenne palityčnaga raskladu paslja mjascovyh vybarau 2003g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S. 850-863, S. 843.

<sup>359</sup> Ebd., S.858.

Wahlboykott keine richtige Strategie darstellte, obwohl die Opposition in Minsk und in den anderen Großstädten, in denen sie die meisten Unterstützer hatte, im bestehenden politischen System keine Siegeschancen haben würde.

Die NGOs, die noch bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 2001 eine große Rolle spielten, erwiesen sich bei den Kommunalwahlen als weitgehend bedeutungslos. Die Parteien wurden erneut zu wichtigsten Kräften der Opposition.

Die Manipulation der Wahlen wies bei aller Effektivität Lücken auf, die sich die Opposition zukünftig zunutze machen wollte. Selbst wenn solche Hoffnungen naiv waren, motivierten sie die Parteien zur Teilnahme an den kommenden Wahlen, zum Zusammenschluss und zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Wahlstrategie.

In der Ukraine waren die nach der langen Stimmenzählung verkündeten Wahlergebnisse für die Opposition niederschmetternd. Die Partei der Regionen gewann in 20 der insgesamt 25 *oblasti*. In 13 Bezirken erhielt sie absolute Mehrheit. Im Osten und Süden erreichte sie die Zweidrittelmehrheit, wobei sie in Bezirken Donezk und Luhansk mit entsprechend 92 und 85 Prozent der Stimmen gewann. Auf der Krim waren es 80 Prozent. Lediglich in Wolhynien ging die *Bat'kiwschtschyna* aus den Wahlen als der Sieger hervor, und das auch mit nur 32 Prozent der Wählerstimmen.<sup>360</sup> Im historischen Ostgalizien verlor die nationaldemokratische Opposition gegen die rechtsextreme *Swoboda*, die dort je nach Bezirk 15 bis 35 Prozent der Stimmen gewann.<sup>361</sup>

Insgesamt markierten die Wahlen die deutliche Schwächung des demokratischen Lagers. Landesweit konnte es nur ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen und verlor somit die Hälfte seiner bisherigen Mandate. Das schlechte Wahlergebnis war in erster Linie der Niederlage in Einmannwahlkreisen geschuldet, was darauf schließen ließ, dass die Opposition hätte viele Wähler gewinnen können, wenn ihre Parteien mehr Kooperationsbereitschaft gezeigt hätten. Für diese Interpretation spricht auch indirekt die Tatsache, dass die Ergebnisse der Regierungspartei in Wahlkreisen mit Parteilisten nicht überwältigend waren. Dort erhielt sie im landesweiten Durchschnitt 32 Prozent der Stimmen.<sup>362</sup>

Wenn man aber die Wahlbeteiligung berücksichtigt, die mit weniger als 50 Prozent in der unabhängigen Ukraine niemals so niedrig gewesen war,<sup>363</sup> nahm im Osten und Süden die

---

<sup>360</sup> Interessanterweise schnitt dort die Partei der Regionen mit 27,5 Prozent der Wählerstimmen nicht wesentlich schlechter ab.

<sup>361</sup> Siehe die Wahlergebnisse in Ukraine-Analysen Nr.83 vom 23.11.2010, S.7.

<sup>362</sup> Immerhin honorierte ein Drittel der Wähler die unter der neuen Regierung eingetretene politische Stabilität und störte sich nicht an der fortschreitenden Monopolisierung der Macht. Sieben Prozent der Wähler (und in einigen Wahlkreisen sogar bis zu 25 Prozent) stimmten „gegen alle“, was von der starken Politikverdrossenheit zeugte.

<sup>363</sup> Vgl. Ukrainskaja Pravda (russ. Version), 08.11.2010.



Unterstützung für die Partei der Regionen ab. Währenddessen verzeichnete sie im Westen einen Stimmenzuwachs. Ein Teil „ihrer“ Stimmen wanderte zur reanimierten Kommunistischen Partei, die bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2007 nur mit Mühe die Sperrklausel überwinden konnte. Diesmal errang sie mit dem Stimmenanteil von sechs Prozent landesweit den vierten Platz. Sie profitierte von ideologischer Radikalisierung, die sich in der Apologie „sowjetischer Werte“ manifestierte, für die die Errichtung eines Stalin-Denkmal in Saporischtsche repräsentativ war. Auch ihre gegen die Oligarchen gerichtete Rhetorik kam gut an, obwohl sie ihrer Koalition mit der Partei der Regionen eigentlich widersprach.

Zu den eindeutigen Verlierern der Wahlen gehörten neben der Opposition die kleinen Verbündeten der Regierungspartei. Die Sozialistische Partei sowie die Volkspartei (*Narodnaja Partija Ukrajiny, NPU*) des Parlamentspräsidenten Wolodymyr Lytwyn blieben unter zwei Prozent. Die *Syl'na Ukrajina* des Vizepremierministers Serhij Tihipko musste sich mit vier Prozent der Wählerstimmen begnügen. Die Zusammenarbeit mit der Regierungspartei, die sich immer mehr als die „Partei der Macht“ positionierte, war diesen Parteien offenbar nicht zuträglich.

Von den „alten“ Parteien der orangen Koalition ist nur die *Bat'kiwschtschyna* auf der politischen Bühne geblieben, die mit lediglich 13 Prozent der Stimmen schwere Verluste davontrug. Sowohl die Unsere Ukraine als auch beide Nachfolger der *Ruch* – die „Volksbewegung der Ukraine“ (*Narodnyj Ruch Ukrajiny, NRU*) und die „Ukrainische Volkspartei“ (*Ukrajins'ka Narodna Partija, UNP*) – erhielten je weniger als zwei Prozent der Stimmen.<sup>364</sup> Gleichzeitig erzielten neue Politiker wie der junge Herausforderer von Julja Tymoschenko, Arsenij Jazenjuk, Erfolge. Seine erst im Jahre 2009 gegründete Front für Veränderungen (*FS*) schlug im Westen und im Zentrum des Landes oft die *Bat'kiwschtschyna* und zog in fast alle Gebietsräte ein. Im südwestlichen Bezirk Tschernowtsy, aus dem Jazenjuk stammte, erreichte seine Partei 22 Prozent der Sitze im Bezirksparlament. Landesweit kam sie mit sieben Prozent der Stimmen auf den dritten Platz.<sup>365</sup>

In der Westukraine konkurrierte die *Bat'kiwschtschyna* noch mit der *Swoboda*, die im landesweiten Durchschnitt auf fünf Prozent der Wählerstimmen kam und in Galizien sogar die Mehrheit holte. Die Radikalisierung eines Teils der nationaldemokratischen Wählerschaft war die Reaktion auf die Machtübernahme der pro-russländischen Kräfte im Land sowie den

---

<sup>364</sup> In Transkarpatien ging aber die im März 2008 gegründete Partei Geeinte Mitte (*Jedyny Zentr*), die den ehemaligen ukrainischen Staatspräsidenten Wiktor Juschtschenko unterstützte, mit 42 Prozent der Stimmen als Sieger hervor.

<sup>365</sup> Das gleiche Ergebnis erzielte Arsenij Jazenjuk in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2010. Er zog im Jahre 2007 als Mitglied des Wahlblocks „Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes“ (*Nascha Ukrajina-Narodna Samooborona*) in die Werchowyna Rada ein.

Vertrauensverlust in Tymoschenko. Das gute Ergebnis der *Swoboda* erfreute die Regierung, die den Rechtsruck der Opposition bei jeder Gelegenheit beklagte.<sup>366</sup>

Die Oppositionsparteien warfen der Regierung massive Wahlfälschungen besonders im Osten des Landes vor. Es gelang ihnen nicht, ihre Macht in wichtigen Städten Odessa und Charkiw zu verteidigen, in denen sie gemäß dem *exit poll* gewonnen haben. Sie klagten, die Regierung hätte mit Wahlfälschung und Tricks ihren Bürgermeistern der Amtsantritt verwehrt. Auch die größten ukrainischen Wahlbeobachtungsorganisationen („OPORA“ und das „Komitee der Wähler der Ukraine“) meldeten zahlreiche Unregelmäßigkeiten. Nach Umfragen hielt fast die Hälfte der Wähler die Wahlen für nicht demokratisch.<sup>367</sup> Die internationalen Wahlbeobachter urteilten demgegenüber gemäßigt, indem sie stärker als den Wahlgang das neue Wahlgesetz kritisierten. Zwar hätte es oft Verletzungen von demokratischen Standards gegeben, das Ausmaß der Manipulationen wäre jedoch nicht so groß wie in Belarus.<sup>368</sup>

Die schlechten Wahlergebnisse bewirkten die Annäherung der Oppositionsparteien. Einerseits wandten sie sich gemeinsam an die internationale Gemeinschaft mit dem Appell, die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen zu verurteilen. Andererseits, erschrocken durch die Perspektive der Marginalisierung, unternahmen sie erste Schritte in Richtung der Koordination von Aktivitäten und der Koalitionsbildung. Den wirksamen Anstoß zum Zusammenschluss gab aber erst die Verhaftung von Julja Tymoschenko, die gleichsam im Kielwasser des Wahlsieges vom Janukowytsch-Lager zum Schlüsselereignis der Repression gegen die Opposition geworden ist. Tymoschenko wurde im August 2011 festgenommen.

Noch im März 2011 war in der *Werchowna Rada* ein Untersuchungsausschuss gebildet worden, der die Umstände der Unterzeichnung des Abkommens aufklären sollte, das während einer Gas-Krise im Jahre 2009 zwischen dem ukrainischen Energiekonzern *Naftohas* und dem russländischen Gazprom unterzeichnet worden war. Laut dem Abschlussbericht hatte Julja Tymoschenko dem *Naftohas* eine Unterzeichnungsanweisung erteilt. Mit diesem Bericht konfrontiert, beabsichtigte die Generalstaatsanwaltschaft, gegen die ehemalige Premierministerin vorzugehen. Die von ihr beauftragten unabhängigen Auditfirmen kamen jedoch zum Schluss, dass Tymoschenko unschuldig war. Um den Vorwürfen politischer Verfolgung des oppositionellen Politikers vorzubeugen, wurde deshalb eine amerikanische Firma „Trout Cacheris“ damit beauftragt, die Überprüfung des Gasvertrages durchzuführen.

---

<sup>366</sup> Der Vorsitzende der *Swoboda* Oleh Tjahnybok wurde im Jahre 2004 wegen antisemitischer Äußerungen aus der Fraktion Unsere Ukraine ausgeschlossen. Als Präsidentschaftskandidat erhielt Tjahnybok im ersten Wahlgang 1,4 Prozent der Stimmen.

<sup>367</sup> Siehe Umfragen des Gorschenin-Instituts in Ukraine-Analysen Nr. 83 vom 23.11.2010, S.9.

<sup>368</sup> Siehe Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): Resolution on the functioning of democratic institutions in Ukraine Nr. 1755 vom 05.10.2010.

Sie wiederum hat noch zwei weitere Unternehmen – die Agentur „Kroll, Inc.“ und die internationale Anwaltskanzlei „Akin Gump Strauss Hauer & Feld, LLP“ – in die Prüfung einbezogen. Da die Letztgenannten in Vergangenheit für ukrainische Oligarchen gearbeitet hatten, hätten sie allerdings nicht als neutrale Prüfer gelten dürfen. Aber auf die Ergebnisse ihrer Untersuchung berief sich der Generalstaatsanwalt bei den gegen Julja Tymoschenko eingeleiteten Strafverfahren.<sup>369</sup>

Nach dem zweimonatigen Prozess wurde Tymoschenko zu sieben Jahren Haft und 137 Mio. USD Geldstrafe verurteilt. Neben der Haft- und Geldstrafe bekam Tymoschenko drei Jahre Verbot für Ausübung politischer Ämter. Die Verurteilung erfolgte auf der Grundlage eines Artikels des Strafgesetzbuches, das noch aus der Sowjetzeit stammte, der politische Entscheidungen juristisch strafbar machte.<sup>370</sup> Die Versuche der Anwälte der Angeklagten, gegen das Urteil vorzugehen, scheiterten. Das Urteil schockierte die Öffentlichkeit und rief große internationale Resonanz hervor. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte rügte die Gerichtsentscheidung als „willkürlich und rechtswidrig“.

Tymoschenko und ihre Anwälte hatten im Verlauf des Verfahrens nicht ausreichend Zeit bekommen, um sich mit den Unterlagen der Anklage vertraut zu machen. Die Art der Befragungen durch Staatsanwaltschaft, der Einsatz unerfahrener Richter,<sup>371</sup> die Zulassung von nur zwei Zeugen der Verteidigung (angesichts der 36 Zeugen der Anklage) und die öffentlichen Hetzkampagnen gegen Tymoschenko deuteten unmissverständlich die Richtung an, in die sich der ukrainische Autoritarismus entwickelte. Die Machthaber glaubten, es geschafft zu haben, durch die Eliminierung der Hauptkonkurrentin den systemischen Wettbewerb zu schwächen.

Neben den politischen waren auch wirtschaftliche Interessen im Spiel. Der mit dem Regime verbundene Oligarch Dmytro Firtasch wollte sich an der Ex-Premierministerin rächen, weil der von ihr mit Russland unterzeichnete Gasvertrag seine Firma *RosUkrEnergo* als den Zwischenhändler eliminierte. Gleichzeitig erhoffte sich die Gruppe um den Oligarchen Rinat Achmetow, dass es nach der Außerkraftsetzung des Vertrags gelingen könnte, mit Moskau günstigere Preise für das Gas auszuhandeln, das in seinen Stahlindustrieunternehmen verwendet wurde.<sup>372</sup>

---

<sup>369</sup> Zum Fall Tymoschenko siehe Serhiy Kudelia: When external leverage fails: the case of Yulia Tymoshenko's trial, in: „Problems of Post-Communism“ Nr. 1(60)/2013.

<sup>370</sup> Die in der Urteilsbegründung aufgeführten Argumente ließen sich auch gegen die von Juschtschenko 2006 unterschriebenen Gasverträge oder die von Janukowytsch 2010 vereinbarten „Charkiwer Verträge“ vorbringen. Vgl. Nico Lange: Das wahre Gesicht des Systems Janukowytsch, in: Ukraine-Analysen Nr.96 vom 27. Oktober 2011.

<sup>371</sup> Die Richter, die sie verurteilt haben, wurden befördert und bekamen materielle Belohnungen vom Staat.

<sup>372</sup> Siehe K. Malygina: Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012, BPB-Analyse von 14.02.2013.

Obwohl die Kommunalwahlen für gewöhnlich kein großes Interesse der internationalen Öffentlichkeit hervorriefen, wurde in Brüssel und in Washington der Verlauf der Wahlen vom 31. Oktober 2010 aufmerksam beobachtet. Julja Tymoschenko und andere Oppositionelle forderten die EU dazu auf, die Wahlergebnisse nicht anzuerkennen.<sup>373</sup> Die Reaktion der westlichen Politiker enttäuschte sie aber: Sie äußerten „Besorgnis“ über die „Erosion der Demokratie“ in der Ukraine, hielten sich jedoch mit der offenen Kritik am Präsidenten Janukowytsch und seiner Partei zurück. Die Hoffnung, dass sich die ukrainische Regierung kooperationsbereit zeigen würde, bedingte die Mischung aus Kritik an Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit und Lob für die Wiederherstellung politischer Stabilität.<sup>374</sup>

## **7.2. Parlamentswahlen in Belarus (Oktober 2004) und in der Ukraine (Oktober 2012)**

### **Ausgangslage und Ziele der Regierung und Opposition**

Auf die für Oktober 2004 geplanten Parlamentswahlen sollte in Belarus 2006 die Präsidentenwahl folgen. Die Verfassung sah maximal zwei Amtszeiten des Staatsoberhauptes vor. Die zunehmende Repression der Opposition legte aber den Schluss nahe, dass Aljaksandr Lukaschenka doch noch eine oder einige weitere Amtszeiten anstreben würde.

In der Tat wurde am 17. September 2004 angekündigt, dass in vierzig Tagen zusammen mit den Parlamentswahlen auch ein Referendum über die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung des Staatspräsidenten stattfinden wird. Weil diese Ankündigung kurz nach der Tragödie im russländischen Beslan<sup>375</sup> erfolgte, lobte die Staatspropaganda die vom Präsidenten herbeigeführten Stabilität und Frieden, die sie dem „Chaos“ in Russland entgegenstellte.

Das Referendum war illegal, weil das Wahlgesetz keine Entscheidungen über Verfassungsfragen auf plebiszitärem Weg zuließ.<sup>376</sup> Da Lukaschenka bereits zwei verfassungswidrige Referenda abgehalten hatte und das Verfassungsgericht von ihm kontrolliert wurde, brauchte er aber den Widerspruch der Justiz nicht zu fürchten. Die nominale Verfassung der Republik Belarus nahm nun semantische Züge an.

---

<sup>373</sup> Der Umgang der „Partei der Macht“ mit der Vielzahl der Anfechtungen der Wahlen zeugte nicht von ihrer Bereitschaft, nach dem Wahlsieg demokratische Regeln einzuhalten. Es gab 2000 Klagen der *Bat'kiwschtschyna*, von denen weniger als ein Prozent vor Gericht kamen. Siehe Inna Werdernikowa: Dom c chimerami, in: „Zerkalo Nedeli“ (russ. Version) Nr. 42 (822)/2010, Tafel 2, S. 2.

<sup>374</sup> Schneider-Deters 2010.

<sup>375</sup> Bei einer Geiselnahme in einer Schule der nordossetischen Stadt Beslan im September 2004 nahmen islamische Terroristen 1100 Kinder und Erwachsene als Geisel. Mehr als 330 kamen bei der Erstürmung des Gebäudes durch russländische Einsatzkräfte ums Leben.

<sup>376</sup> Michail Pastuchov: De jure. Test dlja kandidatov. <https://naviny.media/article/20200515/1589538159-mihail-pastuhov-de-yure-test-dlya-kandidatov>, zuletzt geprüft am 29.10.2022.

Nur der Volkswille hätte dem Vorhaben des Staatsoberhauptes in die Quere kommen können. Laut Umfragen sprachen sich vier Monate vor dem Referendum nur 35,2 Prozent der befragten Belarusen für die von Lukaschenka angestrebte unbegrenzte Wiederwahl des Staatsoberhauptes, während 50,9 Prozent sie ablehnten.<sup>377</sup> Obwohl die Kommunalwahlen von 2003 gezeigt hatten, dass schlechte Umfragewerte keine Gefahr für die Stabilität des Regimes darstellten, fürchtete Lukaschenka Unruhen, zumal in der Bevölkerung das Referendum zum wichtigen Thema wurde.

Was die Parlamentswahlen angeht, so äußerte das Staatsoberhaupt in einem öffentlichen Auftritt seine Erwartungen: keine Nachwahlen, keine Unternehmer als Abgeordnete und 30 Prozent Frauen im Parlament.<sup>378</sup> Er sagte selbstverständlich nicht, dass sein eigentliches Ziel war, die Nationalversammlung von jeglicher Opposition zu „reinigen“. Das Sieb der Wahlmanipulationsmaschine sollte nun feiner werden, um die Konsolidierung des alternativlosen Autoritarismus abzuschließen.

Bescheidener war das Ziel der Opposition: ihre Vertreter wollten in die Abgeordnetenversammlung zurückkehren. Die Absicht des Regimes, den Einzug der Opposition ins Parlament zu verhindern, war ihr unbekannt, bis die zunehmende Unterdrückung ihrer Politiker und Parteien sowie der harte Umgang mit der Zivilgesellschaft im Zuge der Vorbereitungen auf die Wahlen ihr die Augen öffnete. Symptomatisch waren in diesem Zusammenhang Erpressung und Einschüchterung der kleinen Abgeordnetengruppe *Respublika*. Obwohl sie nur moderate Kritik an der Regierung ausübte, störte sich das Regime an ihr mehr als an der außerparlamentarischen Opposition. Lukaschenka fürchtete offenbar die Spaltung der Systemeliten, die von oppositionellen Abgeordneten im Parlament ausgehen könnte. Diese wäre im Vorfeld des geplanten Referendums besonders gefährlich.

Obwohl in der Opposition viel über den Wahlboykott für den Fall diskutiert wurde, dass ihre bekanntesten Vertreter als Kandidaten nicht zugelassen werden sollten, sprach sich ihre Mehrheit doch für die Teilnahme an den Wahlen aus. Diese sollte „den moralischen Sieg über das Regime“ manifestieren und zum Wiederaufbau der regionalen Parteienstrukturen der Opposition beitragen. Den Wählern in den Wahlkreisen, in denen Oppositionskandidaten nicht zugelassen werden würden, sollte empfohlen werden, „gegen alle“ zu stimmen.

---

<sup>377</sup> Novosti NISEPI Nr. (29)/2003. <http://iiseps.org/bullet03-3.html>, zuletzt geprüft am 29.10.2022. Siehe Jury Čavusau: Strategija i taktyka ulada u 2003-2004 gg., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tavarystva 2011, S. 890-906, hier S.902.

<sup>378</sup> Jan Maksymjuk: Lukashenka recounts policies in annual address to legislature, in: RFE/RL Poland-Belarus-Ukraine Report, April 2004.

Im Gegensatz zu den Kommunalwahlen, die die Oppositionsparteien dem Selbstlauf überlassen hatten, strebten sie diesmal enge Zusammenarbeit bei der Aufstellung der Kandidaten sowie bei der Ausarbeitung der Wahlkampfstrategie an. Das bescheidene Ziel, nach den Wahlen eine kleine Parlamentsfraktion bilden zu können, die zwar keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Exekutive nehmen würde, aber immerhin deren oft verfassungswidrigen Pläne öffentlich kritisieren könnte, schien realistisch gewesen zu sein. Dabei hegte die Opposition keine Hoffnungen auf einen fairen Wahlkampf. Sie setzte vielmehr auf die schwachen Umfragewerte von Lukaschenka, auf die Reformen, innenpolitische Liberalisierung und Verbesserung der Beziehungen zum Westen folgen sollten. Der Einzug der Opposition ins Parlament wäre der erste Schritt in diese Richtung. Es war für die Oppositionsparteien wichtig, für ihren Wahlkampf das umstrittene Referendum auszunutzen. Ihre Anführer zeigten sich zuversichtlich darüber, dass Lukaschenka das negative Abstimmungsergebnis akzeptieren würde.

Spätestens seit der Präsidentenwahl des Jahres 2001 bildete sich eine mehr oder weniger stabile Gruppe der unentschlossenen Wähler, die ungefähr ein Drittel des gesamten Wahlvolkes ausmachte und von den belarusischen Analytikern als „der Sumpf“ (*balota*) bezeichnet wurde. Ihre Stimmen zu gewinnen, war für die Opposition schwieriger als für die Regierung, weil das *balota* bei aller Skepsis gegenüber Lukaschenka von seinen Gegnern noch schlechtere Meinung hatte.

In der Ukraine strebte die Partei der Regionen nach ihrem Erfolg bei den Kommunalwahlen im Oktober 2010 weitere Machtkonsolidierung an. Dazu war ein Sieg in den für Oktober 2012 vorgesehenen Parlamentswahlen notwendig. Die nach der Orangen Revolution zum wichtigen Machtzentrum im parlamentarischen Regierungssystem gewordene *Werchowna Rada*<sup>379</sup> wurde nach der Inkraftsetzung der alten Verfassung noch im Jahre 2010 zugunsten des Präsidenten geschwächt.<sup>380</sup> Trotzdem verfügte das ukrainische Parlament über wesentlich mehr Macht als die belarusische Nationalversammlung, weshalb die Regierung um die Loyalität der Abgeordneten ringen musste. Die relativ starke parlamentarische Opposition bereitete ihr immer wieder Probleme, indem sie die Öffentlichkeit auf die Machtmonopolisierung, die Verabschiedung verfassungswidriger Gesetze, die

---

<sup>379</sup> Durch die Verfassungsreform von 2004 bekam sie nicht nur das Recht der unmittelbaren Regierungsbildung, sondern auch jenes, die Regierung abzurufen, das die Schlüsselnorm des parlamentarischen Regierungssystems darstellt. Siehe Steffani 1979.

<sup>380</sup> Zwar durfte die *Werchowna Rada* der Regierung ihr Misstrauen aussprechen, jedoch über das Recht, einzelne Minister bzw. den Premierminister abzurufen verfügte nur der Präsident. Der Premierminister wurde auch nicht mehr von der parlamentarischen Mehrheit vorgeschlagen, sondern vom Präsidenten. Vgl. die Verfassungstexte unter <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>, zuletzt geprüft am 30.10.2022.

Wahlmanipulationen, die Verfolgung der Regimegegner etc. aufmerksam machte. Sie warnte vor dem Aufbau eines autoritären Systems und rief internationale Gemeinschaft zum Widerstand dagegen auf. Dabei scheute sie nicht die Durchführung von spektakulären Aktionen wie Blockade der Parlamentsarbeit. Das änderte nichts an Machtverhältnissen: die *Werchowna Rada*, deren Mehrheit dem Willen der Regierung folgte, stellte das Taschenparlament der Exekutive dar.<sup>381</sup>

Das strategische Wahlziel der Regierung war, die verfassungsändernde Mehrheit von zumindest 300 Abgeordneten zu erreichen, die nach dem Wahlsieg der Partei der Regionen mithilfe der Bestechung bzw. Erpressung der „unabhängigen“ Mandatsträger (unter denen es viele Beamte und Geschäftsleute gab) sowie der Abtrünnigen der Opposition vervollkommen werden sollte. Diese Mehrheit sollte Wiktor Janukowytsch und seinen Verbündeten den Weg zur Machtmonopolisierung ebnen.

Die neuen Machthaber fühlten sich nicht sicher, zumal sie gerade eben Gesetze verabschiedet hatten, die unpopulär waren: das Steuergesetz und das Gesetz zur Anhebung des Rentenalters. Zusammen mit der Ressourcenumverteilung zugunsten der Regierungselite bedrohten diese Maßnahmen die Zustimmung zu Janukowytsch und seiner Partei. Selbst im bevölkerungsreichen Osten des Landes fiel die Unterstützung für die Partei der Regionen von etwa 65 Prozent im Jahre 2010 auf 32 Prozent im Sommer 2012. Die Regierung versuchte entgegenzusteuern und behauptete, dass ihr die „Verbesserung der Lage“ gelungen wäre, die die von Krisen geplagte Juschtschenko-Zeit hinterlassen hatte. In diesem Zusammenhang unterstrich sie beispielsweise den Erfolg der Fußball-Europameisterschaft, die die Ukraine im Jahre 2012 zusammen mit Polen organisiert hatte. Aber auch konkrete Maßnahmen kamen hinzu. So stellte das Parlament im April 2012 (umgerechnet) 1,7 Mrd. Euro (fünf Prozent des Staatshaushalts) für Rentenanhebung, Staatshypothesen und Entschädigung der Bürger für verlorene Einlagen der sowjetischen Sparkasse zur Verfügung. Und im Juli 2012 hat die *Werchowna Rada* das Gesetz über die russische Sprache gebilligt. Doch haben diese Maßnahmen die Popularität der Regierung nicht merklich erhöht.

Die Opposition wurde indes stärker. Die Verfolgung von Julja Tymoschenko zog die steigende Unterstützung für die *Bat'kiwschtschyna* nach sich. Auch die kurz vor den Kommunalwahlen im Oktober 2010 gegründete UDAR und die *Swoboda* erhielten laut Meinungsumfragen immer mehr Zuspruch. Die gestiegenen Ratings der Oppositionsparteien

---

<sup>381</sup> Dabei wurde für abwesende Koalitionsmitglieder mitgestimmt. Diese barbarische Praxis gab es im kleineren Ausmaß bereits unter Präsident Wiktor Juschtschenko. So wurden z. B. nur 14 Prozent der Gesetze zwischen Mai 2011 und Mai 2012 unter Anwesenheit aller Abgeordneten verabschiedet, deren Stimmen gezählt wurden.

zeugten allerdings mehr von der Unzufriedenheit mit der Regierung denn von ihren Verdiensten. Die Chancen, die Parlamentsmehrheit zu erringen, hatten sie nicht. Sie waren zu fragmentiert, um effektiven Widerstand gegen die zunehmend autoritär agierende Regierung zu leisten. Immerhin konnten die *Bat'kiwschtschyna*, die UDAR und die *Swoboda* mit dem Einzug ins Parlament rechnen. Ohne einer starken Führungsfigur blieben sie jedoch schwächer als das Regierungslager. Zu spät erkannten die Oppositionsparteien den Ernst der Lage und zu spät unternahmen sie Versuche, ihre Aktivitäten zu koordinieren.

### **Strategien der Opposition**

Gleich nach den Kommunalwahlen des Jahres 2003 haben die belarusischen Oppositionsparteien Verhandlungen über die Gründung einer breiten Koalition aufgenommen. Sie wollten dem Eindruck der Zerstrittenheit der Opposition entgegenwirken und mit der Kräftebündelung die Chancen, die für den effektiven Wahlkampf erforderlichen Ressourcen einzuwerben, erhöhen. Denn die westlichen Förderer hatten ihre Unterstützung vom Zusammenschluss der Opposition abhängig gemacht.<sup>382</sup>

Im Frühling 2003 begannen Gespräche, an denen sich die BNF, die *AGP*, die PKB und zwei kleinere Parteien (die sozialdemokratische BSDG und die Arbeitspartei BPP) beteiligten. Sie dienten der Vorbereitung auf das Referendum und die Parlamentswahlen. Daraus ging die „Volkskoalition Fünf Plus“ (*Narodnaja Kaalizyja „Pjazzjorka Pljus“*) hervor, wobei „Plus“ für die Offenheit auf alle Akteure – NGOs, unabhängige Gewerkschaften und bekannte Persönlichkeiten – stand, die sich zu ihr gesellen wollten. Anfang des kommenden Jahres traten dem Bündnis noch die Grünen (die BPS) als die sechste Partei bei. Die Volkskoalition entstand trotz der ideologischen Unvereinbarkeit von Nationaldemokraten und Kommunisten. Zeitgleich blieb die der Belarusischen Nationalfront programmatisch naheliegende BSDP(NG) dem Bündnis fern, weil es Konflikte zwischen den Parteienführungen gab.<sup>383</sup> Die mit der Volkskoalition verbundenen Hoffnungen auf Vereinigung aller Oppositionskräfte haben sich also trotz der Bereitschaft, über ideologische Konflikte und Affinitäten hinwegzusehen, nicht ganz erfüllt.

---

<sup>382</sup> Nach der Schließung der OSZE-Mission in Minsk wurde das Büro des amerikanischen International Republican Institute (IRI) in Wilna zum westlichen Hauptpartner der belarusischen Opposition.

<sup>383</sup> Konflikte gingen darauf zurück, dass die BSDP(NG) vor Jahren den Wahlboykott aufgegeben hatte. Statkewitsch bezichtigte später einige Parteien der Korruption und des Geldmissbrauchs.



Die Fünf Plus hat einen Entwurf für das neue Wahlgesetz vorgestellt<sup>384</sup> und mit der Aufstellung gemeinsamer Kandidaten für die Parlamentswahlen begonnen,<sup>385</sup> wobei nicht nur Parteimitglieder, sondern auch prominente parteilose Kandidaten auf die Liste kamen. Viele verloren jedoch das Interesse am politischen Engagement, sobald sie mit Repressionen konfrontiert wurden. Sie revidierten immer wieder aufs Neue die Entscheidung über ihre Kandidatur, wechselten ihre Wahlkreise und änderten ihre Programme, was sie als die „Zugpferde“ der Opposition diskreditierte.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen stellte die Organisation Charta’97, die den Oppositionsparteien nahestand, die „Europäische Koalition >Freies Belarus<“ (*Eurapejskaja Kaalizyja „Swabodnaja Belarus“*) vor, die – neben der Volkskoalition Fünf Plus – zum zweiten Sammelbecken der Opposition wurde. Ihren Kern machten nicht Parteien, sondern die NGOs und prominente Persönlichkeiten aus. Am Anfang stellte die Europäische Koalition keine ernsthafte Konkurrenz für die Volkskoalition dar, was sich allerdings nach dem Beitritt der BSDP(NG) und zwei weiteren Parteien (der Frauenpartei *Nadzeja* und der nicht registrierten „Partei der Freiheit und des Fortschritts“<sup>386</sup>) veränderte. Seitdem leitete die BSDP(NG) faktisch die Europäische Koalition, die durch die Zusammenarbeit mit noch zwei weiteren Gruppierungen – der Parlamentsgruppe *Respublika* und dem Wahlblock „Junges Belarus“, das sich aus der „Jungen Front“ und einigen anderen Jugendorganisationen zusammensetzte – zusätzlich an Bedeutung gewann.<sup>387</sup> Die Europäische Koalition strebte wie die Fünf Plus eine Liste mit 110 Kandidaten an. Dabei verstand sie sich keineswegs als reines Wahlbündnis, sondern vielmehr als breite gesellschaftspolitische Plattform für die Förderung der Demokratie und der europäischen Integration. Die Verfolgung durch die Behörden hat freilich die Schlagkraft der Koalition geschwächt.

Für einen Zusammenschluss der Opposition, der zur Aufstellung der einheitlichen Kandidatenliste und zum gemeinsamen Wahlkampf führen sollte, fehlten Voraussetzungen. Erstens war der Glaube, dass Teilnahme an Parlamentswahlen Sinn machen würde, trotz allem

---

<sup>384</sup> Die vorgeschlagenen Änderungen, darunter die Aufnahme der Oppositionsvertreter in die Wahlausschüsse, die Verbesserung der Wahlbeobachtungsbedingungen und die Abschaffung der vorzeitigen Stimmabgabe wurden vom Verfassungsgericht nicht Mal überprüft.

<sup>385</sup> Diese sollte nach der Formel 110+110, d.h. zwei Kandidaten für jeden Wahlkreis, wobei ein Kandidat aus dem „linken“ und ein anderer aus dem „rechten“ Lager kommen sollte, erstellt werden. Die Auseinandersetzung um die Aufstellung der Kandidaten war in Minsk besonders heftig. Auch innerhalb der Parteien gab es Kämpfe um Listenplätze, was vom Interesse an den Wahlen zeugte.

<sup>386</sup> Diese ist aus der von der AGP (der Vereinigten Bürgerpartei) abgespaltenen Jugendorganisation „Bürgerforum“ entstanden. Ihr Vorsitzender Uladsimir Nawasjad wurde im Jahre 2000 ins Repräsentantenhaus gewählt, im Jahre 2004 ähnlich allen anderen oppositionellen Abgeordneten zur Wahl nicht zugelassen.

<sup>387</sup> So konnte Mikalaj Statkewitsch die Stellung seiner Partei stärken, wozu auch bessere Aussichten auf Finanzierung und andere Unterstützung aus dem Westen gehörte. Der Beitritt zu „Fünf Plus“ bot dann nur wenige Vorteile.

nicht stark ausgeprägt. Man erwartete Manipulation und Ergebnisfälschung. Zweitens konnte es keinen ideologischen bzw. programmatischen Konsens geben, weil unüberwindbare Unterschiede hinsichtlich der Unabhängigkeit und der Wirtschaftspolitik bestanden. Während die BNF eisern zur belarusischen Souveränität stand, plädierte die *AGP* für die Integration mit Russland.<sup>388</sup> Während die BSDP(NG) den Sozialstaat befürwortete, hielt die *AGP* an den Prinzipien des ökonomischen Liberalismus fest. Das Einzige, was die Opposition einte, war die Ablehnung des Regimes. Drittens fehlte die Führung der Opposition. Nach dem Einflussverlust der BNF hatte sich keine Partei behaupten können, die die Opposition zu konsolidieren imstande wäre. Vielmehr zog die Parteienkonkurrenz Machtkämpfe und Konflikte nach sich, die durch das Ringen um westliche Sponsoren noch angeheizt wurde. Viertens fehlte die Verständigung innerhalb der jeweiligen Oppositionslager. Auch innerhalb der einzelnen Parteien wurden personelle Konflikte ausgetragen. Fünftens wirkte der Umstand, dass nach der Verfassungsreform, die auf den Staatstreich des Jahres 1996 gefolgt war, es für die Opposition bestenfalls die Perspektive gab, einige Mandate, aber keinen Einfluss auf die Gesetzgebung zu gewinnen, demotivierend. (Dabei wurde oft vergessen, dass gerade bei politisch belanglosen Wahlen die Chancen der Opposition größer waren).

Und dennoch zog der innerhalb Oppositionskoalitionen ausgetragene Wettbewerb entgegen den Erwartungen keinen misslungenen Wahlkampf nach sich. In wichtigen Fragen konnte immer Konsens erreicht werden, es wurde beispielsweise die offene Kritik an anderen Akteuren der Opposition unterlassen.

Während in Belarus die staatliche Unterdrückung die Opposition schwächte, trug sie in der Ukraine zu ihrer Stärkung bei. Die unter dem Deckmantel der Korruptionsbekämpfung eingeleiteten Maßnahmen gegen oppositionelle Politiker verleiteten diese zur Zusammenarbeit. Bereits am Tag der Festnahme von Julja Tymoschenko am 5. August 2011 schlossen sich mehr als zwanzig Organisationen, darunter der BJuT, die *Swoboda* und Unsere Ukraine zum „Widerstandskomitee gegen die Diktatur“ (*Komitet oporu dyktaturi*) zusammen, das Vertretungen in allen Regionen der Ukraine eröffnete. Im Januar 2012 unterzeichneten Mitglieder des Komitees die „Vereinbarung über die gemeinsamen Aktionen der vereinten Opposition“. Die landesweite Verfolgung der Regimegegner<sup>389</sup> bewirkte die Mobilisierung der ansonsten einander fernstehenden Organisationen. Sie stellten die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streitereien ein und protestierten gemeinsam gegen die Regierung. Trotz

---

<sup>388</sup> Die *AGP* (Vereinigte Bürgerpartei) behauptete, dass Putin im Unterschied zu Lukaschenka für Demokratie, Marktwirtschaft und Integration mit Europa eingetreten wäre. „Mit Russland nach Europa!“ hieß damals die *AGP*-Losung. Vgl. „Narodnaja Volja“ vom 06.10.2002, S. 4.

<sup>389</sup> Auf diese wird hier noch in den kommenden Kapiteln näher eingegangen.

Fragmentierung trat die Opposition zunehmend geschlossen auf. Auch das neue Wahlgesetz bewog die Oppositionsgruppierungen zum Zusammenschluss.

Am 12. Mai 2012 fand in Kyjiw das Forum der ukrainischen Oppositionsparteien statt. Da Wahlbündnisse nicht mehr erlaubt waren, wurde beschlossen, unter dem Banner von Julja Tymoschenkos *Bat'kiwschtschyna* anzutreten. Für kleinere Parteien bedeutete der Beitritt zur „Vereinten Opposition *Bat'kiwschtschyna*“, die offiziell als Partei registriert wurde, kaum etwas mehr als die Perspektive, einige Sitze im Parlament zu erhalten. Demgegenüber profitierten sowohl die nach der Verhaftung ihrer charismatischen Anführerin „enthauptete“ *Bat'kiwschtschyna* als auch die zweitgrößte Partei des „Bündnisses“ – die „Front der Veränderungen“ des ehemaligen Parlamentspräsidenten Arsenij Jazenjuk – von der Einigung. Der Vorsitzende des „Rates der Vereinten Opposition“ wurde Jazenjuk und Tymoschenko seine Ehrenvorsitzende. Ihr Stellvertreter Oleksandr Turtschynow übernahm die Leitung des Wahlkampfes.<sup>390</sup>

Der vielversprechende junge Politiker Arsenij Jazenjuk, der seine Partei binnen einiger Jahre zur zweitstärksten Kraft im nationaldemokratischen Lager machte, erwies sich der „neuen“ *Bat'kiwschtschyna* zuträglich. Die Mitglieder seiner Partei waren auch relativ jung, galten nicht als Handlanger der Oligarchen und schienen in keine Korruptionsskandale verwickelt zu sein. Da die Partei kaum an der Orangen Regierung beteiligt gewesen war, wurde ihr das Versagen des orangen Lagers nicht angelastet. Als strukturelle Opposition war sie nicht der gleichen Unterdrückung wie die engen Verbündeten von Julja Tymoschenko ausgesetzt, die prinzipielle Opposition betrieben. Die Front der Veränderungen wurde allerdings heimlich von einigen Oligarchen unterstützt, die in Jazenjuk den möglichen Premierminister oder gar den Nachfolger von Janukowytsch sahen.

Trotz der Gefahr, die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden zu können, lehnten sowohl die UDAR als auch die *Swoboda* den Beitritt zur Vereinten Opposition ab. Beide verfügten über eigenes politisches Kapital: die UDAR profitierte von der Popularität des wenig charismatischen, dafür aber als anständiger Mensch wirkenden Vitali Klitschko. Sie konnte sich in der von der Front der Veränderung entdeckten Nische der „neuen, alternativen politischen Kraft“ platzieren. Damit erfüllte sie die Nachfrage nach unbescholtenen Politikern, was sich in ihren guten Umfragewerten niederschlug.

Die Teilnahme der rechtsextremen *Swoboda* am oppositionellen Block war von Anfang an unwahrscheinlich. Ihr Beitritt wäre für die sich als demokratisch preisende Opposition

---

<sup>390</sup> United opposition elects leader, UNIAN, 07.06.2012, [www.unian.info/news/508074-united-opposition-elects-leader.html](http://www.unian.info/news/508074-united-opposition-elects-leader.html), zuletzt geprüft am 30.10.2022.

riskant gewesen. Darüber hinaus kursierten Gerüchte, dass die *Swoboda* heimlich von der Partei der Regionen und womöglich sogar direkt vom Kreml unterstützt wurde, die die Nationaldemokraten im Westen des Landes in Augen des Auslands diskreditieren wollten. Der ukrainische Analytiker Mykola Rjabtschuk nennt eine Reihe von Hinweisen, die für diese Verschwörungstheorie sprechen könnten. Dazu gehört das überraschende Interesse der *Swoboda* an ökologischen Fragen. Die Partei trat massiv gegen die Exploration von Schiefergasvorkommen in der Westukraine ein, was als Gefälligkeit gegenüber ihren Strippenziehern interpretiert werden könnte. Zudem hatten die radikalen Nationalisten im Gegensatz zur restlichen Opposition keine Probleme mit Finanzierung ihrer Arbeit.<sup>391</sup> Wichtiger als diese Spekulationen, für die keine Beweise gefunden worden sind, war jedoch die Tatsache, dass der *Swoboda* der Beitritt zur Vereinten Opposition keine Vorteile verschafft hätte. Im Gegensatz zur restlichen Opposition verfügte sie über feste ideologische Grundsätze und galt als den Interessen ihrer Wählerschaft treu. An diesen Stärken änderte ihr schlechtes Ergebnis bei Kommunalwahlen nichts.

Die belarusische Opposition präsentierte sich in ihrem Wahlkampf im Jahre 2004 als eine moderne Alternative zum obsoleten postsowjetischen Regime präsentiert, was sicherlich nicht nur bei ihren Stammwählern, sondern auch bei den enttäuschten Lukaschenka-Unterstützern gut ankommen konnte. Das in sich schlüssige Programm der Volkskoalition Fünf Plus, das „Fünf Schritte zum besseren Leben“ betitelt wurde, nahm im Volk populäre Anliegen auf. Die besagten „Schritte“ waren: Wohlstand, Abschaffung des Vertragssystems in staatlichen Unternehmen, das die Beschäftigten dem Arbeitgeber auslieferte, Amtszeitbeschränkung des Staatsoberhauptes, Abschaffung des Präsidentenfonds und des Schattenhaushalts, Überwindung der internationalen Isolation des Landes. Die Frage der staatlichen Unabhängigkeit wurde kaum erwähnt, weil Lukaschenka sich im Konflikt mit Russland befand.<sup>392</sup> Auch die Europäische Koalition „Freies Belarus“ stellte ein passables Programmangebot vor, in dem der Fokus auf die EU-Integration gelegt wurde (die Nachbarländer von Belarus waren gerade dabei, der EU beizutreten). In beiden Programmen wurde die Notwendigkeit der Verfassungsreform angemahnt und wirtschaftliche sowie außenpolitische Probleme von Belarus thematisiert. Anders als in der Ukraine gab es kaum

---

<sup>391</sup> Vgl. Rjabtschuk 2012, S. 49. Siehe auch Ivan Katchanovski: The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine, in: „Journal of Labor and Society“, 19. Dec. 2020, S.6f, online verfügbar unter: [https://brill.com/view/journals/jlso/23/1/article-p5\\_2.xml](https://brill.com/view/journals/jlso/23/1/article-p5_2.xml), zuletzt geprüft am 30.10.2022.

<sup>392</sup> Dazu S.White/E. Korosteleva-Polglase: The parliamentary election and referendum in Belarus, October 2004, in: „Electoral Studies“, University of Glasgow, Nr. 25(1)/2006; A. Kasakevič: Palityčnae razviccjo apazicyi u 2000-2004 gg., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnae tavarystva 2011, S. 919-924.

Kritik an der „Integration mit Russland“. Einerseits war die Idee des belarussisch-russländischen „Unionsstaates“, den Lukaschenka und Jelzin angestrebt hatten, aufs Eis gelegt worden. Andererseits konnte die anti-russländische Rhetorik einen beträchtlichen Teil der Wähler abschrecken.

Die Wahlkampfstrategie zielte auf Koordination der Aktivitäten beider oppositionellen Blöcke in einzelnen Wahlkreisen mit den landesweiten Wahlkampfaktionen ab. Der gesamt nationale Wahlkampf begann im Frühling 2003 in Regionen, die von Führungspersonlichkeiten der Parteien besucht wurden, die die Aktivitäten der Opposition anpriesen und repressive Maßnahmen des Regimes kritisierten. Beiden Koalitionen gelang aber nicht, gemeinsame Wahllisten zu erstellen. Immerhin haben sie vereinbart, dass Kandidaten mit geringen Aussichten auf Erfolg sich aus dem Wahlkampf zurückziehen und ihre „oppositionellen Mitbewerber“ unterstützen sollten. Das Ziel war, zumindest in einigen Wahlkreisen spektakuläre Wahlsiege zu erringen, wodurch die Behörden vor der Fälschung der Wahlergebnisse abgeschreckt sein würden.

Die Koalitionen der Opposition schafften es aber nicht, den landesweiten Wahlkampf wie geplant durchzuführen (vor allem die Fünf Plus versagte auf diesem Feld), weil sie unter dem Druck des Regimes und dem Mangel an Aktivisten litten. Nach Schätzungen fehlte der Opposition etwa die Hälfte des Personals, das für die Organisation und Durchführung des landesweiten Wahlkampfs notwendig gewesen wäre. Die Menschen scheuten die mit dem oppositionellen Handeln verbundenen Risiken.<sup>393</sup> Die Agitation der Opposition verfehlte besonders in jenen Regionen ihre Wirkung, in denen sie ohnehin schwach war und die staatlichen Medien *de facto* das Informationsmonopol besaßen.

Gleiche Gründe beeinträchtigten die Referendumskampagne der Opposition. Die Kandidaten, die offensiv gegen die Amtsverlängerung des Präsidenten eintraten, konnten von den Behörden jederzeit aus dem Rennen genommen werden.<sup>394</sup> Die Opposition nahm voreilig an, dass die meisten Belarusen sowieso gegen die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung des Präsidenten stimmen werden, und sprach dieses Thema im Wahlkampf ungenügend an. Währenddessen lief die Propagandamaschine des Staates auf vollen Touren. Dem Regime gelang es, binnen einiger Wochen die öffentliche Stimmung zugunsten der Verfassungsänderung zu verändern. Die Hoffnung auf einen leichten Erfolg erwies sich als

---

<sup>393</sup> Jury Čavusau: Chod i vyniki parlamenckich vybarau i referendumu 2004g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S. 935-953, hier S.947.

<sup>394</sup> Ebd., S. 949.

trügerisch. Als dies der Opposition bewusst wurde, konnte die Strategie nicht mehr korrigiert werden, weil die Volksbefragung kurzfristig angekündigt worden war.

Anders verhielt es sich in der Ukraine. Dort koordinierten die Oppositionsparteien ihr Handeln im Forum „Widerstand gegen die Diktatur“. Am wirkungsvollsten war ihre Entscheidung, die Einmannwahlkreise intern so zu verteilen, dass ihre Kandidaten nicht gegeneinander antraten. Im Juli 2012 erstellten sogar die *Swoboda* und die *Bat'kiwschtschyna* eine gemeinsame Kandidatenliste. Mit der UDAR konnte jedoch keine derartige Übereinstimmung vereinbart werden. Zwei Wochen vor den Wahlen beschlossen die UDAR und die *Bat'kiwschtschyna* immerhin, einige Kandidaten zugunsten des Partners zurückzuziehen.

Ungeachtet aller Versäumnisse haben die Oppositionsparteien es vor den Parlamentswahlen geschafft, sich passabel aufzustellen. Ihr Wahlkampf verlief entsprechend erfolgreich. Aus Wahlberichten geht hervor, dass zahlreiche Wähler in Einzelwahlkreisen vor der Stimmabgabe fragten, welche Kandidaten die Vereinte Opposition repräsentierten, um nicht versehentlich ihre Stimme der Partei der Regionen zu geben.<sup>395</sup>

### **Druck auf Opposition und Wahlmanipulation**

In Belarus äußerte sich der institutionelle Druck auf die Opposition u.a. darin, dass Behörden die Registrierung ihrer Koalitionen verweigerten. Mit der Qualifizierung der Flugblätter, die das Referendum ablehnten, als „Verbreitung von verbotenen Materialien“ und der Wahlkampfauftritte der Opposition als „Verleumdung der Staatsmacht“ wurde den Oppositionellen der Kandidatenstatus entzogen. An Parlamentswahlen nahm die Opposition nur in 75 der insgesamt 110 Wahlkreise teil.

Darüber hinaus erhielt die Opposition kaum Zugang zum Fernsehen und Radio, und wenn es schon geschah, dann wurden ihre Spots und Auftritte gekürzt und zensiert. Ihre Kandidaten hatten keine Möglichkeit, sich gegen die Diffamierung in den staatlichen Medien zu wehren. In die Wahlausschüsse wurden nur ein paar Oppositionelle aufgenommen. Der administrative Druck ging in Repression über, wenn das öffentliche Auftreten als strafbar eingeschätzt wurde. Dabei wurde selbst das Erwähnen der nicht registrierten Wahlkoalitionen rechtlich geahndet.

Zwei Aktivisten der Europäischen Koalition „Freies Belarus“, Waler Lewaneuski und Michail Marynitsch, wurden verhaftet. Lewaneuski war Mitglied des Koordinationskomitees

---

<sup>395</sup> Vgl. Kyril Savin/ Andreas Stein: Parlamentswahl 2012: Prüfung in Demokratie nicht bestanden, Heinrich Böll Stiftung, 15. Nov. 2012, <https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-parlamentswahl-2012-dsukraine-16019.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2022.

der Europäischen Koalition und der Vorsitzende des Nationalen Streikkomitees der Unternehmer. Er organisierte u.a. die Kundgebung der Unternehmer am 1. Mai 2004 in Hrodna, woraufhin er und sein Stellvertreter Aljaksandr Wasiljeu wegen „Beleidigung des Präsidenten der Republik Belarus“ (Art.368 §2 des Strafgesetzbuchs) zu zwei Jahren Haft verurteilt wurden. Dem Unternehmer Michail Marynitsch, der die Opposition finanziell unterstützte, wurde grundlos Diebstahl vorgeworfen, wofür er für fünf Jahre ins Gefängnis musste.

Darüber hinaus behinderte das Regime die Verteilung von Werbematerial und überhaupt Wahlaktivitäten der Opposition Wahlblöcke. Ihr wurden oft Räume für Treffen mit Wählern verweigert, weshalb ihre Aktivisten buchstäblich von Tür zu Tür gehen mussten, um die Menschen anzusprechen. Unter diesen Bedingungen der ständigen Behinderung der politischen Arbeit, der Verletzung der Rechte der Opposition und der Einschüchterung ihrer Kandidaten war die Durchführung eines effektiven Wahlkampfes einfach nicht möglich.

In der Ukraine äußerte sich der institutionelle Druck auf die Opposition in der Verabschiedung eines neuen Gesetzes für Parlamentswahlen, das sich an seinem Pendant für Kommunalwahlen von 2010 orientierte. Auch hier wurde die Sperrklausel von drei auf fünf Prozent erhöht, womit sich die Partei der Regionen den größten Anteil der Mandate sichern wollte, die ansonsten kleine Oppositionsparteien bekommen würden. Die Möglichkeit, Wahlbündnisse zu bilden, wurde abgeschafft. Das war nicht nur gegen den Block von Julja Tymoschenko gerichtet, der von der Wahl ausgeschlossen wurde. Laut Umfragen am Ende des Jahres 2011 hatte keine Oppositionspartei außer der Bat'kiwschtschyna die Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Erst am Anfang des Jahres 2012 schätzten die Demoskopien die Unterstützung für die UDAR-Partei auf mehr als fünf Prozent der Stimmen. Die Wählerschaft der Swoboda wurde bis zum Wahltag auf ca. fünf Prozent geschätzt.<sup>396</sup>

Auch die Möglichkeit, alle auf dem Wahlzettel aufgeführten Kandidaten streichen zu dürfen, wurde abgeschafft, weil die sieben Prozent der Wähler, die in den Kommunalwahlen im Jahre 2010 gegen alle Kandidaten gestimmt hatten, dem Image der Partei der Macht offenbar nicht zuträglich waren.

Am wichtigsten war jedoch die Rückkehr zum gemischten Wahlsystem.<sup>397</sup> Wie in Kommunalwahlen sollte das Mehrheitswahlrecht die oppositionellen Gruppierungen in den

---

<sup>396</sup> Vgl. Katerina Malygina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit, in: Ukraine-Analysen Nr.109 vom 13.11.2012.

<sup>397</sup> Die letzten Parlamentswahlen, die nach diesem Wahlsystem durchgeführt worden sind, fanden im Jahr 2002 statt. Obwohl Oppositionsparteien mit der Verhältniswahl deutlichen Vorsprung hatten, gab der Sieg der „unabhängigen“ Abgeordneten, die in Einmannwahlkreisen angetreten waren, Aufschlag für die Entstehung der Pro-Kutschma-Mehrheit.

Kampf aller gegen alle treiben und der Partei der Regionen den Stimmenkauf und andere Manipulationen erleichtern.

Nicht nur in Belarus, sondern auch in der Ukraine wurden repressive Maßnahmen gegen die Opposition angestrengt. Noch im Mai 2010 hatte die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Verfahren gegen Julja Tymoschenko wegen des Gasvertrages, den sie im Jahre 2009 als Premierministerin zu verantworten hatte, angestrengt. Fünf Mitglieder ihrer Regierung, darunter der ehemalige Innenminister und der Vorsitzende der Partei „Nationale Selbstverteidigung“, Jurij Luzenko, sind verhaftet worden. Auch Aktivisten anderer Oppositionsgruppierungen wurden unter fadenscheinigen Gründen angeklagt, etwa diejenigen, die sich am „Steuermajdan“ beteiligten, d.h. an Protesten auf dem Kyjiwer Unabhängigkeitsplatz im Herbst und Winter 2010, die gegen die von Regierung beschlossene Steuererhöhung für Kleinunternehmer gerichtet waren.

In regierungsnahen Medien wurden Politiker der Opposition diffamiert. Ihre Büros mussten infolge administrativer Hindernisse schließen. Da die Oligarchen, die die Medien kontrollierten, es sich mit der Macht in Kyjiw nicht verderben wollten, schränkten sie den Zugang der Opposition zu ihren Fernsehsendern ein.

Mit institutionellem Druck erreichte es die Regierungsseite, dass die Vertreter der UDAR und der Swoboda ihre Mitglieder in die insgesamt 225 Gebietswahlausschüsse nicht entsenden konnten, die deshalb von der Partei der Regionen dominiert waren. In Einmannwahlkreisen wurde der Stimmenkauf praktiziert – besonders in den Hochburgen der Partei der Regionen im Osten. Gegen die Verpflichtung, bestimmte Kandidaten zu wählen, wurden den Wählern oft gleich im Wahllokal 100-500 UAH (10-50 EUR) pro Stimme oder Waren bzw. Dienstleistungen angeboten.<sup>398</sup>

Die Region Donezk bekam vom Staat für die Durchführung des Wahlkampfes fast doppelt so viel Geld (umgerechnet 79 Mio. Euro) wie acht Regionen der Westukraine (42 Mio. Euro), die zusammengenommen zweimal so viele Einwohner hatten. Zwei Kandidaten der Partei der Regionen, die Mitglieder des Haushaltsausschusses der Werchowyna Rada waren, überwiesen in ihre eigenen Einzelwahlkreise illegal umgerechnet 24 Mio. Euro. Erwartungsgemäß gewannen beide (mit jeweils über 60 Prozent der Stimmen) die Wahlen.

In 15 Einzelwahlkreisen gab es nachgewiesenermaßen Versuche, Wahlergebnisse zu fälschen. In einem Wahllokal griff sogar die Spezialeinheit der Polizei „*Berkut*“ die

---

<sup>398</sup> Savin/Stein 2012.



Wahlbeobachter an, um den Austausch der echten gegen die gefälschten Wahlprotokolle zu ermöglichen.<sup>399</sup>

### **Ergebnis und Folgen der Wahlen**

Gemäß dem offiziellen Wahlergebnis hat in Belarus die Opposition eine vernichtende Niederlage erlitten: Kein einziger Kandidat aus ihren Reihen gewann ein Abgeordnetenmandat. Was das Referendum angeht, so sollten 79 Prozent der Teilnehmer für die Amtszeit-Entgrenzung des Staatsoberhauptes votiert haben.

Unabhängige *exit polls* zeigten allerdings, dass bei der Wahl zur Volksvertretung 32 Prozent der Befragten für Oppositionskandidaten stimmten.<sup>400</sup> In schätzungsweise 40 Prozent der Wahlbezirke wurden Wahlergebnisse gefälscht.<sup>401</sup> Wenn es um das Ergebnis des Referendums ging, so besagten die *exit polls*, dass Lukaschenkas Idee die Unterstützung von 48,6 Prozent Teilnehmer fand. Immerhin hat die Mischung aus institutionellem Druck, Repressionen und Diffamierung, begleitet von der professionellen PR-Kampagne, der Macht geholfen, fast 14 Prozent mehr Stimmen zu gewinnen als die Umfragen noch wenige Monate zuvor gezeigt hatten.<sup>402</sup>

Berücksichtigt man die Tatsache, dass die oppositionellen Kandidaten nur in zwei Dritteln der Wahlkreise antraten, dann betrug die tatsächliche Unterstützung für die Opposition in etwa 40 Prozent. Es ist aber davon auszugehen, dass viele Wähler den Oppositionskandidaten, die sie oft nicht kannten, aus Protest und nicht wegen der Nähe zu ihrer Partei ihre Stimme gaben.

Wo sich die Oppositionsparteien nicht darauf einigen konnten, Kandidaten, die keine Aussicht auf gutes Ergebnis hatten, aus dem Wahlrennen zu nehmen und so die Chancen ihrer Partner zu erhöhen, ebneten sie den Vertretern des Regierungslagers den Weg zum Sieg. Dieser strategische Fehler wurde viel zu oft begangen, besonders wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass in der Opposition die Meinung sehr verbreitet war, die Regierenden würden buchstäblich alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für ihren Sieg einsetzen. Zumindest in 13 Wahlkreisen, in denen sich die Opposition mit gutem Grund für den betrogenen Sieger hielt, hat sich eben dieser Fehler gerächt.

---

<sup>399</sup> Siehe Malygina 2012.

<sup>400</sup> Exit Poll and Election Success // International Republican Institute, External Memo vom 19.10.2004.

<sup>401</sup> Silitski 2015, S. 297.

<sup>402</sup> Vgl. Silitski 2015, S. 297; S. White/E. Korosteleva-Polglase: The parliamentary election and referendum in Belarus, October 2004, in: „Electoral Studies“, University of Glasgow, Nr. 25(1)/2006.

Nur 35 Prozent der befragten Belarusen erachteten das Referendum als nicht demokratisch, was von einem merkwürdigen Demokratie-Verständnis zeugte, für das Abstimmungen und Wahlen keinerlei Bedeutung hatten.

Ganz anders verhielt es sich in der Ukraine. Zwar errang die Partei der Regionen mit 185 Sitzen die Parlamentsmehrheit: Sie verfügte nun sogar über zehn Sitze mehr als im alten Parlament. Erwartungsgemäß gewann vor allem in den Einzelwahlkreisen (nur 72 Abgeordnete bekamen ihre Mandate über die Parteienlisten). Trotzdem blieb das Wahlergebnis der Janukowytsch-Partei unter dem angestrebten Ziel. Selbst wenn man die Sitze der Partei der Regionen, der Kommunisten (32), der kleineren Parteien (7) und der unabhängigen Kandidaten (43) zusammenrechnet, kommt man nicht auf die von der Partei der Regionen anvisierte Zweidrittelmehrheit von 300 Mandaten. Interessanterweise haben in sechs der acht *oblasti*, in den Russisch zur Regionalsprache erhoben worden war, weniger als die Hälfte der Bevölkerung für die Partei der Regionen gestimmt<sup>403</sup>

Fast ebenso viele Mandate wie die Partei der Regionen holten drei Oppositionsparteien: die *Bat'kiwschtschyna* (101), die UDAR (40) und die *Swoboda* (37). Damit gewann die Opposition eine relativ starke Vertretung im Parlament, die aber so heterogen war, dass der Wechsel einiger Abgeordneten zum Regierungslager befürchtet wurde. Alles in allem bildete sie jedoch mit knapp 40 Prozent der Parlamentssitze ein solides Gegengewicht zur Regierung.

Die *Bat'kiwschtschyna* erhielt beträchtlichen Zuspruch und etablierte sich als der wichtigste Gegner des Regimes. Die UDAR punktete mit ihrem Image der „dritten Kraft“, die im Parlament für frischen Wind sorgen würde, obwohl sie mit dieser Selbstdarstellung die Glaubwürdigkeit der meisten anderen Oppositionsparteien in Frage stellte. Die *Swoboda*, die überraschend landesweit zehn Prozent der Stimmen gewann, profitierte von ihrer im Wahlkampf unerwartet moderat gewordenen Rhetorik und Kompromissbereitschaft. Ihr Erfolg zeugte einerseits von der ideologischen Wende, die auf unpatriotische, oft antiukrainische und grundsätzlich pro-russländische Politik des Präsidenten folgte. Andererseits ging ihr gutes Wahlergebnis auf die Enttäuschung über die Regierungszeit des orangen Lagers zurück. So konnte die *Swoboda* einen Teil der nationaldemokratischen Wähler gewinnen und erzielte ihr bestes Wahlergebnis *ever*.

Neben der *Swoboda* gehörten auch die Kommunisten, die 13 Prozent Stimmen gewannen, zu den Wahlsiegern. Das war ein immenser Zuwachs angesichts der fünf Prozent, die sie bei den Parlamentswahlen im Jahre 2007 erhalten hatten. Dieser Erfolg ging teilweise

---

<sup>403</sup> Vgl. Zentrale Wahlkommission der Ukraine: Verkhovna Rada Elections 2012 (official results, Ukrainian/English) unter <https://cvk.gov.ua/vnd2012>, zuletzt geprüft am 30.10.2022.

auf die „Modernisierung“ der Partei zurück, die einen teuren Wahlkampf mit relativ jungen Kandidaten und einer antioligarchischen Rhetorik geführt hatte.

Gleich nach den Wahlen gaben die *Bat'kiwschtschyna*, die UDAR und die *Swoboda* eine Stellungnahme ab, in der sie mehrere Unregelmäßigkeiten im Wahlkampf beklagten und sich weigerten, die Ergebnisse in fünf Wahlkreisen, in denen sich die Oppositionsparteien auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten geeinigt hatten, anzuerkennen.<sup>404</sup> Die Tatsache, dass ihre Forderung nach der Stimmenneuauszählung nicht erfüllt wurde, wurde als die Bestätigung der Manipulation durch das Regierungslager interpretiert. Das Ausmaß dieser Manipulationen war freilich mit den massiven Verletzungen der Spielregeln in Belarus nicht zu vergleichen und sie veränderten die Machtverhältnisse im Parlament nicht grundlegend.

Nach den Protesten gegen die Wahlfälschung gab die *Werchowna Rada* der Forderung der Opposition nach und verabschiedete am 6. November 2012 zwei Resolutionen. Die erste empfahl dem Zentralen Wahlausschuss, in fünf Einzelwahlkreisen Nachwahlen durchführen zu lassen. In der zweiten wurde die Bildung eines Untersuchungsausschusses gefordert, der den Vorwürfen des Wahlbetrugs nachgehen würde. Daraufhin sah sich die Regierung gezwungen, vereinzelte Wahlmanipulation nicht mehr auszuschließen. Obwohl dieses Zugeständnis der Opposition keine Vorteile verschaffte, hatte es eine große symbolische Bedeutung.

### **7.3. Präsidentschaftswahlen in Belarus 2006**

#### **Zusammenschluss der Opposition**

Nachdem Lukaschenka im Oktober 2004 die Institution des Referendums erneut zur Legalisierung der Verfassungsnovelle missbraucht hatte, hatte es den Anschein, dass er sich von jetzt an zum Staatsoberhaupt durch das Parlament wählen lassen würde. Offenbar war ihm jedoch bewusst, dass für ein wenig politisiertes Volk die Direktwahl des Präsidenten das einzige bedeutsame politische Ereignis darstellen würde, das ein großes Legitimationsgewicht hätte. Voraussetzung dafür war, dass in der Bevölkerung keine Zweifel am offiziell verkündeten Wahlergebnis aufkommen würden.

Nach der Parlamentswahl des Jahres 2006 kontrollierte Lukaschenka nicht nur die Politik, sondern auch Wirtschaft und Justiz. Da es inzwischen im Land kaum unabhängige Medien gab, waren Informationen über Repressionen – Geld- und Haftstrafen, Verlust der Arbeit oder des Studienplatzes u.a. –, die auf Kritik am Präsidenten und das autonome politische Engagement für gewöhnlich folgten, nur schwer zugänglich. Auch der in den vorangegangenen

---

<sup>404</sup> Die UDAR hatte auf die Aufstellung eigener Kandidaten zugunsten der Kandidaten von *Bat'kiwschtschyna* und *Swoboda* verzichtet.

Jahren merklich gestiegene Lebensstandard<sup>405</sup> trug zur Entpolitisierung der Belarusen bei. Die Zustimmung zum Präsidenten ist gestiegen und schwankte im Frühjahr 2006 gemäß unterschiedlichen Meinungsumfragen zwischen 55 und 65 Prozent.<sup>406</sup>

Demgegenüber war die Opposition schwach und marginalisiert, so dass sie keine reale politische Alternative darzustellen schien. Sie wollte aber aus ihren Niederlagen Lehren ziehen und für den Kampf um das Präsidentenamt ihren gemeinsamen Kandidaten aufstellen.<sup>407</sup> Dieser sollte demokratisch gewählt sein, damit der Fehler des Wahlkampfes von 2001 nicht wiederholt wird. Damals war für die Wahl des Kompromisskandidaten, der weder die Opposition einigen noch die Wähler überzeugen konnte, der Druck der westlichen Förderer ausschlaggebend gewesen.

Auf Initiative der Fünf Plus wurde am 20. November 2004 in Wilna der Ständige Rat der Demokratischen Kräfte (*Pastajannaja Rada Demakratytschnych Sil, PRDS*) gegründet. Dem Rat traten zehn Oppositionsparteien bei, weshalb er oft „Der Zehner“ genannt wurde: sechs Parteien der Volkskoalition Fünf Plus (BNF, AGP, PKB, BSDG, BPG und die offiziell liquidierte BPP), drei Parteien der Europäischen Koalition „Freies Belarus“ (BSDP(NG), *Nadzeja* und die nicht registrierte PSP) sowie die Koalition „Junges Belarus“, die von der Jungen Front vertreten wurde. Von den größeren Oppositionsparteien trat nur die ChKP-BNF dem Ständigen Rat, den sie als die Versammlung der aus dem Ausland bezahlten Pseudo-Oppositionellen verunglimpfte, nicht bei.<sup>408</sup> Der Rat gründete das Forum „Vereinigte Demokratische Kräfte“ (*Abjadnanyja Demakratytschnyja Sily, ADS*), an dem sich zusätzlich noch einige kleinere Gruppierungen beteiligten.

Die planungsanalytische Gruppe des ADS wurde mit der Ausarbeitung des Verfahrens für die demokratische Wahl des Kandidaten für das Präsidentenamt beauftragt. Sie hat einen dreistufigen Plan für die Wahlen entwickelt: Aufstellung der Kandidaten; Wahl der Delegierten für den Nationalkongress der Demokratischen Kräfte durch Versammlungen in allen 118 Verwaltungsbezirken (*rajony*) und allen Städten; die Wahl des Einheitskandidaten durch den Nationalkongress.

---

<sup>405</sup> Die wirtschaftlichen Erfolge resultierten jedoch nicht aus marktwirtschaftlichen Reformen, die in Belarus größtenteils ausblieben, sondern aus der Subventionierung der belarusischen Wirtschaft durch Russland mit billigen Rohstoffen.

<sup>406</sup> Mikola Kazuk: *Sazyjaljogija i wybary 2006*, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tawarystva 2011, S.1069-1079, hier S.1074-1077.

<sup>407</sup> Die Annahme, dass ausschließlich die vereinte Opposition mit einer charismatischen Persönlichkeit an der Spitze erfolgreich sein kann, wurde im März 2005 von der „Tulpenrevolution“ in Kirgisien widerlegt, deren Triebkraft fragmentierte Opposition war.

<sup>408</sup> Siehe „Zajava Sojmu BNF „Adradzenne“ i KChP-BNF“ vom 9. Oktober 2005.

Der Nationalkongress des ADS, über den 150 Journalisten von 80 einheimischen und ausländischen Medien berichteten, fand Anfang Oktober 2005 in Minsk statt. Anfänglich wurde er von Behörden verboten, dann aber von Lukaschenka persönlich genehmigt. Es kamen 1250 Delegierte aus dem ganzen Land in die Hauptstadt.

Als Präsidentschaftskandidat der Opposition setzte sich Aljaksandar Milinkewitsch mit 399 Stimmen gegen den Vorsitzenden der Vereinigten Bürgerpartei (AGP), Anatol' Ljabez'ka, der nur acht Stimmen weniger erhielt, durch. Der parteilose Milinkewitsch, der früher der stellvertretende Bürgermeister der westbelarusischen Stadt Hrodna gewesen war, wurde hauptsächlich von den Nationaldemokraten unterstützt. Er gewann schnell Sympathien im gesamten Oppositionslager.

Obwohl Ljabez'ka seinem Kontrahenten zum Sieg gratuliert und ihm seine Unterstützung zugesichert hatte, traten dennoch Spannungen zwischen ihren Anhängern. Gewiss waren auch ideelle Unterschiede im Spiel. Die AGP legte ein typisches wirtschaftsliberales Programm vor, in dem politische und soziale Fragen vernachlässigt wurden. Um einen offenen Streit in der Opposition zu vermeiden, versuchte man, das Wahlprogramm der BNF mit dem der AGP zusammenzufügen. Dadurch wurden jedoch die programmatischen Kontroversen erst richtig sichtbar.

Das Schattenkabinett der Opposition, das den Namen „Nationalkomitee“ erhielt, war von den Liberalen dominiert, die sich für den Wahlkampf von Milinkewitsch nicht immer stark engagiert haben. Wochenlang verhinderten sie beispielsweise sowohl die erste Sitzung des Nationalkomitees als auch verzögerten sie die Ausarbeitung des Wahlprogramms des Präsidentschaftskandidaten. Auch das Verhältnis der BNF zu Milinkewitsch war nicht frei von Spannungen. Zwar betrachtete ihn die Volksfront als ihren Kandidaten, aber sie konnte sich nur schwer damit abfinden, dass er sich nicht kontrollieren ließ. Die Partei diente dem Kandidaten, der nicht mit Gleichem zurückzahlte.

Das ADS schien manchmal mit den vor ihr stehenden Aufgaben überfordert. Ihr Wahlkampfteam versäumte beispielsweise, den staatlichen Zeitungen rechtzeitig das Wahlprogramm von Milinkewitsch zuzuleiten. Flugblätter wurden zu spät gedruckt, weshalb sie in großen Mengen entsorgt werden mussten. Besucherzentren der Opposition wurden nicht errichtet und der Wahlkampf für die Zielgruppe Jugend nicht geführt. Die Reden des Kandidaten wurden anders als abgesprochen nicht vom Nationalkomitee, sondern von Milinkewitsch und seinen Assistenten verfasst. Auf seiner Homepage konnten Wähler Fragen stellen, diese wurden jedoch von einem Team Freiwilliger beantwortet, was kein in sich stimmiges Meinungsbild ergab. Der Wahlkampf wurde zwar großzügig finanziert, aber die

Bezahlung der Wahlhelfer war nicht transparent. Die Heterogenität des Oppositionslagers führte zu unglücklichen Kompromissen, wie etwa zur Entscheidung, dass die Zusammensetzung des Wahlkampfteams nach Parteienquoten und nicht nach Kompetenz erfolgen sollte. Der Vorstand des ADS war stets mit Schlichtung von zwischenparteilichen Konflikten beschäftigt, was den Wahlkampf lähmte. All diese Probleme und Schwächen zählten aber nicht so viel wie die Tatsache, dass Aljaksandr Milinkewitsch nicht polarisierte und vom demokratisch gesinnten Teil der Gesellschaft gut aufgenommen wurde.

Letztendlich zeigten sich jedoch ernsthafte Risse im Oppositionslager. Dazu gehörte der inzwischen traditionelle Alleingang der Sozialdemokraten, der die Einigkeit der Opposition beschädigte. Im Juli 2005 wurde Mikalaj Statkewitsch als Vorsitzende der BSDP(G) abgewählt und die Partei dem neuen Vorsitzenden Aljaksandr Kasulin verließ das ADS. Statkewitsch, der seine verbliebenen Anhänger in der sozialdemokratischen Partei anführte, die unter dem ursprünglichen Namen als BSDP(NG) auftrat, verblieb jedoch im ADS.

Der Paukenschlag kam im Herbst 2005, als Aljaksandr Kasulin ankündigte, sich zum Präsidenten wählen zu lassen. Als ehemaliger Rektor der Belarusischen Staatlichen Universität in Minsk gehörte Kasulin lange Zeit zur Systemelite und galt als sehr wohlhabend. Offenbar konnte er Lukaschenka seine im Jahre 2003 erfolgte Absetzung vom Posten des Rektors nicht verzeihen. Er hatte Kontakte zur einheimischen wie zur russländischen Führungselite. Deshalb wurde er in Opposition mit Skepsis betrachtet. Nun verfügte er als Chef der BSDP(G) über Ressourcen, die den Wahlkampf von Milinkewitsch stören könnten. Man nahm an, dass er die Unterstützung von Teilen der Systemelite gewinnen könnte. Dabei lehnte er alle Vorschläge des ADS zum gemeinsamen Vorgehen ab.

Nach Einschätzung des ehemaligen Pressesekretärs des Präsidenten und späteren Oppositionellen Aljaksandr Fjaduta hat die Kandidatur von Kasulin den belarusischen Präsidenten, der sich wegen des gemeinsamen Auftritts der Opposition Sorgen gemacht hätte, beruhigt. Lukaschenka brauchte keine Farbrevolution in Belarus zu befürchten.<sup>409</sup>

### **Wahlkampf der Oppositionskandidaten**

Obwohl das angestrebte Bild der Einheit ruiniert war, machte die interne Konkurrenz den Wahlkampf der Opposition spannender und professioneller. Dem ausgewogenen, prowestlichen Milinkewitsch, der Belarusisch sprach, stand nur der ehrgeizige, russischsprachige Kasulin gegenüber, der aus dem System kam, aber trotzdem radikaler als sein Gegenpart auf der oppositionellen Seite agierte.

---

<sup>409</sup> Siehe Interview mit Aljaksandr Fjaduta für Radio Free Europe <https://www.svaboda.org/a/771125.html>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

Milinkewitsch hatte lange Zeit eine NGO geleitet und war deshalb im demokratischen Milieu gut vernetzt. Er konnte für sein Wahlkampfteam motivierte Unterstützer gewinnen. Intelligent wie er war, sprach er vor allem die Schicht der gut gebildeten Stadtbewohner an. Seine Themen waren Demokratie, Menschenrechte, nationale Identität und – besonders wichtig – europäische Integration von Belarus. Er hatte gutes Ansehen im Westen und wurde von mehreren europäischen Politikern empfangen. Damit konnte Lukaschenka wegen seiner diplomatischen Isolation nicht punkten.

Dagegen konzentrierte sich Kasulin auf die Regime-Kritik. Damit hat er erreicht, dass zwei Wochen später Lukaschenka auf der „Allbelarusischen Volksversammlung“ fast eine Stunde lang auf die Vorwürfe von Kasulin geantwortet hat. Kasulin wurde auch von Spezialeinheiten der Polizei zusammengeschlagen. Seine Auftritte wurden seitdem stark zensiert.<sup>410</sup> Kasulins etwas rebellische Art kam bei der Jugend und den entschiedenen Regimegegnern gut an, wenngleich seine Kontakte zu Russland die national gesinnten Wähler skeptisch stimmten.

Für die Registrierung der Kandidaten waren 100 Tsd. Unterschriften notwendig, die trotz der Weihnachtszeit schnell gesammelt werden konnten (240 Tsd. für Milinkewitsch und 148 Tsd. für Kasulin).<sup>411</sup> Beide Kandidaten sprachen breite Wählerschaft an, was die Opposition vielfältig, attraktiv und kompetitiv erscheinen ließ. Die Konkurrenz untereinander spornte die Kandidaten zur Anstrengung und zum besseren Wahlkampf an. Sie bereisten das Land und nutzten die ihnen zur Verfügung gestellte Sendezeit in den Staatsmedien sowie andere Möglichkeiten für die Propagierung ihrer Programme. Dabei sahen sie von gegenseitigen Angriffen ab. In den letzten Tagen vor der Wahl, als klar wurde, dass Milinkewitsch im Wahlkampf deutlich mehr Zuspruch als Kasulin bekam, unterstützte der Letztgenannte seinen Gegner sogar öffentlich, ohne allerdings die eigene Kandidatur zurückzuziehen.

Das Problem der oppositionellen Kandidaten bestand jedoch darin, dass es ihnen nicht gelungen war, die Wähler von Aljaksandr Lukaschenka zu spalten und einen Teil davon zu gewinnen. Es lag nicht daran, dass Milinkewitsch und Kasulin den Schwerpunkt auf politische und nicht auf wirtschaftliche Themen gelegt haben, was ihnen oft zum Vorwurf gemacht worden ist. Obwohl die Themen Demokratie und Menschenrechte nicht viele Wähler interessierten, mussten sie angesprochen werden, zumal die meisten Belarusen mit der

---

<sup>410</sup> Seine Rede am 17. Februar 2006 wurde zu den bekanntesten öffentlichen Diskreditierungen des Präsidenten. Zu sehen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=K-BVb0QeTm0>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

<sup>411</sup> Das Wahlkampfteam von Lukaschenka behauptete, 1,9 Mio. Unterschriften gesammelt zu haben. Selbst wenn die Zahl nicht aus dem Finger gezogen war, wurden die Unterschriften vorwiegend in staatlichen Unternehmen und Hochschulen gesammelt. Die offizielle Information über die Unterschriftenzahl: [http://rec.gov.by/elect/prrb2006/itog\\_podpisi.html](http://rec.gov.by/elect/prrb2006/itog_podpisi.html), zuletzt geprüft am 02.11.2022.

Wirtschaftsentwicklung zufrieden waren.<sup>412</sup> Eine wichtigste Schwäche der Opposition war jedoch, dass sie, erschrocken von der Staatspropaganda, die vor einem Staatsstreich warnte, an ihren Sieg nicht glaubte.

Aus den Kreisen der Kandidaten konnte man sogar hören, dass sie den Wahlkampf lediglich dazu nutzen wollten, ihre Ideen zu propagieren und ihre Popularität zu steigern.<sup>413</sup> Später bekannten die Kandidaten selbst, dass sie im Wahlkampf nicht einem Plan, sondern ihrer Intuition folgten – eine ausgearbeitete Strategie, die auf den Machtwechsel abzielte, fehlte also.<sup>414</sup>

Die für die Arbeit der politischen Opposition wichtigen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die in den vorangegangenen Jahren dem starken institutionellen Druck ausgesetzt gewesen waren, verfolgten hingegen die Szenarien des Regimewechsels, die in anderen autoritären Ländern erfolgreich waren. Einige Aktivisten waren im Oktober 2004 nach Kyjiw gereist gewesen und erinnerten sich noch gut an ihre Teilnahme an der Orangen Revolution. Nach dieser hatten sich Kontakte zwischen ukrainischen und belarusischen zivilgesellschaftlichen Gruppen intensiviert. Belarusische Aktivisten fuhren regelmäßig zu Trainings nach Kyjiw.

### ***Regime gegen die Oppositionskandidaten***

Die Präsidentschaftswahlen wurden vom Juli auf März 2006 vorverlegt, und zwar mit dem Ziel, den erfolgreichen Wahlkampf der Oppositionskandidaten zu verkürzen. Die Herausforderer des Präsidenten mussten die Unterschriften, die sie für die Registrierung ihrer Kandidatur brauchten, während der Feiertage, die im multikonfessionellen Belarus sehr lange, nämlich von Ende Dezember bis Mitte Januar dauern, sammeln. Damit erreichten die Machthaber auch, dass die Protestdemonstrationen, mit denen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu rechnen war, in die kalten Wochen des Spätwinters „verlegt“ wurden. Es kam hinzu, dass in der Ukraine Ende März 2006 Parlamentswahlen stattfanden, so dass die erfahrenen ukrainischen Aktivisten ihren belarusischen Kollegen mit ihrer Expertise vor Ort nicht helfen konnten.

Wie üblich erhielt die Opposition nur einige wenige der insgesamt fast siebzig Tausend Plätze in den lokalen Wahlausschüssen. Sie durfte ihre Treffen mit Wählern nur nach einer schriftlichen Genehmigung durch die Behörden durchführen. Die Aktivisten, die sich nicht an diese Regelung hielten, wurden zu kurzen Haftstrafen verurteilt.

---

<sup>412</sup> Im Jahr 2005–2006 gaben über 60 % der Befragten an, mit der wirtschaftlichen Situation im Land zufrieden zu sein oder zumindest „teils zufrieden, teils unzufrieden“. Vgl. IISEPS National Survey, Dez 2005/ März 2006.

<sup>413</sup> Vgl. Silitski 2015; Marples 2006; Korosteleva 2006.

<sup>414</sup> Viktor Karniajenka: Analysis of the 2006 political campaign, in: Marta Pejda (Hrsg.): Hopes, illusions, perspectives: Belarusian society'2007, Warsaw-Minsk: IDEE 2007, S.90.



Der Zugang der Oppositionskandidaten zu staatlichen Medien wurde auf zwei kurze Auftritte jeweils im Fernsehen und Radio reduziert. Regelmäßig konfiszierte die Polizei Zeitungen und Flugblätter der Opposition, was angesichts der Tatsache, dass damals nur ca. 20 Prozent der Belarusen Zugang zum Internet hatten,<sup>415</sup> den Wahlkampf merklich erschwerte. Kurz vor den Wahlen wurden zusätzlich noch einige Oppositionspolitiker und Vertreter der Zivilgesellschaft festgenommen. Meistens wurden sie des Rowdytums, der Schimpferei in der Öffentlichkeit oder der Auftragung von Graffiti beschuldigt. Dabei reichte die Aussage von nur einem Polizisten aus, um den Delinquenten für schuldig zu erklären.<sup>416</sup>

Das Fernsehen stellte die Opposition als Agenten des Westens dar, die beauftragt worden seien, die politische Lage zu destabilisieren. Es wurde zudem über angebliche Vorbereitung eines Staatsstreichs berichtet. In Zeitungen erschienen Ausschnitte aus den Werken über Demokratisierung wie „The Third Wave“ von Samuel Huntington und „The Politics of Nonviolent Action“ von Gene Sharp, denen „entlarvende“ Kommentaren hinzugefügt worden sind, die die *exit polls*, friedliche Flashmobs und andere Aktivitäten als Schritte auf dem Weg zu gewalttätigen Protesten und illegaler Machtergreifung erscheinen ließen.<sup>417</sup>

Offiziere der Sicherheitsdienste „enthüllten“ die angeblichen Pläne der Opposition, am Wahltag Terroranschläge durchzuführen. Im Fernsehen wurde sogar ein Video mit entsprechenden „Geständnissen“ einzelner Aktivisten gezeigt.<sup>418</sup> Da Regimekritiker den Terroristen gleichgesetzt wurden, konnte jegliche Repression gegen sie legitimiert werden. Die Opposition, die im Unrechtstaat nach Legalität strebte und ausschließlich friedliche Proteste praktizierte, wurde als illegaler Widerstand dargestellt, der im Falle eines „Staatsstreiches“ mit harter Bestrafung, inbegriffen Todesstrafe, rechnen müsste.

Die Manipulation der öffentlichen Meinung bestand aber nicht nur in der Verunglimpfung der Regimegegner, sondern vor allem in der Verherrlichung der Staatsmacht. In zahlreichen Fernsehsendungen priesen Politiker, Sänger und Sportler den Präsidenten. Aljaksandr Lukaschenka selbst nahm am Wahlkampf kaum teil. Dessen Durchführung überließ er dem Staats- und Medienapparat, was ihn von beiden Gegenkandidaten staatsmännisch abheben sollte. Die Medien lobten die nach dem Zerfall der Sowjetunion wiederhergestellte

---

<sup>415</sup> Vgl. Respublika Belarus' v zerkale soziologii: sbornik materialov sociologičeskikh issledovanij, IAC, 2018.

<sup>416</sup> Zu den Repressionen in der Wahlzeit siehe den OSZE-Bericht: [www.osce.org/odihr/2006/06/19393\\_en.pdf](http://www.osce.org/odihr/2006/06/19393_en.pdf), zuletzt geprüft am 02.11.2022.

<sup>417</sup> Siehe z.B. *Technologii destabilizacii, ili počemu v Belarusi ne sostoitsja „barhatnoj revoljucii“*, in: *Vo slavu Rodiny. Belorusskaja voennaja gazeta*, 01.02.2006.

<sup>418</sup> Siehe „KGB Belorussii prevratilo oppozicionerov v teroristov“ unter <https://www.dw.com/ru/kr6-belorusсии-превратил-оппозиционеров-в-террористов/a-1936602>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

Ordnung, die vermeintlichen Erfolge des belarusischen Wirtschaftsmodells und den schnell wachsenden Wohlstand, die dem „armen und unglücklichen Leben“ in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken entgegengesetzt wurden. In besonders schlechtem Licht wurden die sich am Westen orientierenden Länder, darunter die Ukraine, dargestellt.

An die Jugend richteten sich scheinbar apolitische Angebote der Unterhaltungsveranstaltungen, vor allem der Diskotheken und Konzerte, die jedoch der Staatspropaganda zu dienen hatten. Diese in Belarus sogenannte „Pop-aganda“ wies auffallende Ähnlichkeiten mit den Motiven und Bildern der Orangen Revolution auf. Diese Stilistik der Revolution wurde sogleich mit einem antirevolutionären bzw. reaktionären Inhalt versetzt.

### **Wahlergebnis**

Laut Angaben des Zentralen Wahlausschusses betrug die Wahlbeteiligung überragende 92,3 Prozent. Jeder fünfte Wähler hätte angeblich vorzeitig seine Stimme abgegeben. Die offiziellen Ergebnisse der Abstimmung erschienen ebenso unrealistisch: 83 Prozent für Aljaksandr Lukaschenka, 6,1 Prozent für Aljaksandr Milinkewitsch, 2,2 Prozent für Aljaksandr Kasulin und 3,5 Prozent für einen quasi-oppositionellen Kandidaten – den Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei Sjarhej Gajdukewitsch.

Gemäß einer Meinungsumfrage des unabhängigen Instituts für Sozioökonomische und Politische Studien (*Nesawisimyj institut sozial'no-ekonomitscheskich i polititscheskich issledowanij, NISEPI*)<sup>419</sup> waren die tatsächlichen Wahlergebnisse ganz anders: Aljaksandr Lukaschenka – 58,2 Prozent, Aljaksandr Milinkewitsch – 18,8 Prozent, Aljaksandr Kasulin – 4,7 Prozent und Sjarhej Gajdukewitsch – 2 Prozent. Obwohl die Diskrepanz zwischen den offiziellen und den realen Ergebnissen groß war, glaubte lediglich ein Drittel der Befragten, dass das Wahlergebnis gefälscht worden war, wobei die Wähler von Aljaksandr Lukaschenka keinerlei Zweifel an den offiziellen Zahlen hegten.

Nach den Präsidentschaftswahlen zeigte sich die ratlos, obwohl sie an Selbstbewusstsein, Reife und Erfahrung gewonnen hatte. Auch wenn die Oppositionellen nicht wussten, wie sie künftig agieren sollten, haben sie es geschafft, neue Netzwerke aufzubauen und das in früheren Jahren verlorene Vertrauen vieler Wähler wiederzugewinnen. Aljaksandr Milinkewitsch wurde zum populärsten Oppositionspolitiker der letzten 14 Jahre. In der Zeit der guten Wirtschaftsentwicklung und der starken Verfolgung durch den Staat waren es beachtliche Erfolge.

---

<sup>419</sup> Es war das größte unabhängige Soziologische Institut des Landes, das zwar im April 2005 per Gesetz liquidiert wurde, aber seine Tätigkeit erst 2016 wegen der Drohung mit Haftstrafen für seine Mitarbeiter komplett eingestellt hat. Zu den zitierten Umfragewerten siehe: <http://www.iisepts.org/?p=2776&lang=en>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

Das Regime zog daraus den „einzig richtigen“ Schluss, dass seine Kontrolle über Politik und Gesellschaft nicht nachlassen dürfte und die Strategie des präventiven Drucks weiterhin verfolgt werden sollte.

## VIII. PROTESTE GEGEN DAS REGIME

### 8.1. Ursachen

Zwischen den Präsidentschaftswahlen von 2001 und von 2006 ging in Belarus die Zahl der Straßenproteste und ihrer Teilnehmer kontinuierlich zurück. Die Protestaktionen verliefen oft nach einem leicht erkennbaren Schema und ihre Resonanz wurde kleiner. Im gesamten Land fanden pro Jahr lediglich sechs bis acht Proteste statt, an denen sich mehr als 500 Menschen beteiligten.<sup>420</sup> Immer seltener verlieh die Straße politischen Forderungen Nachdruck. Die wenigen politischen Proteste dienten dem Nachweis, dass die Opposition noch existierte.

Die Protestaktivität stieg traditionell im Zusammenhang der Präsidentschaftswahlen. Während das Referendum über die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung des Präsidenten und die Manipulation der Parlamentswahlen im Oktober 2004 keine nennenswerten Unruhen nach sich zogen, gingen nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. März 2006 die Wähler der Opposition auf die Straße, um gegen das verkündete Wahlergebnis zu demonstrieren.

In der Ukraine, wo die Teilnahme an sozial motivierten Protesten nicht bestraft wurde, fanden sie in den Jahren 2010-2014 durchgehend statt. Die politischen Proteste, die nach jeder Wahl – statistisch betrachtet – in etwa ein Drittel aller Protestaktivitäten ausmachten, kamen hinzu.<sup>421</sup> Entweder brachten sie ideologische Überzeugungen zum Ausdruck oder dienten dem Machtkampf. Aber auch soziale Proteste nahmen mit Zeit oft politischen Charakter an. Das Auftreten gegen die Bürgerrechtsverletzungen, das 15 Prozent aller Protestaktivitäten ausmachte, hatte von Anfang an einen politischen Touch, obwohl derartige Aktionen nicht von Oppositionsparteien angeführt wurden.

Den größten Protest in den Jahren zwischen der Orangen Revolution 2004/05 und dem Euromajdan 2013/14 stellte im Jahre 2010 der so genannte Steuermajdan dar, der gegen die von der Regierung in Angriff genommene Steuerreform gerichtet war. Zwar war eine Steuerreform längst fällig. Denn nach der Einschätzung der Weltbank hatte die Ukraine nach Belarus und Venezuela das drittschlechteste Steuersystem der 183 aufgelisteten Länder. Die Reform sah jedoch die einseitige Belastung der Kleinunternehmer vor. Auch die Kompetenzen der

---

<sup>420</sup> Andrej Jahorau: *Ustojlivasc' i spad: akcii 2001-200*, in: Valer Bulhakau/Andrej Dyn'ko (Hrsg.): *Chryščenne nacji. Masavyja akcii 1988-2009*, Belastok: Belaruskaj gisťaryčnaja tawarystwa 2011, S. 432-499, hier S.434f.

<sup>421</sup> Vgl. Volodymyr Iščenko: *Protesty, pobydy i repressii v Ukrainie: rezultaty monitoringa 2012*, Kiew: Centr issledovanija obščestva 2013.

Steuerbehörden sollten ausgeweitet werden, was ihren Einsatz gegen die politischen Gegner wahrscheinlich machte.<sup>422</sup>

Aus Protest dagegen gingen im Herbst und Winter 2010 bis zu 250 Tsd. Demonstranten in Kyjiw auf die Straße, wobei Unternehmer aus dem ganzen Land in die Hauptstadt reisten. Sie forderten Steuersenkungen und kritisierten scharf die Bevorzugung monopolistischer Großunternehmen durch die Regierung. Da nicht nur während des Steuermajdans gegen die „blaue“ Regierung protestiert wurde, glaubten im Dezember 2010 über 40 Prozent der Ukrainer, dass im Land eher oder später Unruhen ausbrechen würden. Im Sommer 2013 waren es bereits 60 Prozent.<sup>423</sup>

Das Spektrum von Problemen, die zu Protesten führten, war breit. Die Menschen demonstrierten gegen nicht ausgezahlte Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Steuer- und Rentenalterserhöhung, Kürzung sozialer Leistungen u.Ä.m. Aber es wurde auch gegen das Wahlgesetz, die manipulierten Wahlen, die Verhaftung von Julja Tymoschenko und überhaupt die Verfolgung der Opposition, den Druck der Regierung auf unabhängige Medien,<sup>424</sup> das neue Sprachgesetz und die verlängerte Stationierung der russländischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol protestiert.<sup>425</sup>

Mit Duldung der ausufernden Korruption von Oligarchen und Beamten sowie der rücksichtslosen Bedienung der „Familie“ des Staatspräsidenten sorgte die Regierung für zunehmenden Unmut in der Gesellschaft. Die Tatsachen sprachen für sich. Der regierungsnahe Oligarch Rinat Achmetow vergrößerte sein Vermögen von 7,5 Mrd. USD im Jahre 2010 auf 18,7 Mrd. im Jahre 2012. Im Ranking der reichsten Ukrainer fanden sich fünf Mitglieder der Regierung mit einem Gesamtvermögen von rund 3,3 Mrd. USD. Der Sohn des Staatspräsidenten, Oleksandr Janukowytsch, gehörte mit über 100 Mio. USD ebenfalls zu den Profiteuren des Regimes.<sup>426</sup>

---

<sup>422</sup> Vgl. A. Krysovaty u.a.: Liberalisierung der Steuerpolitik oder Verstärkung des Drucks durch den Fiskus? – Was ist notwendig für den Ausweg aus den Turbulenzen der Wirtschaft?, Analysen und Ansichten zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine: eine Sicht ukrainischer Forscher zu Theorie und Praxis, Berlin: Forschungsinstitut der IWVWW 2013, S. 1-16.

<sup>423</sup> [https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/protesty\\_i\\_protestnye\\_nastroeniya.html](https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/protesty_i_protestnye_nastroeniya.html), zuletzt geprüft am 02.11.2022.

<sup>424</sup> So z.B. auf das Internet-Portal Lb.ua und das Sendeunternehmen Tbi.

<sup>425</sup> Die im April 2010 von Putin und Janukowytsch unterschriebenen Vereinbarungen sahen den Preisrabatt auf russländische Gaslieferungen in die Ukraine und die Verlängerung der Stationierung der russländischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol bis 2042 vor.

<sup>426</sup> Rinat Achmetow war 2012 laut Forbes der reichste Ukrainer und einer der vierzig reichsten Menschen Europas. Zu vermögen der ukrainischen Oligarchen siehe Forbes-Datenbasis <https://www.forbes.com/profile/>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

## 8.2. Geografie, Teilnehmer und Formen der Proteste

80 Prozent aller belarussischer Protestaktionen der Jahre 2001-2006 fanden in Minsk statt. Denn in der Hauptstadt waren die Strukturen der Opposition am besten entwickelt und der Großteil ihrer Stammwählerschaft ansässig. In den Regionen ragte das im Westen gelegene Hrodna als das Zentrum der oppositionellen Unternehmerbewegung heraus. Die dortigen Protestaktionen, an denen sich gewöhnlich einige Hundert bis einige Tausend Menschen beteiligten, fanden in der Regel in Koordination mit Minsk statt.

In der Ukraine dagegen waren die politischen Proteste stark dezentralisiert, weshalb in der Hauptstadt lediglich 17 Prozent der landesweiten Demonstrationen durchgeführt wurden. Die regionalen Unterschiede waren nicht allzu groß, weil etwa ein Drittel aller Demonstrationen in der Zentral-, etwa ein Viertel in der West- und etwa ein Fünftel in der Ost- sowie Südukraine stattfanden.

Die Zahl der Proteste nahm kontinuierlich zu: Mit 3636 im Jahre 2012 ist sie im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent gestiegen. Wiederum in der ersten Hälfte des Jahres 2013 fanden fast doppelt so viele Proteste wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres statt.<sup>427</sup> Obwohl die Protestbereitschaft generell hoch war, war sie im Westen, wo nicht nur soziale, sondern auch politische Anliegen Anlass zu Demonstrationen gaben, höher als im Osten. Parallel dazu ging die Zustimmung zum Präsidenten und seiner Partei zurück, die im landesweiten Durchschnitt 30 Prozent nicht überschritt und zeitweilig sogar unter 20 Prozent fiel. Dabei blieb sie im Osten und Süden mit 45-55 Prozent am höchsten. In der Zentralukraine lag sie unter 30 Prozent, während sie im Westen die zehn Prozent nicht überschritt. In Kyjiw betrug sie im April 2013 15 Prozent.<sup>428</sup>

Verschiedene gesellschaftliche Gruppen waren an Protesten beteiligt: Studenten, Arbeiter, Rentner, Kriegsveteranen, Opfer der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, Unternehmer, Landbesitzer, Journalisten, Menschenrechtler, Politiker sowie politische und zivilgesellschaftliche Aktivisten. Die im Jahre 2012 durchgeführten Umfragen zeigen, dass über 30 Prozent der Ukrainer bereit waren, an Protesten teilzunehmen.<sup>429</sup> Obwohl sich Kleinunternehmerverbände (offenbar in Antizipation von Protestinstrumentalisierung im Wahlkampf) grundsätzlich von den Oppositionsparteien fernhielten, erhoben auch sie immer

---

<sup>427</sup> Iščenko, Volodymyr: *Protesty, pobedy i repressii v Ukraini: rezultaty monitoringa 2012*, Kiew: Centr issledovanija obščestva 2013, S.13.

<sup>428</sup> Siehe Ukraine-Analysen Nr.117 vom 28.05.2013, S. 10–12.

<sup>429</sup> Siehe die Umfragewerte unter <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/03/18/6985747/>, zuletzt geprüft am 04.11.2022.

häufiger politische Forderungen, die bis zum Rücktritt der Regierung und des Präsidenten reichten.

Grundsätzlich gab es aber in der Ukraine (und auch in Belarus) keinen Automatismus des Übergangs von der Unzufriedenheit mit der Regierung zur Protestteilnahme. Das drückte sich in der normalerweise überschaubaren Größe der Protestaktionen aus. Nur die Hälfte der Proteste fand unter Beteiligung von zumindest 100 Menschen statt und nur an etwa 20 Prozent der Aktionen beteiligten sich eintausend oder mehr Menschen. Die Zahl der Proteste ging demgegenüber durch die Decke, was die Gesamtzahl der Protestteilnehmer pro Jahr erhöhte, die in Millionen ging. Ähnlich mobilisierten affirmative Demonstrationen der Partei der Regionen nur in 20 Prozent der Fälle mehr als eintausend Menschen,<sup>430</sup> wofür allerdings administrative Ressourcen eingesetzt werden mussten.<sup>431</sup>

Im Gegensatz zur Entwicklung in der Ukraine nahmen in Belarus immer weniger Menschen an Protesten teil. Pro Jahr waren es insgesamt 15 bis 20 Tausend Teilnehmer. Straßenproteste, an denen sich maximal fünf bis sechs Tausend Menschen beteiligten, wurden zu vereinzelt Aktionen der politischen Opposition, die mit jedem Jahr überschaubarer wurden.<sup>432</sup> Es gelang nicht, die Belarusen zu Demonstrationen zu bewegen.

Dabei erfasste etwa die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis des Referendums über die Amtszeit des Präsidenten gewiss mehr als einige Tausend Menschen, die auf die Straße gingen. Viele Vertreter der „Mittelklasse“, also Unternehmer, Mitarbeiter privater Firmen, Wissenschaftler, Lehrer u.a. teilten die Ansichten der Protestteilnehmer, waren jedoch nicht bereit, sich ihnen anzuschließen. Man kann sogar die Behauptung wagen, dass die Menschen den Protesten fernblieben, weil diese von der Opposition angeführt wurden. An Protesten vom 18. Oktober 2004 nahm folglich nur der „harte Kern“ der Aktivisten und der Stammwähler der Opposition teil.<sup>433</sup> In diesem stellten die Mitglieder der Parteien und Jugendbewegungen im Alter von 16 bis 30 Jahren die größte Gruppe dar.

Zwei Interessengruppen – die unabhängigen Gewerkschaften und die Unternehmer – nahmen an den Protestaktionen, die von der Opposition (mit)organisiert wurde, besonders selten teil. Das politische Engagement der Gewerkschaften ließ nach den Wahlen 2001, in denen der Vorsitzende ihres Verbandes Uladsimir Hantscharyk der oppositionelle Kandidat für das Amt

---

<sup>430</sup> Die Kundgebung in Sewastopol am 1. Mai 2011 wurde sogar von 40 Tsd. Menschen besucht.

<sup>431</sup> Vgl. V. Ishchenko: Filling the Void: New Actors and Old Structures in the Ukrainian Protest Scene (2010–2013), in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 47, No. 2, S. 234f.

<sup>432</sup> Jahorau 2011, S.441.

<sup>433</sup> Vgl. Ebd. S.434.

des Präsidenten war, deutlich nach.<sup>434</sup> Die Gewerkschaften und Kleinunternehmer organisierten in den Jahren 2000-2003 und in der ersten Hälfte 2005 ihre jeweiligen Protestaktionen.<sup>435</sup> Die gewerkschaftlichen Demonstrationen und kurzfristige Streiks waren noch während der Krisenjahre 2001-2002 keine Seltenheit. Mit der schrittweisen Verbesserung der Wirtschaftslage verschwanden sie jedoch. Demgegenüber stieg etwas die Zahl der Proteste der Kleinunternehmer, die im Unterschied zu den Arbeiternehmern keine Verbesserung verspürten.

Die Business-Leute setzten sich für ihre wirtschaftlichen Interessen ein, weshalb sie selten Schnittmengen mit der politischen Opposition aufwiesen. Alles in allem betonten sie den apolitischen Charakter ihrer Forderungen, zumal ihnen politische Opposition meistens als ideologisch fremd und zu radikal erschien. Die Kooperation beider Milieus, für die die gemeinsame Demonstration der Unternehmer und der Jugendorganisation „Subr“ (Wiesent) in Barysau am 1. Mai 2004 exemplarisch stand, gelang nur selten.<sup>436</sup>

Noch stärker distanzierte sich die evangelische Kirche von den politischen Protesten, weil sie als eine schnell wachsende und gut vernetzte autonome Institution zunehmend unter dem Druck des Regimes stand und fürchtete, dass Kontakte zur Opposition ihre Lage nur verschlechtern würden.

Was das Spektrum der Protestformen angeht, so dominierten Gedenkveranstaltungen, die von der politischen Opposition organisiert wurden. Die wichtigsten waren der Unabhängigkeitstag am 25. März, mit dem an den Tag der Ausrufung der Unabhängigkeit der Belarusischen Volksrepublik im Jahre 1918 erinnert wurde und das Gedenken der Tschernobyl-Katastrophe am 26. April. Wichtig war auch der Totengedenktag (jährlich am zweiten Dienstag nach Ostern), währenddessen nicht zuletzt der Opfer des Stalinismus gedacht wurde. Unter Lukaschenka wurden diese Tage aus der Liste der staatlichen Feier gestrichen.

Eine andere populäre Protestform stellten Hungerstreiks dar. Auf diese Art demonstrierte die Parlamentsgruppe *Respublika* im Juni 2004 gegen die politische Repression und das geplante Referendum. Im Parlamentsgebäude traten drei Abgeordnete in Hungerstreik mit Forderungen, ihren die Gefängnisstrafe absitzenden Mitstreiter Michail Marynitsch zu befreien, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden und auf das verfassungswidrige Referendum zu verzichten. Sie setzten ihren Hungerstreik im Zeltlager, das im Hof des Hauses des Leiters ihrer Parlamentsgruppe Waler Fralou aufgebaut wurde, fort. Nachdem das Lager von der

---

<sup>434</sup> Die größte Protestaktion mit etwa sieben tausend Teilnehmern wurde im Januar 2001 in der belarusischen Industriestadt Salihorsk von den damals noch relativ starken unabhängigen Gewerkschaften organisiert.

<sup>435</sup> Vgl. Silitski 2005, S. 90.

<sup>436</sup> So z.B. die gemeinsame Demonstration der Unternehmer und der Jugendorganisation *Subr* in Barysau am 1. Mai 2004.

Polizei geräumt wurde, zogen die Protestierenden in Fralous Wohnung um. Inzwischen haben sich ihnen fünf Mitglieder der AGP sowie der stellvertretende Vorsitzende der BNF Wiktar Iwaschkewitsch angeschlossen. Nach drei Wochen wurde aber der Streik beendet, weil das Interesse der Öffentlichkeit nachgelassen hat und die Regierung die Forderungen ignorierte.

Im Oktober 2003 und im März 2005 traten einige Taxifahrer aus Protest gegen schlechte Arbeitsbedingungen in Hungerstreik. Im Mai-Juni 2005 hungerten einige Vertreter der Jungen Front, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verfolgung ihrer Aktivisten lenken wollten.<sup>437</sup>

Es fanden noch Straßendemonstrationen und Kundgebungen sowie andere kleine Aktionen, die „Ketten der engagierten Menschen“ genannt wurden, statt. Es waren Menschen, die in der Öffentlichkeit Bilder der vom Regime Verfolgten trugen. Bei Demonstranten handelte es sich vorwiegend um Jugendliche und Familienangehörigen der Opfer. Eine Reihe solcher Aktionen (die später, nämlich so 2006-2007, „Flashmobs“) genannt wurden, folgte den Schließungen des Nationalen Jakub-Kolas-Gymnasiums im Jahre 2003 und der Europäischen Humanistischen Universität im Jahre 2004, die als die besten geisteswissenschaftlichen Bildungseinrichtungen im Land galten.

Die politische Führung der Protestbewegungen war schwach. Die Charta-97 und ihre Tochterorganisation *Subr*, die oft Protestaktionen organisierten, grenzten sich von der Koalition Fünf Plus ab. Parteien und zivilgesellschaftliche Bewegungen führten zwar Verhandlungen über die Bildung eines Koordinationszentrums für ihre Aktionen, dieses entstand aber niemals. Obwohl fast alle Oppositionsparteien an irgendwelchen Protesten teilnahmen, gab es immer eine oder zwei Gruppierungen, die für die Organisation und Durchführung verantwortlich waren. Wenn die Aktion wegen geringer Teilnehmerzahl oder eines Angriffs der Sicherheitskräfte ausfiel, lasteten andere Teilnehmer ihnen den Misserfolg an.

In der Ukraine der Jahre 2012-2013 nahmen die politischen Protestaktivitäten zu, was sowohl durch die Parlamentswahlen als auch durch das erwähnte Sprachgesetz, das Russisch zur regionalen Amtssprache erhob, mitverursacht wurde. 76 von 98 der großen Protestaktionen im Jahres 2012 hatten politischen Charakter. In der ersten Hälfte 2013 gab es die landesweite Aktion „Steh auf, Ukraine!“ (*Wstawaj, Ukrajino!*), die von der *Swoboda* und der *Bat'kiwschtschyna* (später kam auch die UDAR hinzu) organisiert wurde mit dem Ziel der Amtsenthebung von Wiktor Janukowytsch.

Etwa 30 Prozent aller Protestaktionen in den Jahren 2012-2013 richteten sich gegen den Präsidenten und seine Partei, wobei sich Radikalisierung bemerkbar machte. Jeder fünfte

---

<sup>437</sup> Jahorau 2011, S. 433.



politische Protest wurde gewalttätig und jeder vierte artete in Sachbeschädigung, Vandalismus, Brandanschlag etc. aus. Die Zunahme der Gewalt war hauptsächlich auf Aktionen von Provokateuren, der sogenannten „*Tituschki*“, zurückzuführen, die bezahlte Schlägergruppen darstellten. Die rechtliche Grundlage für die Tätigkeit dieser vom Regime informell eingesetzten Gruppen, die sich als „private Sicherheitswächter“ ausgaben, wurde mit einem von der *Werchowna Rada* im Jahre 2012 verabschiedeten Gesetz geschaffen.<sup>438</sup>

Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass sich in der Ukraine anders als in Belarus zahlreiche Protestaktion spontan, ganz ohne die Mitwirkung der politischen Opposition ereigneten. Wie hier später noch gezeigt wird, wurde selbst der Euromajdan nicht von den Oppositionsparteien initiiert.

### **8.3. Opposition in Protesten**

In Belarus wurde der Großteil der Proteste von der Opposition organisiert und angeführt. Dabei konnte sie lediglich mit ihren überzeugten Anhängern rechnen, die ungeachtet der drohenden Repressionen politische und gesellschaftliche Partizipation für ihre Pflicht hielten. Breitere Gesellschaftskreise für die Proteste zu gewinnen, war im alternativlosen Autoritarismus einfach nicht möglich. Ganz anders verhielt es sich in der Ukraine, wo das Verhältnis zwischen Opposition und Protestierenden sehr viele Facetten zeigte: von der Inspiration der Proteste durch oppositionelle Parteien bis hin zur Übernahme der Führung der spontan formierten Protestaktionen.

Beispielsweise waren Oppositionsparteien bemüht, die im Osten und Süden des Landes die Einwohner politisch zu aktivieren und so von der Partei der Regionen abzubringen. Im Jahre 2012 organisierten dort die *Swoboda* mehr als ein Drittel und die *Bat'kiwschtschyna* 44 Prozent ihrer jeweiligen Proteste.<sup>439</sup> Julja Tymoschenkos Partei konzentrierte ein Viertel ihrer Unternehmungen auf Charkiw, wo die ehemalige Premierministerin ihre Gefängnisstrafe absaß. Das Engagement der Opposition in den Hochburgen des politischen Gegners machte angesichts der auch dort steigenden Unzufriedenheit mit der Regierung durchaus Sinn.

Die Parteien und Politiker handelten meistens im eigenen Interesse, weshalb die Organisatoren von „grass-roots“-Protesten ihre Teilnahme oft nicht wünschten. Die Parteien selbst waren in vielen Fällen am Protestengagement nicht sonderlich interessiert. So beteiligte sich die *Swoboda* im Jahre 2012 nur an elf der insgesamt 157 Aktionen der Kleinunternehmer, obwohl sie sich als deren Interessenvertreter ausgab. Die UDAR, deren Hochburg die

---

<sup>438</sup> Siehe <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/4616-17#Text>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

<sup>439</sup> Siehe Ishchenko 2014, S. 236f..

Hauptstadt war, nahm lediglich an drei von 93 Protesten gegen die illegalen Bauprojekte in Kyjiw teil. Insgesamt beteiligten sich die politischen Parteien nur an zehn bis zwölf Prozent der sozial und wirtschaftlich motivierten Proteste, die – wie erwähnt – zwei Drittel aller Protestaktivitäten im Land ausmachten.<sup>440</sup>

Wenn sich schon jene oder andere Partei an Aktionen beteiligte, dann wollte sie diese unbedingt anführen, um daraus eigenes politisches Kapital zu schlagen. Die für eigene Zwecke betriebene Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten aller Fraktionen stiftete oft Verwirrung in den Reihen der Demonstranten und führte dazu, dass die Proteste in den Sanden verliefen. Der Schulterschluss der oppositionellen Parteien konnte nur in günstigen Situationen erreicht werden, so wie das während der Orangen der Fall war.<sup>441</sup>

Die Beteiligung der Oppositionsparteien an Protesten war dennoch relativ hoch. Besonders die *Swoboda* und die *Bat'kiwschtschyna* führten viele Aktionen durch. Die *Swoboda* hat allein im Jahre 2012 518 Protestaktionen organisiert und sich an 60 Prozent aller Demonstrationen der Opposition beteiligt. Die *Bat'kiwschtschyna* hat im gleichen Jahr 395 Aktionen organisiert, die im Gegensatz zu den Aktivitäten der *Swoboda*, die in erster Linie die Sprachfrage sowie die Themen der nationalen Identität und der Geschichtspolitik aufwarf, nicht ideologisch geprägt waren. Während der von der *Bat'kiwschtschyna* organisierten Aktionen wurden politische Forderungen wie die Amtsenthebung von Wiktor Janukowytsch, die Durchführung von Neuwahlen oder die Freilassung ihrer Chefin gefordert. Im August 2011 transportierte die *Bat'kiwschtschyna* ganze 1500 Demonstranten aus dem Cherson-Gebiet in die Hauptstadt. Ein Drittel von ihnen hielt sich in Kyjiw über längere Zeit auf, um an der Aktion „Julja, wir sind mit dir!“ (*Julja, my s toboj!*), die gegen die Haft von Julia Tymoschenko gerichtet war, teilzunehmen.<sup>442</sup> Die ausschließlich von der ukrainischen Opposition organisierten und durchgeführten Proteste wiesen zu zwei Dritteln einen solchen politischen Charakter auf.<sup>443</sup>

Trotz aller Versuche der oppositionellen Parteien, Proteste für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren, und ungeachtet der daraus oft resultierenden Distanz der Protesturheber gegenüber den Parteien profitierten beide voneinander. Die Oppositionsparteien hatten in der Gesellschaft starke Basis. Sie agierten als Parlamentsopposition legal. Sie konnten den Zugang zu den Massenmedien, die den ihnen nahestehenden Oligarchen angehörten, vermitteln (z.B. zum TV-Sender „Kanal 5“, der Petro Poroschenko gehörte). Darüber hinaus verfügten sie über

---

<sup>440</sup> Iščenko 2013, S. 46.

<sup>441</sup> Vgl. <https://nikvesti.com/news/politics/27823>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

<sup>442</sup> Vgl. <https://www.kommersant.ru/doc/1749790>, zuletzt geprüft am 02.11.2022.

<sup>443</sup> Vgl. Ishchenko 2014.

Finanzen und Aktivistennetzwerke. Mit alledem sorgten sie für die Rückkoppelung der schwachen Zivilgesellschaft mit dem politischen System.

Abgeordnete der Oppositionsparteien wurden häufig von Protestierenden und der Regierung als legitime Vermittler anerkannt. So etwas war in Belarus einfach unvorstellbar. Überhaupt waren die ukrainischen Oppositionsparteien imstande, auf besondere Herausforderungen schnell zu reagieren. Nachdem Janukowytsch im Februar 2014 nach Russland geflohen war, haben sie es geschafft, das dadurch entstandene Machtvakuum zu füllen, indem sie stabile Parlamentsmehrheit für eine Übergangsregierung stellten. Nur so konnten die Proteste des Euromajdans in Reformen umgemünzt werden.

#### **8.4. Reaktionen des Regimes**

Die ukrainische Regierung reagierte auf Proteste immer schematisch: zuerst ignorierte sie diese, dann versuchte sie, die Aktionen mit leeren Versprechen zu beenden, und später, nachdem das Interesse der Medien nachgelassen hatte, setzte sie gegen die Demonstranten Behörden und Dienste ein. Ein Drittel der politischen Proteste wurde mit Verbot, Polizeieinsatz, Festnahmen, Angriffen der *Tituschki*, Sperrung von Protestorten u.v.a.m. konfrontiert. Auch juristische Verfolgung von Aktivisten stellte keine Seltenheit dar. Allein in sechs Monaten des Jahres 2012 wurden 320 solche Fälle dokumentiert.<sup>444</sup> Allerdings waren die Strafen vergleichsweise mild. Das härteste Urteil wurde wegen einer Brandstiftung verhängt, der ein Büro der Partei der Regionen zu Opfer fiel – dreieinhalb Jahre Gefängnis auf Bewährung.

Die Polizei griff bei nicht-genehmigten Demonstrationen oft nicht ein, selbst wenn es sich dabei um die Aufstellung von Zelten und Agitationsständen handelte. Von den dreißig Zelten, die 2011 auf der Kyjiwer Hauptstraße *Chreschtschatik* aus Protest gegen die Verhaftung von Julja Tymoschenko aufgeschlagen worden waren, blieben einige von den Behörden bis zur Freilassung der Politikerin im Februar 2014 unbehelligt stehen. Sogar während der Fußball-Europameisterschaft im Jahre 2012 wurden sie von der Polizei nicht geräumt. Die Regierung ignorierte einfach die zur Unterstützung von Tymoschenko durchgeführten Aktionen, was sich als erfolgreiche Taktik erwiesen hat, weil die Teilnehmer immer weniger wurden.

Die Regierung ging – zumindest teilweise – nur auf die Forderungen ein, die dauerhaft und von großen Menschenmengen vorgetragen wurden. So war es zum Beispiel beim Steuermajdan gewesen. Sozial motivierte Proteste, die von den Wählern der Partei der Regionen unterstützt wurden, hatten besonders gute Erfolgsaussichten.

---

<sup>444</sup> Vgl. Iščenko 2013, S.74-87.

Von solchen Zuständen konnte die belarusische Opposition nur träumen. Es war ihr fast unmöglich, Genehmigungen für die Durchführung von Demonstrationen zu bekommen, während die nicht erlaubten Aktionen sofort niedergeschlagen wurden, und dies oft brutal. Wenn Behörden schon eine Protestkundgebung genehmigten, dann durfte sie nur außerhalb von Stadtzentrum stattfinden. Selbst der jährlich organisierte Marsch, der an Tausende in den Jahren 1937-1941 vom sowjetischen NKWD erschossene Menschen erinnerte, die im Minsker Vorort Kuropaty begraben worden waren, durfte 2004 nicht mehr der traditionellen Route durch das Zentrum der Hauptstadt folgen.

Mit der Opposition verhandelten die Behörden immer aus der Position der Stärke. Wenn sie mit ihren Entscheidungen nicht einverstanden war, musste sie mit Repressionen rechnen. Auf jede Abweichung von den Bestimmungen über Ort und Teilnehmerzahl wurde mit Polizeieinsatz und Festnahmen reagiert. So wurde eine genehmigte Mahnaktion, die dem Gedenken der Katastrophe von Tschernobyl gewidmet war (*Tscharnobyl'ski schljach*), in Minsk gewaltsam aufgelöst. Am 1. Mai 2004 wurde in Barysau die ebenso genehmigte Demonstration von Polizeikräften zerschlagen und über 20 Menschen wurden festgenommen.<sup>445</sup>

In den Jahren 2001-2006 wurde jede zweite oppositionelle Aktion durch Behörden aufgelöst. Jede fünfte wurde gewaltsam niedergeschlagen und zog juristische Verfahren nach sich.<sup>446</sup> Strafverfahren gegen die Organisatoren waren keine Seltenheit. Die oppositionellen Politiker Mikola Statkewitsch und Pawal Sevjarjynets wurden für die Organisation der Proteste gegen das Referendum zu zwei Jahren Strafarbeit und der Politiker Andrej Klimau für die Aktion „Revolution“ am Tag der Unabhängigkeit im Jahre 2005 zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 2007 musste Klimau wegen „Aufrufe zu Widerstand“ für zwei Jahren ins Gefängnis. Obwohl alle belarusischen Proteste friedlich verliefen, ging die Polizei mit Gewalt gegen die Demonstranten vor, um die Menschen von der Teilnahme abzuschrecken.<sup>447</sup>

In der Ukraine konnten hartnäckige Proteste erfolgreich sein, was das Beispiel des Stuermajdans im Jahre 2010 zeigte. Vor der *Werchowna Rada* wurde eine Zeltstadt aufgebaut. Dessen ungeachtet drückte die Partei der Regionen ihr neues Steuergesetz im Parlament durch. Daraufhin zogen die Demonstranten mit ihrer Zeltstadt auf den Majdan um. Davon offenbar erschrocken, legte der Präsident Janukowytsch sein Veto gegen das „eigene“ Gesetz ein. Dieser Erfolg stärkte die Selbstorganisation und das Selbstbewusstsein der unternehmerischen

---

<sup>445</sup> Siehe Bericht Human Rights Situation in Belarus in 2004 (Minsk, 2005) von Viasna Human Rights Center, S.7.

<sup>446</sup> Siehe Silitski 2006, S. 17.

<sup>447</sup> Vgl. Jahorau 2011, S. 445f.

Milieus, obwohl die Solidarisierung anderer Gruppen mit den Demonstranten zu wünschen übrigließ.<sup>448</sup>

Ähnliches Muster wies die Reaktion der Regierung auf mehrwöchige Demonstrationen gegen die Kürzung der Sozialhilfe für Kriegsveteranen und für die Opfer der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl auf, die im Herbst 2011 stattfanden. Nachdem die Regierung abgelehnt hatte, auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen, wurde ihr Rücktritt gefordert und sogar ein Sturm auf das Parlamentsgebäude versucht. Als klar wurde, dass die Proteste nicht nachlassen und immer mehr Aufmerksamkeit erregen, hob die Regierung die Kürzung der Sozialleistungen auf.<sup>449</sup>

### **8.5. Ploschtscha 2006 und Euromajdan 2013-14 im Vergleich**

Die Ursachen der großen Proteste in beiden Ländern waren unterschiedlich: in Belarus war es die Fälschung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 18. März 2006 und in der Ukraine die Weigerung der Regierung im November 2013, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen.

Gemäß Meinungsumfragen haben etwa 25 Prozent der Belarusen ihre Stimme für die Oppositionskandidaten abgegeben und ca. 30 Prozent waren der Meinung, dass die Wahlen manipuliert wurden.<sup>450</sup> Erfolge der „Farbrevolutionen“ in anderen Ländern, darunter selbstverständlich der Machtwechsel infolge der Orangen Revolution in der Ukraine (aber auch die „Rosenrevolution“ in Georgien 2003 und „Tulpenrevolution“ in Kirgistan 2005), wurden mit Hoffnung zur Kenntnis genommen.<sup>451</sup> Die Überzeugung von der Aussichtslosigkeit der Proteste, gemischt mit der Angst vor brutaler Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte, hielt jedoch einen beträchtlichen Teil der Regimegegner von der Teilnahme an den Aktionen ab.

Junge Oppositionelle zogen im März 2006 auf den Minsker Oktoberplatz (Belarusisch: *Kastrytschinskaja Ploschtscha*) mit der Absicht, eine „Revolution“ zu starten, die zur erneuten Präsidentschaftswahl führen würde. Diese Forderung wurde jedoch in der breiten Bevölkerung nicht ernst genommen, weil kaum jemand an einen schnellen Machtwechsel infolge der Proteste glaubte.

---

<sup>448</sup> Kiryl Savin: Nach Protesten von Kleinunternehmern: Janukowytshs Steuerreform gescheitert? 9. Dezember 2010, [https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-erfolgreiche\\_proteste\\_gegen\\_ukrainische\\_steuerreform\\_10803.html](https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-erfolgreiche_proteste_gegen_ukrainische_steuerreform_10803.html), zuletzt geprüft am 04.11.2022.

<sup>449</sup> Kievskie „černobylcy“ svernuli akcii protesta, <https://iz.ru/news/505751>, zuletzt geprüft am 04.11.2022.

<sup>450</sup> Vgl. IISEPS-Umfrage vom März 2006 <http://www.iiseps.org/?p=2776&lang=en>, zuletzt geprüft am 04.11.2022.

<sup>451</sup> Zu den Ursachen der „Farbrevolutionen“ siehe: Bunce/Wolchik 2009; Donnacha Ó Beacháin/Abel Polese: *the Colour Revolutions in the former Soviet republics. Successes and failures*. Routledge 2010; David Lane: „Coloured Revolution“ as a political phenomenon, in: „Journal of Communist Studies and Transition Politics“ Nr. 25/2009, S. 113-135.

Anders war die Stimmung gut sieben Jahre später in der Ukraine, wo annähernd jeder zweite Bürger die Integration des Landes in die Europäische Union befürwortete.<sup>452</sup> Dort hatten die auf dem Kyjiwer Platz der Unabhängigkeit (*Majdan Nesaleschnosti*) stattfindenden Massenaktionen des zivilen Ungehorsams eine bis in den Beginn des Jahrtausends reichende Tradition. Bereits 2000/2001 agierte auf dem Majdan die Bewegung „Ukraine ohne Kutschma!“. 2004/2005 spielte sich dort die Orange Revolution ab, die eben gut ein Jahr später die auf der *Ploschtscha* protestierenden Belarusen inspirierte. Schließlich gingen Ende November 2013 Tausende Menschen erneut zu Protestdemonstrationen den Unabhängigkeitsplatz.

Im Dezember 2013 deklarierten lediglich elf Prozent der Ukrainer Das Vertrauen in den Präsidenten und acht Prozent in die Regierung.<sup>453</sup> Obwohl sie der aktuellen Führungsmannschaft überdrüssig waren, forderte erst im Februar 2014 die Mehrheit der Demonstranten auf dem Majdan die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen und den sofortigen Machtwechsel.<sup>454</sup>

Ende 2013 brachten die Protestierenden ihren Wunsch nach Demokratie und Rechtsstaat mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU in Verbindung. 60 bis 70 Prozent der befragten Ukrainer sehnten sich nach dem Rechtsstaat, während 40 bis 55 Prozent die EU-Integration befürworteten.<sup>455</sup>

Ungeachtet dieser Stimmungslage setzte der Präsident Wiktor Janukowytsch am 21. November 2013 s die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU aus. Die Nachricht darüber bewog einige zivilgesellschaftlichen Aktivisten dazu, über soziale Netzwerke zu Demonstrationen aufzurufen, wobei der Journalist Mustafa Najem dank seinem Aufruf auf Facebook als der Hauptinitiator der Versammlung auf dem Majdan gilt.<sup>456</sup> Am gleichen Abend kam es in Kyjiw und Lemberg zu Protesten, die rasch um sich griffen und bereits am 24. November mit über 100 Tsd. Demonstranten ihren ersten Höhepunkt erreichten. Auf dem Majdan wurden die ersten Zelte aufgeschlagen. Der gesellschaftliche Druck blieb jedoch wirkungslos: Auf dem Gipfeltreffen EU-Ukraine in Wilna am 28./29. November verweigerte Präsident Janukowytsch seine Unterschrift unter dem Abkommen.

---

<sup>452</sup> Vgl. Meinungsumfrage von Razumkov Center vom 12.–16.4.2013, [http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll\\_id=892](http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=892), zuletzt geprüft am 04.11.2022.

<sup>453</sup> Die Daten des Instituts für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaft. Dazu <https://i-soc.com.ua/>, zuletzt geprüft am 04.11.2022.

<sup>454</sup> Ebd.

<sup>455</sup> Maria Popova/Oxana Shevel: What Doesn't Kill Ukraine, 12. März 2014 unter <https://foreignpolicy.com/2014/03/12/what-doesnt-kill-ukraine/>, zuletzt geprüft am 04.11.2022.

<sup>456</sup> Der Journalist Mustafa Najem gilt dank seinem Aufruf auf Facebook als Hauptinitiator der Versammlung auf dem Majdan in Kyjiw.

Sobald man in Kyjiw darüber erfuhr, versammelten sich auf dem Majdan meist junge Menschen. In der Nacht auf den 30. November wurden sie von der Sondereinheit der Polizei *Berkut* brutal zusammengeschlagen.<sup>457</sup> Trotz des daraufhin eilig verhängten Versammlungsverbots strömten am Sonntag, dem 1. Dezember 2013, zwischen 400 und 700 Tsd. Menschen auf den Majdan.<sup>458</sup> Nachdem Polizisten von militanten Aktivisten mit Pflastersteinen beworfen worden waren, setzten die Ordnungskräfte Gewalt und Tränengas ein. Hunderte Menschen wurden verletzt.

Die Demonstranten besetzten das nahe gelegene Gebäude der Kyjiwer Stadtverwaltung und das direkt am Platz der Unabhängigkeit befindliche Haus der Gewerkschaften. Vergeblich versuchten sie, auch das Gebäude der Präsidialverwaltung zu stürmen. Gleichzeitig brachte im Parlament die Opposition den Antrag auf das Misstrauensvotum gegen die Regierung ein. Nachdem dieses gescheitert war, blockierten die Demonstranten zwei Tage lang die *Werchowna Rada*.

Am kommenden Sonntag, dem 8. Dezember, kamen im sogenannten „Marsch der Millionen“ erneut mindestens 500 Tsd. Menschen auf den Majdan. Einige von ihnen riegelten das Regierungsviertel mit Barrikaden ab und schlugen Zelte auf, in denen bis Ende Februar bei bitterer Kälte Zehntausende verweilten.

Die *Werchowna Rada* verabschiedete am 16. Januar 2014 Gesetze zur Einschränkung des Demonstrationsrechts (die sogenannten „Diktaturgesetze“), was zur Eskalation der Lage führte. Die Demonstranten warfen Pflastersteine und Molotow-Cocktails auf die Polizei und stürmten das Parlamentsgebäude. Die Polizei wehrte den Angriff mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen ab, wobei zahlreiche Protestierer verletzt wurden.

Am 22. Januar kamen erste Menschen auf dem Majdan um.<sup>459</sup> Das Regime setzte die *Tituschki* ein. Sie überfielen und verprügelten mehrere Majdan-Aktivisten. Einige wurden entführt und ermordet.<sup>460</sup> Der Majdan hatte schon früher zur Selbstverteidigung eigene Kampftruppen (*Samooborona*) aufgestellt. In der ultranationalistischen Gruppierung „Rechter Sektor“ (*Prawyj Sektor*) gab es auch bewaffnete Gruppen.

---

<sup>457</sup> Nach der Wiederinkraftsetzung der Verfassung von 1996 übte der Staatspräsident die Kontrolle über die staatlichen Gewaltorgane aus. Wiktor Janukowytsch berief die Leitung dieser „Gewaltvertikale“ (*silowaja vertikal’*) genannten Organe. Ähnlich funktionierten die staatlichen Gewaltdienste unter Aljaksandr Lukaschenka, wenngleich er die Kontrolle über den Sicherheitsapparat seinem älteren Sohn Wiktor anvertraute.

<sup>458</sup> Vgl. Kappeler 2014, S.338.

<sup>459</sup> Einer der ersten war der Aktivist aus Belarus Michail Schysneuski (25 Jahre alt, erschossen von *Berkut* auf der Hruschewskij-Straße).

<sup>460</sup> Kappeler 2014, S.341.

In fast allen Städten der West- und in vielen Städten der Zentralukraine fanden ebenfalls Proteste und Besetzungen öffentlicher Gebäude statt. Ähnliche Aktionen im Osten und im Süden misslangen.

In der Mitte des Unabhängigkeitsplatzes war eine Bühne aufgebaut worden, auf der nicht zuletzt zahlreiche ausländische Prominente, darunter Politiker aus den Ländern der Europäischen Union auftraten, um ihre Solidarität mit den Protesten zu verkünden. Es gab zudem Vorstellungen der Künstler und Intellektuellen: Konzerte, Bildungskurse und Vorträge. Auffällig viele Besucher aus Polen, Georgien, Belarus und vereinzelt westlichen Ländern solidarisierten sich mit der Reformbewegung, indem sie sich unter die Demonstranten mischten, oft mit der Flagge des eigenen Landes.

Ende Januar schlugen die Machthaber einen Kompromiss vor. Die am 16. Januar erlassenen „Diktaturgesetze“ wurden zurückgenommen und die Regierung trat zurück. Das Parlament beschloss eine Amnestie für verhaftete Demonstranten. Arsenij Jazenjuk wurde das Amt des Premierministers angeboten. Er lehnte es zwar ab, aber die Majdan-Aktivisten räumten als Gegenleistung einige besetzte Gebäude und Straßen. Daraufhin beruhigte sich die Lage, doch die Majdan-Bewegung löste sich nicht auf.

Die Protestierer forderten nun die Inkraftsetzung der Verfassung von 2004/2006 und Neuwahlen. Nachdem die *Werchowna Rada* dagegen gestimmt hatte, blockierten sie am 18. Februar erneut das Parlamentsgebäude. Daraufhin setzte die Polizei Blendgranaten und Tränengas ein, worauf die Protestierenden mit dem Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails reagierten. Sie setzten auch die Zentrale der Partei der Regionen in Brand.

Nach dem Ablauf des Ultimatums, mit dem die Regierung die Auflösung des Zeltlagers auf dem Majdan erzwingen wollte, stürmten die Sicherheitskräfte am 18. Februar den Platz der Unabhängigkeit und zündeten das Gewerkschaftshaus, das das Hauptquartier der Majdan-Aktivisten beherbergte, an. Am Folgetag stürmten die Majdan-Anhänger Polizeistationen und Büros des Inlandsgeheimdienstes SBU in Kyjiw und anderen Städten, wodurch 25 Menschen, darunter neun Polizisten, ums Leben kamen.

Wiktor Janukowytsch entschuldigte sich für die Gewaltexzesse und nahm erneut Verhandlungen mit der Opposition auf, die aber erfolglos blieben. Vielmehr besetzten Demonstranten im Westen und im Zentrum des Landes weitere Verwaltungsgebäude.



Den Wendepunkt erreichten die Proteste am 20. Februar, als die auf Dächern postierten Scharfschützen 50 Demonstranten auf dem Majdan erschossen.<sup>461</sup> Am gleichen Tag schlossen sich 35 Abgeordnete der Partei der Regionen der Opposition an, womit diese die Parlamentsmehrheit erlangte. Vereinzelt wechselten Einheiten der Polizei und der Armee die Fronten, begleitet von einigen regierungsnahen Oligarchen.

Insgesamt kamen während der Proteste auf dem Majdan etwa hundert Menschen, denen später unter dem Namen „Himmlische Hundertschaft“ (*nebesna sotnja*) oft gedacht wurde, darunter auch gewöhnliche Passanten, ums Leben.

Der am 21. Februar von Berlin, Warschau und Paris unternommene Vermittlungsversuch brachte eine Vereinbarung zwischen Janukowytsch und den Oppositionsführern Jazenjuk, Klytschko sowie Tjahnybok zustande. Beide Seiten einigten sich darauf, Gewalthandlungen einzustellen, die Verfassung von 2004 wieder in Kraft zu setzen, eine Koalitionsregierung zu bilden und im gleichen Jahr vorgezogene Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Dieses Abkommen wurde jedoch von den Aktivisten des Majdans abgelehnt, die sie den sofortigen Rücktritt des Präsidenten forderten.<sup>462</sup> Am Abend des gleichen Tages floh Janukowytsch in die Ostukraine und später nach Russland.

Am nächsten Tag reaktivierte das Parlament, in dem die Opposition zur Mehrheit geworden war, die Verfassung von 2004/2006, enthob den Präsidenten seines Amtes und schrieb für den 25. Mai Neuwahlen aus. Oleksandr Turtschynow von der *Bat'kiwschtschyna* wurde zum kommissarischen Staatspräsidenten und Arsenij Jazenjuk zum Regierungschef gewählt. Am Abend des gleichen Tages hielt die nach dreißig Monaten Haft freigelassene und eilig nach Kyjiw herbeigeführte Julja Tymoschenko auf dem Majdan eine Rede.

Die *Bat'kiwschtschyna* dominierte die Übergangsregierung, während die *Swoboda* vier der insgesamt 21 Minister stellte. Die UDAR verzichtete auf die Regierungsämter, übernahm jedoch die Leitung des Geheimdienstes SBU. Die Partei der Regionen war in der neuen Regierung nicht vertreten. Am 21. März 2014 wurde das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet.

Im Gegensatz zu Russland erkannte die EU die verfassungswidrige Absetzung des Präsidenten an, was mit der Begründung geschah, dass ein eiliges Verfahren notwendig war, um ein Machtvakuum zu verhindern und die Situation im Land zu stabilisieren. Letzteres ist

---

<sup>461</sup> Die immer wieder vertretene Meinung, dass die Scharfschützen nicht von der Polizei, sondern teilweise auch von den rechtsradikalen Gruppierungen kamen, konnte nicht ganz ausgeräumt werden. Siehe Ivan Katchanovski: The “snipers’ massacre” on the Maidan in Ukraine, Ottawa 2015.

<sup>462</sup> Kappeler 2014, S.344.

angesichts der weiteren Entwicklungen – der Krim-Annexion durch Russland und des Kriegsbeginns im ukrainischen Osten – jedoch nicht gelungen.

Das alles konnten die im März 2006 auf der Minsker *Ploschtscha* Protestierenden nicht wissen. Sie standen vielmehr unter dem Eindruck der Orangen Revolution 2004/2005, die im südlichen Nachbarland den friedlichen Machtwechsel herbeigeführt hatte, an dem nicht nur die Regierung und Opposition samt dem ukrainischen Verfassungsgericht, sondern auch die Vermittler aus der EU und Russland (die Letztgenannten allerdings nur zögerlich) ihren Anteil hatten.

Am Vortag der Präsidentschaftswahlen vom 19. März 2006 gingen bis zu zehntausend Menschen in Minsk auf die Straße und forderten eine zuverlässige Stimmenauszählung. Am Abend des Wahltages strömten geschätzt 20 bis 30 Tsd. Menschen ins Minsker Stadtzentrum, obwohl Behörden das Versammlungsverbot verhängt hatten und der Chef der Geheimdienste öffentlich drohte, Demonstranten eine ähnliche Behandlung wie Terroristen, die ggf. zum Tod verurteilt werden könnten, gedeihen zu lassen.<sup>463</sup>

Die Opposition hatte aber dennoch zur Fortsetzung der Proteste aufgerufen, um gegen die erwartete Fälschung der Wahlergebnisse, die in der Nacht vom 19. auf den 20. März bekanntgegeben werden sollten, zu demonstrierten. Ihrem Aufruf folgten etwa sechs Tausend Personen, die auf dem Minsker Oktoberplatz (*Kastrytschnizkaja Ploschtscha*) Zelte aufschlugen. Einige Teilnehmer erinnerten sich später daran, dass junge Aktivisten über den Aufbau von Zelten gestritten hatten, weil sie es „so ... wie auf dem Majdan in Kyjiw“ machen wollten.<sup>464</sup>

In diesen Zelten harrten bei der für diese Jahreszeit außergewöhnlichen Kälte etwa 500 Menschen aus. Auf der improvisierten Bühne traten neben Aljaksandr Milinkewitsch und anderen Politikern der Opposition auch Kunstschaffende, Journalisten und Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf.

Die Behörden reagierten zunächst mit Schließung von Einrichtungen in der Nähe des Oktoberplatzes, wodurch die Demonstranten keinen Zugang mehr zu öffentlichen Toiletten und keine Versorgung mit warmen Getränken hatten. Zeitgleich wurde Straßenbeleuchtung abgeschaltet. Dann wurden am Morgen des 21. März zahlreiche Demonstranten verhaftet, und zwar just zu dem Zeitpunkt, als sie den Platz verlassen wollten. Den Angaben der Menschenrechtsorganisation „*Wjasna*“ zufolge gab es damals insgesamt 108 Festnahmen,

---

<sup>463</sup> Der Bericht des Menschenrechtsschutzzentrums Wjasna „Die Menschenrechtverletzungen in Belarus im Jahr 2006“, verfügbar unter [https://spring96.org/files/reviews/ru/2006\\_review\\_ru.pdf](https://spring96.org/files/reviews/ru/2006_review_ru.pdf), zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>464</sup> Silitski 2015, S.337.

wobei einige Menschen wegen der Lieferung von Essen und warmer Kleidung an die Demonstranten verhaftet wurden.<sup>465</sup>

Einige Botschafter der EU-Länder demonstrierten mit kurzen Besuchen im Zeltlager ihre Solidarität. Die Zahl der einheimischen *Ploschtscha*-Besucher ging jedoch schnell zurück. Am Abend des 22. März befanden sich nur noch rund 3000 Menschen auf der *Ploschtscha*, von denen etwa 300 über Nacht blieben. Die Festnahmen gingen indes weiter. Die Verhafteten berichteten über Folter auf Polizeistationen.

Obwohl der Protest am 23. März eine kleine Belebung erlebte, konnte die Polizei das Zeltlager, in dem sich rund 500 Menschen befanden, in der Nacht zum 24. März binnen einer Viertelstunde räumen.

Die Regimegegner beabsichtigen am 25. März, an dem sich der inoffizielle Unabhängigkeitstag der Republik Belarus jährte, das Versammlungsverbot zu missachten und mit einer Demonstration auf der *Ploschtscha* ein Zeichen zu setzen. Sie fanden jedoch den Oktoberplatz abgeriegelt vor, weshalb sie sich in den nahegelegenen Janka-Kupala-Park begaben. Dort scharrten sich um die Kandidaten Aljaksandr Milinkewitsch und Aljaksandr Kasulin schätzungsweise sieben Tausend Menschen. Vereinzelt gab es Zusammenstöße mit den Polizisten, aber im Großen und Ganzen verlief die Aktion friedlich.

Kasulin rief allerdings dazu auf, zum Gefängnis auf der Akrestina-Straße zu gehen, um die Befreiung der auf der *Ploschtscha* Festgenommenen zu fordern. Milinkewitsch sprach sich dagegen aus und nannte den Vorschlag „eine Provokation“. Rund 900 Menschen folgten dem Aufruf von Kasulin. Die Polizei schlug den Demonstrationzug mit Blendgranaten, Tränengas und Gummigeschossen nieder. Rund einhundert Menschen, darunter Kasulin selbst, wurden verhaftet. Auf die Demonstranten, die sich auf dem Weg nach Hause befanden, wurde auch eingepöbelt.<sup>466</sup> Damit endeten die Proteste des Jahres 2006.

Sie haben aber eine „Tradition“ der Proteste gegen die Wahlfälschung initiiert, die später noch ausbrechen und brutal zusammengeschlagen werden sollten. So geschah es nach den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2010. Und im Sommer und Herbst 2020 nahm diese Bewegung Dimensionen und Stärke an, die dem Euromajdan den Ruf der größten postkommunistischen Protestbewegung strittig machen sollte. Bei all diesen Protesten stellte sich die auch aus der Ukraine bekannte Frage nach der Rolle der politischen Opposition.

---

<sup>465</sup> Siehe Berichte von „*Wjasna*“ auf [http://spring96.org/files/reviews/be/2006\\_review\\_by.pdf](http://spring96.org/files/reviews/be/2006_review_by.pdf), zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>466</sup> BelaPan: Prodlžajutsja zaderžanija učastnikov akcii v Minske, Novosti TUT.BY: <https://news.tut.by/elections/66025.html>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

Aljaksandr Milinkewitsch und andere Oppositionelle interpretieren die *Ploschtscha* als eine *grass-roots*-Bewegung, jedoch weiß man inzwischen, dass in Minsk 2006 der Aufbau der Zeltstadt im Voraus geplant und von Milinkewitsch' Wahlteam bewilligt worden war.<sup>467</sup> Das lässt darauf schließen, dass es die *Ploschtscha*-Protest ohne die politische Opposition nicht gegeben hätte. Das war eine andere Situation als in der Ukraine.

In Kyjiw begannen die Oppositionsparteien erst im Laufe des Euromajdans eine immer größere Rolle zu spielen. Ihre Mitglieder machten die größte Gruppe (ca. ein Drittel) der Dauerdemonstranten auf dem Platz der Unabhängigkeit aus.<sup>468</sup> Und dennoch mussten die Parteien für ihre Entscheidungen die Zustimmung der Majdan-Aktivisten gewinnen, die größtenteils aus rechtsextremen Gruppierungen stammten.<sup>469</sup>

Anders als in der Ukraine war sich die politische Führung der *Ploschtscha* der Aussichtslosigkeit des Zeltlager-Protests bewusst. Aber auch sie hatte im Gegensatz zu den spontan auf der *Ploschtscha* entstandenen Machtstrukturen nicht die Macht, die Auflösung des Lagers herbeizuführen.<sup>470</sup>

In der Literatur werden drei Faktoren genannt, die für den Erfolg bzw. Misserfolg von Protesten als entscheidend gelten: der Glaube an den Sieg, die Überwindung der Angst und die starke gesellschaftliche Empörung als Auslöser.<sup>471</sup> In Belarus war der Glaube an den Sieg nicht vorhanden, die Angst vor Repressionen stark und der spontane Auslöser der Proteste schwach, weil im Lukaschenkas System der mit allen Kräften des Staates verteidigte Wahlbetrug zur Norm geworden war.

Ganz anders verhielt es sich mit dem Majdan. Der Glaube an den Erfolg war von Anfang an vorhanden und er hat sich mit der Zeit nur gefestigt. Allen war bewusst, dass mindestens die Hälfte der Ukrainer die Reformbewegung unterstützten und dass sich Millionen Menschen auf jene oder andere Weise engagierten. Obwohl geschätzt 40 Prozent der Ukrainer Gegner des Euromajdans waren, unterstützten nur wenige das Regime aktiv.<sup>472</sup> Davon zeugte das klägliche

---

<sup>467</sup> Siehe dazu das Interview von Aljaksandr Milinkewitsch über die *Ploschtscha* 2006: [https://www.youtube.com/watch?v=GmiGXEpvA9Q&ab\\_channel=EuroradioLive](https://www.youtube.com/watch?v=GmiGXEpvA9Q&ab_channel=EuroradioLive), zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>468</sup> Siehe die Ergebnisse der Studie des Zentrums für Gesellschaftsforschung (Centr Doslidžennja Suspil'stva) <https://racurs.ua/n30864-dolya-ultraprawy-na-maydane-sostavlyala-25-issledovanie.html>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>469</sup> Vgl. Volodymyr Ishchenko: Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: an attempt of systematic estimation, in: „European Politics and Society“ Nr.4(17)/2016.

<sup>470</sup> Vgl. <https://news.tut.by/elections/65839.html>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>471</sup> Siehe die Analyse von Artjom Schreibman unter <https://kyky.org/news/shraybman-vyvel-formulu-po-kotoroy-kazhdyy-mozhet-rasschitat-povtoryatsya-li-massovye-protesty-vesnoy>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>472</sup> Siehe David R. Marples: Ukraine in conflict. An analytical chronicle, Bristol: E-International Relations Publishing 2017, S. 35.

Fiasko der staatlich inszenierten und bezahlten Proteste, die sich gegen den Euromajdan richteten (der sogenannte Anti-Majdan).<sup>473</sup>

Die Angst vor Repression war nicht sehr stark ausgeprägt, weil die Ukrainer die Erfahrung der friedlichen Orangen Revolution hatten und weil die Staatsmacht selten einen brutalen Umgang mit Protestierenden pflegte. Vor diesem Hintergrund rief die Härte, mit der der friedliche Protest im November 2013 niedergeschlagen wurde, mehr Wut denn Angst hervor. Der ursprüngliche Auslöser – die Empörung über die verhinderte EU-Integration – war an sich nicht stark genug, um die Gesellschaft dermaßen zu mobilisieren. Es war das Regime selbst, das mit seiner Brutalität alles getan hatte, um die spontane Aktion der Jugend in eine revolutionäre Bewegung umzuwandeln.

Der Glaube an Erfolg schwächte die Angst vor Behören, wozu die Oligarchen mit ihren Medien beitrugen. Die Unterstützung der Oligarchen war überhaupt zentral für die Protestbewegung. Nicht nur die bekannten Sympathisanten der Opposition wie Petro Poroschenko, der immer wieder zusammen mit Oppositionspolitikern auf der Bühne des Majdans stand, sondern auch die ehemals regimeloyalen Tycoons finanzierten die Proteste immer offener. Jeder Tag der Demonstration auf dem Majdan kostete in etwa 70 Tsd. USD.<sup>474</sup>

Die politische Opposition war vor diesem Hintergrund mit ihren *assets* ein sekundärer, aber dennoch kein unwichtiger Spieler. Vor allem handelten die *Bat'kiwschtschyna*, die *Swoboda* und die UDAR geschlossen. Sowohl ideologische Differenzen als auch persönliche Animositäten wurden im politischen Kampf beiseitegelegt.

In diesem Zusammenhang war das Verhältnis zwischen den „liberalen“ und den rechtsextremen Kräften schwierig. Die Allianz von Jazenjuk und Klytschko einerseits mit Tjahnybok andererseits sorgte in beiden Lagern für Kritik. Die „Liberalen“ wollten nicht mit rechtsextremen Parolen assoziiert werden und lehnten die Gewaltbereitschaft der Extremisten ab. Die Letztgenannten waren hingegen mit der proeuropäischen Ausrichtung des Majdans<sup>475</sup> sowie mit der Bereitschaft der „Liberalen“, mit dem Regime zu verhandeln, nicht einverstanden. Beides führte zur Spaltung der rechtsextremen Milieus und zur Entstehung des

---

<sup>473</sup> Vgl. Gerhard Simon: Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: Osteuropa Nr. 1(64)/2014, S. 25-41; Andrij Portnov/Andrea Huterer: Krieg und Frieden: Die „Euro-Revolution“ in der Ukraine, in: „Osteuropa“ Nr. 1(64)/2014, S. 7-24; Nadia Diuk: The Maidan and beyond: finding Ukraine, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 83-89; Anatoliy Gruzd/Ksenia Tsyganova: Information wars and online activism during the 2013/2014 crisis in Ukraine: examining the social structures of pro- and anti-Maidan groups, in: „Policy and Internet“ Nr. 2(7)/2015 S. 121-158.

<sup>474</sup> Serhiy Kudelia: The house that Yanukovych built, in: „Journal of Democracy“, Nr. 3(25)/2014, S. 19 - 34, hier S.29.

<sup>475</sup> Der Rechte Sektor lehnte die EU-Integration ab, während die Swoboda schrittweise immer klarer Position für eine EU- und NATO-Mitgliedschaft der Ukraine bezog. Vgl. Anton Shekhovtsov/Andreas Umland: The Maidan and beyond: Ukraine's radical right, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 58-63.

Rechten Sektors, der als die radikale Antwort als die „zu liberal gewordene“ *Swoboda* fungierte.<sup>476</sup>

Über die Bedeutung der rechtsextremen Kräfte auf dem Majdan wird bis heute gestritten. Gemäß den Angaben des ukrainischen Zentrums für Gesellschaftsforschung stellten sie ungefähr ein Viertel der Protestierenden dar, wobei die Anhänger der *Swoboda* mit 18 Prozent stärker als die des Rechten Sektors – nur sechs Prozent der Protestierer – auf dem Platz vertreten waren.<sup>477</sup> Obwohl sich die *Swoboda* von den gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei fernhalten sollte, ignorierte ein Teil ihrer Mitglieder bzw. Anhänger diese Anordnung der Parteiführung.<sup>478</sup> Der anfänglich marginale Rechte Sektor, der erst auf dem Majdan als die Dachorganisation der ultrakonservativen und neo-nationalsozialistischen Gruppierungen gegründet worden war, stellte den Kern des gewaltsamen Flügels des Majdans dar, der im Zuge der fortschreitenden Eskalation des Konflikts immer wichtiger wurde.<sup>479</sup>

Etwa ein Drittel der Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie die Radikalisierung im Februar 2014 gingen auf das Konto des Rechten Sektors und der *Swoboda* zurück.<sup>480</sup> In den Medien wurden sie häufiger als andere Oppositionskräfte mit den Majdan-Aktivitäten in Verbindung gebracht. So tauchte die *Swoboda* in 21 Prozent und der Rechte Sektor in sieben Prozent der Berichterstattung über den Euromajdan auf, während die *Bat'kiwschtschyna* in 17 Prozent und die UDAR in zwölf Prozent dieser Nachrichten erwähnt wurden.<sup>481</sup> Die Rechtsextremisten wurden zudem für die Ablehnung der am 21. Februar unter der Vermittlung der EU-Gesandten getroffenen Vereinbarung zwischen Wiktor Janukowytsch und der Opposition verantwortlich gemacht.<sup>482</sup>

Zahlreiche Gewalttaten der Demonstranten, darunter die Erstürmung von Verwaltungsgebäuden, die Angriffe auf die Polizei mit Molotow-Cocktails, die Morde an Polizisten und Mitgliedern der Partei der Regionen lastete man den „nationalistischen“ Gruppierungen an. Dabei kamen während der Proteste nach unterschiedlichen Angaben 18 bis 20 Polizisten sowie 13 bis 17 Mitglieder der Partei der Regionen ums Leben, die übrigens im

---

<sup>476</sup> „Dmytro Yarosh: Zhoden z opozytsiinoi triiky ne vyiavyv sebe yak lider natsii“, Ukrainian Week 2014, <https://tyzhden.ua/News/103472>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>477</sup> Siehe die Untersuchungsdaten unter <https://racurs.ua/n30864-dolya-ultrapravyh-na-maydane-sostavlyala-25-issledovanie.html>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>478</sup> Anton Shekhovtsov/Andreas Umland: Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr, in: Ukraine-Analysen Nr. 133 vom 27.05.2014, S. 7–11.

<sup>479</sup> Kostiantyn Fedorenko: The two movements: liberals and nationalists during Euromaidan, in: „Ideology and Politics“ Nr.1(5)/2015.

<sup>480</sup> Vgl. Ebd. S. 14.; Ishchenko 2016, S. 10.

<sup>481</sup> Ishchenko 2016, S. 8.

<sup>482</sup> Ishchenko 2016.

Gegensatz zur „Himmlischen Hundertschaft“ offiziell nicht als die Opfer des Euromajdans anerkannt wurden.<sup>483</sup>

Man darf allerdings nicht vergessen, dass laut Meinungsumfragen die Unterstützung für die *Swoboda* und den Rechten Sektor in der ukrainischen Gesellschaft lediglich bei fünf Prozent lag.<sup>484</sup> Die Mitglieder beider Gruppierungen machten nur einen kleinen Teil der Selbstverteidigungskräfte des Majdans aus und stellten bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei nur eine Minderheit dar.<sup>485</sup> Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2014 hat die *Swoboda* es nicht mehr in die *Werchowyna Rada* geschafft, was vom schwachen Rückhalt der Rechtsextremisten in der ukrainischen Gesellschaft zeugte, der fast ausschließlich in der Westukraine zu finden war.

Ungeachtet dessen wurde die extreme Rechte von der russländischen Propaganda in den Vordergrund ihres Majdan-Narrativen gerückt. Das Ziel Moskaus war, die europäische Reformbewegung der Ukraine als einen „faschistischen Staatsstreich“ zu diskreditieren und die russländische Annexion der Krim sowie die Invasion im Donbass als „antifaschistische“ Maßnahmen zu rechtfertigen. Dieser Propaganda verhalf zweifellos die starke Präsenz rechtsextremer Symbolik auf dem Majdan: der zahlreichen rot-schwarzen Fahnen der UPA und der Porträts von Stepan Bandera. Darauf reagierten die Teilnehmer der Proteste meistens überhaupt nicht.

Die Wahrheit ist, dass sich nicht-extreme ukrainische Nationalisten an den Protesten beteiligten und in überwiegender Mehrheit für die EU-Zukunft der Ukraine eintraten.

## IX. REGIERUNG VS. OPPOSITION *SENSU LARGO*

### 9.1. Zivilgesellschaft

Gleich nach den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001 wurden in Belarus zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für den Wahlkampf des Oppositionskandidaten engagiert hatten, aufgelöst oder vom Regime unterwandert. In erster Linie betraf es aktive Jugendverbände. Liquidiert wurden die zwei größten: das „Jugendinformationszentrum“ (*Moladsjowy infarmazyjny zentar*) und der „Belarusische Studentenverband“ (*Sadsinotschanne belaruskich studentau*). Dadurch wurde die autonome Studentenbewegung in Untergrund gedrängt.

---

<sup>483</sup> Vgl. Shekhovtsov/Umland 2014; Ishchenko 2016; Fedorenko 2015.

<sup>484</sup> Shekhovtsov/Umland, 2014.

<sup>485</sup> Volodymyr Kulyk: Ukrainian nationalism since the outbreak of Euromaidan, in: „Ab Imperio“ Nr.3/2014, S. 94-122.

Mit der Vorbereitung auf das Referendum im Jahre 2004 ging eine Repressionswelle einher. Da die Mehrheit der Belarusen anfänglich gegen die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung des Präsidenten optierte,<sup>486</sup> wollten die Behörden neben der politischen auch die gesellschaftliche Mobilisierung verhindern. Damit wurden zivilgesellschaftliche Organisationen anvisiert. Die Anordnung zu deren „Überprüfung“ erteilte Aljaksandr Lukaschenka in einer Rede zu ideologischen Fragen noch im März 2003.

Der Staat führte seine Angriffe gegen die Jugend- und Menschenrechtsorganisationen, gegen die großen regionalen NGOs sowie gegen jene Vereine, die eine Verbindung zur politischen Opposition aufwiesen. Im Jahre 2003 wurden rund 150 Nichtregierungsorganisationen aufgelöst und über 800 Mahnungen erteilt (es waren siebenmal mehr als im Vorjahr).<sup>487</sup> Viele Organisationen mussten wegen geringfügiger Verletzungen der Gesetze ihre Aktivitäten einstellen. Keine einzige aufgelöste NGO konnte ihr Existenzrecht vor Gericht behaupten. Das gelang auch der größten Menschenrechtsorganisation „*Wjasna*“ (Frühling) nicht.

Liquidiert wurden allerdings auch Phantomorganisationen, die zwar nicht aktiv waren, von der politischen Opposition jedoch als eine Art Ersatz für die verbotenen politischen Strukturen genutzt wurden. Das war oft dann der Fall, wenn wegen des Verbots von Veranstaltungen einer politischen Partei ihre Aktivitäten von einer NGO fortgesetzt wurden, oder wenn aus ähnlichen Gründen eine NGO die Finanzen einer Partei verwaltete. Aktivitäten von nicht-registrierten Organisationen standen unter Strafe, weshalb nur wenige es wagten, im Untergrund zu arbeiten. Nach dem Verbot der Schein-NGOs wurde die politische Betätigung nicht nur gefährlich, sondern auch organisatorisch schwierig.<sup>488</sup>

Unter diesen Bedingungen kämpften die politisch engagierten Nichtregierungsorganisationen ums Überleben und konnten deshalb nicht strategisch planen. Ihre Verbindung zur Opposition schwächte sich ab, so dass sie sich nur noch selten am Wahlkampf oder an der Kampagne gegen das Referendum beteiligten. Für die Oppositionsparteien bedeutete das mehr als bloß den Verlust von Verbündeten. Es handelte sich vielmehr um die Zerstörung ihrer Basis, die in den vergangenen Jahren zum beträchtlichen Teil in den dritten Sektor verlagert worden war.

Vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2006 wurden Aktivisten der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich an der Vorbereitung der Massenproteste

---

<sup>486</sup> Čavusau 2011, S.902.

<sup>487</sup> Ebd. S.899.

<sup>488</sup> Viele NGOs wurden den Parteien ähnlich aus dem Ausland finanziert. Für eine nicht-registrierte Organisation war es aber nahezu unmöglich, Finanzierung zu bekommen.



beteiligt hatten, vors Gericht gestellt. Dazu gehörten der Chef der Gesellschaftsorganisation „Perspektive“ (*Perspektywa*), die einige Jahre zuvor Proteste der Unternehmer mitorganisierte, Anatol’ Schumtschanka, sowie der Begründer der „Union der Polen in Belarus“, Tadeusch Gavina (die polnische Minderheit zählte traditionell zu den Gegnern von Aljaksandr Lukaschenka). Die im Januar 2005 vorgenommenen Änderungen des Strafgesetzbuches sahen bis zu drei Jahren Gefängnis für die Vorbereitung von Massenprotesten vor.<sup>489</sup> Ein weiteres Opfer der neuen Gesetzgebung war die Nichtregierungsorganisation „Partnerschaft“ (*Partnjarstwa*), die in Belarus die größte Wahlbeobachtungsorganisation darstellte. Ihre Mitarbeiter wurden nicht nur der verbotenen Aktivitäten im Auftrag einer nicht-registrierten Organisation, sondern auch der Vorbereitung eines Terroranschlags beschuldigt. Die *Partnjarstwa* musste ihre Arbeit einstellen.

Dieses Vorgehen gegen die Verbände des dritten Sektors fügte sich in eine Reihe von Maßnahmen ein, mit denen Kanäle der ausländischen Finanzierung der Opposition geschlossen werden sollten. Der Präsident hat noch im März 2001 das bekannte „Dekret Nr. 8“ erlassen, der den Bezug der Gelder aus dem Ausland erschwert hat. Auf die Missachtung der neuen Regeln folgten Verwarnungen, Verwaltungs- und Geldstrafen sowie Beschlagnahme von Bürotechnik. Im Oktober 2003 erließ der Präsident noch den „Dekret Nr. 24“, <sup>490</sup> welches das Beziehen von Fördermitteln aus dem Ausland faktisch verbot. Organisationen, die sich daran nicht hielten, wurden verboten, und ihre Sponsoren mussten das Land verlassen. Die Liste der Ausländer mit Einreiseverbot wurde immer länger. Über die Ausweisungen wurde in den Staatsmedien beinahe tagtäglich berichtet.

Parallel zur Schließung fand die Verstaatlichung gesellschaftlicher Organisationen statt. Auf diesem Weg wurden unter der Patronage der Präsidialadministration zahlreiche sogenannte GONGOs (*government-organized non-governmental organizations*) gegründet. Damit beanspruchte das Regime nur den politischen, sondern auch den zivilgesellschaftlichen Raum für sich.

Anders als in Belarus kam es in der Ukraine der Jahre 2010-2011 zur starken Politisierung der nicht-staatlichen Akteure. Der Steuermajdan mobilisierte Zigtausende Vertreter von kleinen und mittelständischen Unternehmen und schuf neue Netzwerke. Proteste der Studenten gegen eine Bildungsreform leiteten Gründungen neuer Studentenorganisationen ein. Bergarbeiter sowie die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe und des Afghanistan-Krieges

---

<sup>489</sup> Vgl. Robert Parsons: Belarus: Security Bill To Criminalize Range Of Political Activities, 02.12.2005 auf <https://www.rferl.org/a/1063466.html>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>490</sup> Siehe den Text des Dekrets unter <https://belzakon.net/Законодательство/Декреты/2001/107016>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

organisierten sich gegen die Kürzungen von Sozialleistungen. Regelmäßig und oft stattfindende kleine Demonstrationen gegen die unplanmäßige Bebauung des Kyjiwer Stadtzentrums belebten den urbanen Aktivismus.<sup>491</sup>

Aber nicht nur soziale, kulturelle und wirtschaftliche Probleme brachten die Menschen zusammen. Auch die Einschränkungen des politischen Pluralismus verleiteten den aktiven Teil der Gesellschaft zum gemeinsamen Handeln gegen den autoritären Regimeaufbau. Eine der bekanntesten Initiativen, die landesweit mehr als 150 Organisationen vereinte, stellte die Bewegung „*Tschesno*“ (Ehrlich) dar, welche die Kandidaten, die Parlamentsabgeordnete werden wollten, durchleuchtete, um die Wähler vor korrupten oder verdächtigen Personen zu warnen.<sup>492</sup>

Nichtsdestotrotz war die ukrainische Zivilgesellschaft immer noch schwach. Die Zahl der aktiven NGOs betrug landesweit lediglich einige Hundert, von denen sich etwa die Hälfte den politischen Themen (politische Bildung, Menschenrechte u.Ä.m.) widmeten.<sup>493</sup> Der Anteil der engagierten Bürger an der Gesamtbevölkerung war niedrig – er betrug fünf Prozent.<sup>494</sup> Es kommt hinzu, dass nur 30 bis 40 Prozent der befragten Ukrainer den Nichtregierungsorganisationen vertrauten.<sup>495</sup>

Informelle Netzwerke und Aktivitäten der *civil society* waren trotzdem bedeutsam, wofür nicht zuletzt die Anzahl und Reichweite der Protestaktionen spricht. Die spontane Mobilisierung und beeindruckende Selbstorganisation auf dem Kyjiwer Platz der Unabhängigkeit waren das Ergebnis der Erfahrung mit Protesten und der grundsätzlichen Bereitschaft zum Engagement. Es war damit zu rechnen, dass das offene Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft den Widerstand des an Freiheit und Regierungskritik gewöhnten Volkes hervorrufen würde.

Selbst Aljaksandr Lukaschenka, der in seinem Land eine wesentlich größere Unterstützung als Wiktor Janukowytsch in der Ukraine genoss, wagte einen Feldzug gegen die Zivilgesellschaft erst in seiner zweiten Amtszeit, nachdem er die politische Opposition

---

<sup>491</sup> Unter dem urbanen Aktivismus wird zivilgesellschaftliches Engagement verstanden, das auf die Mitgestaltung urbaner Räume gerichtet ist. Zu dieser Problematik siehe Tsypylma Dariewa/Carola S. Neugebauer: *Urban Activism in Eastern Europe and Eurasia – Strategies and Practices*, DOM Publishers 2020.

<sup>492</sup> Die Initiative existiert immer noch <https://www.chesno.org/en/>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>493</sup> Iryna Solonenko: Die ukrainische Zivilgesellschaft von der Orangen Revolution bis zum Euromaidan: die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, in: OSZE-Jahrbuch 2014, Baden-Baden 2015, S. 249-267, hier S. 251.

<sup>494</sup> Democratic Initiatives Foundation Survey “Can civil society influence Ukrainian politics?”, October 2011. [https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0113bp\\_lutsevych.pdf](https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0113bp_lutsevych.pdf), zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>495</sup> Die Zahl variiert je nach Jahr. Vgl. Bericht des Razumkov Center „Ukraine: 30 years on the European path“, Kyjiw 2021, online verfügbar unter <https://razumkov.org.ua/en>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

marginalisiert hatte. Janukowytsch, dem 2004 der gesellschaftliche Widerstand den Weg zur Macht versperrt hatte, setzte hingegen auf Kooptation opportunistischer Akteure der Zivilgesellschaft und auf vorsichtige Zurückdrängung der NGOs aus der Politik.

Den Organisationen und Aktivisten, die bereit waren, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, wurde organisatorische und finanzielle Unterstützung durch den Staat gewährt.<sup>496</sup> Darüber hinaus gründete die Regierung wie in Belarus die GONGOs. Die Höhe der dafür im Staatshaushalt vorgesehenen Mittel betrug im Jahre 2011 31 Millionen USD. Das war das Vierfache der Förderung, die die *Soros Foundation* als der größte Sponsor der ukrainischen Zivilgesellschaft leistete. Es versteht sich von selbst, dass für Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen keine Staatsfinanzierung vorgesehen wurde.<sup>497</sup> Die Dunkelziffer der staatlichen Unterstützung von GONGOs ist unbekannt. Da der Staat fast alle Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung organisierte und bezahlte, muss es sich um beträchtliche Summen gehandelt haben.

Die auf Manipulation basierende Strategie der ukrainischen Machthaber bestand im parallelen Schikanieren der Zivilgesellschaft und der Unterstützung der Akteure, die nur scheinbar der *civil society* angehörten. Für die Öffentlichkeit gab sich die Regierung als freundlich gegenüber der Zivilgesellschaft aus, und dies sogar bei der Gesetzgebung, sie lud unabhängige Experten ein, hieß westliche Stiftungen willkommen und antwortete auf öffentliche Anfragen und Kritik. Aber in Wirklichkeit verfolgte sie mitnichten das Ziel, die Zivilgesellschaft zu stärken. Um nur ein Beispiel dieser Doppelzüngigkeit zu nennen: Es wurden auf nationaler und regionaler Ebene „Gemeinschaftliche Räte“ (*gromads'ki rady*) gebildet, deren Aufgabe in der Durchführung öffentlicher Konsultationen über Gesetzentwürfe bestand. In Praxis gehörten den Räten die GONGO-Mitglieder an, die Unterstützung der Regierung durch Gesellschaft vorzutäuschen.<sup>498</sup>

Obwohl das Ukrainische Helsinki-Menschenrechtskomitee beklagte, dass sich die Bedingungen der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in den Jahren 2010-2011 rapide verschlechtert hätten, konnte aber der dritte Sektor zwischen Februar 2010 und Februar 2014 recht frei arbeiten, wenn man seine Arbeitsbedingungen mit jenen in Belarus vergleicht.<sup>499</sup>

---

<sup>496</sup> Wiktor Bobyrenko: Gromodjans'ke suspil'stvo. Gra v naperstky, in: „Ukrainska Pravda“ vom 08.12.2011, <http://www.pravda.com.ua/columns/2011/12/8/6819061/>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>497</sup> Siehe den Bericht „Civil society development in Ukraine 2011“, National Institute for Strategic Studies, Kyjiw 2012.

<sup>498</sup> Vgl. Bobyrenko 2011.

<sup>499</sup> Vgl. Ukrainian Helsinki Human Rights Union: Annual human rights report for 2010, unter: <http://helsinki.org.ua/index.php?id=1298307189>, zuletzt geprüft am 05.11.2022; Annual human rights report for 2011, unter: <http://helsinki.org.ua/index.php?id=1332322255>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

Es gibt jedoch Beispiele der Repressionen gegen die NGOs und ihre Aktivisten. Strafrechtlich verfolgt wurde beispielsweise eine Menschenrechtsschutzorganisation in Winniza. Oder die SBU behinderte die Arbeit der Stiftung „Renaissance“ von George Soros und das Engagement anderer Stiftungen. Der Aktivist Andrij Bondarenko blieb zwangsweise im Krankenhaus eingesperrt. Es gab sogar einen Mordversuch an einem der Organisatoren der Proteste der Bergarbeiter, Wasyl Karew.<sup>500</sup> All diese Fälle wiesen jedoch keinen systemischen Charakter auf. Dank der entschiedenen Reaktion der Zivilgesellschaft, die durch die Resonanz im Westen noch lauter wurde, sahen sich die Behörden gezwungen, von einer breit angelegten Unterdrückung abzusehen.

Der Zivilgesellschaft gelang es sogar, die rechtlichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu verbessern. So wurde im März 2012 ein neues Gesetz über öffentliche Vereinigungen verabschiedet, mit dem das Zulassungsverfahren vereinfacht und regionale Sonderregelungen für die Aktivitäten der NGOs aufgehoben wurden.<sup>501</sup> Darüber hinaus durften autonome Vereine gewinnorientierten Tätigkeiten nachgehen, solange diese den in ihren Statuten aufgelisteten Zielen nicht widersprachen. Im Februar 2013 trat zudem das neue Gesetz über wohltätige Organisationen in Kraft, welches die Registrierung von Stiftungen vereinfachte und ihre Arbeitsbedingungen verbesserte.<sup>502</sup>

Der Euromajdan setzte dieser „Kuschelpolitik“ ein Ende. Nicht nur, dass gegen die Demonstranten von Anfang an gewaltsam vorgegangen wurde. Die am 16. Januar 2014 verabschiedeten „Diktaturgesetze“ erklärten jeglichen Protest für illegal und bezeichneten die NGOs als „ausländische Agenten“.<sup>503</sup> Damit zeigte das Janukowytsch-Regime sein wahres Gesicht. Anders als in der Zeit nach der Orangen Revolution hat aber die ukrainische *civil society* diesmal ihre *watchdog*-Funktion nicht vergessen. Im Oktober 2014 wurden viele Aktivisten in die *Werchowna Rada* gewählt und trugen seitdem zur Reformpolitik der nächsten Jahre wesentlich bei.

## 9.2. Medien

Im betrachteten Zeitraum stellten die Zeitungen beinahe das einzige Medium der belarusischen Opposition dar. Der erste unabhängige TV-Sender „Belsat“ startete seine Arbeit aus Polen erst

---

<sup>500</sup> Polityčni peresliduvannja v sučasnij Ukraini 2010-2011, Charkivs’ka pravozachysna grupa, <http://khp.org/files/doc/1321886057.pdf>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>501</sup> In einer Analyse, die ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes veröffentlicht wurde, wurde behauptet, dass es tatsächlich leichter geworden ist, eine NGO eintragen zu lassen (geringerer Zeitaufwand, standardisierte Dokumente). Vgl. Solonenko 2015, S. 256.

<sup>502</sup> Ebd. S. 256f.

<sup>503</sup> Vgl. Kolesnychenko-Oliynyk laws: infographics, Chesno vom 17. Januar 2014, unter: <https://www.chesno.org/post/2180/>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

im Jahre 2007 und einen Internetzugang hatten im Jahre 2006 nur zehn Prozent der Belarusen.<sup>504</sup> Der „Gewaltvertikale“ war deshalb unabhängige Presse der Dorn im Auge schlechthin. Eine der ersten Maßnahmen von Aljaksandr Lukaschenka nach seinem Amtsantritt als Präsident der Republik Belarus im Juli 1994 war die Wiederherstellung der Staatskontrolle über Medien. In der Staatsdruckerei durfte beispielsweise die unabhängige Presse nicht mehr gedruckt werden (private Druckereien existierten damals kaum); die Redaktionschefs der wichtigsten Zeitungen und Fernsehsender wurden ersetzt. Das geschah ungeachtet des Art. 33 der belarussischen Verfassung, der die Pressefreiheit sicherte und die Zensur sowie die Monopolisierung der Massenmedien verbot.

Im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001 wurden zahlreiche oppositionsnahe Zeitungen verboten oder mit finanziellen Instrumenten dermaßen unter Druck gesetzt, dass sie schließen mussten.<sup>505</sup> Im Jahre 2003 haben die Behörden neun unabhängige Zeitungen geschlossen, im Folgejahr weitere 25.<sup>506</sup> Erhöhte Aufmerksamkeit schenkte die staatliche Repressionsmaschine der regionalen Presse, die in der Bevölkerung besonders beliebt war. Einige Wochen vor dem Referendum des Jahres 2004 wurden die Ausgaben von mehr als zehn größten regionalen Zeitungen suspendiert. Zuvor war die Zulassung neuer Medien eingestellt worden. Auch die im Jahre 2006 erfolgte Schließung der unabhängigen Zeitung *„Belorusskaja delovaja gazeta“*, die zu den einflussreichsten im Land gehörte, zeigte an, dass der Staat die Monopolisierung des Informationsbetriebs anstrebte. Die meisten unabhängigen und oppositionellen Presstitel mussten entweder im Untergrund oder im Ausland gedruckt werden. Schikaniert wurden auch ausländische Journalisten, deren Ausweisungen sich mehrten.

Parallel zur Säuberung des einheimischen Medienmarkts schränkte das Regime den Zugang zu russländischen Medien ein, die während der Krise der belarussisch-russländischen Beziehungen in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends an Aljaksandr Lukaschenka Kritik übten. Da die russländischen TV- und Radio-Sender dank ihrer Unterhaltungsprogramme im Lande beliebt waren, behielten die belarussischen Behörden diese bei, während sie die Nachrichtenprogramme durch die einheimischen Sendungen ersetzten.

Die Propaganda zeichnete ein abstoßendes Bild der Regimegegner als Ultrationalisten, Drogenabhängige, Kriminelle und Agenten des Westens. Mit besonderer Vorliebe wurden sie als die Nachfolger der Kollaborateure mit der nationalsozialistischen

---

<sup>504</sup> Vgl. Nations in Transit 2006, Belarus. <http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2006/belarus>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

<sup>505</sup> Darunter „Pagonja“, „Naša Svaboda“, „Belaruskaja Maladzjožnaja“, „Svobodnye novosti“ u.a.

<sup>506</sup> Vgl. Nations in Transit 2005, Belarus. <http://www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2005/belarus>, zuletzt geprüft am 05.11.2022.

Besatzungsmacht verunglimpft. Im Vorfeld des Referendums 2004 wurde auf allen Fernsehkanälen eine „Der Weg ins Nirgendwo“ betitelte „Dokumentation“ gezeigt, in der unzählige Lügen über die Opposition verbreitet wurden. Auch andere ähnliche Produktionen („Der Hass: das Kind der Lüge“ oder „Die geheimen Federn der Politik“) wurden gesendet.

Der schlechten Darstellung der Opposition wurde das Lob des Regimes entgegengestellt. Ähnlich wurden der gestiegene Lebensstandard, die moderne Infrastruktur, Ordnung und Sicherheit in Belarus dem Chaos, der Armut und der Ungerechtigkeit in den Ländern der „Farbrevolutionen“ entgegengesetzt, wobei die Ukraine die meiste Kritik abbekam. Die Orange Revolution wurde als ein vom Westen organisierter Staatsstreich dargestellt, der den wahren Willen des ukrainischen Volkes verfälschte.

Die Erfolge von Belarus wurden Aljaksandr Lukaschenka zugeschrieben. Beispielsweise hat die auflagestärkste Tageszeitung des Landes „*Sowetskaja Belorussija*“ eine Umfrage durchgeführt, in der sie den Lesern auf die Frage „Was hat der Präsident in den letzten 10 Jahren für das belarusische Volk getan?“ folgende Antworten zur Auswahl gegeben: „sehr viel Gutes“, „viel Gutes“ und „ziemlich viel Gutes“.<sup>507</sup>

Lukaschenka wurde als der „Vater“ (*bat'ka*) des belarusischen Volkes gepriesen, der – eingeklemmt zwischen Russland und dem Westen (dessen Agent die Opposition gewesen wäre) – stets zu Belarus und den Belarusen stehen würde. Nur er wäre bereit gewesen, die Unabhängigkeit des jungen Staates zu verteidigen. Nachrichtensendungen verwendeten mehr als die Hälfte ihrer Sendezeit für die Pflege dieses Bildes, was an den aus der sowjetischen Propaganda bekannten Personenkult des kommunistischen Parteichefs erinnerte.

Als Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2006 wurde das Delikt der „wissentlichen Verbreitung falscher Informationen“ in das Gesetzesbuch aufgenommen. Es bedeutete, dass die Kritik an der Macht unter Strafe gesetzt wurde. Erneut wurden die unabhängigen Medien dem finanziellen Druck ausgesetzt, was dazu geführt hat, dass binnen drei letzter Monate des Jahres 2005 31 Zeitungen schließen mussten. Nach Angaben des Unabhängigen Belarusischen Journalistenverbandes verblieben im Lande nur gut dreißig private Printmedien, von denen 25 regionale Zeitungen waren. Ihre Gesamtauflage betrug rund 100 Tsd. Exemplare pro Woche.<sup>508</sup> Um die Verbreitung der Information über die tatsächliche Stimmungslage zu verhindern, wurde im Frühling 2005 auch das einzige unabhängige

---

<sup>507</sup> „*Sowetskaja Belorussija*“ Nr. 137, Juli 2004.

<sup>508</sup> Vgl. Jury Aleksandrenkau: *Palityčny aspekt fukcijanavannja SMI i Internetu u Belarusi*, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tavarystva 2011, S.1028-1032, hier S.1030.

soziologische Institut ISEPS, das regelmäßig Meinungsumfragen durchführte, per Gerichtsbeschluss aufgelöst.

Mit all diesen Maßnahmen wurden die oppositionellen Meinungen aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Sie konnten erst mit dem Aufstieg des Internets wieder an Einfluss gewinnen.

Im Gegensatz zu Belarus gehörten in der Ukraine Zeitungen und TV-Sender größtenteils nicht dem Staat, sondern den Oligarchen an, die sie entweder als Wirtschaftsunternehmen oder als Instrumente der Machtgewinnung handhabten.<sup>509</sup> Da viele Medienbesitzer mit dem Regierungslager verbunden waren, forderten sie von ihren Chefredakteuren regimekonforme Berichterstattung. Es gab keine Medienzensur durch den Staat, sondern eine Art Selbstzensur, die als das Hauptproblem der ukrainischen Medien schlechthin gesehen wurde.<sup>510</sup>

Nicht nur während des Wahlkampfes vor den Präsidentschaftswahlen 2010 verkamen die Medien zu Instrumenten des jeweiligen politischen Lagers.<sup>511</sup> Auch nach der Wahl von Wiktor Janukowytsch hat sich an dieser Rolle nichts verändert. Einerseits wirkte sich die Konzentration der Medien in den Händen der Oligarchen, die normalerweise Nähe zur Regierung suchten, auf die politische Linie aus. Andererseits versuchte die Regierung, die Arbeit der regierungskritischen Medien und Journalisten mit administrativen Methoden zu erschweren. Das Resultat war, dass im September 2010 fast 60 Prozent der befragten Ukrainer glaubten, dass es in ihrem Land Zensur geben würde.<sup>512</sup>

Von der journalistischen Qualität der Medien zeugte das Phänomen der sogenannten *dschinsa*. Es handelte sich dabei um Veröffentlichungen, die entgeltlich im Auftrag gegeben wurden, um bestimmte Politiker bzw. Prominente anzupreisen bzw. anzuschwärzen. In der Regierungszeit von Janukowytsch war *dschinsa* für die bekannten regierungsnahen Sender wie *UT-1*, *ISTV*, *TRK Ukraina* und Zeitungen wie *Komsomol'skaja Prawda* ein normales Geschäft. Aber auch Opposition bediente sich der *dschinsa*. In den regionalen Medien der Westukraine machte sie manchmal ganze 40 Prozent des Medieninhalts aus.<sup>513</sup>

---

<sup>509</sup> Die staatlichen Medien sind in der Ukraine zwar vorhanden, jedoch mit Ausnahme des Fernsehsenders *UT-1* spielen sie keine große Rolle.

<sup>510</sup> Anastasia Grynko: From State Censorship to Pressure of Money. New Challenges for Media Transparency in Ukraine, S.89, <http://ekmair.ukma.edu.ua/bitstream/handle/123456789/2412/Grynko%20State%20Censorship.pdf?sequence=1>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>511</sup> Vgl. Natalya Ryabinska: Media capture in post-communist Ukraine. Actors, methods, and conditions, in: „Problems of Post-Communism“ Nr. 2(61)/2014, S. 46-60, hier S. 55.

<sup>512</sup> Survey „Democracy and freedom of speech have decreased in Ukraine“, Razumkov Centre 2010, [http://razumkov.org.ua/ukr/news.php?news\\_id=351](http://razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=351), zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>513</sup> Tadeusz Iwański: The press and freedom of speech in Ukraine ahead of parliamentary elections, in: OSW Commentary, Centre of Eastern Studies Nr. 90/20.09.2012.

Der journalistischen Qualität war auch der in zahlreichen Talkshows praktizierte Brauch nicht zuträglich, als „Experten“ fast ausschließlich Politiker der Partei der Regionen bzw. der Regierung einzuladen. Von der Opposition hatten eigentlich nur Politiker der *Swoboda* die Chance, im Fernsehen aufzutreten, weil sie in der Absicht der Medienmacher mit ihrem negativen Image auf die gesamte Opposition abfärben sollten.

Die Behörden erschwerten den regierungskritischen Medien auf administrativem Wege die Arbeit. Sie schränkten zum Beispiel die Sendefrequenz der oppositionellen Fernsehsendern *TVi* und *Kanal 5* zugunsten des regierungsnahen Senders *Inter* ein. Während der *Kanal 5*, der Petro Poroschenko angehörte, die Regierung vorsichtig kritisierte, stellte der *TVi* den einzigen großen und zugleich offen oppositionellen Sender dar. Deshalb wurde ihm im August 2011 die Verlängerung der digitalen Rundfunklizenz verweigert. Gegen seinen Direktor Mykola Kniaschytsky wurde ein Strafverfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehung eingeleitet.<sup>514</sup> Daraufhin strichen die Kabelfernsehbetreiber den *TVi* von ihren Programmlisten oder verschoben ihn in ihre teureren Angebotspakete, weshalb die Zahl seiner Abonnenten sank.

Wenn man die elektronischen mit den Print-Medien vergleicht, so kommt man unausweichlich zum Schluss, dass sich die Presse durch mehr Pluralismus als das Fernsehen und Radio auszeichnete. Zu den Zeitungen mit den großen landesweiten Auflagen gehörten die oppositionelle „*Dserkalo Tyschnja*“ (Wochenspiegel) und die politisch moderate Wochenzeitung „*Korrespondent*“.

Die wenigen unabhängigen Medien gehörten weder den Oligarchen noch dem Staat an. Sie wurden weder verboten noch in Existenznot gebracht. Zwar geschah es durchaus, dass Journalisten von ihren Redaktionen unter Druck gesetzt oder vor Gericht angeklagt wurden. Auch Fälle der Journalistenbedrohung bzw. des Überfalls sind vereinzelt bekannt. Es gab jedoch weder Morde an noch Gefängnisstrafen für Journalisten.<sup>515</sup> Sie konnten sich auch frei organisieren. Das Netzwerk „*Stop Zensuri*“ (Stoppt die Zensur) setzte sich aus mehr als 130 Journalisten und Aktivisten der NGOs zusammen, die über Verstöße gegen Medienfreiheit informierten.<sup>516</sup>

Politische Information und Berichterstattung im Internet waren frei, weshalb dort regierungskritische Berichterstattung am häufigsten zu finden war.

Starke Unterdrückung der Medienfreiheit hätte den Widerstand der Gesellschaft, die an den Meinungspluralismus gewöhnt war, provoziert. Die Regierung, die sich um gute

---

<sup>514</sup> Siehe Interview mit Knjaschytsky <https://tyzhden.ua/Politics/55306>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>515</sup> Heike Dörrenbächer/ Volodymyr Oliynyk: Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis Ukraine? in: Ukraine-Analysen Nr. 88 vom 08.03.2011, S.4.

<sup>516</sup> <https://stopcensorship.wordpress.com/>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.



Beziehungen mit der EU und den USA bemühte, fürchtete darüber hinaus negative Reaktionen aus dem Westen. Das Parlament verabschiedete sogar das Gesetz über den Zugang zur öffentlichen Information, das zur größeren Transparenz der Behördenarbeit beitrug und es den Bürgern erleichterte, an Informationen zu kommen.<sup>517</sup>

Der Gewaltanwendung auf dem Majdan im November-Dezember 2013 fielen nach eigenen Angaben gut vierzig Journalisten und Fotografen des Machtlagers zu Opfer. Damit wurde eine Wende in der Berichterstattung der regierungsnahen Medien eingeleitet. Führende TV-Sender wie *Inter*, *1+1* und *ICTV* berichteten über die brutale Niederschlagung der Proteste. Diese Wende zeugte zugleich davon, dass sich die Oligarchen von der Regierung abwandten.

Die Berichterstattung wurde neutral, einige früher regierungsfreundliche Sender unterstützten sogar die Majdan-Bewegung. Besonderer Beliebtheit erfreute sich der neue, spendenfinanzierte öffentliche Sender *Hromadske-TV*, zu dem immer mehr bekannte Journalisten hinzustießen. Über die Proteste auf dem Platz der Unabhängigkeit berichteten die Online-Medien *live*, was zum Massen- und Revolutionscharakter des Euromajdans beitrug.<sup>518</sup>

### 9.3. Wirtschaft

In den Jahren 2003-2008 erlebte die belarusische Wirtschaft ihre beste Zeit nach dem Kommunismus. Das Wachstum betrug pro Jahr bis zu zehn Prozent.<sup>519</sup> Im Jahre 2006 lag der Durchschnittslohn bei 270 USD, was einen Zuwachs um 100 USD seit 2004 bedeutete. Zum Vergleich: In der Ukraine stieg im gleichen Zeitraum das monatliche Durchschnittseinkommen von 90 auf 170 USD.<sup>520</sup> Auch der Außenhandel florierte. Alleine 2004 sind Exporte und Importe im Jahresvergleich um ca. 40 Prozent gestiegen.<sup>521</sup> Im Jahre 2004 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2335 USD, d.h. nahezu das Doppelte des ukrainischen Wertes (1365 USD).<sup>522</sup>

Das Erfolgsrezept der guten Wirtschaftsentwicklung bestand darin, dass Belarus Öl und Gas zu niedrigen Preisen in Russland einkaufte (für 47 USD pro 1000 Kubikmeter Erdgas und für 27 USD pro Barrel Rohöl) und die bearbeiteten Öl-Produkte vor allem in der EU zu

---

<sup>517</sup> Vgl. Solonenko 2015.

<sup>518</sup> Vgl. Iryna Rozumovska: Ukraine's Media Landscape during the Euromaidan, in: Journalism Studies / Kyiv Mohyla Media Research Papers, No. 3, S. 21–35; Sergij Leshchenko: The Maidan and beyond: the media's role, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 52-57; Volodymyr Kulyk: The media at the time of unrest: a report of a Maidan participant, in: „Russian Journal of Communication“ Nr. 2(6)/2014, S. 181-185; Grażyna Piechota/Robert Rajczyk: The role of social media during protests on Maidan, in: Communication Today Nr. 2(6)/2015.

<sup>519</sup> Belarus-Analysen Nr.54 vom 05.04.2021, S.6.

<sup>520</sup> Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 220 vom 12.07.2019, S. 13; Belarus-Analysen Nr. 10 vom 31.01.2013, S. 7.

<sup>521</sup> Vgl. Rainer Lindner: „Präsidentchaftswahl“ in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2006, S.18.

<sup>522</sup> Ebd., S.18.

Weltmarktpreisen (schätzungsweise für entsprechend 230 USD und 60 USD) verkaufte. Die auf den Weltmärkten kontinuierlich steigenden Ölpreise steigerten auch die belarusischen Exportgewinne von 2,1 Mrd. USD im Jahre 2003 auf fünf Mrd. USD drei Jahre später. Somit entlastete Russland mit seinem preiswerten Rohstoffverkauf den belarusischen Haushalt um sechs bis sieben Mrd. USD jährlich. Dank vorteilhaften Konditionen des Handels mit Russland konnte Belarus darüber hinaus seine Produkte – Maschinen, Lebensmittel etc. – an seinen östlichen Nachbar günstig verkaufen.

Obwohl die gute Wirtschaftsentwicklung vor allem externen Faktoren zu verdanken war,<sup>523</sup> rechnete das Regime diese sich selbst an. Sie war mit dem Wirtschaftsmodell, das vom hohen Staatanteil, Etatismus und Entrechtung der Arbeitnehmer gekennzeichnet war, zufrieden.

Anders als in der Ukraine oder in Russland, von den postkommunistischen Staaten, die der EU beigetreten waren, ganz zu schweigen, blieb der Großteil der Wirtschaft in den Händen des Staates. Die Privatisierung der zentralen Planwirtschaft wurde kaum angegangen. 70 bis 80 Prozent der Beschäftigten arbeiteten im Staatsektor.<sup>524</sup>

Wie zur Zeit des Kommunismus nutzte das Lukaschenka-Regime die Abhängigkeit der Arbeitnehmer vom staatlichen Arbeitgeber für die Machtsicherung. Im Jahre 1999 führte Präsident per Dekret das System der kurzfristigen Arbeitsverträge ein, mit dem politische Loyalität zur Voraussetzung der Verlängerung des Arbeitsvertrages gemacht werden konnte. Mit einem anderen, am 9. März 2004 erlassenen Dekret („Über die Stärkung von Ordnung und Disziplin“) wurde den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst möglich gemacht, politisch „unzuverlässige“ Kollegen anzuzeigen.<sup>525</sup>

In allen Unternehmen mussten die Stellen der für die „ideologische Arbeit“ Zuständigen geschaffen werden. Ihnen wurde u.a. die Anweisung erteilt, durch verschärfte Überwachung der Mitarbeiter den Ausbruch von Konflikten in Betrieben zu vermeiden.<sup>526</sup> Die „stellvertretenden Betriebsleiter für Staatsideologie“ waren für Koordination der „Arbeit an der ideologischen Front“ zuständig. Sie wurden darüber hinaus dazu verpflichtet, das „illoyale“ Verhalten, darunter kritische Äußerungen über das Regime, bei zuständigen Behörden zu melden. Mit dem Eindruck der Omnipräsenz des repressiven Staates sollten die Arbeitnehmer erschrocken werden. Dieses Ziel wurde erreicht: Gemäß einer im Dezember 2005

---

<sup>523</sup> Vgl. Lindner 2006, S. 18; Daniel Krutzinna: Das Wirtschaftsmodell von Belarus, <https://www.dialog-ev.org/post/das-wirtschaftsmodell-von-belarus>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>524</sup> Andrej Kamyšewič: Ekanamičnaja asnova belaruskaj polityčnaj madeli, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tawarystva 2011, S. 1002-1009, hier S.1002.

<sup>525</sup> Vitali Silitski: Internal developments in Belarus, in: Dov Lynch (Hrsg.): Changing Belarus, Paris: Institute for Security Studies 2005, S. 25–45, hier S. 38.

<sup>526</sup> Siehe Marples 2006, S.222; Korosteleva 2006, S. 1126.

durchgeführten Umfrage gaben nur 14 Prozent der Belarusen an, dass sie ihre politischen Meinungen frei äußern können.<sup>527</sup>

Die unabhängigen Gewerkschaften wurden *de facto* liquidiert. Ihre Unterdrückung begann nach den im Januar 2001 in der Industriestadt Salihorsk ausgebrochenen Arbeiterprotesten, an denen sich geschätzt sieben Tausend Menschen beteiligten. Am 28. September des gleichen Jahres blockierten zwei Tausend Arbeiter des Minsker Traktorenwerks den Weg zu ihrem Betrieb, um gegen die ausgebliebene Auszahlung ihrer Löhne zu protestieren.<sup>528</sup> Andere Arbeitnehmer riefen vor dem Regierungsgebäude die Staatsführung zum Rücktritt auf.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbands und ehemalige Präsidentschaftskandidat Uladsimir Hantscharyk trat zurück. Alle Gewerkschaften wurden aufgefordert, dem vom Staat kontrollierten Gewerkschaftsverband beizutreten. Die Verweigerer wurden ausgegrenzt und marginalisiert.

Parallel dazu wurden „unzuverlässige“ Direktoren in zahlreichen Staatsbetrieben durch regimetreue Funktionäre ersetzt und einige verhaftet. Die erste Welle der Abrechnung mit der Wirtschaftskader kam nach den Präsidentschaftswahlen 2001. Damals wurden unter anderem der Direktor der Minsker Kühltischfabrik Leanid Kalugin, der sich bei den Präsidentschaftswahlen 2001 aufstellen lassen wollte, sowie der Leiter des Minsker Traktorenwerks Michail Ljawonau, der für die oppositionelle Zeitung „*Narodnaja Wolja*“ (Der Volkswille) schrieb, verhaftet. Die zweite Welle der Säuberung erfolgte im Zusammenhang der Präsidentschaftswahlen 2006. Die Führungskräfte der Großunternehmen, denen Mangel an Loyalität gegenüber dem Regime unterstellt wurde, wurden der Korruption bezichtigt und verhaftet. Einige von ihnen arbeiteten in den erfolgreichsten Unternehmen des Landes, nämlich in der Ö raffinerie „Naftan“ und im Minsker Radtraktorenwerk.<sup>529</sup>

Das Regime behandelte die Arbeitnehmer nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche. Auf Lohnerhöhungen und soziale Leistungen folgten Repressionsandrohungen. Mit dem Gesetz „Über den Ausnahmezustand“ wurden dem Präsidenten weitreichende Vollmachten erteilt, die Freiheiten der Arbeitnehmervertretungen einzuschränken.<sup>530</sup>

---

<sup>527</sup> <http://www.iiseps.org/?p=2794>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>528</sup> Siehe Andrej Ljachovič: Unutranaja palityka režimu Lukašenki: verasen' 2001- l'juty 2003 godu, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tavarystva 2011, S.778-783.

<sup>529</sup> Siehe Ljachovič 2011, S. 778-783; Silitski 2015, S. 291.

<sup>530</sup> Der Präsident durfte noch Parteien und andere Organisationen verbieten, Zensur einführen, Print-Medien schließen u.a.

Private Unternehmer, die Kontakte zur Opposition pflegten, mussten damit rechnen, der Steuerhinterziehung oder anderer Straftaten bezichtigt und nach öffentlichen Gerichtsverfahren zu Haftstrafen verurteilt zu werden. Bekannt wurde der Schauprozess gegen den ehemaligen Diplomaten und Unternehmer Michail Marynitsch, dem vorgeworfen wurde, für „Diebstahl von sechs Computern aus der amerikanischen Botschaft“ (den die betroffenen Amerikaner verneinten) verantwortlich gewesen zu sein. Er wurde im April 2004 verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis sowie zum Verlust des Vermögens verurteilt. Wie früher erwähnt, wurden im gleichen Jahr kurz vor der Bekanntgabe des Termins für das Referendum Waler Lewaneuski und Aljaksandr Wasiljeu, die die Leitfiguren des Kampfes für wirtschaftliche Freiheit waren, zu jeweils zwei Jahren Haftstrafe verurteilt.

Die Unternehmen, die politisch widerspenstigen Geschäftsleuten angehörten, mussten schließen oder wurden verstaatlicht. Im Jahre 2002 stellte Belarus das einzige postsowjetische Land dar, in dem die Zahl der Privatunternehmen gesunken ist.<sup>531</sup>

Obwohl das Regime unmissverständliche Signale an die Unternehmer sandte, dass sie sich von Politik fernhalten sollten, löste eine im Jahre 2001 entstandene Unternehmerbewegung im März 2005 landesweite Streiks aus, an denen sich bis zu 80 Tausend private Geschäftsleute beteiligten. Die Ursache stellte die Steuererhöhung für Kleinunternehmer dar.<sup>532</sup> Der Streik wurde mittels Repressionen gegen die Organisatoren stillgelegt.

In der postkommunistischen Ukraine hatte die Regierung weder über die Wirtschaftselite noch über die Arbeitnehmer jemals die Macht gehabt, die mit der von Lukaschenkas Regime vergleichbar gewesen wäre. Zwar konnten die Machthaber gegen die Beschäftigten der Staatsunternehmen mit administrativen Maßnahmen vorgehen, jedoch stellten diese Betriebe einen wesentlich kleineren Teil der Wirtschaft als in Belarus dar. Die Loyalität der Arbeitnehmer, die nicht *per se* zum Gehorsam neigten, musste „erkauft“ werden.<sup>533</sup> Neben der aus der kommunistischen Einheitsgewerkschaft hervorgegangenen „Föderation der Gewerkschaften der Ukraine“, die traditionell der Regierung gegenüber loyal war, existierte die kleine unabhängige „Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine“ mit gut 180 Tsd. Mitgliedern. Wiktor Janukowytsch und seine Partei setzten nicht auf Repression der Arbeitnehmervertretungen, sondern auf Kooptation ihrer Funktionäre.

---

<sup>531</sup> Ljachovič 2011, S.790.

<sup>532</sup> In den Jahren 2002 und 2005 wurden zusätzliche Einschränkungen und Belastungen für Privatunternehmer eingeführt. Siehe dazu Jahorau 2011, S. 438.

<sup>533</sup> Zu den ukrainischen Gewerkschaften siehe Ursula Koch-Laugwitz/Galyna Meshcheryakova: Der lange Marsch zur Modernisierung. Gewerkschaften in der Ukraine, Studie FES, Kiew 2013.

Die noch aus der Zeit des Präsidenten Leonid Kutschma (1994-2005) bekannte Verflechtung von Wirtschaft und Politik machte die Angehörigen der groß-industriellen Wirtschaftselite zu den wichtigen politischen Akteuren, deren Loyalität sich die Regierenden sichern mussten.<sup>534</sup> Janukowytsch stützte sich anfänglich auf die Oligarchen der Ostukraine, und besonders der Donezker Region, die die wichtigste Wirtschaftsregion des Landes darstellte.

Das Ziel von Janukowytsch schien der Aufbau der eigenen Oligarchen-Struktur, die „Familie“ genannt wurde, gewesen zu sein. Im Zentrum dieser Clan-Struktur sollten seine Söhne stehen. Deshalb ersetzte der Präsident die im Regierungsapparat eingespielte Balance der Oligarchen durch ein System persönlicher Loyalitäten. Begleitet wurde es durch die Stärkung der autokratischen Züge des politischen Systems, in dem der Präsident die Schlüsselfigur werden wollte.<sup>535</sup>

Für die Oligarchen bedeutete dieser Prozess die neue Verteilung der wirtschaftlichen und politischen Macht, von der neben zwei Söhnen des Präsidenten zwei Oligarchen aus dem Osten des Landes am meisten profitierten: der damals reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, und Dmytro Firtasch. Ihre Firmen bekamen staatliche Aufträge und Subsidien sowie größte Anteile der privatisierten Staatsunternehmen. In den Jahren 2012-2013 wurde fast die Hälfte der staatlichen Beschaffungsverträge mit den Firmen dieser vier Personen geschlossen. Der Kapitalstock der Ukrainischen Entwicklungsbank, die dem älteren Sohn des Präsidenten, Oleksandr, gehörte, verdoppelte sich binnen eines Jahres. Oleksandrs Firmen konnten 70 Prozent aller Geschäftsverträge mit der staatlichen Ukrainischen Eisenbahn unterzeichnen. Der Gesamtwert dieser Geschäfte betrug 875 Mio. USD.<sup>536</sup>

Mit dem wachsenden Einfluss seiner „Familie“ versuchte Janukowytsch, sich von den ostukrainischen Oligarchen, nicht zuletzt von Achmetow, zu emanzipieren. Seit dem Beginn seiner Präsidentschaft griff er in die Gewinnstruktur der Oligarchen-Clans und beanspruchte die Rendite, die aus der Verteilung russländischer Energieträger erwuchsen. Derartige Eingriffe des Präsidenten in die Geschäfte der Oligarchen gab es auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Im August 2013 wurde das Gesetz über Transferpreissetzung verabschiedet, das den Steuerbehörden mehr Macht gab und den großen Exportunternehmen weniger Raum fürs Umgehen der Steuer ließ. Aus Sicht der Oligarchen war das Staatsoberhaupt darauf aus, sie zur

---

<sup>534</sup> Zu den Oligarchen und ihrem politischen Einfluss in der Ukraine siehe die Studie des Ukrainischen Instituts der Zukunft „Majbutne ukrajinskykh oligarchiv“ <https://uifuture.org/reports/majbutnye-ukrayinskix-oligarxiv/>

<sup>535</sup> Svolik 2012, S. 54.

<sup>536</sup> Kudelia 2014, S.26.

Abgabe eines Teils ihrer Gewinne an die „Familie“ zu zwingen bzw. sie im Falle der Illoyalität zu bestrafen.<sup>537</sup>

Da sich die Wirtschaftsgrößen dadurch bedroht fühlten, regte sich in ihren Reihen Widerstand. Ein Ausdruck dessen war die verdeckte Unterstützung der Opposition. Einige Oligarchen setzten auf die jungen Politiker Arsenij Jazenjuk und Vitali Klytschko, deren Ratings im Mai 2013 höher als die von Janukowytsch ausfielen.<sup>538</sup> Es ist unklar, ob sie eine Alternative zum Präsidenten aufbauen oder lediglich seine Bestrebungen, die Macht zu monopolisieren, zügeln wollten. Jedenfalls diente die bereits in der Anfangsphase des Euromajdans erfolgte finanzielle und mediale Unterstützung dazu, auf den Präsidenten Druck auszuüben, und nicht dazu, den Machtwechsel herbeizuführen. Die endgültige Abwendung der Wirtschaftsgrößen von Janukowytsch und der Partei der Regionen fand erst nach dem Blutbad vom 20. Februar 2014 statt, als klar wurde, dass eine Versöhnung des Regimes mit der Gesellschaft nicht mehr möglich sein würde. Damals schwenkten die Fernsehkanäle Achmetows und Firtaschs auf die Seite der Demonstrationen um. Victor Pintschuk feierte sogar die „Helden des Majdans“ als die Geburtshelfer „eines neuen Landes“.<sup>539</sup>

Die Netzwerke der Oligarchen waren in der Ukraine ähnlich fest verankert wie die Korruption, was die offene Unterstützung der Opposition durch die Wirtschaftselite jederzeit möglich machte. Petro Poroschenko, der sich mit dem Regime arrangiert und sogar ein Ministeramt bekleidet hatte, ging im Jahre 2013 in die Opposition. Während des Euromajdans wurde er (neben einigen Politikern) zum Gesicht der Opposition und der politischen Wende. Die mit ihm verbundenen Oligarchen wollten von ihm aber keinen Systemwechsel, sondern bloß eine Elitenerneuerung.

#### **9.4. Bildung, Kultur, Religion**

2003 wurde in Belarus die „Staatsideologie“ entwickelt. Es handelte sich dabei um eine eklektische Ideenmischung, die Ideen des Panslavismus, des russisch-orthodoxen Christentums, des ostslawischen Volksmessianismus, der Legitimation der zaristischen Selbstherrschaft und der kommunistischen Ideologie zusammenwürfelte.<sup>540</sup> Sowohl im

---

<sup>537</sup> Vgl. Yuri Bender: In the wake of turmoil: the role of Ukraine's oligarchs is under scrutiny, in: „Financial Times“ vom 27.3.2014, S.71f.

<sup>538</sup> Elektoralni namiry vybortsiv Ukrajiny, 17. Juni 2013, <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=173&page=1>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>539</sup> Vgl. Bender 2014; Christian Neef: The power of Ukraine's billionaires, in: „Spiegel Online“ vom 25.2.2014.

<sup>540</sup> Zur belarusischen „Staatsideologie“ siehe Yakouchyk, Katsiaryna: Belarusian State Ideology: A strategy of flexible adaptation, Working Paper, Jean Monnet Chair for European Politics, University of Passau 2018.

Bildungssystem als auch in den staatlichen Unternehmen und Institutionen sollte dafür gesorgt werden, dass die Grundsätze der Staatsideologie den Bediensteten beigebracht werden.

An den Hochschulen und Universitäten wurde das obligatorische Fach „Staatsideologie“ eingeführt. Geisteswissenschaftliche Fächer, insbesondere Geschichte, wurden in den Dienst der ideologischen Narrativen des Regimes gestellt.

Die noch verbliebenen autonomen Bildungseinrichtungen wurden unter staatliche Kontrolle gestellt. Diejenigen von ihnen, die sich diesem Prozess widersetzen, wurden geschlossen. Dazu gehörte die Europäische Humanistische Universität und das Belarusische Nationale Jakub-Kolas-Gymnasium, die Lukaschenka als „die Brutstätten der Opposition“ bezeichnete.

Die belarusische Sprache wurde aus den Schulen verdrängt. Sie wurde zwar nicht verboten und blieb nach dem Russischen die zweite Staatssprache, aber ihr Unterricht und ihre Verbreitung wurden erschwert. Die weiß-rot-weiße Flagge und das Wappen *Pagonja* (Jagt), die aus dem Großfürstentum Litauen stammen und Staatssymbole der 1918 ausgerufenen Belarusischen Volksrepublik die Opposition gewesen waren, wurden in den Medien und Bildungsinstitutionen als „faschistisch“ bezeichnet.

Die für die nationale Geschichtserzählung der Belarusen wichtigen Ereignisse und Persönlichkeiten, etwa Menschen, die für den unabhängigen belarusischen Staat gekämpft und gearbeitet hatten, wurden in Schulbüchern und Medien negativ dargestellt, während der sowjetische Sieg im sogenannten Großen Vaterländischen Krieg zum wichtigsten Ereignis der belarusischen Geschichte stilisiert wurde. Der totalitäre Sowjetstaat wurde glorifiziert und das belarusische Regime zu seinem legitimen Nachfolger erklärt.

Die Dozenten und Lehrer, die ihre Lehrveranstaltungen nicht im Einklang mit den Narrativen der Staatsführung gestalteten, konnten jederzeit gefeuert werden. Der Austausch der Wissenschaftler und Studenten mit dem Westen wurde reduziert. Die Arbeitsplätze sollten an jene Alumni verteilt werden, die ihr Studium an den Staat „zurückzahlen“ würden, indem sie der „ideologischen Erziehung“ an staatlichen Unternehmen, Schulen und Verwaltung dienten.<sup>541</sup>

Aus Buchhandlungen verschwanden Bücher, in denen der Staatsideologie widersprechende Darstellungen der Politik und Geschichte zu finden waren. Das schloss die Werke von Klassikern belarusischer Literatur wie Wasil' Bykau und Uladsimir Karatkewitsch ein. Bücher, in denen Kritik an der politischen Ordnung des Landes ausgeübt wurde, wurden

---

<sup>541</sup> Siehe dazu Silitski 2015, S. 293ff.

verboten und ihre Autoren verfolgt. Dieses Schicksal ereilte etwa die Journalisten Pawal Scharamet und Swjatlana Kalinkina, die das bekannte Buch „Der zufällige Präsident“ verfasst hatten.

Nachdem am 21. Juli 2004 mehrere Rock- und Folk-Musiker auf einer Kundgebung der Opposition aufgetreten waren, wurde eine Liste der verbotenen Künstler erstellt. Sie durften dann jahrelang weder ihre Werke dem breiten Publikum präsentieren noch öffentlich auftreten. Gleichzeitig wurde eine regimetreue „Elite“ der Kulturschaffenden gefördert, die sich aus den Prominenten zusammensetzte, die den Präsidenten öffentlich unterstützten.

Auch religiöse Freiheiten wurden eingeschränkt. Nach dem Inkrafttreten des im Oktober 2002 verabschiedeten Gesetzes „Über die religiösen Einrichtungen“ mussten sich alle Kirchen neu registrieren lassen. Dabei wurde zahlreichen evangelischen Gemeinschaften, die keine Verbindungen zum Regime aufwiesen, die Anerkennung verweigert. Die katholische Kirche, die als „westlich“ bzw. „polnisch“ betrachtet wurde, blieb zwar legal, stand aber unentwegt unter Beobachtung der Behörden. Demgegenüber wurde im Jahre 2003 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Präsidialadministration und der Belarusischen Orthodoxen Kirche unterzeichnet, die immer mehr mit der Staatsmacht verschmolz.

Mit der erstarkten Kontrolle über Kultur und Religion sandte das Regime an die Gesellschaft das Signal, dass autonome Aktivitäten selbst dann bestraft werden konnten, wenn sie keine unmittelbare Gefahr für die Regierung oder politische Ordnung darstellten. Menschen sollten verstehen, dass jedes Engagement in Öffentlichkeit, das nicht vom Staat kam bzw. von ihm nicht kontrolliert wurde, Risiken in sich birgt.

In der Ukraine, wo kulturelle Freiheiten niemals ähnlich drastisch wie in Belarus eingeschränkt waren,<sup>542</sup> hatte die Regierung keinen Spielraum für eine einheitliche Kulturpolitik. Vielmehr musste sie das Gespür für die kulturelle Vielfalt des Landes aufbringen. Das es nicht leicht war, bewies das Sprachgesetz, das am 10. August 2012 in Kraft getreten ist. Demnach wurde Russisch ähnlich 17 weiteren Minderheitensprachen als staatlich akzeptierte Regionalsprache anerkannt. Folgerichtig konnte es vor allem in den östlichen und südlichen Verwaltungsbezirken finanziell gefördert werden.<sup>543</sup> Obwohl das Gesetz den Empfehlungen der Europäischen Union entsprach, rief es einen großen Widersand hervor. Im ukrainischen Westen empörte man sich darüber, dass russischsprachige Ukrainer auf das Erlernen der ukrainischen

---

<sup>542</sup> Selbst zu Zeiten der Sowjetunion konnten sich die ukrainische Kultur und Sprache freier als in Belarus entfalten.

<sup>543</sup> Matthias Guttke/Hartmut Rank: Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen Nr. 106 vom 11.09.2012, S. 12.



Staatssprache verzichten konnten. Es wurde vor der daraus resultierenden politischen Polarisierung gewarnt.

Wiktor Janukowytsch hatte vor den Präsidentschaftswahlen versprochen, Russisch zur zweiten Staatssprache zu erheben, aber anders als Aljaksandr Lukaschenka hat er nach seinem Amtsantritt diesen Schritt nicht gewagt. Vielmehr sprach er in Öffentlichkeit Ukrainisch, womit er Sympathien der Westukrainer zu gewinnen versuchte. Diese rhetorische Demonstration überzeugte die Westukrainer nicht und löste Unzufriedenheit der Ostukrainer aus.

Auf den Feldern der Geschichts- und Kulturpolitik versuchte die Regierung, allen gerecht zu werden, indem sie sich zu einer Mischung aus sowjetischen Geschichtserzählungen und Idealen, dem ukrainischen Nationalstolz und der Bejahung der demokratischen Werte bekannte. Diese Inkonsistenz war auch auf dem religiösen Feld sichtbar.<sup>544</sup>

Nach seiner Wahl hatte sich Janukowytsch im berühmten Kyjiwer Höhlenkloster durch den Patriarchen der Russisch-Orthodoxen-Kirche (ROK) Kyrill, der seinen Sitz im Moskau hatte, segnen lassen, ehe er im Parlament seinen Amtseid schwor. Diese Demonstration zog verständlicherweise Kritik der anderen Kirchen nach sich. Janukowytschs Absicht, die Stellung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats durch Gesetzänderungen zu stärken, war zum Scheitern verurteilt.<sup>545</sup>

Im multikonfessionellen und vielsprachigen Land mit einer zwar schwachen, aber dennoch lebendigen Zivilgesellschaft und dem politischen Pluralismus, der starke Opposition kannte, war es nicht möglich, eine repressive Kulturpolitik zu betreiben und die kulturellen Präferenzen der Regierung dem ganzen Land zu oktroyieren.

## X. AUSLÄNDISCHE OPPOSITIONSFÖRDERUNG

### 10.1. Strategien der westlichen *donors* in Belarus

Nicht nur die westlichen Länder, sondern auch Russland förderte die Opposition gegen Lukaschenka, der dem Kreml zu Beginn des neuen Jahrtausends allzu selbstständig erschien. Anders als die russländische Unterstützung für die ukrainischen Parteien und Oligarchen, von denen es vor 2014 noch recht viele gab, wurde die Förderung der pro-russländischen Opposition in Belarus in dem Maße eingeschränkt, in dem das System Putin in Lukaschenkas Richtung des alternativlosen Autoritarismus evolvierte. Entsprechend wurden Kontakte der russländischen

---

<sup>544</sup> Auf die religiöse Vielfalt der Ukraine kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Siehe dazu Thomas Bremer: Religion in Ukraine: historical background and the present situation, in: Andrii Krawchuk/Thomas Bremer (Hrsg.): Churches in the Ukrainian crisis, Springer 2016, S. 3-19.

<sup>545</sup> Martin-Paul Buchholz: Neue Kirchengesetzentwürfe verschärfen konfessionelle Konflikte in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen Nr. 187 vom 28.06.2017, S.5.

Politiker und Oligarchen zur belarusischen Opposition weniger. Selbst wenn Moskau ab und zu Versuche unternahm, in Belarus oppositionelle Milieus zu unterstützen, wurden diese von belarusischen Diensten unterbunden.

Was die westlichen Akteure angeht, so kann nicht behauptet werden, dass sie konsequent einer Strategie folgten, wenn es darum ging, in Belarus jene Kräfte zu unterstützen, die sich zur Demokratie bekannten. Um die Jahrtausendwende setzten sie noch auf die Förderung der politischen Parteien und brauchten Zeit, um das politische Potenzial zu erkennen, das in der Zusammenarbeit der Opposition *sensu stricto* und *sensu largo* lag. Die Orange Revolution zeigte jedoch, dass die Kräftebündelung von politischen Parteien und Bewegungen, NGOs, Jugendorganisationen, unabhängigen Medien und spontanen gesellschaftlichen Initiativen zum Machtwechsel im autoritären System führen könnte.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends schwankten die westlichen Demokratieförderer zwischen dem evolutionären und dem „revolutionären“ Weg der Demokratisierung, d.h. zwischen dem Wunsch nach der Eingliederung der Opposition ins politische System und dem nach der „elektoralen Revolution“. Die erste Strategie betrachtete die Opposition als eine Brücke, die Lukaschenka für seine Politik gegenüber den westlichen Ländern brauchen würde. Sie basierte auf der Annahme, dass der Präsident den Westen als das außenpolitische Gegengewicht zu Russland brauchte, um seine Abhängigkeit vom Kreml zu reduzieren bzw. in Verhandlungen mit Moskau Zugeständnisse hinsichtlich der Rohstoffpreise und Kredite zu bekommen. Viele glaubten deshalb, dass die gestärkte Opposition ihr symbolisches Kapital und ihre moralische Legitimation dazu nutzen könnte, den Präsidenten zum Dialog über die Reformen zu bewegen.

Dabei wurde übersehen, dass für Lukaschenka Moskau ein Partner war, der ihm mehr Stabilität bot als der Westen, der die Opposition unterstützte, die ihn von der Macht verdrängen sollte. Unterschätzt wurde auch seine „Mehrvektorenpolitik“. Neben dem Westen versuchte der Präsident auch, mit China und dem Nahen Osten zusammenzuarbeiten, was ihm auch mehr Spielraum gegenüber Moskau gab.

Die andere Fehleinschätzung betraf die Opposition selbst. Statt für die reale politische Stärke im eigenen Land müheselig zu arbeiten, war es für sie einfacher, während der Treffen mit hochrangigen Politikern in Brüssel, Berlin, Washington oder Warschau das symbolische Kapital zu generieren. Die Folge war, dass die am Ende der neunziger Jahre unter der Vermittlung der OSZE angestrebten Verhandlungen zwischen dem Regime und der Opposition niemals zustande kamen, weil Lukaschenka keinen Zwang verspürte, mit dem schwachen innenpolitischen Gegner Kompromisse zu schließen. Minsk hatte zwar im Oktober 1999 die

sogenannte Istanbul-Erklärung über die Änderung des Wahlgesetzes, den Zugang der Opposition zu Medien und die Stärkung des Parlaments unterschrieben, nichts davon aber umgesetzt.<sup>546</sup>

Obwohl die westlichen Sponsoren der Opposition auch in den Jahren 2001-2006 Verhandlungen am belarusischen „Runden Tisch“ anstrebten, an dem Vertreter der Regierung und Opposition über Reformen und Demokratisierung sprechen sollten, investierten sie zeitgleich in das gegenteilige, „revolutionär“-konfrontative Zukunftsszenario des Regimesturzes. Die aufgestockten Fördermittel flossen in die Budgets der NGOs, der Oppositionsparteien, der unabhängigen Medien, der Wahlbeobachtungsorganisationen, aber auch in die Vorbereitung von Straßenprotesten.

Bereits im Wahlkampf des Jahres 2001 wurde der Versuch einer „elektoralen Revolution“ unternommen. Die Geldgeber drückten die ihrer Meinung nach aussichtsreichste Kandidatur des Einheitskandidaten der Opposition durch. Darüber hinaus wurde nach serbischem Vorbild die Jugendbewegung *Subr* gegründet und die Mobilisierungskampagne „*Vybiraj*“ (Wähle!) organisiert.

Die politische Opposition war in diesen Jahren nicht sonderlich motiviert, die aus dem Westen kommenden Pläne des Regimewechsels umzusetzen. Es war ihr bewusst, dass in Belarus die wichtigsten Voraussetzungen dafür fehlten. Gene Sharp, der eine Anleitung zum revolutionären Umsturz verfasste,<sup>547</sup> die sich in den Ländern der „Farbrevolutionen“ als nützlich erwies, schrieb nicht über den Regimewechsel dort, wo es keine unpopuläre Regierung, keine starke und geschlossene Opposition, keine gespaltene Regimeelite und nicht keine zumindest halbwegs freie Medien gab.<sup>548</sup>

Obwohl die „revolutionäre“ Strategie in Belarus gescheitert war und zur verstärkten Unterdrückung der oppositionellen Milieus führte, hielten die westlichen Förderer an ihr doch noch im Jahre 2006 fest, indem sie den Präsidentschaftswahlkampf der Opposition an den Abläufen der Orangen Revolution orientierten. Darauf reagierte die Regierung erneut mit Repressionen, denen diesmal insbesondere der dritte Sektor zu Opfer fiel. Mit der *Marginalisierung* der *civil society* wollte Lukaschenka die aus der Ukraine bekannten Verbindungen zwischen den NGOs und der politischen Opposition vereiteln.

---

<sup>546</sup> Siehe Wieck, 2006.

<sup>547</sup> Gene Sharp: The methods of nonviolent action, Boston: Porter Sargent, 1973.

<sup>548</sup> Siehe dazu etwa Stellan Vinthagen: A theory of nonviolent action: how civil resistance works, Zed Books London 2015; Vicken Cheterian: Rezeptur für die zweite Revolution. Was aus den Demokratiebewegungen in Osteuropa und Zentralasien zu lernen wäre, in: Le Monde diplomatique (Berlin), Oktober 2005, S.8f; Yuri Chavusov: Revolution in Belarus: Only a civil one. Belarus Analysis, Bratislava: Pontis Foundation 2006.

Nach der erneuten Wahlniederlage waren die westlichen *donors* frustriert, was den teilweisen Strategiewechsel bewirkte. Ein beträchtlicher Teil des Sponsorings floss nun nicht mehr in den politischen Kampf, sondern wurde in Bildung, Menschenrechtsschutz und Privatwirtschaft umgeleitet. Auf diesen Gebieten konnten zwar die Förderprojekte keine unmittelbar demokratisierende Wirkung erzielen, sie zogen aber weder für die Empfänger noch für die Geldgeber große Risiken nach sich. Es wurde gehofft, dass sie langfristig zum erwünschten gesellschaftlichen und politischen Wandel beitragen würden.

In den Jahren 2008-2010, die in den Beziehungen des Westens zum belarusischen Regime als die Periode des „Tauwetters“ gelten, wurden zahlreiche Projekte unterstützt, die die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit dem Staat anvisierten. Nach den Wahlen von 2010 und der daraufhin in Gang gesetzten starken Repressionswelle wurden aber erneut Massenproteste gefördert.<sup>549</sup> Dabei setzten die westlichen Förderer nicht mehr auf den Regimesturz. Dazu trug neben der Repression die noch nie da gewesene Schwäche der Opposition bei, die sich von der Wahlniederlage und der harten Unterdrückung nicht erholen konnte.

Es fand eine neue Korrektur der westlichen Förderstrategie statt: die Bündelung der Kräfte der Opposition *sensu stricto* und *sensu largo* sollte aufgegeben werden. Man hoffte, dass sich die Akteure der *civil society* leichter als oppositionelle Parteienpolitiker der staatlichen Verfolgung entziehen könnten. Das Blutvergießen des Euromajdans spielte in diesem Zusammenhang große Rolle, weil sich niemand Ähnliches in Belarus wünschte.

Lukaschenka spielte die neue Strategie der westlichen *donors* in die Hände. Mit der schwachen, nicht mehr stark geförderten politischen Opposition konfrontiert, konnte er über eine gewisse innenpolitische Liberalisierung nachdenken und sich bei der Suche nach der Lösung für den seit 2014 dauernden russländisch-ukrainischen Krieg als Friedensstifter ausgeben (Minsk-Prozess).

Zahlreiche in Privatwirtschaft beschäftigte Belarusen, die über gutes Einkommen verfügten, stießen zu der scheinbar apolitischen, in Wirklichkeit jedoch dem Regime gegenüber äußerst kritischen Zivilgesellschaft hinzu. Die aus dem Westen kommenden Gelder wurden teilweise in kleine Projekte umgeleitet, womit mehrere regionale Partner unterstützt werden konnten und die Abhängigkeit des dritten Sektors von den großen, manchmal staatsnahen NGOs reduziert wurde.<sup>550</sup> Mit der Zeit gewann die Förderung der Startups, der Technologien, des Marketings und der Bildung immer mehr an Bedeutung, was nicht zuletzt auf Duldung und

---

<sup>549</sup> Bedford/Pikulik 2019, S. 386.

<sup>550</sup> Bei Kleinprojekten von bis zu 5000 Euro konnte die EU auch mit nichtregistrierten Gruppen arbeiten.

manchmal sogar Akzeptanz dieser Förderungsrichtlinien durch das Regime zurückzuführen war.

Der Abschied vom Ziel des Machtwechsels zog die Verbesserung der Beziehungen einiger westlichen Länder mit der belarusischen Regierung nach sich. Einige Sponsoren, wie beispielweise die dänische DANIDA, die früher Menschenrechtsinitiativen und die Zivilgesellschaft unterstützt hatte, stellten ihre Programme auf die Zusammenarbeit mit dem Staat um. Vor dem Hintergrund der Entpolitisierung der Gesellschaft sah das Regime in der Stärkung des privaten Wirtschaftssektors und des gesellschaftlichen Pluralismus keine Gefahr mehr für sich. Vielmehr sollte sie die Zufriedenheit der Menschen mit dem Staat und seiner Führung steigern.

Der Wechsel der westlichen Geldgeber von der konfrontativen zur kooperativen Strategie hing nicht zwingend mit der Verbesserung der Menschenrechtslage in Belarus zusammen. Die außenpolitischen Entscheidungen Minsk spielten hier eine wichtige Rolle. Lukaschenka weigerte sich zum Beispiel, die Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien oder die russländische Annexion der Krim anzuerkennen. Die EU ihrerseits hielt sich nicht unbedingt an ihre eigenen Bedingungen für die Aufhebung der gegen Belarus verhängten Sanktionen. Das Regime brauchte nur von der russländischen Außenpolitik rhetorisch auf Abstand zu gehen, um im Westen Kredite zu erhalten.

All diese nach 2010 eingetretenen Entwicklungen brachten die westlichen Förderer dazu, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen 2015 die Unterstützung der Opposition *sensu stricto* fast ganz aufzugeben.<sup>551</sup> Zum ersten Mal fand sich diese mit einem kleinen Wählerpotenzial und ohne Geld wieder. Von dieser Schwäche sollte sie sich nicht mehr erholen.

Im Sommer und Herbst 2020 rollten durch die belarusischen Städte riesige Proteste gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahl im August des gleichen Jahres. Sie wurden von Menschen angeführt, die weder aus den politischen Parteien noch aus der Opposition *sensu largo* kamen. Sie erhielten auch keine Unterstützung aus dem Ausland.

In Belarus hat sich also weder die „revolutionäre“ noch die evolutionäre Demokratisierungsstrategie bewährt, zumal die westlichen *donors* damit überfordert waren, eine von ihnen konsequent zu befolgen. Später erklärten sie im Sinne der Rationalisierung des eigenen Versagens beide Strategien zur „Vorbereitung“ der Proteste des Jahres 2020.

---

<sup>551</sup> Nach einigen Angaben betrug die Gesamtfinanzierung weniger als 0,5 Mio. USD - fast dreißig Mal weniger als im Jahre 2010. Siehe Ebd., S. 386.

## 10.2. Negative Folgen der Oppositionsförderung

Am belarusischen Beispiel sind die Nachteile der ausländischen Oppositionsförderung gut erkennbar. Für die Opposition, der einzig die externe Hilfe oft die Existenz sicherte, waren die Zusammenarbeit mit westlichen Stiftungen und Kontakte mit westlichen Politikern wichtiger als die Bemühung um die Unterstützung durch die Menschen in Belarus. Das trug entscheidend zur Isolation der Opposition bei, die durch die Repression und Unterdrückung nur noch verstärkt wurde.

Vielleicht noch wichtiger war die Tatsache, dass die Abhängigkeit von der ausländischen Finanzierung die Freiheit der Opposition zuweilen drastisch einschränkte. Sie traf ihre Entscheidungen oft unter Druck, in Absprache oder zumindest im Einklang mit den Erwartungen der Förderer. Es ging dabei häufig um politisch absolut entscheidende Fragen wie die Wahl der politischen Partner oder des Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf oder der Wahlkampfstrategie, den Dialog mit der Regierung, die Durchführung von Protesten etc. Diese Abhängigkeit konnte von der Staatspropaganda dazu genutzt werden, ausgerechnet diejenigen, die gegen den Status ihres Landes als russländische Kolonie angehen wollten, als „ausländische Agenten“ zu diffamieren. Lukaschenka, der um eigener Macht willen bereit war, die Souveränität seines Landes an Russland abzugeben, konnte dann mit einem Schein der Glaubwürdigkeit als der Verteidiger der belarusischen Unabhängigkeit dargestellt werden.<sup>552</sup>

Der Wettbewerb um die Gunst der westlichen *donors* ersetzte die Konkurrenz um die Wähler und vergiftete das Klima in den Reihen der Opposition. Silitski weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei Wahlen Oppositionskandidaten nicht um den ersten, sondern um den zweiten Platz wetteiferten. Es ging ihnen nicht um den Sieg, sondern darum, dass sie das beste Ergebnis unter den Oppositionellen erhielten. Denn das versprach das Akquirieren des Großteils der für die Opposition vorgesehenen Gelder.<sup>553</sup>

Die Monopolisierung der Kontakte mit den ausländischen Sponsoren durch Parteichefs zementierte sowohl ihre Macht in der Partei als auch deren Stellung in der Opposition. Diese Stellung der Parteichefs vereitelte die parteiinterne Demokratie und sorgte für die Intransparenz der unter den Bedingungen der Überwachung und Repression ohnehin oft undurchsichtigen Entscheidungsprozesse. Dabei imitierten die westlichen Sponsoren nur selten Programme, die auf die Demokratisierung der zentralistischen und hierarchischen Parteienstrukturen abzielten. Politische Aktionen wurden von oben nach unten organisiert, was die Parteienbasis entmutigte.

---

<sup>552</sup> Er drohte mit dem Zerfall des Landes, sollte die Opposition an die Macht kommen. Denn Polen würde nur daran warten, die westbelarusischen Gebiete zu annektieren.

<sup>553</sup> Vgl. Silitski 2010.

Die Oppositionsstrukturen wurden vor Konkurrenz durch oppositionelle Neubildungen geschützt.

Das Petrifizieren dieser Zustände kratzte mächtig am Image der Opposition, die sich doch stets als „demokratisch“ ausgab. Sie beeinträchtigte aber auch ihre Effizienz und Flexibilität, die ausgerechnet im stark repressiven System besonders gefragt waren. Als am Vorabend der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2006 wichtige Aktivisten des Wahlkampfteams von Aljaksandr Milinkewitsch verhaftet wurden, war die Opposition fast gelähmt, weil sie in den stark personenbezogenen Machtstrukturen unersetzlich waren.<sup>554</sup>

Es kam hinzu, dass die westlichen Förderer die Situation im Land oft unterschiedlich einschätzten. Vital' Silitski bemerkt in diesem Zusammenhang bissig, dass es leichter war, die zerstrittenen Oppositionspolitiker unter einen Hut zu bringen als ihre Mäzene zum koordinierten Handeln zu bewegen.<sup>555</sup> Die Unstimmigkeiten der *donors* erschwerten die Zusammenarbeit der Oppositionellen erheblich und lähmten die Bemühungen um gemeinsame Strategie des Umgangs mit der Regierung, vom geschlossenen Handeln ganz zu schweigen.

Die Partikularinteressen der Geldgeber standen dem deklarierten Ziel der Demokratisierung häufig im Wege, was die Motivation der Oppositionellen, „für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ auf sich erhebliche Risiken zu nehmen, nicht unbedingt stärkte. Der Vorschlag, in der EU ein Amt des Belarus-Beauftragten zu schaffen, der die nationalen Förderungsstrategien koordinieren würde, wurde niemals umgesetzt. Weder die Östliche Partnerschaft, die 2009 im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ins Leben gerufen wurde, noch die 2012 gegründete Europäische Stiftung für Demokratie<sup>556</sup> vermochten diese Lücke zu schließen. Das seit 2002 jährlich stattfindende *Belarus International Implementers Meeting* diente dem Meinungsaustausch und nicht der Koordination ihrer Aktivitäten.<sup>557</sup>

Die engen Beziehungen der Opposition zum Westen riefen Misstrauen der Wähler hervor. Die Opposition war sich dessen bewusst. Andrej Dmitryeu von der Bewegung „*Govori pravdu*“ (Sag die Wahrheit!) erklärte öffentlich, dass die externe Finanzierung die Opposition das Vertrauen der Menschen kostet.<sup>558</sup> Seine Mitstreiterin Tatsjana Karatkewitsch, die im Jahre 2015 zu den Präsidentschaftswahlen antrat, finanzierte ihren Wahlkampf teils mit Geldern, die

---

<sup>554</sup> Vgl. Vital' Silitski: Pamiž klienturaj i apazicyjaj, in: „Arche“ Nr. 3/2007, S.38-39.

<sup>555</sup> Ebd.

<sup>556</sup> European Endowment for Democracy (EED) wurde nach dem Muster des amerikanischen National Endowment for Democracy zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen und Initiativen, humanitärer und politischer Aktivisten in an die EU angrenzenden Ländern gegründet.

<sup>557</sup> Vgl. N. Bouchet: Coordinating democracy promotion: lessons from Belarus, in: „Policy Perspectives“ Nr. 3-4/2015.

<sup>558</sup> Bedford/Pikulik 2019, S.392.

aus Belarus kamen. Auch früher hatte es vereinzelte Versuche gegeben, die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Zum Beispiel wurde im Jahre 2010 der Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten Mikola Statkewitsch vorwiegend durch belarusische Geschäftsleute aus Russland und der Ukraine finanziert.

Der nächste Punkt: Die externe Finanzierung der Oppositionsarbeit konzentrierte sich auf die Zeiten der Wahlkämpfe, weshalb sie nicht nachhaltig sein konnte. Sie hatte auch absurde Züge. Dazu gehörte der Unterricht der überschaubaren Kreise von Aktivisten, der in den im Vorfeld der Wahlen stattfindenden Seminare erfolgte. Dabei wurden den Teilnehmern, die einander wegen früherer Begegnungen aus dem Anlass der früheren Wahlen kannten, immer wieder gleiche Inhalte vermittelt. Die *implementers* konnten dann den *donors* über die „erfolgreiche Durchführung von Wahlkampfmaßnahmen“ berichten. Es kam hinzu, dass die akquirierten Mittel in politischer Arbeit oft ineffizient eingesetzt wurden. In den Parteizentralen stapelten sich während der Wahlkämpfe wochenlang Flugblätter und Zeitungen, bis sie irgendwann entsorgt werden mussten, um für neues Werbematerial Platz zu schaffen. Es geschah nicht selten, dass Wahlaktionen angekündigt wurden, die niemals stattfanden.

In den Zwischenwahlzeiten wurde demgegenüber die Oppositionsarbeit vernachlässigt, und zwar sträflich. Die Ursache war banal: Die Kehrseite der Konzentrierung der zur Verfügung stehenden Mitteln auf den Wahlkampf stellte die Geldknappheit in „Normalzeiten“ dar. Nach jeder verlorenen Wahl ging deshalb die Motivation für politische Arbeit zurück. Die Bevölkerung vergaß dann die Opposition, bis anlässlich nächster Wahlen die *implementers* den Betrieb wieder in Gang brachten, sehr zur Freude der Opposition, die sich inzwischen in der akuten Finanznot befand.<sup>559</sup>

Die vergleichsweise großzügige Finanzierung der Opposition aus dem Westen kam in der Bevölkerung nicht gut an. Dazu trug der Umstand bei, dass der simple Einsatz für die Opposition wie Unterschriftensammlung oder Flugblätterverteilung, der im Westen für gewöhnlich ehrenamtlich ausgeführt wird, in Belarus oft gut bezahlt wurde. So erhielten die Sammler von Unterschriften für die Präsidentschaftskandidatur von Milinkewitsch und Kasulin bis zu einem USD pro Unterschrift, während das monatliche Durchschnittseinkommen von damals bei ca. 270 USD lag.<sup>560</sup> Solche Praxis rief verständlicherweise nicht nur Neid, sondern auch Korruptionsverdacht hervor. Sie diskreditierte die oppositionelle Arbeit in den Augen der

---

<sup>559</sup> Vgl. Konstantin Ash: The election trap: the cycle of post-electoral repression and opposition fragmentation in Lukashenko's Belarus, in: „Democratization“ Nr. 6(22)/2015, S. 1030–53.

<sup>560</sup> Vgl. Björn Kunter: Belarus: Do no harm: Forderungen an externe Demokratieförderung, in: „Osteuropa“ Nr. 1(57)/2007, S. 35–48.



Bevölkerung. Die oppositionellen Milieus, die solche Honorare nicht zu zahlen imstande waren, fühlten sich zu Recht beeinträchtigt.

Das fehlende Interesse der westlichen *donors* an den Problemen ihrer Förderung lag gewiss zum beträchtlichen Teil an Inkompetenz und Unwissen. Teils ging sie aber auch auf den halblegalen Status der Opposition und der *implementers* zurück, was die häufige Abwesenheit der Letztgenannten in Belarus zur Folge hatte. Das Regime ließ die meisten Büros ausländischer Stiftungen schließen und verhängte Einreiseverbote für ihre Mitarbeiter. Einen schwer einzuschätzenden Anteil am fragwürdigen Realitätsbezug der *donors* und der *implementers* hatten schließlich die Bemühungen der Opposition, die Defizite ihrer Arbeit zu verbergen.

Es lässt sich aber nicht leugnen, dass die den Förderern zur Verfügung stehenden Kontrollprozeduren kaum eingesetzt wurden. Dazu gehörten etwa telefonische Befragungen, mit denen die Effizienz von Werbekampagnen hätte überprüft werden können, oder die Beauftragung der unabhängigen Meinungsforschungsinstitute mit den Untersuchungen über den Bekanntheitsgrad der Opposition. Es wurden auch keine Prozeduren der internen Selbstkontrolle der unterstützten Organisationen angewendet. Schließlich sind den Förderern die Ergebnisse der Evaluation durch externe Gutachter in der Regel vorenthalten worden, die oft den verantwortungsvollen Umgang mit den Mitteln anmahnten und Missstände kritisierten.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass den *implementers* die Finanzierung der Opposition nicht weniger wichtig dieser selbst war. Sie konnten nur dann mit ihrer Fortsetzung rechnen, wenn die *donors* das positive Bild ihrer belarusischen Partner hatten. Deshalb pflegten sie das Opferbild der Opposition, das diese selbst erschuf. Manchmal führte das zu Übertreibung bei der Darstellung der Verfolgungen und der Ohnmacht der Regimegegner.

Die gravierenden Schwächen der Opposition und die Missstände der Förderung wurden häufig als Probleme dargestellt, die mit Schulungen oder dem Einsatz zusätzlicher Mittel leicht zu beheben gewesen wären. Das konstante Verfehlen der angestrebten Ziele konnte immer mit Repression erklärt werden.<sup>561</sup> Obwohl die Repression der belarussischen Opposition keinesfalls heruntergespielt werden darf, soll ihre Bedeutung auch nicht überbewertet werden.

Die Opposition konnte die Lücken nutzen, die das Regime und seine Dienste sowohl während der Wahlkämpfe als auch im ansonsten streng kontrollierten Justizsystem duldete. Zwischen Oktober 2005 und Juni 2006 haben beispielsweise Aktivisten der Menschenrechtsorganisation „*Nasch Dom*“ (Unser Haus) die Hälfte der 68 gegen sie eingeleiteten Rechtsverfahren gewonnen. Infolgedessen haben sie ihr Recht auf die Verteilung unabhängiger Informationen durchgesetzt. Sie haben auch die Einleitung von

---

<sup>561</sup> Vgl. Kunter 2007, S.41.

Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte sowie die Wiedereinstellung entlassener Aktivisten erzwungen.

Die gegenseitige Abhängigkeit der Opposition und *implementers* beförderte ihre Suche nach den neuen Formen der Zusammenarbeit, nachdem der Schwerpunkt der Förderung vom politischen Bereich auf zivilgesellschaftliche Projekte verlagert worden war. Die *donors* erlaubten sich oft eine gewisse Nachlässigkeit bei der Evaluierung des bisher Erreichten, wozu gewiss die falsche Überzeugung beitrug, dass die politische und wirtschaftliche Bedeutung des „kleinen“ Belarus nicht überschätzt werden sollte, zumal ein „wichtiges und großes“ Nachbarland an seiner Demokratisierung überhaupt nicht interessiert war. Nichtsdestotrotz war die finanzielle Unterstützung, die an die belarusischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen floss, großzügig. Im Entwurf des *Belarus Democracy Act* von 2003 war immerhin von bis zu 40 Millionen USD für zwei Haushaltsjahre die Rede. Auch wenn ein Großteil dieser Gelder weit gestreut werden sollte, dürften etliche Millionen bei der Opposition angekommen sein.<sup>562</sup>

### 10.3. Westen und die Opposition in der Ukraine

All die genannten Schwächen der ausländischen Oppositionsförderung – die strategische Blindheit, die fehlende Koordination und die mangelhafte Organisation und Kontrolle durch die *donors*, die *implementers* und die Geförderten – sind auch nicht nur aus Belarus, sondern auch aus der Ukraine bekannt. Der Grund, weshalb dort die externe Demokratieförderung dennoch als wichtiger Beitrag zum Erfolg der Orangen Revolution gesehen wird,<sup>563</sup> liegt in besseren strukturellen Bedingungen des westlichen Engagements. Vor allem wurde in der Ukraine die echte Opposition von der Regierung akzeptiert. Der in der politischen Klasse verbreitete Wunsch, in die westliche Welt aufgenommen zu werden, kam hinzu.

In der Forschung besteht ein Konsens darüber, dass nicht die westliche Unterstützung, sondern der Volkswille für den Sieg der Orangen Revolution im Jahre 2004 ausschlaggebend war.<sup>564</sup> Auch nachdem sie Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten gewählt hatten, befürworteten rund 50 Prozent der Ukrainer den EU-Beitritt ihres Landes, während es in

---

<sup>562</sup>Siehe <https://www.csce.gov/international-impact/press-and-media/statements/introduction-belarus-democracy-act-2003?page=46>, zuletzt geprüft am 06.11.2022. Vgl. Korosteleva 2006, S. 1124; Marples 2005, S. 1240.

<sup>563</sup> Vgl. O. Haran/P. Burkovsky: *The Orange Revolution: origins, successes and failures of democratic transformation*, Potsdam: Liberal Institute 2006; O. Sushko/O. Prystayko: *Western influence*, in: A. Åslund/M. McFaul (Hrsg.): *Revolution in orange: the origins of Ukraine's democratic breakthrough*, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace 2006; M. McFaul/R. Youngs: *International actors and democratic transitions*, CDDRL Working Paper, März 2009.

<sup>564</sup> Vgl. etwa Kuzio 2005; Wilson 2005; McFaul 2007; Stephen White/Ian McAllister: *Rethinking the Orange Revolution*, in: „*Journal of Communist Studies and Transition Politics*“ Nr. 2-3(25)/2009, S. 227-254.

Belarus zur gleichen Zeit nur 25 Prozent waren.<sup>565</sup> Selbst unter Oligarchen war dieser Wunsch verbreitet, was kaum etwas mit der westlichen Demokratieförderung, sondern mit wirtschaftlichen Interessen zu tun hatte. Vor diesem Hintergrund setzten die westlichen Akteure, wozu die Regierungen der EU-Länder, die Organe der EU, die amerikanische Regierung, die Stiftungen u.a. gehörten, bei ihrer Demokratieförderung auf die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Regierungen aller politischer Lager.

Zunächst arbeiteten westliche Akteure mit der orangen Reformregierung eng zusammen. Trotz aller Erfolge war diese Kooperation von zahlreichen Enttäuschungen gekennzeichnet. Während der Westen mit dem Tempo und der Entschlossenheit der Reformen nicht zufrieden war, hatte die ukrainische Regierung große Probleme damit, ihrem Land die westlichen Spielregeln zu oktroyieren.

Nach dem Sieg von Wiktor Janukowytsch im Jahre 2010 haben die westlichen Staaten, vor allem die USA, die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung eingeschränkt sowie ihre Förderprogramme weniger auf die Opposition *sensu stricto* und mehr auf die Zivilgesellschaft konzentriert (das war ein bisschen ihrem Engagement in Belarus ähnlich). Die zwischen 2004 und 2010 etwas vernachlässigten NGOs samt den Oppositionsmedien wurden wieder großzügig finanziert. Nach der Verhaftung von Julja Tymoschenko wurde diese Politik intensiviert. Der neue Vorsitzende der *Bat'kiwschtschina*, Arsenij Jacenjuk, galt als der Protegé Washingtons.

Laut dem USAID-Greenbook erhielt die Ukraine in den Jahren 1990-2014 von der amerikanischen Regierung über 4 Milliarden USD, wovon jährlich 100 Millionen USD auf die Zeit von Janukowytschs Präsidentschaft fielen.<sup>566</sup> Im Unterschied zu Belarus, wo 60 bis 80 Prozent der von der amerikanischen Administration bereitgestellten Gelder der Zivilgesellschaft und der Opposition zugewiesen wurden, betrug dieser Anteil in der Ukraine lediglich 20 bis 30 Prozent.<sup>567</sup> Das ging vor allem darauf zurück, dass die ukrainischen Parteien überwiegend mit ukrainischen Geldern finanziert wurden.

Diesen Zahlen kann entnommen werden, dass die ukrainischen „Revolutionen“ nicht von den US-Amerikanern bezahlt wurden, was oft behauptet wird. Vielmehr schrumpfte die amerikanische Förderung für die Ukraine. Im Wendejahr 2004 betrug sie 143.47 Mio. USD, was nur noch die Hälfte der Fördersumme des Jahres 2002 ausmachte. Davon waren lediglich

---

<sup>565</sup> Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 98 vom 13.12.2011, S.5.

<sup>566</sup> Vgl. Wilson 2006.

<sup>567</sup> Vgl. die Daten auf <https://www.usaid.gov/reports-and-data>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

34.11 Mio. USD für Demokratieförderung vorgesehen, was nicht unbedingt nach Vorbereitung einer Revolution aussieht.

Die finanzielle Unterstützung der Opposition *sensu largo* seitens der EU war noch kleiner. Die Europäische Kommission stellte der Ukraine für die Jahre 2004-2006 220 Mio. Euro zur Verfügung, wovon nur zehn Mio. Euro für die Unterstützung der Zivilgesellschaft, Demokratie und der Medien vorgesehen waren. In den Folgejahren wurden die Fördersummen noch kleiner, so dass die finanzielle Unterstützung in den Jahren 2007-2010 nur noch 148 Mio. Euro betrug.<sup>568</sup> Ähnlich ihren Förderrichtlinien, die auch für Belarus galten, schreckte die EU von der direkten Unterstützung der ukrainischen Opposition zurück und setzte ihre Schwerpunkte auf strukturelle Veränderungen, d.h. primär auf Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Besonders nach der im Jahre 2009 eingeleiteten Östlichen Partnerschaft und der Aufnahme der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen war die EU darauf aus, ihren Einfluss in der Ukraine auszubauen.<sup>569</sup> Deshalb stimmte sie der Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages zu, ohne dass die von ihr geforderte Freilassung von Julja Tymoschenko erfolgt war. Aus dem gleichen Grund vermittelte sie zwischen der Opposition und der Regierung während der Kämpfe auf dem Majdan im Februar 2014.

Als verhängnisvoll erwiesen sie allerdings die Minsker Abkommen, bei deren Aushandlung die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande im Auftrag der EU zwischen Russland und der Ukraine vermittelten.<sup>570</sup> Eindeutig positiv war dagegen der Umstand, dass die EU niemals ihre Beobachtung der ukrainischen Wahlen aussetzte. Ihr in der Geschichte der OSZE größte Einsatz von Wahlbeobachtern trug wesentlich dazu bei, dass die Wiederholung der Präsidentenwahl während der Orangen Revolution ohne erneute Wahlfälschung möglich war.

Grundsetzlich waren aber die EU-Staaten in ihrer Ukraine-Politik gespalten. Während Polen und baltische Staaten auf ihre Integration in die Europäische Union setzten, stemmten sich die führenden Länder des „alten“ Europas, allen voran Deutschland und Frankreich, dagegen.

---

<sup>568</sup> Siehe Natalia Shapovalova/ Richard Youngs: EU democracy promotion in the Eastern neighbourhood: a turn to civil society?, FRIDE Working Paper Nr.115, Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action 2012.

<sup>569</sup> Zur europäischen Ukraine-Politik siehe Iryna Solonenko: External democracy promotion in Ukraine: the role of the European Union, in: Susan Stewart (Hrsg.): Democracy promotion and the „Color Revolutions“, New York: Routledge 2012, S.65-87.

<sup>570</sup> Siehe dazu Stefan Meister: Eskalation erwünscht: Warum Minsk 2 nicht funktionieren wird, Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. 2015.

Damit missachteten Berlin und Paris sowie der von ihnen angeführte Europäische Rat und die Kommission der EU nicht nur die Resolution des Europäischen Parlaments zur Ukraine vom 25. Februar 2010, sondern auch die Befunde der Politikwissenschaft, die besagten, dass die Beitrittsperspektive und nicht die Androhung einer Einschränkung der Zusammenarbeit die wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Demokratisierung des postsowjetischen Staates darstellte.

Diese damals unüberwindbaren Differenzen unter den Mitgliedstaaten führten letztlich dazu, dass die EU der Ukraine nicht genug Reformanreize bot. Die Konditionalität der Europäischen Nachbarschaftspolitik beruhte darauf, dass sich ein Land in die gewünschte Richtung reformieren sollte, damit ihm die EU bei weiteren Reformen hilft. Ohne eine Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft vermochte aber die Ukraine nicht, den erwünschten „Reformsog“ zu entfalten.<sup>571</sup> Selbstverständlich war aber nicht die EU, sondern die hoffnungslos anmutende Zerstrittenheit des orangen Lagers, die Übermacht der Oligarchen<sup>572</sup> und die Schwäche der Zivilgesellschaft für das Scheitern der orangen Regierung und die Wahlsiege der pro-russländischen Kräfte verantwortlich.

Gegenüber dem Janukowytsch-Regime verfolgten westliche Akteure sowohl konfrontative als auch kooperative Strategie. Einerseits konnten sie selbst die punktuelle Verfolgung der Opposition nicht einfach hinnehmen und andererseits wollten sie die Ukraine nicht mit Sanktionen in die Hände Russlands treiben, zumal sich das Janukowytsch-Regime im Gegensatz zu seinem belarusischen Pendant konsequent um gute Beziehungen mit der EU bemühte. Konfrontativ muteten lediglich die öffentliche Kritik an den Missständen der ukrainischen Politik an. Darunter fiel beispielsweise das Fernbleiben der Staatschefs der EU-Länder während des Eröffnungsspiels der Fußballeuropameisterschaft 2012 in Kyjiw.

Selbstverständlich ließ sich Janukowytsch davon nicht erschrecken und setzte seine gegen die Opposition gerichtete Politik fort.<sup>573</sup> Zugleich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kritik aus dem Westen und symbolische Gesten der EU-Politiker ihren Anteil daran hatte, dass in jenen Wahlkreisen, in denen bei den Parlamentswahlen 2012 die Fälschung der Wahlergebnisse nachgewiesen werden konnte, die Wahlen wiederholt wurden.

---

<sup>571</sup> Iryna Solonenko/Balazs Jarabik: Ukraine. Chapter 5. In: Richard Youngs (Hrsg.): Is the European Union supporting democracy in its neighbourhood?, Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action 2008, S. 81–98.

<sup>572</sup> Zur Rolle der Oligarchen als Veto-Spieler im Reformprozess siehe A.L. Dimitrova/R. Dragneva: Shaping convergence with the EU in foreign policy and state aid in post-Orange Ukraine: weak external incentives, powerful veto players, in: „Europe-Asia Studies“ Nr. 4(65)/2013, S.658-681.

<sup>573</sup> Vgl. Paul Kubicek: Dancing with the devil: explaining the European Union's engagement with Ukraine under Viktor Yanukovich, in: „Journal of Contemporary European Studies“ Nr. 2(25)/2015, S. 143-162.

Es versteht sich von selbst, dass Beziehungen der ukrainischen Opposition zu den westlichen Akteuren dennoch angespannt waren. Sie hatte sich mehr Unterstützung in der Auseinandersetzung mit einer Regierung erhofft, deren Machtmissbrauch und Korruption eklatant waren. Für den Unmut der Opposition sorgte zudem die Inbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord Stream 1 im November 2011.<sup>574</sup> Diese von Russland und Deutschland gebaute Gasleitung machte die Ukraine erpressbar. Denn der Kreml war bei seinen Gaslieferungen in die Ukraine und die EU nicht mehr so stark auf die durch die Ukraine verlaufenden Pipelines angewiesen. Moskau konnte deshalb der Ukraine das Gas abdrehen und seinen vertragliche garantierten Gastransfer Richtung Westen mit der der neuen Pipelin fortsetzen.

Die Opposition war allerdings über die Erklärungen der EU froh, dass die Unterzeichnung des Assoziierungsvertrags mit der Ukraine ohne die Freilassung von Julja Tymoschenko nicht möglich sein würde.

Der Fall Tymoschenko, die im Oktober 2011 wegen des angeblichen Machtmissbrauchs ins Gefängnis kam,<sup>575</sup> berührte Interessen und politische Aktionspläne des Janukowytsch-Regimes, der ukrainischen Opposition und des Westens. Mit der Verhaftung der ehemaligen Premierministerin entledigte sich Janukowytsch zwar der gefährlichen Gegnerin. Alles in allem war aber die Bilanz dieses ungewöhnlichen Schritts für ihn nicht eindeutig positiv. Durch die Kritik der EU am harschen Umgang mit Tymoschenko wurde sein Image im Westen dermaßen ramponiert, dass die Beziehungen der Ukraine mit den westlichen Staaten zum endlosen Tauziehen wurden. Das verstärkte Janukowytschs Abhängigkeit von Russland.

Der Präsident versuchte, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die ehemalige Premierministerin, die mit dem Kreml ein Abkommen unterzeichnet hatte, das für Gaslieferungen hohe Preise festlegte, für die dadurch gestiegenen Heizkosten die gerechte Strafe absitzt. Stattdessen wurde er als jemand gesehen, der Opposition verfolgte. Denn die Opposition hatte alle Möglichkeiten, seine Erzählung in Frage zu stellen und die Ukrainer missbilligten die Rufschädigung ihres Landes im Ausland.

Die Opposition verlor ihre Anführerin und musste sich neu positionieren, was Zeit kostete. Sie hat jedoch schnell gelernt, den Umgang mit der weltbekannten Politikerin sowohl für ihre Öffentlichkeitsarbeit als auch für die Intensivierung der Kontakte mit dem Westen zu nutzen. Die durch den Ausfall von Tymoschenko entstandene Führungslücke bot anderen Politikern Aufstiegschancen, was zur Erneuerung der Opposition beitrug.

---

<sup>574</sup> Vgl. Andreas Umland: Das Beziehungsdreieck Ukraine-EU-Russland im Wandel, in Ukraine-Analysen, Ausg. 98 vom 13.12.2011.

<sup>575</sup> Der Fall Tymoschenko wird hier noch mehrfach analysiert.

Im Westen wurde die Verfolgung der ehemaligen Regierungschefin stets als politisch motiviert gesehen, zumal die Unterzeichnung des für die Ukraine tatsächlich ungünstigen Gasvertrags mit Russland im Jahre 2009 nicht ohne Brüssels Druck erfolgt gewesen war.<sup>576</sup> Da aber das Assoziierungsabkommen für die EU-Priorität hatte, mied sie Konfrontation mit Kyjiw. Diese Linie traf auf Verständnis der ukrainischen Opposition, für die die Aufrechterhaltung des prowestlichen Kurses der Ukraine ebenfalls Vorrang hatte. Julja Tymoschenko selbst richtete an die EU den Apell, ihren Fall nicht zum Hindernis auf dem Wege zur europäischen Zukunft der Ukraine werden zu lassen.<sup>577</sup>

Die EU bereitete sich auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens vor, was davon zeugte, dass sie sich mit Janukowytsch als Staatspräsidenten abgefunden hat. Auch später, während der Majdan-Bewegung, hielt sie daran fest. Sie unterstützte zwar die europäischen Ansprüche der Opposition, versuchte aber bis zum letzten Augenblick, den Kompromiss zwischen ihr und dem Präsidenten zu vermitteln. Der Erfolg der Orangen Revolution schien für ihre Vermittler-Rolle zu sprechen. Das Weiße Haus sah es auch so. Doch der unter ihrer Vermittlung am 21. Februar unterzeichneten Vereinbarung zwischen Janukowytsch und der Opposition war nicht ein einziger Tag Gültigkeit gegönnt.

Es wird oft behauptet, dass die EU und die USA „Milliarden Dollar“ ausgegeben haben, um die ukrainische Revolution auszulösen. Dafür gibt es keine Beweise. Die Tatsache, dass Victoria Nuland, die für europäische und eurasische Angelegenheiten zuständige stellvertretende Außenministerin der USA, und der republikanische Senator John McCain auf dem Majdan auftraten, beweist mitnichten die Beteiligung der amerikanischen Regierung am Regimewechsel in der Ukraine. Ebenfalls stellen die nach Janukowytschs Flucht ausgesprochenen Worte des damaligen Botschafters der USA in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, dies sei „ein Tag für Geschichtsbücher“, keinen Beleg für die Involvierung der USA dar. Auch die in die Öffentlichkeit durchgesickerte Aufzeichnung des von Victoria Nuland geführten Telefonats, in dem sie den Machtwechsel in Kyjiw begrüßte und Arsenij Jazenjuk als den neuen Premierminister „ankündigte“,<sup>578</sup> beweist kein amerikanisches Komplott, dem der Euromajdan entsprungen gewesen wäre, sondern belegt die banale Erkenntnis, dass sich die amerikanische Administration für die ukrainische „Revolution der Würde“ interessierte.

---

<sup>576</sup> Vgl. Solonenko 2012.

<sup>577</sup> Siehe „Tymoschenko will für Europa auf Freilassung verzichten“ unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/eu-abkommen-mit-der-ukraine-timoschenko-will-fuer-europa-auf-freilassung-verzichten-12684243.html>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

<sup>578</sup> Siehe Kenneth Rapoza: Washington's man Yatsenyuk setting Ukraine up for ruin, in: „Forbes“, February 27/2014.

In der Regierungszeit des Präsidenten Wiktor Janukowytsch hat der Westen geholfen, die Festigung autoritärer Herrschaft abzuwehren. Die westlichen Hilfen für die Opposition konnten gewährt und relativ effektiv eingesetzt werden, weil die *donors* anders als in Belarus nicht auf den massiven Widerstand des Staates stießen. In der Forschung wird deshalb zu Recht die Meinung vertreten, dass die westliche Unterstützung für den Machtwechsel in Kyjiw wichtig, aber keineswegs entscheidend war,<sup>579</sup> zumal in der Ukraine die interne Finanzierung der Opposition überwog. Im unabhängigen Belarus haben einheimische Unternehmer schätzungsweise einige hunderttausend Euro in oppositionelle Tätigkeit investiert, während in der Ukraine für diese Zwecke jedes Jahr Millionen flossen.

## XI. BEANTWORTUNG DER FRAGESTELLUNG

Die *Ploschtscha*-Proteste mündeten im März 2006 in die lange Phase des politischen Stillstands, die erst in Präsidentschaftswahlen des Jahres 2020 ihr vorläufiges Ende fand. Dagegen leitete der Euromajdan 2013/2014 sowohl den Machtwechsel als auch den tiefgreifenden Wandel der ukrainischen Innen- und Außenpolitik ein. Wo kamen diese Unterschiede her?

Das politische System und die Gesellschaft limitieren immer das Handeln der Regierung, selbst wenn sie für die Regierung den Rahmen wesentlich großzügiger als für die Opposition setzen. Der hier angestellte Ländervergleich hat gezeigt, dass autoritäre Herrscher je nach ihrem Systemtypus über unterschiedliche Möglichkeiten verfügten, ihre Ziele umzusetzen. Es ist darüber hinaus klar geworden, dass die westliche Unterstützung in der Ukraine für die Erfolge der Opposition niemals ausschlaggebend war. Wenn es um Belarus geht, so konnten die Zweifel darüber nicht ausgeräumt werden, ob die Opposition nicht mehr Erfolg gehabt hätte, wenn sie auf sich alleine gestellt gewesen wäre. Diese Spekulation bei Seite geschoben, steht fest, dass in keinem der untersuchten Länder die westliche Förderung den Erfolg der Opposition bewirkt hat.

Mit diesem Befund kann zur Beantwortung der oben gestellten Frage übergegangen werden. Die aus der Fachliteratur zum Thema der Opposition im Autoritarismus abgeleitete Hypothese besagt, dass der Erfolg der Opposition mehr dem Agieren der Regierenden als ihrem eigenen Handeln entspringen würde. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung widersprechen insofern dieser Behauptung, als die darauf hinauslaufen, dass die systemisch-

---

<sup>579</sup> Vgl. Nadia Diuk: Euromaidan. Ukraine's self-organizing revolution, in: „World Affairs“ Nr. 176/2014, S. 9-16; David Marples/Frederic V. Mills (Hrsg.): Ukraine's Euromaidan. Analyses of a civil revolution, Stuttgart: *ibidem*-Verlag 2015; Kiew - Revolution 3.0 : der Euromaidan 2013/14 und die Zukunftsperspektiven der Ukraine, Stuttgart: *ibidem*-Verlag 2014; Ukrainische Schicksalsjahre 2013-2019 /Band 1: Der Volksaufstand auf dem Majdan im Winter 2013/2014, Berliner Wissenschafts-Verlag 2021.



strukturellen und gesellschaftlichen Faktoren, die hier „Rahmenbedingungen des Handelns“ der politischen Akteure genannt werden, bei der Beantwortung der Fragestellung Berücksichtigung finden müssen. Die Chancen der Opposition werden zwar vom Handeln der Regierung bestimmt, aber die Regierung muss die Rahmenbedingungen ihres Handelns korrekt einschätzen und richtige Entscheidungen treffen.

In den untersuchten Zeiträumen agierte die Regierung in Belarus stets der Opposition gegenüber geschlossen, sie beherrschte dabei meisterhaft sowohl präventive Repression als auch alle möglichen Formen der Manipulation, was die Chancen ihrer Widersacher, Unterstützung der Gesellschaft zu generieren, geschweige denn an die Macht zu kommen, minimierte. War aber dieses Handeln der Regierung alleine für den Misserfolg der Opposition verantwortlich war? Nein. Sie nutzte geschickt die Alternativlosigkeit des Systems aus, die das ihr wichtigste Handlungsrahmen war. In einem System, in dem jede politische Regung vom Staat kontrolliert werden konnte, hatte die Opposition so gut wie keine Möglichkeiten der politischen Teilhabe, und zwar unabhängig von ihren Vorhaben und Programmen, der finanziellen Förderung, die sie erhielt, und der gesellschaftlichen Unterstützung, die sie genoss. Mit anderen Worten: Unter gegebenen Umständen konnte die Opposition ihre Funktionen nicht ausführen. Sobald sie es im Vorfeld der Wahlen oder mit Protesten versuchte, griff die Regierung mit einer effektiven Strategie ein.

In der überschaubaren belarusischen Parteienlandschaft dominierte die prinzipielle Opposition, die selten in den illegalen Widerstand ging, um sich den Weg ins System nicht zu versperren. Das war eine rationale politische Entscheidung. Im Umkehrschluss bedeutete es, dass die Opposition ihre politischen Ziele auf ein Minimum reduzierte, das ihre Erfolgschancen minimierte. Denn sie zog sich damit vom direkten Machtkampf auf die Gebiete der Bildung, der Förderung der belarusischen Sprache, des Schutzes des nationalen Kulturerbes o.Ä. Insofern ähnelte sie mehr den Dissidenten in der Sowjetunion als der politischen Opposition, und zwar mit dem Unterschied, dass sie in einem rechtsnihilistischen Staat doch legal war. Als solche wurde sie vom Regime geduldet, solange ihr Engagement über die besagten Themen und den kleinen Kreis ihrer Kernwähler nicht hinausging. Sie bildete dann eine Art überschaubare oppositionelle Parallelgesellschaft mit ihrer eigenen Rhetorik, einer eigenen Geschichtserzählung, eigenen Nationalhelden und Symbolen etc.

Die Opposition kommunizierte mit den Menschen wenig und meistens ohne Eifer. Die Analyse der Wahlkämpfe zeigt, dass die Distanz zwischen ihr und dem Volk groß geblieben ist und dass es nur ihr selten gelang, die unentschlossenen Wähler zu gewinnen, vom Lukaschenka-Elektorat ganz zu schweigen. Immer seltener und zurückhaltender brachte sie

ihren Protest gegen die Regierung zum Ausdruck, immer häufiger resignierte sie und fand sich mit ihrer Lage ab.

Den Oppositionskräften, die außerhalb dieses durch die externen Akteure finanzierten „Ghettos“ agierten, begegneten die traditionellen Oppositionsmilieus mit Skepsis und sie brandmarkten sie für gewöhnlich als „Agenten Russlands“ oder Quasi-Opposition.<sup>580</sup> In diesem Zustand eingefroren, bedurfte die alte Opposition einer Erneuerung, die sie aber aus Angst vor Identitätsverlust selbst blockierte. Indem sie gelernt hat, sich mit ihrer Niederlage im Kampf gegen das System abzufinden, trug sie zu seiner Stabilität bei. Die Erschütterung des Regimes konnte daher nur von unten, spontan und von neuen Kräften kommen.

Die nach den Wahlen durchgeführten Umfragen zeigten, dass ein Viertel (manchmal ein Drittel) der Bevölkerung stets Oppositionskandidaten wählte. Angesichts der Repression und Unterdrückung verhielten sich die Menschen trotzdem passiv und wagten kaum etwas mehr, als im Familien- und Freundeskreis an bestehenden Zuständen Kritik zu üben. Die Oppositionsparteien, die NGOs sowie engagierte Einzelpersonen (etwa Kulturschaffende und Intellektuelle) wurden infolge der langjährigen Unterdrückung und politischer Misserfolge immer weniger. Das Bestehen der kritischen Öffentlichkeit hing stets vom Mut und der Entschlossenheit der Oppositionellen ab.

Die Kräftebündelung während der Wahlkämpfe und Proteste stärkte die Opposition. Wenn der Präsidentschaftswahlkampf den Umständen entsprechend passabel geführt werden konnte und die Opposition von einem charismatischen Kandidaten angeführt wurde, konnte es sogar zur beeindruckenden Mobilisierung der Regime-Gegner kommen, was die *Ploschtscha* zeigte. Damals wurde sichtbar, dass Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Rückkehr nach Europa einem beträchtlichen Teil der belarusischen Gesellschaft eigen war. Mit Aljaksandr Milinkewitsch demonstrierten die Oppositionsparteien und andere Anti-Regime-Milieus die Fähigkeit zur Teamarbeit, selbst wenn kein Wahlsieg in Aussicht war. An Machtübernahme im bestehenden System glaubten sie trotzdem nicht.

Nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 fanden allerdings eine Dekade lang keine Massenproteste statt. Die seit 2008 stagnierende Wirtschaft, der sinkende Lebensstandard,<sup>581</sup> der Generationenwechsel und die sanfte Liberalisierung, mit der Lukaschenka so ab 2013 auf die wirtschaftlichen Probleme reagierte, entzogen dem Regime

---

<sup>580</sup> Nur wenige Oppositionsparteien und -politiker haben deshalb die einzige Oppositionskandidatin Tatjana Karatkewitsch bei den Präsidentschaftswahlen 2015 unterstützt.

<sup>581</sup> Vgl. Jaroslaw Romančuk: Protekcjonizm – sut’ belorusskoj ekonomičeskoj sistemy, <https://www.if24.ru/yaroslav-romanchuk-proteksionizm-sut-belorusskoj-ekonomicheskoy-sistemy/>, zuletzt geprüft am 06.11.2022.

Schritt für Schritt die Legitimation. Die zurückhaltend agierende Opposition unterstützte aber die im Frühling 2017 im ganzen Land spontan ausgebrochenen Proteste gegen die sogenannte Schmarotzer-Steuer<sup>582</sup> kaum. Ähnlich der Regierung bemerkte sie nicht, dass diese Proteste das Ende der Unterstützung für das Lukaschenka-Regime markierten. Die Unruhen nach den von Lukaschenka im August 2020 verlorenen Wahlen,<sup>583</sup> die er in gewohnter Manier als seinen überwiegenden Sieg ausgab, waren daher für alle ebenso überraschend wie das Erscheinen einer neuen Opposition. Obwohl die riesigen Proteste von Sicherheitsdiensten mit brutalen Repressionsmaßnahmen und russländischer Hilfe unterdrückt werden konnten, wurde Lukaschenka als der illegitime Präsident, der seine Macht nur mit Gewalt beibehalten konnte, gesehen.<sup>584</sup>

Alles in allem ist die Fragestellung in Bezug auf Belarus folgendermaßen zu beantworten: Im alternativlosen Autoritarismus reicht es der Regierung aus, die systemischen Vorteile mit richtig dosierter Manipulation und Repression zu nutzen, um den Erfolg der Opposition dauerhaft zu verhindern. Die Opposition kann dann nach verschiedenen Wegen aus der Isolation suchen, diese auch mutig ausprobieren, aber Erfolg wird ihr nicht gegönnt sein.

Erst die Veränderung der systemischen Rahmenbedingungen könnte zu ihrem Erfolg führen. In Belarus handelte sich in diesem Zusammenhang um den zum beträchtlichen Teil demografisch bestimmten, spontanen Wandel der Gesellschaft, deren Unzufriedenheit mit dem System, das vom Präsidenten gleichsam verkörpert wurde, die sich in friedlichen Protesten entlud und zum Erfolg der neuen Opposition, d.h. dem Gewinn der Präsidentschaftswahlen im August 2020 führte.<sup>585</sup> Dieser Erfolg konnte wegen der Einmischung Russlands, die Lukaschenka massiv und entschlossen unterstützte, von der Opposition nicht „konsumiert“ werden.

Wenn es um die Ukraine mit ihrem kompetitiven Autoritarismus geht, so konnte die durch den Verlust der Macht und der Anhänger stark geschwächte national-demokratische Opposition nach 2010 dem Vormarsch ihres alten Rivalen Wiktor Janukowytsch zunächst

---

<sup>582</sup> Diese Steuer wurde durch das Präsidentendekret eingeführt. Sie musste in erster Linie von sozial Benachteiligten bezahlt werden, die keinen oder einen so genannten Mini-Job hatten. Sie sollten dem Staat jährliche Abgaben in Höhe von umgerechnet 230 Euro zahlen.

<sup>583</sup> Siehe die Zusammenfassung des Berichts über die Wahlfälschung und die unabhängige Stimmenauszählung auf <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/wahlfaelschung-in-belarus/>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

<sup>584</sup> Zu Gründen, Verlauf, Ausmaß, Unterdrückung und Folgen der Proteste in Belarus in den Jahren 2020-2021 siehe: Macht statt Gewalt oder Gewalt statt Macht. Belarus: Schritte zur Freiheit oder Repression, Schikane, Terror, Zeitschrift Osteuropa Nr.10-11/2020; The sociology of protest in Belarus - social dynamics, ideological shifts, and demand for change in: „Slavic Review“ Nr.1(80)/2021; Whither Democracy?, New Eastern Europe Magazine Nr.1-2/2021; Berichte und Analyse auf <https://www.iwm.at/blog/chronicle-from-belarus-an-introduction>.

<sup>585</sup> Dieser Erfolg konnte wegen der Einmischung Russland, die Lukaschenka unterstützte, von der Opposition nicht „konsumiert“ werden.

nichts entgegensetzen. Die Überläufer zum Regierungslager, unter denen sich sowohl Politiker als auch Oligarchen befanden, schwächten sie personell, finanziell und im Hinblick auf ihre Medienpräsenz beträchtlich. Da sich auch der Großteil der Wähler vom orangenen Lager entfernte und die Opposition bei den Kommunalwahlen eine eindeutige Niederlage erlitt, schien ihre Lage dramatisch gewesen zu sein. Die Verhaftung von Julja Tymoschenko mobilisierte aber die Gegner des Janukowytsch-Regimes und stärkte so die Opposition. Das wurde bereits in den passablen Ergebnissen der Parlamentswahlen vom Oktober 2012 sichtbar, die die Opposition ungeachtet der im Wahlkampf erfolgten Manipulationen erzielt werden konnte.

Trotz der anfänglichen Erfolge haben Wiktor Janukowytsch und seine Partei es also nicht geschafft, die Institutionalisierung des alternativlosen Autoritarismus zu vollbringen. Die im Vergleich zu Aljaksandr Lukaschenka nur bescheidene Unterstützung der Bevölkerung, die für gewöhnlich zwischen 15 Prozent und 30 Prozent pendelte, und nur im Osten sowie Süden des Landes konstant stark war,<sup>586</sup> erlaubte dem ukrainischen Präsidenten nicht, gegen den politischen und gesellschaftlichen Pluralismus entschieden vorzugehen. Die repressiven Maßnahmen richtete er deshalb gegen seine Erzfeinde, während der Rest der Opposition weitgehend ungehindert agieren konnte. Der Wahlkampf wurde zwar von Behörden manipuliert, die Wahlergebnisse aber nicht massiv gefälscht, so dass die Oppositionsparteien ihre starke parlamentarische Vertretung beibehalten und in den Regionalparlamenten der Westukraine sogar die Mehrheit der Sitze erringen konnten.

Da die Medien im Gegensatz zu Belarus vorwiegend im Privatbesitz waren, konnte die Regierungspropaganda den Meinungsmainstream nicht bestimmen. Hinzu kam das freie Internet, das anders als in Belarus in der Ukraine nicht zensiert wurde.<sup>587</sup> Auch die grundsätzlich gewährleistete Versammlungsfreiheit konnte von der Opposition genutzt werden. Die gewaltsame Zerschlagung von Protesten im November 2013 zog noch größere Unruhen nach sich.

Die Machtverschiebungen in der Parlamentsfraktion der Partei der Regionen nutzte Janukowytsch dazu, die ökonomischen Position seiner „Familie“ zu stärken. Das enttäuschte und ärgerte selbst seine Umgebung und trug dazu bei, dass seine Partei zu implodieren begann, als er sie während des Euromajdans am meisten brauchte. Mehr noch: Die autokratischen Bestrebungen des Präsidenten verleiteten viele Oligarchen dazu, die Politiker der Opposition

---

<sup>586</sup> Vgl. die Umfragewerte verschiedener Meinungsforschungsinstitute unter <https://glavcom.ua/publications/121060-janukovichu-est-kuda-rasti.html>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

<sup>587</sup> Zur Zensur im belarusischen Internet siehe Viachaslau Bortnik: Internet censorship in authoritarian Belarus, in: „Belarus Review“ Nr. 1(22)/2010.

und den Euromajdan zu unterstützen. Ohne diese Unterstützung wäre der Machtwechsel wahrscheinlich nicht möglich gewesen.

Die unermesslich gedankenlose Arroganz von Janukowytsch trug dazu entscheidend bei, dass er systemische Faktoren, die seine Macht einschränkten, unterschätzte und deshalb falsche Entscheidungen traf. So agierte seine Regierung gegen die systemischen Rahmenbedingungen, wenn sie Oppositionspolitiker strafrechtlich verfolgte, was im besonderen Maße für die Verhaftung von Julia Tymoschenko galt. Dieses Handeln erschütterte die Akteure des Systems und bewirkte die Bündelung oppositioneller Kräfte, was der Opposition die teilweise Rückkehr ihrer Wähler bescherte. Letztendlich hat die Opposition es geschafft, sich an die Spitze der spontan gewachsenen Euromajdan-Bewegung zu stellen und dann die Macht im Land zu übernehmen.

Auch der stetige Drang der Regierung, gegen die gesellschaftliche Mobilisierung auf dem Majdan mit Gewalt vorzugehen, zeugte von sträflicher Missachtung der systemischen Rahmenbedingungen. Die Menschen in der Ukraine waren doch in einem wesentlich geringeren Ausmaß als die Einwohner von Belarus vom Staat abhängig, weshalb die Zivilgesellschaft längst zum festen Bestandteil der besagten Rahmenbedingungen geworden ist, auf den der Präsident nicht nur mit brutaler Kraft reagieren sollte. Es war letzten Endes diese – politisierte – Zivilgesellschaft und nicht die politische Opposition, die im Februar 2024 den Kompromiss mit der Regierung abgelehnt und den Machtwechsel herbeigeführt hat.

Schließlich hat Janukowytsch auch beim Zusammenhalten des systemischen Machtzentrums seine Möglichkeiten überschätzt. Obwohl die Aufgabe des Staatsoberhauptes selbst unter der „neuen-alten“ Verfassung darin bestand, für die gleichmäßige Einnahmenverteilung in der Vetternwirtschaft der Oligarchen zu sorgen, missachtete er, von persönlicher Gier getrieben, ihre Interessen.

In Bezug auf die Ukraine lautet die Antwort auf die Fragestellung folgendermaßen: Das Wiedererstarken der Opposition war möglich, weil die Regierung in ihrem Handeln die systemischen Rahmenbedingungen des Wettbewerbsautoritarismus konsequent verletzte, ohne dafür ausreichend Unterstützung in der Gesellschaft zu haben. Damit ebnete sie der Opposition den Weg zur Macht.

Die Bedingungen, unter denen die Opposition in Belarus und in der Ukraine in den untersuchten Zeiträumen agierte, unterschieden sich deutlich voneinander. Von den Faktoren, die bei ihren Chancen, die Macht zu kommen, eine entscheidende Rolle spielten, waren die systemischen am wichtigsten. Sie bestimmten nicht nur die Möglichkeiten politischer Partizipation, sondern beeinflussten insgesamt die Qualität der Opposition, die sich im

Autoritarismus entweder entfalten oder zur marginalen Subkultur verkommen kann. In Belarus wurde die Opposition im Jahre 1996 schlagartig marginalisiert. Während danach mit präventiver Unterdrückung und der Manipulation dafür gesorgt wurde, dass sie den „normalen Belarusen“ als ein exotischer Vorposten fremder Mächte erschien, konnte die ukrainische Opposition ungeachtet ihrer massivsten Verfehlungen an die Macht kommen, weil Janukowysch die Rahmenbedingungen seines Handels falsch einschätzte.

## PARTEIENVERZEICHNIS

*ADP (Ab'jadnanaja Demakratytschnaja Partyja)* Vereinigte Demokratische Partei  
*AGP (Ab'jadnanaja Gramadsjanskaja Partyja)* Vereinigte Bürgerpartei  
*APU (Agrarnaja Partija Ukrajiny)* Agrarpartei der Ukraine  
*AP (Agrarnaja Partyja)* Agrarpartei (Belarus)  
*ASDP (Ab'jadnanaja Sazyjal-Demakratytschnaja Partyja)* Vereinigten Sozial-  
Demokratischen Partei  
*BAP (Belaruskaja Agrarnaja Partyja)* Belarusische Agrarpartei  
*Bat'kiwschtschyna* Partei „Vaterland“  
*BChD (Belaruskaja Chryscijanskaja Demakratyja)* Belarusische Christliche Demokratie  
*BJuT (Blok Julii Tymoschenko)* Parteienblock von Julja Tymoschenko  
*BNF (Belaruskij Narodny Front)* Nationalbewegung Belarusische Volksfront  
*BPL „Sprawjadliwy Swet“ (Belaruskaja Partyja Lewych „Sprawjadliwy Swet“)* Belarusische  
Partei der Linke „Gerechte Welt“  
*BPP (Belaruskaja Partyja Prazy)* Belarusischen Partei der Arbeit  
*BPS (Belaruskaja Partyja Sjaljinych)* Belarusische Partei der Grünen  
*BSDG (Belaruskaja Sazyjal-Demakratytschnaja Gramada)* Belarusische Sozialdemokratische  
Gemeinschaft  
*BSDP(G) (Belaruskaja Sazyjal-Demakratytschnaja Partyja (Gramada))* Belarusische  
Sozialdemokratische Partei (Gemeinschaft)  
*BSDP(NG) (Belaruskaja Sazyjal-Demakratytschnaja Partyja (Narodnaja Gramada))*  
Belarusischen Sozialdemokratischen Partei (Volksgemeinschaft)  
*ChKP-BNF (Chryscijanska-kanserwatyunaja Partyja-BNF)* Christlich-Konservative Partei –  
BNF  
*FS (Front Smin)* Front für Veränderungen  
*GP (Gramadsjanskaja Partyja)* Bürgerpartei  
*JZ (Jedyny Zentr)* Partei „Geeinte Mitte“  
*KPB (Kamunistyčnaja Partyja Belarusi)* Kommunistischen Partei von Belarus  
*KPU (Komunistyčna Partija Ukrajiny)* Kommunistische Partei der Ukraine  
*LDP (Liberal'naja Demakratytschnaja Partyja)* Liberale Demokratische Partei  
*LPU (Liberal'na Partija Ukrajiny)* Liberale Partei der Ukraine  
*MF (Malady Front)* Jungen Front  
*Nadseja* Frauenpartei  
*NDP (Narodno-Demokratytschna Partija)* Volksdemokratischen Partei  
*NRU (Narodnyj Ruch Ukrajiny)* Volksbewegung der Ukraine  
*NU (Nascha Ukrajina)* Parteienblock „Unsere Ukraine“  
*NU-NA (Nascha Ukrajina-Narodna Samooborona)* Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des  
Volkes  
*OUN (Organisazija Ukrajins'kyh Nazionalistiv)* Organisation der Ukrainischen Nationalisten  
*PKB (Partija Kamunistau Belarusi)* Partei der Kommunisten von Belarus  
*PNS (Partija Narodnaj Sgody)* Partei der Volkseintracht  
*PR (Partija Regioniw)* Partei der Regionen  
*PSU (Partija Selenych Ukrajiny)* Partei der Grünen der Ukraine

*Ruch, NRU (Narodny Ruch Ukrainy)* Volksbewegung der Ukraine  
*SDPU (Sazial-Demokratytschna Partija Ukrajiny)* Sozialdemokratische Partei der Ukraine  
*SDPU(o) (Sazial-Demokratytschna Partija Ukrajiny (objednana))* Vereinigte  
Sozialdemokratische Partei  
*SN (Sluha Narodu)* Diener des Volkes  
*SU (Silna Ukrajina)* Starke Ukraine  
*UDAR (Ukrajinskyj Demokratitschnyj Aljans sa Reformy)* Ukrainische Demokratische  
Allianz für Reformen  
*UNA-UNSO (Ukrajins'ka Nazional'na Asambleja - Ukrajins'ka Narodna Samooborona)*  
Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Selbstverteidigung des Volkes  
*UNP (Ukrajins'ka Narodna Partija)* Ukrainische Volkspartei



## ANHANG

Tabelle 1.

*Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2001 in Belarus:*

<b>Kandidat</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Prozent</b>
Aljaksandr Lukaschenka	unabhängig	4 666 680	75,65
Uladsimir Hantscharyk	unabhängig	965 261	15,65
Sjarhej Haidukewitsch	LDP	153 199	2,48
Gegen alle		245 241	3,98
<i>Ungültige Stimmzettel</i>		<i>138 706</i>	<i>2,24</i>
<i>Wahlbeteiligung</i>			<i>83,86</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Belarus <https://rec.gov.by/en/centr-komissiya>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

Tabelle 2.

*Ergebnisse der Kommunalwahlen 2003 in Belarus:*

<b>Partei</b>	<b>Sitze</b>
KPB	107
BPL	78
BAP	39
AGP	8
BNF	8
BSDP(NG)	6
LDP	5
Unabhängige Kandidaten	23 218
<i>Wahlbeteiligung</i>	<i>73,4 Prozent</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Belarus <https://rec.gov.by/en/centr-komissiya>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

Tabelle 3.

*Ergebnisse der Parlamentswahlen 2004 in Belarus:*

<b>Partei</b>	<b>Sitze</b>
BAP	3
BSDG	1
KPB	8
LDP	1
Parteilos	98
<i>Wahlbeteiligung</i>	<i>90,14 Prozent</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Belarus <https://rec.gov.by/en/centr-komissiya>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

Tabelle 4.

*Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2006 in Belarus:*

<b>Kandidat</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Prozent</b>
Aljaksandr Lukaschenka	unabhängig	5 501 249	82,97
Aljaksandr Milinkewitsch	unabhängig	405 486	6,12
Aljaksandr Kasulin	BSDP(G)	147 402	2,23
Sjarhej Haidukewitsch	LDP	230 664	3,48
Gegen alle		230 320	3,48
<i>Ungültige Stimmzettel</i>		<i>115 532</i>	<i>1,75</i>
<i>Wahlbeteiligung</i>		<i>6 614 998</i>	<i>92,6</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Belarus <https://rec.gov.by/en/centr-komissiya>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

Tabelle 5.

*Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2010 in der Ukraine:*

<b>Kandidat</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Prozent</b>
Wiktor Janukowytsch	PR	8 686 642	35,32
Julja Tymoschenko	Bat'kiwschtschyna	6 159 810	25,05
Serhej Tyhipko	unabhängig	3 211 198	13,05
Arsenij Jazenjuk	unabhängig	1 711 737	6,96
Wiktor Juschtschenko	unabhängig	1 341 534	5,45
Andere Kandidaten			10,32
Gegen alle			2,2
<i>Ungültige Stimmzettel</i>			<i>1,65</i>
<i>Wahlbeteiligung</i>			<i>66,76</i>

*Stichwahl*

<b>Kandidat</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Prozent</b>
Wiktor Janukowytsch	PR	12 481 266	48,95
Julja Tymoschenko	Bat'kiwschtschyna	11 593 357	45,47
Gegen alle			4,36
<i>Ungültige Stimmzettel</i>			<i>1,22</i>
<i>Wahlbeteiligung</i>			<i>69,15</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine <https://cvk.gov.ua>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

Tabelle 6.

*Ergebnisse der Kommunalwahlen 2010 in der Ukraine:*

<b>Partei</b>	<b>Prozent</b>
PR	36,21
Bat'kiwschtschyna	13,10
FS	6,84
KPU	5,85
SU	4,29
NU	3,5
UDAR	1,26
Andere Parteien	20,62
Gegen alle	7,21
<i>Ungültige Stimmzettel</i>	<i>1,12</i>
<i>Wahlbeteiligung</i>	<i>48,57</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine <https://cvk.gov.ua>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

Tabelle 7.

*Ergebnisse der Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine:*

<b>Partei</b>	<b>Sitze</b>
PR	187
Bat'kiwschtschyna	103
UDAR	40
KPU	32
Swoboda	37
Andere Parteien	7
Unabhängige Kandidaten	43
<i>Wahlbeteiligung</i>	<i>57,98 Prozent</i>

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine <https://cvk.gov.ua>, zuletzt geprüft am 07.11.2022.

## BIBLIOGRAFIE

### Literatur

- Albrecht, Holger u.a.: Einleitung: Autoritäre Regime nach der „Dritten Welle“ der Demokratisierung, in: dies. (Hrsg.): Autoritäre Regime. Herrschaftsformen. Legitimationsstrategien. Persistenz und Wandel, Schwalbach: Wochenschau Verlag 2001, S. 7-17.
- Albrecht, Holger: How can opposition support authoritarianism?, in: „Democratization“ Nr. 3(12)/2005, S. 378-397.
- Albrecht, Holger/ Rolf Frankenberger (Hrsg.): Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Nomos 2010.
- Aleksandrenkau, Jury: Palityčny aspekt fukcijanavannja SMI i internetu u Belarusi, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S.1028-1032.
- Alkaew, Oleg: Rasstrel'naja komanda, Partisan 2006.
- Anderson, Mary B.: Do no harm: how aid can support peace – or war, Boulder 1999.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 6. Auflage, München 1986.
- Aron, Raymond: Demokratie und Totalitarismus, Hamburg 1970.
- Ash, Konstantin: The election trap: the cycle of post-electoral repression and opposition fragmentation in Lukashenko's Belarus, in: „Democratization“ Nr. 6(22)/2015, S. 1030–53.
- Åslund, Andreas: Oligarchs, corruption, and European integration, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014.
- Babaeu, Sjarhej: Padrychtouka uladau da mjascovykh vybarau 2003g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S. 816-827.
- Babkin V.D.: Deržavna vlada i polityčna opozycja, in: ders. (Hrsg.): Pravova deržava, Kyjiw: NAN 2012.
- Bader, Max: Understanding party politics in the former Soviet Union. Authoritarianism, volatility, and incentive structures, in: „Demokratizatsiya“ Nr. 2(17)/2009.
- Barghoorn, Frederick: Factional, sectoral, and subversive opposition in Soviet politics, in: Robert Dahl (Hrsg.): Regimes and oppositions, New Haven: Yale University Press 1973.
- Beacháin, Donnacha Ó/Abel Polese: The Colour Revolutions in the former Soviet republics. Successes and failures, Routledge 2010.
- Bedford, Sofie/Alexei Pikulik: Aid paradox: strengthening Belarusian non-democracy through democracy promotion, in: „East European Politics and Societies and Cultures“ Nr. 2(33)/2019.
- Bender, Yuri: In the wake of turmoil: the role of Ukraine's oligarchs is under scrutiny, in: „Financial Times“ vom 27.3.2014.
- Berger, Peter L./ Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 10. Auflage, Frankfurt a. M. 1993.
- Beyme, Klaus von: Parliamentary oppositions in Europe, in: Eva Kolinsky (Hrsg.): Opposition in Western Europe. London & Sydney: Croom Helm 1987, S. 30–48.

- Birch, Sarah: Electoral systems and party systems in Europe East and West, in: *Pan-European Perspectives on Party Politics*, Brill 2003, S.9-31.
- Birch, Sarah: Electoral institutions and popular confidence in electoral processes. A cross-national analysis, in: „*Electoral Studies*“ Nr. 27/2008, S.305-320.
- Birch, Sarah: Elections and voters, in: S.White u.a. (Hrsg.): *Developments in Central- and East-European politics*, Duke University Press 2013, S. 156-171.
- Blondel, Jean: Political Opposition in the Contemporary World, in: „*Government and Opposition*“ Nr. 4(32)/1997, S. 462-486.
- Bobyrenko, Wiktor: Gromodjans'ke suspil'stvo. Gra v naperstky, in: „*Ukrainska Pravda*“ vom 08.12.2011 unter <http://www.pravda.com.ua/columns/2011/12/8/6819061/>.
- Bode, Ingeborg: *Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition*, Stuttgart 1962.
- Boeva, S.: Sravnitel'naja ocenka dejatel'nosti sovremennoj vneparlamentskoj oppozicii v Rossii i Ukraine, in: „*Vestnik Nizhegorodskogo Universiteta*“, Nr. 3(1)/2014, S. 264.
- Bolshakov, Ivan: The nonsystemic opposition, in: „*Russian Politics and Law*“ Nr. 50(3)/2012, S.82–92.
- Bortnik, Viachaslau: Internet censorship in authoritarian Belarus, in: „*Belarus Review*“ Nr. 1(22)/2010.
- Bos, Ellen: Leonid Kutschma: „Spieler“ mit demokratischen Institutionen, in: dies. /Antje Helmerich (Hrsg.): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa*, Berlin 2006, S. 79–116.
- Bouchet, N.: Coordinating democracy promotion: lessons from Belarus, in: „*Policy Perspectives*“ Nr. 3-4/2015.
- Brack, Nathalie/Weinblum, Sharon: „Political opposition“: towards a renewed research agenda, in: „*Interdisciplinary Political Studies*“ Nr. 1(1)/2011, S. 69–79.
- Bredies, Ingmar: Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa, *soFid Osteuropaforschung* Nr. 2/2009.
- Bremer, Thomas: Religion in Ukraine: historical background and the present situation, in: Andrii Krawchuk/Thomas Bremer (Hrsg.): *Churches in the Ukrainian crisis*, Springer 2016, S. 3-19.
- Bridoux, J./M. Kurki: *Democracy promotion: a critical introduction*, Routledge 2014.
- Buchholz, Martin-Paul: Neue Kirchengesetzentwürfe verschärfen konfessionelle Konflikte in der Ukraine, in: *Ukraine-Analysen* Nr. 187 vom 28.06.2017.
- Buckles, G.T.: *Internal opposition dynamics and restraints on authoritarian control*, Cambridge University Press 2017.
- Bulhakau, Valer (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011.
- Bulhakau, Valer/Andrej Dyn'ko (Hrsg.): *Chryšćenne nacyi. Masavyja akcii 1988-2009*, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011.
- Bunce, V./S. Wolchik: Favorable conditions and electoral revolutions, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 17/2006, S. 5–18.
- Bunce, V.J./S. Wolchik: International diffusion and postcommunist electoral revolutions, in: „*Communist and Post-Communist Studies*“ Nr. 39/2006, S.283–304.
- Bunce, V.J. /S. Wolchik: Debating the Color Revolutions: getting real about “real causes”, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 1(20)/2009.

- Bunce, V./S. Wolchik: Defeating dictators. Electoral change and stability in competitive authoritarian regimes, in: „World Politics“ Nr. 1(62)/2010, S. 43-86.
- Bunce, V./S.L. Wolchik: Defeating authoritarian leaders in postcommunist countries, Cambridge University Press 2011.
- Burkhardt, Fabian: Concepts of the nation and legitimation in Belarus, in: Martin Brusiš u.a. (Hrsg.): Politics and legitimacy in post-soviet Eurasia, Springer 2016, S. 148-171.
- Carothers, Thomas: Confronting the weakest link: aiding political parties in new democracies, Carnegie Endowment for International Peace 2006.
- Carothers, Thomas: The backlash against democracy promotion, in: „Foreign Affairs“ Nr. 2(85)/2006.
- Čavusau, Jury: Arhizacyjnye razvycce partyji BNF napjaredadni parlamenckich vybarau 2004 godu, in: „Palityčnaja Sfera“ Nr.5/2005.
- Čavusau, Jury: Jak pracujuc' belaruskija partyi, in: „Arche“, April 2009.
- Čavusau, Jury: Chod i vyniki parlamenckich vybarau i referendumu 2004g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnej tavarystva 2011, S. 935-953.
- Čavusau, Jury: Peradvybarnaja kampanija ADS, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnej tavarystva 2011, S. 1106-1112.
- Čavusau, Jury: Strategija i taktyka uladau u 2003-2004 gg., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnej tavarystva 2011, S. 890-906.
- Čavusau, Jury: Vyznačenne adzinaga kandydata ADS, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnej tavarystva 2011, S. 1098-1105.
- Charnysh, V./T. Kulakevich: Belarusian Political Parties: Organizational Structures and Practices, in: K. Sobolewska-Myślik u.a. (Hrsg.): Organizational Structures of Political Parties in Central and Eastern European Countries, Jagiellonian University Press 2017, S. 41-58.
- Chavusov, Yuri: Revolution in Belarus: only a civil one. Belarus Analysis, Bratislava: Pontis Foundation 2006.
- Cheterian, Vicken: Rezeptur für die zweite Revolution. Was aus den Demokratiebewegungen in Osteuropa und Zentralasien zu lernen wäre, in: Le Monde diplomatique (Berlin), Oktober 2005.
- Clark, Terry D./Jill N. Wittrock: Presidentialism and the effect of electoral law in postcommunist systems: regime type matters, in: „Comparative Politics Studies“ Nr. 2(38)/2005.
- Collier, David/Steven Levitsky: Democracy with adjectives. Conceptual innovation in comparative research, in: „World Politics“ Nr. 3(49)/1997, S. 430-451.
- Conrad, Courtenay R.: Constrained concessions: beneficent dictatorial responses to the domestic political opposition, in: „International Studies Quarterly“ Nr. 55/2011, S.1167–187.
- Croissant, Aurel/Peter Thiery: Von defekten und anderen Demokratien. In: „WeltTrends“ Nr. 29/2000, S. 9–33.

- Croissant, Aurel: Analyse defekter Demokratien, in: K.H. Schrenk/M. Soldner (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme, VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.
- Cymbal, Dmytro: Doslidžennja instytutu opozycji v sučasnij Ukrajinie, Kyjiw: NAN 2013.
- Dahl, Robert A.: Preface, in: ders. (Hrsg.): Political opposition in western democracies, New Haven: Yale University Press 1966.
- Dahl, Robert A.: Patterns of opposition, in: ders. (Hrsg.): Political oppositions in western democracies, New Haven: Yale University Press 1966.
- Darieva, Tsypylma/Carola S. Neugebauer: Urban activism in Eastern Europe and Eurasia – strategies and practices, DOM Publishers 2020.
- Dimitrova, A.L./R. Dragneva: Shaping convergence with the EU in foreign policy and state aid in post-Orange Ukraine: weak external incentives, powerful veto players, in: „Europe-Asia Studies“ Nr. 4(65)/2013, S.658-681.
- Dimitrova, A.: Statehood, state capacity and limited access orders: comparing Belarus and Ukraine, in: „EU-STRAT“ Nr. 12/August 2018.
- Diuk, Nadia: Euromaidan. Ukraine’s self-organizing revolution, in: „World Affairs“ Nr. 176/2014, S. 9-16.
- Diuk, Nadia: The Maidan and beyond: Finding Ukraine, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 83-89.
- Djankov, S. et al.: The curse of aid, in: „Journal of Economic Growth“ Nr. 3(13)/2008.
- Dörrenbächer, Heike/ Volodymyr Oliynyk: Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis Ukraine? in: Ukraine-Analysen Nr. 88 vom 08.03.2011.
- Dugin, Alexander: Last war of the World Island. The geopolitics of contemporary Russia, London: Arktos 2015.
- Ekadumau, Andrej: Dynamika hramadskaj dumki: verasen’ 2001-ljuty 2003, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tavarystva 2011, S. 803-815.
- Ekadumava, Iryna: Padryhtouka apazicyi da mjascovyh vybarau 2003g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaja tavarystva 2011, S. 827-836.
- Elwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1963.
- Euchner, Walter: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung, in: ders. (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993.
- Fedorenko, Kostiantyn: The Two Movements: Liberals and nationalists during Euromaidan, in: „Ideology and Politics“ Nr. 1(5)/2015.
- Fedorenko, Kostyantyn et al.: The Ukrainian party system before and after the 2013–2014 Euromaidan, in: „Europe-Asia Studies“ Nr. 4(68)/2016.
- Feduta, A. u.a.: Politische Parteien in Belarus als notwendiger Bestandteil der Zivilgesellschaft, Seminardokumentation, Minsk: Friedrich-Ebert-Stiftung 2003.
- Finkel, E./I.E. Brudny: No more colour! Authoritarian regimes and colour revolutions in Eurasia, in: „Democratization“ Nr. 1(19)/Februar 2012.
- Finnel, Rachel E.: Constitutional compliance in authoritarian regimes in the post-Cold War era, University of Kansas ProQuest Publishing 2021.
- Foord, Archibald: His Majesty’s opposition, Oxford 1964.



- Forbrig, J./D. Pavol: Reclaiming democracy. Civil society and electoral change in Central and Eastern Europe, Bratislava: German Marshall Fund of the United States 2007.
- Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, 6. Aufl., Kohlhammer 1974
- Fraenkel, Ernst: Pluralismus, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd.5. Demokratie und Pluralismus, herausgegeben von Alexander v. Brünneck, Baden-Baden 2007.
- Frankel, M.: Threaten but participate: why election boycotts are a bad idea, Policy Paper, Brookings 2010.
- Franklin, James C.: Political party opposition to noncompetitive regimes: A cross-national analysis, in: „Political Research Quarterly“ Nr. 3(55)/2002, S. 521–546.
- Frear, Matthew: Belarus under Lukashenka. Adaptive authoritarianism, Routledge 2020.
- Friedrich, Carl J./Zbigniew Brzeziński: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.): Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968.
- Friedrich, Manfred: Opposition ohne Alternative, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1962.
- Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, 1. Auflage, München: Kindler 1992.
- Gall, Caroline von: Neues Justizgesetz - alte Probleme, in: Ukraine- Analysen Nr.87 vom 22.02.2011.
- Gandhi, Jennifer: Coordination among opposition parties in authoritarian elections, Princeton University Press 2008.
- Gandhi, Jennifer: Political institutions under dictatorship, New York: Cambridge University Press 2008.
- Gandhi, J./E. Lust-Okar: Elections under authoritarianism, in: „Annual Review of Political Science“ Nr. 12/2009, S.403-422.
- Gapava, Elena: Klassy nazij. Feministskaja kritika naziostroitel'stva, Novoe literaturnoe obozrenie 2016.
- Geddes, Barbara: Why parties and elections in authoritarian regimes?, Washington DC 2006.
- Geddes, B. et al.: Autocratic breakdown and regime transitions: a new data set, Cambridge University Press 2014.
- Gehring, Norbert: Parlament-Regierung-Opposition, München 1969.
- Gel'man, Vladimir: Political opposition in Russia: a dying species?, in: „Post-Soviet-Affairs“ Nr. 3(21)/2005, S. 226–246.
- Gel'man, Vladimir: Political opposition in Russia: a troubled transformation, in: „Europe-Asia Studies“ Nr. 2(67)/2015, S. 177–191.
- Gerlach, Julia: Color Revolutions in Eurasia, Springer Cham 2014.
- Glavaček, Pjotr: Političeskie partii i obščestvo v sovremennoj Belarusi, in: „Polis“ Nr. 2/2010.
- Glazer, Amihai: Strategies of the political opposition. Department of Economics, Irvine: University of California 2007.
- Golosov, Grigori: Russian opposition: inside or outside the system?, in: Open Democracy 2011, abrufbar unter <https://www.opendemocracy.net/od-russia/grigori-golosov/russian-opposition-inside-or-outside-system>.
- Gruzd, Anatolij/Ksenia Tsyganova: Information wars and online activism during the 2013/2014 crisis in Ukraine: examining the social structures of pro- and anti-Maidan groups, in: „Policy and Internet“ Nr. 2(7)/2015, S. 121-158.

- Grynko, Anastasia: From state censorship to pressure of money. New challenges for media transparency in Ukraine, S.89, abrufbar unter <http://ekmair.ukma.edu.ua/bitstream/handle/123456789/2412/Grynko%20State%20Censorship.pdf?sequence=1>.
- Guttke, Matthias/Hartmut Rank: Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen Nr. 106 vom 11.09.2012.
- Haerpfer, Christian W/Kseniya Kizilova: Political involvement of citizens in Belarus and Ukraine: a comparison with Russia, Moldova and Caucasus, in: „International Relations and Diplomacy“ Nr. 2(6)/2014.
- Hale, H.: Regime cycles: democracy, autocracy, and revolution in post-Soviet Eurasia, in: „World Politics“ Nr. 58/2006, S. 133–65.
- Haran, O./P. Burkovsky: The Orange Revolution: origins, successes and failures of democratic transformation, Potsdam: Liberal Institute 2006.
- Harders, Cilja: Neue Proteste, alte Krisen: Ende des autoritären Sozialvertrags, in: APuZ Nr. 39/2011.
- Havrylyshyn, Oleh: Reforms and performance under Yanukovich: 2010–14, in: ders. (Hrsg.): The political economy of independent Ukraine. Slow starts, false starts, and a last chance?, Springer 2017, S. 141-165.
- Helms, Ludger: Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen, Opladen: Leske + Budrich 2002.
- Helms, Ludger: Five ways of institutionalizing political opposition: lessons from the advanced democracies, in: „Government & Opposition“ Nr. 1(39)/2004, S. 22–54.
- Helms, Ludger: Strategie und politische Opposition, in: Joachim Raschke und Ralf Tils (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds, 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 233–256.
- Helms, Ludger: Introduction: The nature of political opposition in contemporary electoral democracies and autocracies, in: „European Political Science “ Nr. 20/2021, S. 569–579.
- Hlavacek, Petr/Holzer, Jan: Opposition in non-democratic regimes: notes on possibilities and limits of current theory, in: „World Political Science“ Nr. 1(5)/2009.
- Howard, Marc Morjé: The weakness of civil society in post-communist Europe. Cambridge U.K., New York NY: Cambridge University Press 2003.
- Huntington, Samuel P.H: Democracy's third wave, in: „Journal of Democracy“ Nr.2(2)/1991, S. 12- 34.
- Idrisov, B.: Vybery 2012: Verojatnye istočniki i pričiny prognoznyh ošibok ukrainskikh soziologov, in: „Nova Paradygma“ Nr. 114/2012, S. 186.
- Ionescu, Ghita: The politics of the European communist States, London 1967, S. 2-3.
- Ionescu, Gita/Isabel de Madariaga: Die Opposition. Ihre politische Funktion in Vergangenheit und Gegenwart, München 1971.
- Iščenko, Volodymyr: Protesty, pobedy i repressii v Ukraine: rezultaty monitoringa 2012, Kiew: Centr issledovanija obščestva 2013.
- Ishchenko, Volodymyr: Filling the Void: New Actors and Old Structures in the Ukrainian Protest Scene (2010–2013), in: Communist and Post-Communist Studies, Vol. 47, No. 2, S.229-240.

- Ishchenko, Volodymyr: Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: an attempt of systematic estimation, in: „European Politics and Society“ Nr. 17/2016.
- Iwański, Tadeusz: The press and freedom of speech in Ukraine ahead of parliamentary elections, in: OSW Commentary, Centre of Eastern Studies Nr. 90/20.09.2012.
- Jahorau, Andrej: Ustojlivasć i spad: akcii 2001-200, in: Valer Bulhakau/Andrej Dyn'ko (Hrsg.): Chryšćenne nacyi. Masavyja akcii 1988-2009, Belastok: Belaruskae gistaryčnae tavarystva 2011, S. 432-499.
- Jean Blondel: Political opposition in the contemporary world, in: „Government and Opposition“, Nr. 4(32)/1997, S. 462-486.
- Jünemann, Annette (Hrsg.): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: European external democracy promotion, Baden-Baden 2007.
- Jünemann, Annette/Michèle Knodt: Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union, in: „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ Nr. 109/2006, S. 109-118.
- Kailitz, Steffen/Dag Tanneberg: Legitimation, Kooptation, Repression und das Überleben von Autokratien „im Umfeld autokratischer Wahlen“. Eine Replik auf den Beitrag von Hans Lueders und Aurel Croissant, in: „Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft“ Nr. 9/2015, H. 1/2, S. 73-82.
- Kailitz, Steffen/Patrick Köllner (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47, Baden-Baden: Nomos 2003.
- Kalandadze, K./M.A. Orenstein: Electoral protests and democratization. Beyond the Color Revolutions, in: „Comparative Political Studies“ Nr. 11(42)/2009, S. 1403-1425.
- Kaltschew, Kristian: Die politische Opposition in autoritären Regimen: das Beispiel Kenia 1990-2005. Das Beispiel Kenia - 1990-2005, Dissertation, Universität Potsdam: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät 2016.
- Kamyšewič, Andrej: Ekanamičnaja asnova belaruskaj polityčnaj madeli, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistaryčnae tavarystva 2011, S. 1002-1009.
- Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, 4. Auflage, München: C.H.Beck 2014.
- Karaljou, B.: Njaprosty šljach svabodnaga čalaveka u nesvabodnaj kraine, in: „Arche“ Nr. 12/2009.
- Karniajenka, Viktar: Analysis of the 2006 political Campaign, in: Marta Pejda (Hrsg.): Hopes, illusions, perspectives: Belarusian Society'2007, Warsaw-Minsk: IDEE 2007.
- Kasakewič, Andrej: Palityčnae razvicio apazicyi u 2000-2004 gg., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistaryčnae tavarystva 2011, S. 919-924.
- Katchanovski, Ivan: The “snipers’ massacre” on the Maidan in Ukraine, Ottawa 2015.
- Katchanovski, Ivan: The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine, in: „Journal of Labor and Society“, 19. Dec. 2020, S.6f, abrufbar unter: [https://brill.com/view/journals/jlso/23/1/article-p5\\_2.xml](https://brill.com/view/journals/jlso/23/1/article-p5_2.xml).
- Katz, Richard S./Peter Mair: Changing models of party organization and party democracy: the emergence of the cartel party, in: „Party Politics“ Nr. 1-1/1995.
- Katz, Stanley N.: Constitutionalism in East Central Europe: some negative lessons from the American experience, Washington 1994.

- Kazuk, Mikola: Sazyjaljogija i wybary 2006, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S.1069-1079.
- Khomenko, Sviatoslav: United or lost? Opposition in Ukraine, in: „New Eastern Europe“ vom 10.04.2012.
- Kiew - Revolution 3.0: der Euromaidan 2013/14 und die Zukunftsperspektiven der Ukraine, Stuttgart: *ibidem*-Verlag 2014.
- Kirchheimer, Otto: Gesammelte Schriften, Band 5: Politische Systeme im Nachkriegseuropa, herausgegeben von Hubertus Buchstein und Moritz Langfeldt, Baden-Baden 2020.
- Kirchheimer, Otto: Vom Wandel der politischen Opposition, in: Hans-Gerd Schumann (Hrsg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976, S. 485-508.
- Klima, Michal: Informal politics in post-communist Europe: political parties, clientelism and state capture, Routledge 2021.
- Kluxen, Kurt: Das Problem der politischen Opposition, Freiburg 1965.
- Kłysiński, K./A. Wierzbowska-Miazga: Changes in the political elite, economy and society of Belarus. Appearances and reality, in: OSW Studies Nr.30, Warschau 2010.
- Kochubei, Larysa: Vlada ta opozycja v Ukraïni u period Evromajdanu. Aspekty vzaimodij, in: Naukovi Zapysky NAN Ukraïny Nr. 2(70), Kyïv 2014.
- Kochubei, Larysa: „Movčaznyj sprytiv“ proty vlady: osobysta vidpovidalnist' ukraïnciv za stan sprav u suspil'stvi, in: Naukovi Zapysky NAN Ukraïny Nr. 4(66).
- Koch-Laugwitz, Ursula/Galyna Meshcheryakova: Der lange Marsch zur Modernisierung. Gewerkschaften in der Ukraine, Studie FES, Kiew 2013.
- Koljuch Valerij: Instytutalizacija parlament'skoj opozycji v Ukraïni unter <https://mego.info/інституалізація-парламентської-опозиції-в-україні>.
- Köllner, Patrick: Autoritäre Regime. Ein Überblick über die jüngere Literatur, in: „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“ Nr.2(2)/2008, S. 351-368.
- Kolodii, Antonina: Polityčni partii i vybory: ukrainski ta svitovi praktyky, in: Partijna systema sučasnoj Ukraïny: evolucion, tendencii ta perspektyvy rozvitku. Materijaly konferencii. IPIEND 2012.
- Kolodii, Antonina: Bahatopartiïnist i demokratyzatsiia v Ukraïni: vyskhidni ta nyzkhidni trendy v roky nezalezhnosti, in: Partijna systema sučasnoj Ukraïny: evolucion, tendencii ta perspektyvy rozvitku. Materijaly konferencii. IPIEND 2012.
- Komisarchuk, Oksana: Osoblyvosti instytutalizaciji parlaments'koj opozycji v Ukraïni na sučasnomu etapi, abrufbar unter <https://naub.ua.edu.ua/osoblyvosti-instytutalizatsiji-parlamentskoji-opozytsiji-v-ukrajini-na-suchasnomu-etapi/>.
- Korosteleva, Elena: Electoral volatility in postcommunist Belarus. Explaining the paradox, in: „Party Politics“ Nr. 3(6)/2000, S. 343-358.
- Korosteleva, Elena: The Quality of Democracy in Post-Communist Europe: Lessons from Belarus”, Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 22, No. 4, 2006.
- Korosteleva, Elena: Assessing Lukashenka's Regime: Power, Politics and Propaganda, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 22, No. 2, S. 217–234.
- Korosteleva, Elena: Belarus: Building a House of Cards? In: White, Stephen & Korosteleva, Elena (Hrsg.): Postcommunist Belarus. Oxford: Rowman & Littlefield 2012.
- Krämer, R./K. Kaltschew/A. Zamirirad: Opposition in autoritären Regimen. Eine Forschungsskizze, Universitätsverlag Potsdam 2013.

- Krennerich, Michael: Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsprobleme zwischen Diktatur und Demokratie, in: Petra Bendel u.a. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen 2002, S. 55-70.
- Krutzinna, Daniel: Das Wirtschaftsmodell von Belarus, abrufbar unter <https://www.dialog-ev.org/post/das-wirtschaftsmodell-von-belarus>.
- Krysovaty, A. u.a.: Liberalisierung der Steuerpolitik oder Verstärkung des Drucks durch den Fiskus? –Was ist notwendig für den Ausweg aus den Turbulenzen der Wirtschaft?, Analysen und Ansichten zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine : eine Sicht ukrainischer Forscher zu Theorie und Praxis, Berlin: Forschungsinstitut der IWVWW 2013, S. 1-16.
- Kubát, Michal: Political opposition in theory and Central European Practice, Frankfurt a. M. 2010.
- Kubicek, Paul: Dancing with the devil: explaining the European Union's engagement with Ukraine under Viktor Yanukovich, in: „Journal of Contemporary European Studies“ Nr. 2(25)/2015, S. 143-162.
- Kudelia, Serhiy: When external leverage fails: the case of Yulia Tymoshenko's trial, in: „Problems of Post-Communism“ Nr. 1(60)/2013.
- Kudelia, Serhiy: The house that Yanukovich built, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 19-34.
- Kudelia, Serhiy/Taras Kuzio: Nothing personal: explaining the rise and decline of political machines in Ukraine, in: „Post-Soviet Affairs“ Nr. 31/2015.
- Kulik, A./S. Pshizova (Hrsg.): Political parties in post-soviet space: Russia, Belarus, Ukraine, Moldova, and the Baltics, London: Praeger 2005.
- Kulyk, Volodymyr: The media at the time of unrest: a report of a Maidan participant, in: „Russian Journal of Communication“ Nr. 2(6)/2014, S. 181-185.
- Kulyk, Volodymyr: Ukrainian nationalism since the outbreak of Euromaidan, in: „Ab Imperio“ Nr.3/2014, S. 94-122.
- Kunter, Björn: Belarus: do no harm: Forderungen an externe Demokratieförderung, in: „Osteuropa“ Nr. 1(57)/2007, S. 35-48.
- Kur'janovič, Aljaksandr: Apazicyja BNF u Vjarchounym Savece XII sklikannja, Smolensk: Inbelkult 2015.
- Kuzio, Taras: National identity and democratic transition in post-soviet Ukraine and Belarus, in: „East European Perspectives“ Nr. 4(15)/2002.
- Kuzio, Taras: Democratic Breakthroughs and the Orange Revolution. Journal of Democracy, 16 (2), 117–130.
- Kuzio, Taras: Democratic revolutions in post-communist states, in: „Communist and Postcommunist Studies“ Nr.3/2006, S. 365–386.
- Kuzio, Taras (Hrsg.): Aspects of the Orange Revolution /6: Post-communist democratic revolutions in comparative perspective, Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007.
- Kuzio, Taras: Political culture and democracy. Ukraine as an immobile state, in: „East European Politics and Societies“ Nr. 1(25)/2011, S.88-113.
- Kynev, A.: Osobennosti sistemy političeskich partij Ukrainy: evoljucija i perspektivy, in: „Konstitucionnoe parvo: vostočnoevropejskoe obozrenie“ Nr. 3(40)/2002.
- Lane, David: „Coloured Revolution“ as a political phenomenon, in: „Journal of Communist Studies and Transition Politics“ Nr. 25/2009, S. 113-135.

- Lange, Nico: Das wahre Gesicht des Systems Janukowytsh, in: Ukraine-Analysen Nr.96 vom 27. Oktober 2011.
- Lauth, Hans-Joachim: Drei Dimensionen der Demokratie und das Konzept einer defekten Demokratie, in: Gert Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hrsg.): Erscheinungsformen und Entwicklung von Demokratien im interkulturellen Vergleich, Bamberg 1997, S. 33–54.
- Leca, Jean: Opposition in the Middle East and North Africa. In: „Government & Opposition“ Nr. 4(32)/1997, S. 557–577.
- Leshchenko, Sergij: The Maidan and beyond: the media's role, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(25)/2014, S. 52–57.
- Levitsky, Steven/Lucan A. Way: Competitive authoritarianism: hybrid regime change in Peru and Ukraine in comparative perspective, in: „Studies in Public Policy“, Nr. 355/2001.
- Levitsky, Steven/Lucan A. Way: The rise of competitive authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2/2002, S. 51–65.
- Levitsky, Steven/Lucan A. Way: Elections without democracy. The rise of competitive authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ Nr.2/2002.
- Levitsky, Steven/Lucan A. Way: Competitive authoritarianism. Hybrid regimes after the Cold War, Cambridge University Press 2010.
- Lindner, Rainer: „Präsidentchaftswahl“ in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2006.
- Linz, Juan J.: *Opposition in and under an authoritarian Regime: the case of Spain*, in: Robert A. Dahl (Hrsg.): Regimes and oppositions, New Haven and London: Yale University Press 1973.
- Linz, Juan J.: Totalitäre und autoritäre Regime, herausgegeben von Raimund Krämer, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2003.
- Ljachovič, Andrej: Unutranaja palityka režimu Lukašenki: verasen' 2001- l'juty 2003 godu, in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaje tavarystva 2011, S.778–783.
- Ljachowič, Andrej: Systema ulady i systema apasizii paslja alternatyunyh prezidentskih vybarau 1996 g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi, Belastok: Belaruskaj gistoryčnaje tavarystva 2011.
- Loewenstein, Karl: Der britische Parlamentarismus. Entstehung und Gestalt, Reinbek bei Hamburg 1964.
- Loewenstein, Karl: Kooptation und Zuwahl. Über die autonome Bildung privilegierter Gruppen, Frankfurt a.M.: Alfred Metzner Verlag 1973.
- Loewenstein, Karl: Verfassungslehre, 4. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck 2000.
- Lothar, Maier: Spaniens Weg zur Demokratie, Hain Meisenheim am Glan 1977.
- Löwenthal, Richard: Widerstand im totalitären Staat, in: ders./Patrik von zur Mühle (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1982, S. 11–24.
- Lust-Okar, Ellen: Divided they rule. The management and manipulation of political opposition, in: „Comparative Politics“ Nr. 2(36)/2004, S.159–179.
- Lust-Okar, E.: Structuring conflict in the Arab World: incumbents, opponents, and institutions, New York: Cambridge University Press 2005.
- Machiavelli, Niccolo: Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung, 2. Auflage, Stuttgart: Kröner 1977.

- Maćków, Jerzy: Autoritarismen oder „Demokratien mit Adjektiven“? Systeme der gescheiterten Demokratisierung, in: „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ Nr. 10-4/2000, S.1471–1499.
- Maćków, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden: Nomos 2005.
- Maćków, Jerzy: Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus, in: ders. (Hrsg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden 2009, S. 17-43.
- Maćków, Jerzy: Die posttotalitären Autoritarismen: Die Entwicklungen und Varianten, in: ders. (Hrsg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden 2009, S. 325-350.
- Maćków, Jerzy: Europäismus. Warum die Europäische Union demokratisiert werden muss und eine gemeinschaftliche Außenpolitik braucht, in: Frank Decker/Markus Höreth (Hrsg.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden 2009, S. 295-318.
- Maćków, Jerzy: Nationalsozialistische und kommunistische Gewalt im Vergleich – Ein Beitrag zur Repression und Unterdrückung in Ideokratien, in: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hrsg.): Ideokratien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, S. 339-382.
- Maćków, Jerzy: Politischer Widerstand im autoritären Nationalsozialismus und im totalitären Kommunismus, in: Barbara Zehnpfennig (Hrsg.): Politischer Widerstand. Allgemeine theoretische Grundlagen und praktische Erscheinungsformen in Nationalsozialismus und Kommunismus, Baden-Baden 2017, S.341-363.
- Macyevski, Juri: Jakyj rezym budue Janukovyč i ščo z togo vyjde?, in: „Polityčni nauky“, Nr. 4/2013, S.274-288.
- Maeda, Ko: Determinants of opposition fragmentation. In: „Party Politics“ Nr. 5(21)/2015, S. 763–774.
- Magaloni, B.: Voting for autocracy: hegemonic party survival and its demise in Mexico, New York: Cambridge University Press 2006.
- Magaloni, B./J. Wallace: Citizen loyalty, mass protest and authoritarian survival, Princeton University 2008.
- Magaloni, B.: Autocratic elections and the strategic game of fraud, Stanford University Typescript 2008.
- Magaloni, Beatriz: The game of electoral fraud and the ousting of authoritarian rule, in: „American Journal of Political Science“, Juni 2010.
- Maksymjuk, Jan: Lukashenka recounts policies in annual address to legislature, in: RFE/RL Poland-Belarus-Ukraine Report, April 2004.
- Malesky, E./P.Schuler: Nodding vs needling: analyzing delegate responsiveness in an authoritarian parliament, in: „American Political Science Review“ Nr. 3 (104)/2010, S. 482–502.
- Malygina, Katerina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit, in: Ukraine-Analysen Nr.109, 13.11.2012.
- Malygina, Katerina: Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012, BPB-Analyse von 14.02.2013.
- Marples, David: Color Revolutions: The Belarus Case”, Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 22, No. 2, 2006.
- Marples, David/Frederic V. Mills (Hrsg.): Ukraine’s Euromaidan. Analyses of a civil revolution, Stuttgart: *ibidem*-Verlag 2015.

- Marples, David R.: *Ukraine in conflict. An analytical chronicle*, Bristol: E-International Relations Publishing 2017, S. 35.
- Martens, B.: *The institutional economics of foreign aid*, Cambridge University Press 2002, S. 1-34.
- Matsiyevsky, Yuriy: Jakyj režim budue W. Janukowyč i ščjo z cjogo vyjde?, in: „Naukovi zapysky NaUOA“ Nr.4/2010, S. 274-298.
- McFaul, Michael: Transitions from postcommunism, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3/2005, S.5–19.
- McFaul, M.: Ukraine imports democracy: external influences on the Orange Revolution, in: „International Security“ Nr. 32/2007, S. 45–83.
- McFaul, M./R. Youngs: *International actors and democratic transitions*, CDDRL Working Paper, März 2009.
- Meister, Stefan: *Eskalation erwünscht: Warum Minsk 2 nicht funktionieren wird*, Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. 2015.
- Merkel, Wolfgang et al.: *Defekte Demokratien, Band 1 Theorie*, Opladen: Leske + Budrich 2003.
- Minakov, Mikhail: A decisive turn? Risks for Ukrainian democracy after the Euromaidan, Carnegie Endowment for International Peace, 3. Februar 2016.
- Minakov, Mykhailo: *Yakist vlady: sproba otsinky ukrainskykh elit*. Krytyka 2010.
- Minakov, Mykhailo, M. Rojansky, G. Kasianov; (Hrsg): *From “The Ukraine” to Ukraine. A contemporary History 1991-2021*, ibidem 2021.
- Mitchell, L.A.: *The Color Revolutions*, University of Pennsylvania Press 2012.
- Mitchell, L.A.: *The democracy promotion paradox*, Washington, DC: Brookings Press 2016.
- Morse, Y.L.: The era of electoral authoritarianism, in: „World Politics“ Nr. 1(64)/2012, S.161–198.
- Mungui-Pippidi, Alina: Corruption: diagnosis and treatment, in: „Journal of democracy“ Nr. 3(17)/2006, S. 86-99.
- Navumčyk, S.: *Sem gadou adradzennja, al'bo fragmenty najnoušaj belaruskaj gistoryi (1988-1995)*, Waršawa/Praha: 2006.
- Neef, Christian: The Power of Ukraine's Billionaires, in: „Spiegel Online“, 25.2.2014.
- Neunreither, Karlheinz: Governance without opposition: the case of the European Union. in: „Government & Opposition“ Nr. 4(33)/1998, S. 419–441.
- Neusüss, Arnhelm: *Außerparlamentarische Opposition*, in: Schoeps/Dannenmann (Hrsg.): *Die rebellischen Studenten - Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?*, München: Bechtle 1968.
- Norton, Philip: Making sense of opposition, in: „The Journal of Legislative Studies“ Nr. 14(1-2)/2008, S. 236–250.
- O'Donnell, Guillermo/Philippe C. Schmitter: *Transitions from authoritarian rule. Tentative conclusions about uncertain democracies*, Baltimore/London 1993.
- O'Donnell, Guillermo: *Delegative democracy*, in: *Counterpoints: selected essays on authoritarianism and democratization*, Notre Dame: University of Notre Dame Press 1999, S 159–174.
- Offe, Claus: *Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung. Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa*, Halle 2007.



- Okoth – Ogendo, H.W.O.: Constitutions without constitutionalism. In: Douglas Greenberg u. a. (Hrsg.): *Constitutionalism and democracy: transitions in the contemporary world*, New York 1993, S. 65–82.
- Opp, Karl-Dieter: *Theories of political protest and social movements. A multidisciplinary introduction, critique, and synthesis*, London, New York: Routledge 2009.
- Osei-Hwedie, Bertha (2001): The Political Opposition in Botswana: the politics of factionalism and fragmentation, in: „Transformation“ Nr. 45, S. 57–77.
- Ott, Alexander: Die politischen Parteien in der Ukraine. Bericht des BIOst Nr. 13/1995.
- Parsons, Robert: Belarus: security bill to criminalize range of political activities, 02.12.2005 auf <https://www.rferl.org/a/1063466.html>.
- Pastuchov, Michail: De jure. Test dlja kandidatov. <https://naviny.media/article/20200515/1589538159-mihail-pastuhov-de-yure-test-dlya-kandidatov>.
- Pastuchov, Vladimir: Budušće Rossii vyrastaet iz prošlogo. Postkommunizm kak logičeskaja faza razvitija evrazijskoj civilizacii, in: „Polis“ Nr. 5-6/1992, S. 59-74.
- Piechota, Grażyna/Robert Rajczyk: The role of social media during protests on Maidan, in: *Communication Today* Nr. 2(6)/2015.
- Pleins, Heiko: Oligarchs and politics in Ukraine, in: „Demokratizatsiya“ Nr. 1(24)/2016, S.105-127.
- Portnov, Andrij/Andrea Huterer: Krieg und Frieden: Die „Euro-Revolution“ in der Ukraine, in: „Osteuropa“ Nr. 1(64)/2014, S. 7-24.
- Potocki, Rodger: Belarus: A tale of two elections, in: „Journal of Democracy“ Nr. 22/2011.
- Preus, Ulrich K.: Einleitung : Der Begriff der Verfassung und ihre Beziehung zur Politik, in: ders. (Hrsg.): *Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt a. M. 1994.
- Przeworski, Adam: *The games of transition*, Notre Dame 1992.
- Pulzer, Peter: Is there life after Dahl?, in: Eva Kolinsky (Hrsg.): *Opposition in Western Europe*, London & Sydney: Croom Helm 1987, S. 11–29.
- Rakner, Lise/Nicolas van de Walle: Opposition weakness in Africa, in: „Journal of Democracy“ Nr. 3(20)/2009, S. 108–121.
- Rapoza, Kenneth: Washington’s man Yatsenyuk setting Ukraine up for ruin, in: „Forbes“, February 27/2014.
- Rjabtschuk, Mykola: Prekäre Autokratie. Stillstand und Wandel in der Ukraine, in: „Osteuropa“ Nr. 9(62)/2012, S. 37-51.
- Rodan, Garry (Hrsg.): *Political oppositions in industrialising Asia*. London, New York: Routledge 1996.
- Romančuk, Jaroslaw: Protekcjonizm – sut’ belorusskoj ekonomičeskoj sistemy, <https://www.if24.ru/yaroslav-romanchuk-proteksionizm-sut-belorusskoj-ekonomicheskoy-sistemy/>.
- Romančuk, Jaroslaw: Belorussija i Rossija posle Lukaschenko, in: „Nezavisimaja Gazeta“ vom 18.10.2010, [http://www.ng.ru/courier/2010-10-18/11\\_belorussia.html](http://www.ng.ru/courier/2010-10-18/11_belorussia.html).
- Rovdo, Vladimir: *Političeskaja sistema Respubliki Belarus’*, Vilnius: Evropejskij Gumanitarnyj Universitet 2009.

- Rozumovska, Iryna: Ukraine's Media Landscape during the Euromaidan, in: Journalism Studies / Kyiv Mohyla Media Research Papers, No. 3, S. 21–35.
- Rudyč, F.M. u.a.: Polityčna vlada i opozycja v Ukrajinі: Porivnjal'nyj analiz iz zarubizhnymi krajinami, Kyjiw': Nazional'na Akademiya Nauk Ukrajinі 2016.
- Ryabinska, Natalya: Media capture in post-communist Ukraine. Actors, methods, and conditions, in: „Problems of Post-Communism“ Nr. 2(61)/2014, S. 46-60.
- Sahm, Astrid: Isolationärer Autoritarismus. Die innere Entwicklung in der Republik Belarus" in: Dieter Bingen/Kazimierz Wóycicki (Hrsg.): Deutschland - Polen - Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union, Wiesbaden 2002, S. 179-195.
- Saenko, Iryna: Komunikatyvni technologii opozycyjnoy dijalnosti v umovach vyborčych kampanij, in: European political and law discourse, Vol. 3/3 2026, S. 116-122.
- Sartori, Giovanni: Opposition and control problems and prospects, in: „Government & Opposition“ Nr. 1(02)/1966, S. 149–154.
- Sartori, Giovanni: The theory of democracy revisited, Chatham House Publ. 1987.
- Sartori, Giovanni: Demokratietheorie, 3. Auflage, Darmstadt 2006.
- Savin, Kyryl/ Andreas Stein: Parlamentswahl 2012: Prüfung in Demokratie nicht bestanden, Heinrich Böll Stiftung, 15. Nov. 2012 <https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-parlamentswahl-2012-dsukraine-16019.html>.
- Savin, Kyryl: Kommunalwahlen in der Ukraine: Frei, demokratisch, transparent? unter <https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-kommunalwahlen-ukraine-10531.html>.
- Schedler, Andreas: Elections without democracy. The menu of manipulation, in: „Journal of Democracy“ Nr. 2(13)/2002, S. 36-50.
- Schedler, Andreas: Electoral authoritarianism: the dynamics of unfree competition, Boulder: Rienner 2006.
- Schedler, Andreas: The politics of uncertainty: sustaining and subverting electoral authoritarianism, Oxford University Press 2015.
- Scheiner, Ethan: Democracy without competition in Japan. Opposition failure in a one-party dominant state, Cambridge: Cambridge University Press 2006.
- Schmidt, M. G.: Opposition, in: ders./D. Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. München: C.H. Beck 1992, S. 283–288.
- Schneider-Deters, Winfried: Die Lokal- und Regionalwahlen vom 31. Oktober 2010 – die Landnahme der „Partei der Regionen“, 18. November 2010, [https://ukraine-nachrichten.de/ukraine-dem-einparteienstaat\\_2888](https://ukraine-nachrichten.de/ukraine-dem-einparteienstaat_2888).
- Schneider, Edward: Crafting constitutional democracies: the politics of institutional design, Lanham 2006.
- Selen'ko Galina: Opozycja instytucjonalizowana ta neinstytucjonalizowana: analiz efektywnosti v Ukrajinі, in: Naukovi Zapysky NAN Ukrajinі Nr. 5(67).
- Shapovalova, Natalia/ Richard Youngs: EU democracy promotion in the Eastern neighbourhood: a turn to civil society?, FRIDE Working Paper Nr.115, Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action 2012.
- Shapovalova, N./O. Burlyuk (Hrsg.): Civil society in post-Euromaidan Ukraine: from revolution to consolidation, Stuttgart: ibidem-Verlag 2018.

- Sharp, Gene: *The methods of nonviolent action*, Boston: Porter Sargent, 1973.
- Shekhovtsov, Anton/Andreas Umland: Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr, in: *Ukraine-Analysen* Nr. 133 vom 27.05.2014, S. 7–11.
- Shekhovtsov, Anton/Andreas Umland: The Maidan and beyond: Ukraine's radical right, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 3(25)/2014, S. 58-63.
- Shevtsova, Lilia: Bürokratischer Autoritarismus - Fallen und Herausforderungen, in: „*Aus Politik und Zeitgeschichte*“ Nr. 11/2006, S. 6-13.
- Shulman, Stephen: National identity and public support for political and economic reform in Ukraine, in: „*Slavic Review*“ Nr.1/2005.
- Shveda, Yuriy/Joung Ho Park: Ukraine's revolution of dignity: The dynamics of Euromaidan, in: „*Journal of Eurasian Studies*“ Nr. 1(7)/2016.
- Siegel, D./J. Yancey: *The rebirth of civil society: the development of the nonprofit sector in East Central Europe and the role of Western assistance*, New York: The Rockefeller Fund 1995.
- Silitski, Vital': Pamiž klienturaj i apazicyjaj, in: „*Arche*“ Nr. 3/2007, S.38-39.
- Silitski, Vital': Zmjanenne palityčnaga raskladu paslja mjascovyh vybarau 2003g., in: Valer Bulhakau (Hrsg.): *Palityčnaja gistoryja nezaležnaj Belarusi*, Belastok: Belaruskae gistoryčnae tavarystva 2011, S. 850-863.
- Silitski, Vital': Dougaja daroga ad tyranii. Postkamunistyčny autarytarysm i baračba za demakratyju u Serbii i Belarusi, Smalensk: Inbelkult 2015.
- Silitski, Vitali: The fall of patriarch? In: *RFE/RL Poland, Belarus and Ukraine Report*, Mai 2003.
- Silitski, Vitali: Contagion Deterred: Preemptive Authoritarianism in Postcommunist Belarus, in: *Demokratizatsiya*, Vol. 11, No. 3, S. 390–414.
- Silitski, Vitali: Internal developments in Belarus, in: Dov Lynch (Hrsg.): *Changing Belarus*, Paris: Institute for Security Studies 2005, S. 25–45.
- Silitski, Vitali: Preempting democracy: the case of Belarus, in: „*Journal of Democracy*“, Nr. 4(16)/2005, S. 83-87.
- Silitski, Vitali: Belarus 2005: Electoral Authoritarianism in Action, in: *East European Perspectives*, 8(1-2), 2006.
- Silitski, Vitali: Contagion deterred: preemptive authoritarianism in the former Soviet Union (the case of Belarus), CDDRL Working Papers Nr.6/2006.
- Silitski, Vitali: Survival of the fittest: Domestic and international dimensions of the authoritarian reaction in the former Soviet Union following the colored revolutions, in: „*Communist and Post-Communist Studies*“ Nr. 4 (43)/2010, S.339–350.
- Simon, Gerhard: Der Wandel autoritärer Systeme. Postkommunistische Volksbewegungen für Demokratie, in: „*Osteuropa*“ Nr. 7/2006, S. 79-93.
- Simon, Gerhard: Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: *Osteuropa* Nr. 1(64)/2014, S. 25-41.
- Skilling, H. Gordon: Opposition in communist East Europe, in: Robert Alan Dahl (Hrsg.): *Regimes and oppositions*, New Haven u.a.: Yale Univ. Press 1973.
- Smith, Gordon: Party and protest: the two faces of opposition in Western Europe, in: Eva Kolinsky (Hrsg.): *Opposition in Western Europe*, London-Sydney 1991, S. 52-76.

- Smolij, V. A. u.a. (Hrsg.): *Ukrajina: Politická istorija XX – počatok XXI stolittja*, Instytut istorij Ukrainy 2007.
- Snyder, Timothy: *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, London: Vintage 2015.
- Solonenko, Iryna/Balazs Jarabik: *Ukraine. Chapter 5*. In: Richard Youngs (Hrsg.): *Is the European Union supporting democracy in its neighbourhood?*, Madrid: FRIDE – A European Think Tank for Global Action 2008, S. 81–98.
- Solonenko, Iryna: *External democracy promotion in Ukraine: the role of the European Union*, in: Susan Stewart (Hrsg.): *Democracy Promotion and the „Color Revolutions“*, New York: Routledge 2012, S.65-87.
- Solonenko, Iryna: *Die ukrainische Zivilgesellschaft von der Orangen Revolution bis zum Euromaidan: Die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag*, in: OSZE-Jahrbuch 2014, Baden-Baden 2015, S. 249-267.
- Steffani, Winfried: *Zur Kritik am Parteienstaat und zur Rolle der Opposition*, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Nr. 45/1965, S. 17–40.
- Steffani, Winfried: *Möglichkeiten der Opposition in einer parlamentarischen Demokratie und anderswo*, in: „Die politische Meinung“ Nr. 2(13)/1968, S. 43–54.
- Steffani, Winfried: *Opposition*, in: Kurt Sontheimer/Hans H. Röhring (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, München u.a.: Piper 1977.
- Steffani, Winfried: *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*, Opladen 1979.
- Steffani, Winfried: *Pluralistische Demokratie. Studien zur Theorie und Praxis*, Opladen 1980.
- Stepan, Alfred: *Democratic opposition and democratization theory*, in: „Government and Opposition“ Nr. 4(32)/1997, S. 657–678.
- Styckow, Petra: *Bunte Revolutionen – Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* Nr. 1(51)/2010, S. 137-162.
- Styckow, Petra: *Wahlen in autoritären Regimen: Die postsowjetischen Länder im Vergleich*, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* Nr. 47/2012, S. 237-271.
- Sushko, O./O. Prystayko: *Western influence*, in: A. Åslund/M. McFaul (Hrsg.): *Revolution in Orange: the origins of Ukraine's democratic breakthrough*, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace 2006.
- Svolik, Milan W.: *The politics of authoritarian rule*, Cambridge University Press 2012.
- Timm, Christian: *Jenseits von Demokratiehoffnung und Autoritarismusverdacht: Eine herrschaftssoziologische Analyse posttransformatorischer Regime*, in: Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.): *Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Nomos 2010.
- Timmermann, Heinz: *Politische Konfrontation in Belarus: Risiken und Chancen der weiteren Entwicklung*, in: *Aktuelle Analysen / BIOst* Nr. 59/1996.
- Timmerman, Heinz: *Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas?*, Bericht des BIOst Nr. 10/1997.
- Tullock, Gordon: *Public goods, redistribution and rent seeking*, Cheltenham: Edward Elgar 2005.
- Ukrainische Schicksalsjahre 2013-2019 /Band 1: Der Volksaufstand auf dem Majdan im Winter 2013/2014*, Berliner Wissenschafts-Verlag 2021.

- Umland, Andreas: Das Beziehungsdreieck Ukraine-EU-Russland im Wandel, in *Ukraine-Analysen*, Ausg. 98 vom 13.12.2011.
- Vanderhill, Rachel: *Promoting authoritarianism abroad*, London: Lynne Rienner 2013.
- Verdernikova, Inna: Dom c chimerami, in: „Zerkalo Nedeli“ (russ. Version) Nr. 42 (822) vom 13. – 19.11.2010.
- Vinthagen, Stellan: *A theory of nonviolent action: how civil resistance works*, Zed Books London 2015.
- Vogt, Hannah: *Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition*, Opladen 1972.
- Vorländer, Hans: *Die Verfassung: Idee und Geschichte*, 3. Auflage, München 2009.
- Way, Lucan A.: *Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave: The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine*, in: *World Politics*, Vol. 57, No. 2, S. 231–261.
- Way, Lucan A.: *Kuchma's failed authoritarianism*, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 2/2005, S. 131-145.
- Way, Lucan A.: *Authoritarian failure: how does state weakness strengthen electoral competition?*, in: Andreas Schedler (Hrsg.): *Electoral authoritarianism: the dynamics of unfree competition*, Boulder 2006, S. 167-180.
- Way, Lucan A.: *Identity and autocracy: Belarus and Ukraine compared*, Paper presented at the Workshop, University of Ottawa (Canada), 12-14 October 2006.
- Way, Lucan A.: *The real causes of the Color Revolutions*, in: „*Journal of Democracy*“ Nr. 3/2009, S.55–69.
- Weghorst, Keith R./Staffan I. Lindberg: *Effective opposition strategies: collective goods or clientelism?*, in: „*Democratization*“ Nr. 5(18)/2011, S. 1193–1214.
- Werchan, Ruben: *Belarus, Russland und der soziale Faktor*, in: *Rückkehr zum Autoritarismus? Vormoderne, Moderne und Postmoderne im postsozialistischen Europa: Beiträge für die 19. Tagung Junger Osteuropa-Experten*, Sept. 2011.
- White, S./E. Korosteleva-Polglase: *The parliamentary election and referendum in Belarus*, October 2004, in: „*Electoral Studies*“, University of Glasgow, Nr. 25(1)/2006.
- White, Stephen/Ian McAllister: *Rethinking the Orange Revolution*, in: „*Journal of Communist Studies and Transition Politics*“ Nr. 2-3(25)/2009, S. 227-254.
- Whitmore, Sarah: *Political party development in Ukraine*, GSDRC Helpdesk Research 2014.
- Wieck, Hans-Georg: *Demokratieförderung in der Sackgasse. Europa versagt in Belarus*, in: „*Osteuropa*“ Nr. 9/2006, S.57-72.
- Wilson, A.: *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven, CT: Yale University Press 2005.
- Wilson, Andrew: *Virtual politics: faking democracy in the post-soviet world*, Yale University Press 2005.
- Wilson, Andrew: *Belarus: The Last European Dictatorship*. New Haven: Yale University Press 2011.
- Wintrobe, R.: *The political economy of dictatorship*, Cambridge University Press 1998.
- Yakouchyk, Katsiaryna: *Belarusian state ideology: a strategy of flexible adaptation*, Working Paper, Jean Monnet Chair for European Politics, University of Passau 2018.
- Zabyelina, Y.: *Vigilante justice and informal policing in post-Euromaidan Ukraine*, in: „*Post-Sovjet Affairs*“ Nr. 35/2019.

Zelen'ko Galyna: Opozycja instytucjonalizowana ta neinstytucjonalizowana: analiz efektywnosti v Ukraini, Kyjiw: NAN 2013.

Zimmer, K./O. Haran: Unfriendly takeover: successor parties in Ukraine, in: „Communist and Post-Communist Studies“ Nr. 41/2008.

## Quellen

### *Berichte, Datenquellen, Studien*

Bericht “Civil society development in Ukraine 2011”, National Institute for Strategic Studies, Kyjiw 2012.

Berichte der ukrainischen Gesellschaftsorganisation für Politik „Chesno“ unter <https://www.chesno.org>.

Berichte der Ukrainischen Helsinki-Union zur Menschenrechtslage unter <http://helsinki.org.ua>.

Berichte des Menschenrechtszentrums „Wjasna“ zur Menschenrechtslage in Belarus unter <https://spring96.org>.

Berichte und Forschungsstudien des Ukrainian Institute for the Future unter <https://uifuture.org>.

Berichte und Studien des Belarusischen Instituts für Strategische Studien (BISS) unter <https://belinstitute.com>.

Berichte von Freedom House über politische Entwicklung und Menschenrechte unter <http://www.freedomhouse.org>.

Berichte, Umfragen, Studien des ukrainischen Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschung „Razumkov Centre“ unter <https://razumkov.org.ua>.

Daten des Instituts für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaft unter <https://i-soc.com.ua/>.

Daten zu Demokratieförderung in Belarus und in der Ukraine durch die USA-Regierung unter <https://www.usaid.gov>.

Daten zu Demokratieförderung in Belarus und in der Ukraine durch die USA-Regierung unter <https://foreignassistance.gov>.

Democratic Initiatives Foundation Survey “Can civil society influence Ukrainian politics?”, Oktober 2011.

Elektoralni namiry vybortsiv Ukrainy (17. Juni 2013) unter <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=173&page=1>.

Ergebnisse der parallelen Stimmenaushaltung bei den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus unter <https://belarus2020.org/home>.

Ergebnisse der Wahlbeobachtung des zivilgesellschaftlichen Netzwerks OPORA in der Ukraine <https://www.oporaua.org/en/category/vybory>.

Exit Poll and Election Success // International Republican Institute External Memo. 19.10.2004

Chatham House Briefing Paper „How to Finish a Revolution: Civil Society and Democracy in Georgia, Moldova and Ukraine“ unter

- [https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0113bp\\_lutsevyich.pdf](https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0113bp_lutsevyich.pdf).
- Index der Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law Index) von World Justice Project unter <https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/>
- Nationale Umfragen und Exit Polls (1992-2016) des belarussischen Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies (IISEPS) unter <https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/>.
- Opozycja v Ukraini: stan, umovy dijatelnosti, vidnosyny z vladoju, in: „Nacionalna bezpeka i oborona“ (Centr Razumkova), Nr.7-8/2011.
- Political Parties in Belarus: Legal and Political Frameworks, International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) Report, Stockholm 2005.
- Polityčni peresliduvannja v sučasnij Ukraini 2010-2011, Charkivs'ka pravozachysna grupa, <http://khpg.org/files/doc/1321886057.pdf>.
- Respublika Belarus' v zerkale soziologii: sbornik materialov sociologičeskikh issledovanij, IAC, 2018.
- Soziologische Studien des Instituts für Soziologie der Wissenschaftsakademie der Ukraine unter <https://i-soc.com.ua/en/index>.
- Stellungnahme der Venedig-Kommission zu Gesetzgebung in Belarus und in der Ukraine unter [https://www.venice.coe.int/WebForms/documents/by\\_country.aspx?lang=EN](https://www.venice.coe.int/WebForms/documents/by_country.aspx?lang=EN).
- Studien des Zentrums für Gesellschaftsforschung (Centr Doslidžennja Suspil'stva), Ukraine unter <https://racurs.ua>.
- The Sociology of Protest in Belarus - Social Dynamics, Ideological Shifts, and Demand for Change in: „Slavic Review“ Nr.1(80)/2021.
- Wahlberichte der OSZE unter <https://www.osce.org/elections/>.
- Wahlergebnisse und andere Daten zu Wahlen der Belarussischen Zentralen Wahlkommission unter <https://rec.gov.by/en/centr-komissiya-en/>.
- Wahlergebnisse und andere Daten zu Wahlen der Ukrainischen Zentralen Wahlkommission unter <https://cvk.gov.ua>.

#### *Interviews, Auftritte, Erklärungen*

- Auftritt des Präsidentschaftskandidaten Aljaksandr Kasulin (2006, Belarus): <https://www.youtube.com/watch?v=K-BVb0QeTm0>.
- Interview mit Aljaksandr Fjaduta für Radio Free Europe <https://www.svaboda.org/a/771125.html>.
- Interview mit Aljaksand Milinkewitsch über die Ploschtscha 2006: [https://www.youtube.com/watch?v=GmiGXEpvA9Q&ab\\_channel=EuroradioLive](https://www.youtube.com/watch?v=GmiGXEpvA9Q&ab_channel=EuroradioLive).
- Interview mit Dmytro Yarosh: „Zhoden z opozytsiinoi triiky ne vyiavyyv sebe yak lider nacii“ <https://tyzhden.ua/News/103472>.
- Interview mit Mykola Knjaschysky <https://tyzhden.ua/Politics/55306>.
- Zajava Sojmu BNF „Adradzenne“ i KChP BNF vom 9. Oktober 2005.

## *Gesetze und andere Dokumente*

- Dekret des Präsidenten der Republik Belarus Nr.8 vom 12. März 2001 (über die ausländische Finanzierung der Organisationen) unter <http://pravo.levonevsky.org/bazaby09/sbor52/text52366.htm>.
- Empfehlungen zur Schreibweise von „Belarus“ in deutschsprachigen Texten unter [https://geschichte-historyja.org/site/assets/files/1046/200715\\_pressemitteilung\\_geschichtskommission\\_by\\_de.pdf](https://geschichte-historyja.org/site/assets/files/1046/200715_pressemitteilung_geschichtskommission_by_de.pdf).
- Gesetz über die Bewachungstätigkeit in der Ukraine unter <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/4616-17#Text>.
- Gesetzesdatenbank auf der Homepage des Justizministeriums der Ukraine unter <https://minjust.gov.ua>.
- Gesetzesdatenbank der Republik Belarus unter <https://belzakon.net>.
- Kolesnychenko-Oliynyk laws (infographics) unter <https://www.chesno.org/post/2180/>.
- Parteiengesetz der Republik Belarus unter <http://pravo.by/document/?guid=3871&p0=v19403266>.
- Strafgesetzbuch der Republik Belarus (auf Russisch) unter <https://pravo.by/document/?guid=3871&p0=hk9900275>.
- Strafgesetzbuch der Ukraine (auf Ukrainisch) unter <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2341-14#Text>.
- Verfassung der Ukraine (auf Ukrainisch, Englisch und Deutsch) unter <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>.
- Verfassung von Belarus (auf Englisch) unter <https://constitutionnet.org/sites/default/files/Belarus%20Constitution.pdf>.

## *Zeitungsartikel*

- A Corporate Country, in: Telegraf news agency vom 03.04.2006 unter <http://publish.telegraf.by/blog/2006/04/03/korpo/>.
- BelaPan: Prodolžajutsja zaderžanija učastnikov akcii v Minske, Novosti TUT.BY unter <https://news.tut.by/elections/66025.html>.
- Gotovy vyjti na miting 33% ukraincev, 4% - s oružiem, in: Pravda vom 18.03.2013 unter <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/03/18/6985747/>.
- KGB Belorussii prevratilo oppozicionerov v teroristov, in: Deutsche Welle vom 17.03.2006 unter <https://www.dw.com/ru/кзб-белоруссии-превратил-оппозиционеров-в-меппоручное/a-1936602>.
- Kievskie „černobylycy“ svernuli akcii protesta, in: Izvestija vom 21.10.2011 unter <https://iz.ru/news/505751>.
- Kommunisty protestujut protiv nečestnyh vyborov, in: Interfax-Ukraine, Kiew, 13.09.2010.
- Očerednoj skandal v rjadah oppozicii, in: Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 17.05.2002
- Oppozicija na zasedanii PACE, in: Belgazeta Nr.27(343) vom 15.07.2002
- Rezultaty oprosa in Sovetskaja Belorussija, Nr. 137, Juli 2004
- S Rossiej v Evropu!, in: Narodnaja Volja vom 06.10.2002.



- Ukraine verbietet prorussische Parteien, in: Spiegel Ausland vom 20.03.2022 unter <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-sicherheitsrat-verbietet-arbeit-prorussischer-parteien-a-e1591b8e-da89-48fb-9db4-a9b5aa39d188>.
- United opposition elects leader, in: UNIAN vom 07.06.2012 unter [www.unian.info/news/508074-united-opposition-elects-leader.html](http://www.unian.info/news/508074-united-opposition-elects-leader.html).
- V Ukraine načalis akcii v podderžku Julii Timošenko, in: Kommersant vom 06.08.2011 <https://www.kommersant.ru/doc/1749790>.